

IV 3

EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
KIE
BIBLIOTHEK
Nr. T 19608

Manuscript, v. 10

50,208

Das
Concessions-Besen

des
Preussischen Staates

in seiner durch die Gesetzgebung des Jahres 1861
herbeigeführten Gestaltung

oder

die Gewerbe, welche einer besonderen polizeilichen
Genehmigung bedürfen

systematisch bearbeitet und dargestellt

von

C. Doehl,

Referent im Königl. Polizei-Präsidio zu Berlin.



7038



Berlin.

Verlag von Louis Gerschel.
1862.

Constitutionen

Preussische Staaten

in ihrer durch die Verfassung des Jahres 1851
hergeleiteten Gestalt



Seiner Excellenz

dem

Königlichen Staats- und Minister für Handel, Gewerbe
und öffentliche Arbeiten

Herrn von der Heydt

Ritter hoher Orden u.

ehrerbietigst zugeeignet

vom

Verfasser.

Seiner Excellenz

dem

Königlichen Staats- und Minister für Handel, Gewerbe
und öffentliche Arbeiten

Stellen von der Arbeit

Stiller Hofes Herrn v.

Stiller Hofes Herrn v.

Stiller Hofes Herrn v.

Stiller Hofes Herrn v.

Vorwort.

Die Gesetzgebung des verflossenen Jahres hat, ausgehend von dem Gesichtspunkte einer freieren Richtung hinsichtlich des Gewerbewesens überhaupt, in den Bestimmungen des Titel II. der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, welcher speziell diejenigen Gewerbe behandelt, zu deren Betriebe es einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedarf, eine wesentliche Aenderung herbeigeführt. Durch die Gesetze vom 22. Juni v. J. die Abänderung einiger Paragraphen der Gewerbe-Ordnung betreffend, und vom 1. Juli v. J., betreffend die Errichtung gewerblicher Anlagen, ist theils das Erforderniß der polizeilichen Genehmigung bei manchen Gewerben, welche einer solchen bisher bedurften, weggefallen, theils sind andere concessionspflichtig geworden, welche es bisher nicht waren, theils ist das

Verfahren umgeändert, welches bei der Ertheilung der fraglichen Genehmigungen beobachtet wurde.

Die Schwierigkeit, welche sich sowohl für Privatpersonen hieraus ergibt, denen es in vielen Fällen von Wichtigkeit sein muß, eine genaue Kenntniß der in Betreff des Betriebes solcher concessionspflichtiger Gewerbe gültigen Bestimmungen zu haben, als auch für Beamte entsteht, welche mit der Ertheilung solcher Concessionen und Bearbeitung der bezüglichen Anträge betraut sind, wird noch dadurch vermehrt, daß die Bestimmungen der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung über die Gewerbe, welche einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen, nur in Verbindung mit anderweiten Vorschriften des gedachten Gesetzes selbst, und mit den ausdrücklich in Bezug genommenen, sowie manchen connexen Verordnungen außerdem, ein vollständiges Ganzes bilden.

Es sind überdies im Laufe der Zeit vielfache Erläuterungen jener Bestimmungen und verschiedene ministerielle Anweisungen nöthig geworden, theils um die richtige Auffassung und Interpretation des Gesetzes sicher zu stellen, theils auch, um für Fälle, denen durch die Gesetzgebung nicht hinreichend vorgesehen war, im Wege der Instruction nachzuhelfen.

Nicht minder besteht die practische Anwendbarkeit von Verordnungen und Ministerial-Rescripten aus der Zeit vor dem Jahre 1845, und solcher, welche seitdem

zu den nunmehr zum Theil ungeänderten Paragraphen der Gewerbe-Ordnung ergangen sind, noch jetzt fort, soweit solche Bezug auf Grundsätze haben, welche weder durch die Gewerbe-Ordnung, noch durch die Gesetzgebung des verflossenen Jahres, aufgehoben sind.

Eine systematische Zusammenstellung aller dieser gesetzlichen und ministeriellen Bestimmungen erscheint aber als ein unverkennbares Bedürfnis; denn sie setzt Denjenigen, welcher eine gewerbliche Anlage fraglicher Art errichten, verändern oder verlegen will, sowie einen Feden, welcher von einem solchen Unternehmen Gefahren, Nachtheile oder Belästigungen erwartet, in den Stand, sich mit leichter Mühe selbstständig über die Momente zu unterrichten, auf welche es ankommt; sie belehrt den Concessionirten über seine Rechte und Pflichten nach deren ganzem Umfange; sie dient aber auch den zur Leitung der Verhandlungen und Entscheidung über Concessions-Anträge berufenen Beamten und Behörden als ein Hand- und Hülfsbuch, welches des mühsamen und zeitraubenden Aufsuchens der einschlägigen Vorschriften überhebt und dawider sichert, daß nicht die eine oder die andere derselben unbeachtet bleibe, oder nach Grundsätzen verfahren werde, welchen die neuere Gesetzgebung derogirt hat.

Der Verfasser hat den Versuch einer solchen systematischen Zusammenstellung gemacht; soweit es der Raum

erlaubte, hat er bei Angabe der gegenwärtig gültigen Grundsätze und Bestimmungen auch die angeführt, nach welchen vor dem Erscheinen der neuen Gesetze verfahren wurde. Eine nachsichtsvolle Beurtheilung dafür in Anspruch nehmend, übergiebt er sie hiermit der Oeffentlichkeit.

Berlin 1862.

Der Verfasser.

Inhalts-Verzeichniß.

Einleitung	1-4
----------------------	-----

Abschnitt I.

Erforderniß besonderer polizeilicher Erlaubniß.

Eine besondere polizeiliche Erlaubniß ist erforderlich:

1. Zur Errichtung gewerblicher Anlagen, welche durch die örtliche Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können.
2. Zum Beginn solcher Gewerbe, bei denen entweder
 - a. durch ungeschickten Betrieb oder
 - b. durch Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in sittlicher Hinsichtdas Gemeinwohl oder die Erreichung allgemeiner polizeilicher Zwecke gefährdet werden. (§. 26 A. G.-D.)

5

Capitel I.

Gewerbliche Anlagen, welche einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen.

A. Einzelne Anlagen und Bestimmungen bezüglich derselben.

- §. 1. Zu den gewerblichen Anlagen, welche einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen (§. 26 zu 1 A. G.-D.), sollen für jetzt gerechnet werden:
 - I. Schießpulverfabriken, Anlagen zur Feuerwerkserei und zur Bereitung von Zündstoffen aller Art, Gasbereitungs- und Gasbewahrungs-Anstalten, Anlagen zur Bereitung von Braun-

Zohlentheer, Steinkohlentheer und Roaks, sofern sie außerhalb der Gewinnungsorte des Materials liegen, Porzellan-, Fayence- und Thongeschirr-Manufacturen, Glas- und Ruchhütten, Kalk-, Ziegel- und Gyps-Defen, Anlagen zur Gewinnung roher Metalle und Rostöfen, Metallgießereien, sofern sie nicht bloße Ziegelgießereien sind, Hammerwerke, Chemische Fabriken aller Art, Schnellbleichen, Firnisfiedereien, Stärkfabriken, mit Ausnahme der Fabriken von Kartoffelstärke, Wachstuch-, Darnisaiten-, Dachpappen- und Dachstufabriken, Leim-, Thran- u. Seifensiedereien, Knochen-Brennereien, Kochereien und Bleichen, Schlachthäuser, Gerbereien, Abdeckereien, Talgsmelzen, Poudretten- und Düngpulverfabriken, ingleichen durch Wasser bewegte Triebwerke (Mühlen u. s. w.) jeder Art. (§. 11.)

II. Dampffessel, sie mögen zum Maschinenbetriebe bestimmt sein oder nicht. (§. 12.)

Bei allen diesen Anlagen macht es keinen Unterschied, ob sie nur auf den eigenen Bedarf des Unnehmers oder auch auf Absatz an Andere berechnet sind. (§. 1 des Ges. vom 1. Juli 1861, §. 27 der N. G. D.)

1. Schießpulverfabriken, Schießbaumwolle . . .	7—29
2. Anlagen zur Feuerwerkerei . . .	9—17
3. Anlagen zur Bereitung von Zündstoffen, knallsaurem Quecksilber, und Zündholz-Trockenöfen. Aufbewahrung von Streichfeuerzeugen und Versendung derselben . . .	17—18
4. Anlagen zur Bereitung und Aufbewahrung von Gas . . .	18—19
5. Anlagen zur Bereitung von Braunkohlentheer, Steinkohlentheer und Roaks außerhalb der Gewinnungsorte . . .	20—31
Begriff des Ausdrucks „Gewinnungsort“ . . .	21
6. Kalk-, Ziegel- und Gyps-Defen . . .	22
Feldziegeleien und Feldbrände, Kalk- und Flecht-Defen . . .	22
7. Metallgießereien . . .	23
8. Hammerwerke . . .	23
9. Chemische Fabriken aller Art . . .	23
Anstalten zur Bereitung von Mineralwasser, Salmiakfabriken . . .	23—24
10. Gerbereien, Leimsiedereien, Seifensiedereien zc. Anwendung des Gaskalks zum Enthaaaren der Häute . . .	24—26
11. Schlachthäuser . . .	25—26
Begriff derselben . . .	26
12. Abdeckereien . . .	26—27
	27

Entfernung derselben von bewohnten Gebäuden	27
Besondere Bestimmungen für Berlin	28—29

B. Verfahren bei Ertheilung der Concessionen zur Errichtung gewerblicher Anlagen.

§. 2. Zur Errichtung neuer Anlagen dieser Art (§. 1) ist die Genehmigung der Regierung erforderlich. Das Gesuch, welchem die zur Erläuterung erforderlichen Zeichnungen und Beschreibungen beigelegt werden müssen, ist bei dem Landrath, wenn die Anlage innerhalb eines Stadtbezirks errichtet werden soll, bei der Polizeibehörde desselben anzubringen. (§. 2 des Ges. vom 1. Juli 1861, §. 28 A. G. D.). . . .	29—34
Erklärung des Begriffs „neue Anlage“ . . .	29—30
Exception der Anlagen, welche unter Aufsicht und Verwaltung der Ober-Bergbehörde stehen	30—31
Nähere Angabe der einzureichenden Zeichnungen und Beschreibungen	32—34
§. 3. Diese Behörden haben bei den im §. 1 unter I. genannten Anlagen, sofern sich gegen die Vollständigkeit der Vorlagen Nichts zu erinnern findet, das Unternehmen mittelst einmaligen Einrückens in das Amtsblatt, in das Kreisblatt, wo ein solches besteht, und außerdem in der für polizeiliche Verordnungen am Orte vorgeschriebenen Art zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen die neue Anlage binnen 14 Tagen bei der Ortspolizeibehörde anzubringen. Diese Frist nimmt ihren Anfang mit Ablauf des Tages, an welchem das die Bekanntmachung enthaltende Amtsblatt ausgegeben worden ist, und ist für alle Einwendungen, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, präclusivisch. (§. 3 d. Ges. vom 1. Juli 1861, §. 29 d. A. G. D.). . . .	34—38
Erklärung des Passus: „Einwendungen privatrechtlicher Natur“	37—38
§. 4. Werden keine Einwendungen gemacht, so hat die Regierung, sobald die Anzeige der Ortspolizei-Behörde eingegangen ist, auf Grund der eingereichten Verhandlungen zu prüfen, ob die Anlage den bestehenden bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften entspricht, und ob dieselbe erhebliche Gefahren, Belästigungen oder Nachtheile für das Publikum herbeiführen könne, und danach die Genehmigung zu versagen oder unter Festsetzung der sich als nöthig ergebenden Bedingungen zu ertheilen. Der Bescheid ist schriftlich auszufertigen, und muß die festgesetzten Bedingungen enthalten. (§. 4 des Ges. vom 1. Juli 1861, §. 30 der A. G. D.). . . .	38—41
Feuerpolizeiliche Rücksichten	39
Entfernung von Chaussees und Eisenbahnen . .	39—40

	Seite
Entfernung von Pulver-Magazinen	40
Anlagen in der Nähe von Festungswerken . . .	40
Anlagen in der Nähe von Windmühlen	40
Bedingungen in Betreff der Feuerungs-Anlagen und Schornsteinröhren	40—41
§. 5. Einwendungen privatrechtlicher Natur sind zur richterlichen Entscheidung zu verweisen, ohne daß von der Erledigung derselben die polizeiliche Genehmigung der Anlage abhängig gemacht wird. Andere Einwendungen dagegen hat die Ortspolizeibehörde unter Zuziehung der Parteien vollständig zu erörtern; demnächst sind die geschlossenen Verhandlungen nebst beigelegtem Gutachten an die Regierung einzureichen. (§. 5 des Ges. v. 1. Juli 1861, §. 31 d. N. G. D.)	41—44
Natur und Beschaffenheit der zu berücksichtigenden Einwendungen	42—44
§. 6. Die Regierung hat hierauf das Gesuch nach Anfechtung des §. 4 und mit Rücksicht auf die Erheblichkeit der auf angebliche Nachtheile, Gefahren und Belästigungen (§. 26 N. G. D.) gegründeten Einwendungen zu prüfen und nach dem Befunde die Genehmigung entweder zu versagen, oder unbedingt zu ertheilen, oder endlich diejenigen Vorkehrungen und Einrichtungen vorzuschreiben, welche zur Abhülfe geeignet sind. (§. 6 des Ges. vom 1. Juli 1861, §. 32 der N. G. D.)	45—49
Form und Fassung der zu ertheilenden Bescheide	45—48
Verpflichtung zum Schadenersatz seitens des Unternehmers der Anlage	49
§. 7. Der von der Regierung abgefasste Bescheid ist sowohl dem Unternehmer als dem Widersprechenden durch die Ortspolizeibehörde zu eröffnen. Gegen den Bescheid steht der Rekurs an die Ressort-Ministerien offen. Derselbe muß binnen einer präclusivischen Frist von vierzehn Tagen, vom Tage der Eröffnung an gerechnet, bei der Polizeibehörde, durch welche die Publication erfolgt ist, angemeldet werden. Die Rechtfertigungsschrift ist der Gegenpartei zur Beantwortung binnen vierzehntägiger, vom Tage der Behändigung laufender Frist mitzutheilen. Nach fruchtlosem Ablauf der einen oder der andern Frist sind die Verhandlungen ohne Weiteres zur Rekurs-Entscheidung einzusenden. Durch die Anmeldung des Rekurses von Seiten desjenigen, welcher der Anlage widersprochen hat, wird die von der Regierung ertheilte Genehmigung bis zur Entscheidung der Ministerien suspendirt. (§. 7 d. Ges. v. 1. Juli 1861, §. 33 d. N. G. D.)	49—54
§. 7. An die Stelle der Polizeibehörde des Orts tritt der Landrath, wenn der Unternehmer selbst die	

Polizei-Obrigkeit ist oder die Ortspolizei zu verwalten hat. (§. 8 des Gef. v. 1. Juli 1861, §. 34 des N. G. D.

54.

- §. 9. Die baaren Auslagen, welche durch die Bekanntmachung und das weitere Verfahren entstehen, fallen dem Unternehmer, diejenigen Kosten aber, welche durch unbegründete Einwendungen entstehen, dem Widersprechenden zur Last.

Die Regierungen und Ministerien haben in den Bescheiden über die Zulässigkeit der neuen Anlage zugleich die Vertheilung der Kosten festzusetzen.

Nähere Bestimmungen über das formelle Verfahren sind durch besondere Instruction zu treffen, deren Erlass dem Handels-Ministerio vorbehalten bleibt. (§. 9 des Gef. v. 1. Juli 1861, §. 35 der N. G. D.)

54—55

Stempelpflichtigkeit der Gesuche, Bescheide und Protestationen

55.

- §. 10. Die polizeiliche Genehmigung zu einer der im §. 1 bezeichneten Anlagen bleibt so lange in Kraft, als keine Aenderung in der Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte vorgenommen wird, und bedarf unter diesen Voraussetzungen auch dann, wenn die Anlage auf einen neuen Erwerber übergeht, einer Erneuerung nicht. Sobald aber eine Veränderung in der Betriebsstätte vorgenommen wird, ist dazu die Genehmigung der Regierung nach Maßgabe der §§. 2 ff. resp. des §. 12 nothwendig. Die Regierung kann jedoch auf den Antrag des Unternehmers von der Bekanntmachung (§. 3) Abstand nehmen, wenn sie die Ueberzeugung gewinnt, daß die beabsichtigte Veränderung für die Besitzer und Bewohner benachbarter Grundstücke oder das Publikum überhaupt neue oder größere Gefahren, Nachteile oder Belästigungen, als mit der vorhandenen Anlage verbunden sind, nicht herbeiführen werde.

Diese Bestimmungen finden auch auf gewerbliche Anlagen (§. 1) Anwendung, welche bereits vor Erlass der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung bestanden haben. (§. 10 des Gef. v. 1. Juli 1861, §. 36 der N. G. D.)

55—59

Verfahren bei Wiederherstellung von unveränderten Betriebsstätten

58.

Nähere Beschreibung des Verfahrens bei Veränderung von Betriebsstätten solcher Anlagen, welche schon vor Emanation der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung bestanden haben

58—59

- §. 11. Bei den durch Wasser bewegten Triebwerken (Mühlen u. s. w.) jeder Art sind außer den Bestimmungen der §§. 1—10 noch die bestehenden besonderen

	Seite
Vorschriften anzuwenden. (§. 11 des Ges. vom 1. Juli 1861, §. 38 der A. G. D.)	59—65
Wasserschöpfräder und Wasserschöpfungsmühlen unterliegen gleichfalls den Bestimmungen dieses Paragraphen	60
Bestimmungen in Betreff der Schiffsmühlen	60—61
Anlage von Wassermühlen an öffentlichen Flüssen	61
Anlage von Wassermühlen in Festungsbezirken	61
Nichtanwendbarkeit des Gesetzes über die Benutzung der Privatflüsse vom 28. Februar 1843	62
Bestimmungen über Fachbäume, Merk. u. Sicherheitspfähle	62—64
Mitwirkung des Ober-Bergamtes	64—65
§. 12. Bei der Anlage von Dampfkesseln (§. 1 Nr. II.) findet das in den §§. 3—9 vorgeschriebene Verfahren nicht statt. Die Regierung hat die Zulässigkeit der Anlage nach den bestehenden bau-, feuer- und sicherheitspolizeilichen Vorschriften, sowie nach denjenigen allgemeinen polizeilichen Grundsätzen zu prüfen, welche von dem Handels-Minister über die Anlage von Dampfkesseln erlassen werden. Sie hat nach dem Befunde die Genehmigung entweder zu versagen oder unbedingt zu erteilen, oder endlich bei Ertheilung derselben die erforderlichen Vorkehrungen und Einrichtungen vorzuschreiben.	
Bevor der Kessel in Betrieb genommen wird, ist zu untersuchen, ob die Ausführung den Bestimmungen der erteilten Genehmigung entspricht. Wer vor dem Empfange der hierüber auszufertigenden Bescheinigung den Betrieb beginnt, hat die nach §. 177 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung angeordnete Strafe vermerkt.	
Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für Dampfkessel, welche zu anderen als gewerblichen Zwecken dienen. (§. 12 des Ges. vom 1. Juli 1861, §. 37 der A. G. D.)	65—75
Regulativ, betreffend die Anlage von Dampfkesseln vom 31. August 1861	68—75
Bestimmungen über Anwendung der Sicherheits-Vorrichtungen.	72
§. 13. In Betreff der Entfernung der Windmühlen von Wegen und anderen Grundstücken bleibt es den Königlichen Regierungen überlassen, besondere Verordnungen zu treffen. Es finden auf diese die Bestimmungen des Gesetzes vom 11. März 1850 Anwendung. (§. 13 des Ges. vom 1. Juli 1861, §. 38 der A. G. D.)	75—76
Entfernung von öffentlichen Wegen.	75
Entfernung von benachbarten Aeckern	76

Capitel II.

Gewerbe, welche in Betreff der örtlichen Lage ihrer Betriebsstätten einer besonderen polizeilichen Genehmigung unterworfen sind.

§. 14. Einer besonderen Beschränkung mit Rücksicht auf die örtliche Lage sind ferner unterworfen:

a. Tanz- und Festschulen, sowie Turn- und Bade-Anstalten; zur Errichtung derselben ist eine polizeiliche Genehmigung erforderlich, welche in den Städten bei der Polizei-Obrigkeit, auf dem Lande unter Vorlegung eines Attestes der Polizei-Obrigkeit bei dem Landrathe nachzusuchen ist, und erst dann erteilt werden darf, wenn sich die Behörde von der Angemessenheit des Lokals und der beabsichtigten Einrichtung überzeugt hat.

b. Die Einrichtung oder Verlegung der Betriebsstätten solcher Gewerbe, deren Ausübung mit ungewöhnlichem Geräusch verbunden ist. Die Betriebsstätte muß, insofern zur Anlage derselben nicht schon nach den Vorschriften der §§. 27—36 A. G. D. die Genehmigung der Regierung einzuholen ist, der Polizei-Obrigkeit angezeigt werden; diese hat, wenn in der Nähe der gewählten Betriebsstätte Kirchen, Schulen, Krankenhäuser oder andere öffentliche Gebäude vorhanden sind, deren bestimmungsmäßige Benutzung durch den Gewerbebetrieb auf dieser Stelle eine erhebliche Störung oder Belästigung erleiden würde, die Entscheidung der Regierung darüber einzuholen, ob die Ausübung des Gewerbes an der gewählten Betriebsstätte zu untersagen, oder nur unter Bedingungen zu gestatten sei. (§. 40 d. A. G. D.)

77—79

Verbot des Ertheilens von Tanz-Unterricht in Tabagien

77—78

Bedingungen der Errichtung von Turn-Anstalten für die weibliche Jugend

78

§. 15. Die durch die Steuergesetze in Beziehung auf die Lage der Betriebsstätten angeordneten Beschränkungen des Betriebes einzelner Gewerbe bleiben auch ferner in Kraft. (§. 41 der A. G. D.)

79—81

Betrieb von Mahlmühlen in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten

79—81

Capitel III.

Gewerbe, welche in Betreff der Persönlichkeit des Betreibenden einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen.

- §. 16. Aerzte, Wundärzte, Augenärzte, Zahnärzte, Geburtshelfer, Apotheker und Unternehmer von Privat-Kranken- und Irren-Heil-Anstalten bedürfen einer Approbation des Ministeriums der Medizinal-Angelegenheiten. (§. 42 der A. G. D.) 81—82
 Reglement über die Prüfung der Medizinalpersonen 81—82
 Reglement über die Prüfung der Geburtshelfer 82
 Zulassung der Wundärzte I. Klasse zur ärztlichen Praxis 82
 Approbation der Augenärzte 82
 Approbation der Zahnärzte 82
 Bestimmungen über Zahnkünstler 82
 Prüfung der Hühneraugen-Operateure 82
 Prüfung und Concessionirung der Apotheker 82
 Errichtung von Wasser-Heil-Anstalten 82
 Errichtung von Privat-Irren-Anstalten 82
- §. 17. Hinsichtlich der Unternehmer von Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten, sowie der Privatlehrer bewendet es bei den besonderen Vorschriften. (§. 43 der A. G. D.) 83—86
 Bestimmungen des Allgem. Land-Rechts über Privatschulen 83
 Instruction über Concessionirung von Privat-Erziehungs- und Schul-Anstalten, sowie Haus- und Privat-Lehrern 84—85
 Schulen für weibliche Handarbeiten und gewerbliche Näh-Anstalten 86
- §. 18. Baumeister, welche aus der Leitung von Bau-Unternehmungen ein Gewerbe machen, bedürfen eines Prüfungs-Zeugnisses der technischen Bau-Deputation. (§. 44 der A. G. D.) 86—87
 Prüfung und Befugnisse der Baumeister 87
- §. 19. Seeschiffer und Seesteuerleute, Vorsteher öffentlicher Fahren (Fährmeister), Maurer, Steinhauer, Ziegel- und Schieferdecker, Haus- und Schiffszimmerleute, Mühlen- und Brunnenbauer, Schornsteinfeger, Personen, welche sich mit Aufstellen von Bliababletern beschäftigen, ingleichen solche, welche Feuerwerk zum Verkauf bereiten und gegen Entgelt abbrennen, Viehkastrirer und Abdecker, müssen sich über den Besitz der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten durch ein Befähigungs-Zeugniß der Regierung ausweisen. Dasselbe gilt von Hebammen,

Einleitung.

Zum selbstständigen Betriebe eines Gewerbes, d. h. zum Betriebe für eigene Rechnung und Verantwortlichkeit, bedarf es nach der Preussischen Gewerbegesetzgebung, welche auf der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 basiert, im Allgemeinen einer besondern polizeilichen Erlaubniß nicht.

Wer ein Gewerbe selbstständig zu betreiben beabsichtigt, muß zuvor der Kommunal-Behörde des Ortes Anzeige machen, welche, falls sie nicht zugleich Polizei-Obrigkeit ist, solche der letzteren mit ihren etwaigen Bemerkungen zuzustellen hat. (§. 22 d. A. G. O.)

Die Polizei-Obrigkeit hat zu prüfen, ob den für den selbstständigen Gewerbebetrieb im Allgemeinen oder für das beabsichtigte Gewerbe im Besonderen vorgeschriebenen Erfordernissen genügt ist; ist dies nicht der Fall, so ist der Beginn oder die Fortsetzung des Gewerbes mittelst besonderer Bescheidung zu untersagen, sonst aber dem Anmeldenden eine Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung zu erteilen. (§. 23 l. c.)

Doehl, Concessionswesen.

Die vorerwähnten allgemeinen Erfordernisse sind:

a. Dispositionsfähigkeit.

b. Ein fester Wohnsitz innerhalb der Preussischen Staaten. (§. 16 l. c.)

Derjenige, welchem der Betrieb eines bestimmten Gewerbes durch richterliches Erkenntniß untersagt worden ist, bedarf zum Beginn eines anderen verwandten Gewerbes einer besonderen Erlaubniß der Polizei-Obrigkeit des Ortes. Diese Erlaubniß ist zu versagen, wenn durch den beabsichtigten Gewerbebetrieb der Zweck des Straferkenntnisses vereitelt werden würde.

Diese Vorschrift findet auch Anwendung auf die Ehefrauen solcher Personen, ihre noch unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder, Dienstboten und andere Mitglieder ihres Haushaltes. (§. 21 des Gesetzes vom 22. Juni 1861.)*)

Der Beginn eines selbstständigen Gewerbes an und für

*) Der §. 21 der Allg. Gew.-Ordnung lautete:

Wer wegen eines von ehrloser Gesinnung zeugnenden Verbrechens, insbesondere wegen Meineides, Raubes, Diebstahls oder Betruges verurtheilt worden, bedarf zum Beginne eines jeden selbstständigen Gewerbebetriebes, derjenige aber, welchem der Betrieb eines bestimmten Gewerbes durch richterliches Erkenntniß untersagt worden ist, zum Beginne des selbstständigen Betriebes eines anderen verwandten Gewerbes der besonderen Erlaubniß der Polizei-Obrigkeit des Ortes.

Diese Erlaubniß ist zu versagen, wenn nach der Eigenthümlichkeit des Gewerbebetriebes und der Persönlichkeit des Antragenden ein Mißbrauch zu beforgen ist, oder durch den beabsichtigten Gewerbebetrieb der Zweck des Straferkenntnisses vereitelt werden würde.

Diese Vorschriften finden auch Anwendung auf die Ehefrauen solcher Personen, ihre noch unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder, Dienstboten und andere Mitglieder ihres Hausstandes.

sich ist nicht erst von der Ertheilung des Gewerbe-Anmelde-Attestes abhängig, sondern kann sofort nach der geschehenen Anmeldung bewirkt werden. Eine Ausnahme hiervon findet statt bei gewissen Gewerben, und zwar bei solchen:

- a. mit deren Betrieb die Errichtung von Anlagen verbunden ist, welche durch ihre örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der Nachbargrundstücke oder das Publikum überhaupt erhebliche Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können (Real-Concessionen);
- b. bei welchen entweder durch ungeschickten Betrieb oder durch Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in sittlicher Hinsicht das Gemeinwohl oder die Erreichung allgemeiner polizeilicher Zwecke gefährdet werden kann. (Personal-Concessionen.)

Bei diesen muß, bevor mit dem Beginn vorgeschritten werden kann, erst das Eintreffen der polizeilichen Erlaubniß, die Ertheilung der Concession, abgewartet werden, und die Bedingungen, sowie die näheren Bestimmungen über die Ertheilung dieser Concession sind enthalten in dem Titel II. der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 und den Gesetzen vom 22. Juni und 1. Juli 1861, von denen das vorliegende Werk handelt.

Durch die letzteren beiden Gesetze sind die Bestimmungen der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung in Bezug auf die §§. 27 bis 38, 49, 57, 58, 71 bis 74, 172, 173, 174 und 176, ferner die §§. 67 und 68 der Verordnung vom 9. Februar 1849 (G.=S. 93), die Kabinetts-Ordre vom 1. Januar 1831 (G.=S. 243) und vom 27. September 1837, betreffend die Anlage

und den Gebrauch von Dampffesseln, aufgehoben, und die §§. 7 bis 11, sowie die bezüglichlichen Anordnungen des §. 29. des Gesetzes vom 8. Mai 1837 über das Mobilien-Feuerversicherungswesen, die §§. 3 und 4 und die bezüglichlichen Bestimmungen der §§. 5, 6 und 7 des Gesetzes vom 17. Mai 1853, den Geschäftsverkehr der Versicherungs-Anstalten betreffend, sowie das Gesetz vom 5. Juni 1852, den Handel mit Garnabfällen betreffend, außer Kraft gesetzt, sowie das Regulativ vom 6. September 1848, über Anlage und Gebrauch der Dampffessel, durch das vom 31. August 1861 ersetzt ist.

Abschnitt I.

Erforderniß besonderer polizeilicher Erlaubniß.

Eine besondere polizeiliche Genehmigung ist nur erforderlich:

- 1) Zur Errichtung gewerblicher Anlagen, welche durch die örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachtheile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können;
- 2) Zum Beginn solcher Gewerbe, bei welchen entweder
 - a) durch ungeschickten Betrieb, oder
 - b) durch Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in sittlicher Hinsicht

das Gemeinwohl oder die Erreichung allgemeiner polizeilicher Zwecke gefährdet werden kann. (§. 26 der A. G.-O.)

Capitel I.

Gewerbliche Anlagen, welche einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen.

Die Bestimmungen der §§. 27—38 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, die Kabinetsordre vom 1. Januar 1831 (G.-S. 243) betr. die Anlage und den Gebrauch von Dampfmaschinen, und die Kabinetsordre vom 27. September 1837, betreffend die Anwendung der Vorschriften der Kabinetsordre vom 1. Januar 1831 auf die Anlage und den Gebrauch von Dampfesseln zu anderen Zwecken als zum Maschinen-

betriebe (G.=S. 146.) sind durch das Gesetz vom 1. Juli 1861, betreffend die Errichtung gewerblicher Anlagen aufgehoben worden. (§. 14 d. Ges.)

Es ist hierdurch das Erforderniß der polizeilichen Genehmigung bei manchen Anlagen, für die es bisher bestand, weggefallen, andere, die es bisher nicht waren, sind concessionspflichtig geworden, bei anderen schwebte das Verfahren bei Emanation des vorerwähnten Gesetzes. Um in Betreff derselben ein gleichmäßiges Verfahren herbeizuführen, bestimmte das Königl. Ministerium für Handel pp. in der Circular-Verfügung vom 31. August 1861 (M.=B. 172) Folgendes:

1. Das nach §. 27 ff. der A. G.-O. eingeleitete Edictal-Verfahren in Betreff solcher gewerblicher Anlagen, welche aus §. 27 cit. in das Verzeichniß des §. 1. des Gesetzes vom 1. Juli d. J. nicht übergegangen sind, und zu deren Errichtung es ferner einer besonderen polizeilichen Genehmigung im Sinne des §. 26 der A. G.-O. nicht mehr bedarf (Branntweinbrennereien, Bierbrauereien, Malzdarren, Zuckersiedereien, Spiegelfabriken, Kartoffelstärkefabriken, Metallgießereien, sobald sie blos Ziegelgießereien sind, Eichorienfabriken, Flusssiedereien, Wachsbleichen und durch Wind bewegte Triebwerke), sowie in Betreff der Dampfkessel-Anlagen ist durch eine Verfügung der Königl. Regierung einzustellen, und davon den Betheiligten Kenntniß zu geben. Die Zulässigkeit der ersteren Anlagen ist nach den allgemeinen bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften, diejenige der Dampfkessel-Anlagen nach §. 12 des Gesetzes vom 1. Juli d. J. zu beurtheilen.

2. Bei solchen gewerblichen Anlagen, welche bisher der besonderen polizeilichen Genehmigung nach §. 26 ff. der A. G.-O. nicht bedurften, bei denen dies aber fortan nach §. 1 des Gesetzes vom 1. Juli d. J. der Fall ist (Anlagen zur Gewinnung von Braunkohlentheer, welche außerhalb des Ortes der Gewinnung des Materials errichtet werden, Dachpappen- und Dachfilz-Fabriken, Knochenkohlereien), ist das Edictal-Verfahren nach §. 2 des Gesetzes vom 1. Juli d. J. einzuleiten, sofern die hauptpolizeiliche Erlaubniß nicht bereits vor dem Zeitpunkt, wo das gedachte Gesetz am Orte der Errichtung in Wirksamkeit getreten ist, ertheilt war.

3. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juli d. J. über das Verfahren zu §. 3—9 finden nur auf diejenigen Anlagen Anwendung, zu denen die Genehmigung erst nach dem Zeitpunkt, an welchem das Ge-

seß vom 1. Juli d. J. am Orte der Einrichtung der Anlage in Wirksamkeit tritt, bei der Polizeibehörde schriftlich nachgesucht ist. Alle vor diesem Zeitpunkt eingereichten Anträge sind nach den bisherigen Vorschriften über das Verfahren zu Ende zu führen.

4. Sind Aenderungen in der Lage und Beschaffenheit der Betriebsstätte einer gewerblichen Anlage nach Maafgabe des §. 36 der A. G.-O. vor dem bezeichneten Zeitpunkte bereits durch das Amtsblatt publicirt, so ist das Verfahren gleichfalls nach den bisherigen Vorschriften zum endlichen Austrag zu bringen. Ist die Bekanntmachung aber an diesem Zeitpunkte noch nicht erfolgt, so steht es der Königl. Regierung frei, von der im §. 10 des Gesetzes vom 1. Juli d. J. eingeräumten Befugniß Gebrauch zu machen, wonach von dem Bekanntmachungs-Verfahren Abstand genommen werden kann, sofern die im Gesetze angegebenen Voraussetzungen vorhanden sind.

Durch die polizeilichen Vorschriften, deren Erlaß im §. 13 des Gesetzes vorbehalten ist, soll den Gefahren vorgebeugt werden, welche das durch Scheuwerden des Viehes auf Wegen oder Grundstücken, in der Nähe von Windmühlen, in Folge des Betriebes der letzteren entstehen könnten. Im Allgemeinen werden dabei die Anordnungen über die einzuhaltenden Entfernungen als Norm zu dienen haben, welche in den Erlassen vom 7. Juni 1828 und 29. October 1835 (v. R. Ann. Bd. XII S. 544 und Bd. XIX S. 1104), sowie in dem Circular-Erlaß vom 10. Juli 1848 (M.-B. 1848 S. 310) getroffen sind. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, Modificationen nach der Besonderheit der örtlichen Verhältnisse eintreten zu lassen. Von den darüber erlassenen bezüglichen Verordnungen sind seiner Zeit Abschriften einzureichen.

(Cirk.-Erlaß d. Min. f. Handel u. v. 31 August 1861. M.-B. 173.)

A.

Einzelne Anlagen und Bestimmungen bezüglich derselben.

§. 1.

Zu den gewerblichen Anlagen, welche einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen (§. 26 zu 1 d. A. G.-O.) sollen für jetzt gerechnet werden:

I. Schießpulverfabriken, Anlagen zur Feuerwerkerei und zur Bereitung von Zündstoffen aller Art, Gasbereitungs- und Gasbewahrungs-Anstalten, Anlagen zur Bereitung von Braunkohlentheer, Steinkohlentheer und Koak, sofern sie außerhalb der Gewinnungsorte des Materials liegen, Porzel-

lan-, Fayence- und Thongeschirr-Manufacturen, Glas- und Ruchhütten, Kalk-, Ziegel- und Gyps-Ofen, Anlagen zur Gewinnung roher Metalle und Rostöfen, Metallgießereien, sofern sie nicht bloße Ziegelgießereien sind, Hammerwerke, chemische Fabriken aller Art, Schnellbleichen, Firnißsiedereien, Stärkefabriken, mit Ausnahme der Fabriken von Kartoffelstärke, Wachs- und Seifensiedereien, Knochenbrennereien, Knochen- und Bleichen, Talgschmelzen, Schlachthäuser, Gerbereien, Abdeckereien, Poudretten- und Düngpulver-Fabriken, ingleichen durch Wasser bewegte Triebwerke (Mühlen u. s. w.) jeder Art (§. 11).

II. Dampfkessel, sie mögen zum Maschinenbetriebe bestimmt sein oder nicht (§. 12).

Bei allen diesen Anlagen macht es keinen Unterschied, ob sie nur auf den eigenen Bedarf des Unternehmers oder auch auf Absatz an Andere berechnet sind. (§. 1 d. Ges. v. 1. Juli; §. 27. d. A. G.-D.)*

*) Der §. 27 der A. G.-D. lautet:

Zu den gewerblichen Anlagen, welche einer besondern Genehmigung bedürfen (§. 26 zu 1), sollen für jetzt gerechnet werden:

Schießpulverfabriken, Anlagen zur Feuerwerkerei und zur Bereitung von Zündstoffen aller Art, Gasbereitungs- und Gasbewahrungs-Anstalten, Anlagen zur Bereitung von Steinkohlentheer und Koak, sofern sie außerhalb der Gewinnungsorte des Materials errichtet sind, Spiegelfabriken, Porzellan-, Fayence- und Thongeschirr-Manufacturen, Glas- und Ruchhütten, Zuckersiedereien, Malzbarren, Kalk-, Ziegel- und Gyps-Ofen, Schmelzhütten, Hochofen, Metallgießereien, Hammerwerke, chemische Fabriken aller Art, Schnellbleichen, Firnißsiedereien, Eichorien-, Stärke-, Wachs- und Seifensiedereien, Knochenbrennereien, Knochen- und Wachsbleichen, Talgschmelzen, Schlachthäuser, Gerbereien, Abdeckereien, Poudretten- und Düngpulver-Fabriken,

es gehören ferner dahin:

Dampfmaschinen, Dampfkessel und Dampfentwickler, durch Wasser oder Wind bewegte Triebwerke (Mühlen u. s. w.) aller Art, sowie Branntweinbrennereien und Bierbrauereien. (§. 39.)

Bei allen diesen Anlagen macht es keinen Unterschied, ob sie nur zum eigenen Bedarf des Unternehmers oder auf Absatz an Andere berechnet sind.

Es sind von den nach §. 27 der A. G.=D. concessionspflichtigen Anlagen weggefallen: Branntweinbrennereien, Bierbrauereien, Malzdarren, Zuckersiedereien, Spiegelfabriken, Kartoffelstärkefabriken, Ziegelgießereien, Cichorienfabriken, Flußsiedereien, Wachsbleichen, sowie durch Wind bewegte Triebwerke, während von gewerblichen Anlagen, welche früher einer polizeilichen Erlaubniß nicht bedurften, hinzugetreten sind: Anlagen zur Gewinnung von Braunkohlentheer, Dachpappen- und Dachfilzfabriken und Knochenkochereien. In Betreff der Einrichtung von Dampfmaschinen ist zwar das Erforderniß der polizeilichen Genehmigung zur Anlage geblieben, indeß das hierbei zu beobachtende Edictal-Verfahren aufgehoben worden.

Ueber die benannten Anlagen im Besonderen ist Nachstehendes zu bemerken:

1. Schießpulver-Fabriken.

Mit Bezug auf den Erlass vom 30. April c. und in Folge der Mittheilung des Herrn Kriegsministers Excellenz wird der Königl. Regierung eröffnet, daß die in den Pulverfabriken zur Verhütung von Unglücksfällen zu treffenden Vorsichtsmaaßregeln wesentlich von den jedesmaligen Betriebseinrichtungen und den besonderen lokalen Verhältnissen der Fabriken abhängig sind, und deshalb allgemeine polizeiliche Vorschriften hierüber nicht wohl erlassen werden können. Die desfalligen Vorschriften werden vielmehr, wie es auch in den Königl. Fabriken geschieht, für jedes Etablissement dem eigenthümlichen Verfahren desselben entsprechend, besonders festzustellen, und dabei diejenigen Vorkehrungen und Einrichtungen, welche nach sachverständigem Gutachten erforderlich sind, vorzuschreiben sein. Bei Errichtung neuer oder Veränderung bestehender Pulver-Fabriken ist der Königl. Regierung hierzu in den §§. 27, 28, 32 und 36 der Allg. Gew.-Ordn. die Ermächtigung ertheilt; aber auch in Beziehung auf bereits bestehende derartige Anlagen unterliegt es nach den Bestimmungen des §. 19 Th. II Tit. 17 des Allg. Land-Rechts keinem Bedenken, daß die Königl. Regierung, sobald es sich nicht um Abänderungen ausdrücklich genehmigter baulicher Einrichtungen handelt, diejenigen Anordnungen zu treffen hat, welche vom Standpunkt der Sicherheitspolizei aus für unerläßlich zu achten sind.

Um der Königl. Regierung in beiden Beziehungen eine Anleitung über die in jedem einzelnen Falle nach den obwaltenden Verhältnissen

zu treffenden Maßregeln zu geben, wird derselben (in der Anlage a.) eine von des Herrn Kriegsministers Exc. mitgetheilte Zusammenstellung der zur Abwendung von Unglücksfällen in Pulverfabriken zu befolgenden Anordnungen übersandt, und muß (Ihrer) näheren Ermägung überlassen bleiben, welche Vorschriften mit Beziehung auf die lokalen Verhältnisse und Betriebs-Einrichtungen in Ihrem Bezirk für anwendbar zu achten sind. (Cirk.-Refer. d. Min. d. Inn. v. 14. Septbr. 1846. M.-B. 202.)

a. Polizeiliche Maßregeln zur Abwendung von Unglücksfällen in Pulverfabriken.

A. Lage und bauliche Einrichtung der Gebäude und Werke.

1. Die Gebäude und Werke für den gefährlichen Betrieb sind von einander abgesondert anzulegen, und insoweit mit einem bis zum Dache reichenden Erdwall zu umgeben, daß bei einem etwaigen Ausfliegen die benachbarten Gebäude durch Leitung der Explosion nach Oben möglichst geschützt werden.

Die mit Feuerungs-Anlagen verbundenen Ateliers, als: die Kohlerei, Salpetererz u. sowie die Wohngebäude und Holzniederlage sind von den Gebäuden des gefährlichen Betriebes möglichst entfernt zu placiren.

2. Neben den einzelnen Pulverarbeitshäusern und gegen diese durch einen kleinen Erdwall geschützt, sind kleine Ablage-Magazine zur einstweiligen Unterbringung des aus einem Atelier in das andere übergehenden Zwischenfabrikats anzulegen.

3. Das Fabrikterrain ist womöglich mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen, und namentlich in der nächsten Umgebung der Pulverhäuser für einen guten Graswuchs zu sorgen.

Die Wege sind mit Gerberlohe zu beschütten.

4. Die Gebäude des gefährlichen Betriebes sind möglichst leicht, am Besten aus bloßem mit gut in einander gepfalzten Brettern bekleidetem Stielwerk herzustellen, und mit einem leichten Dache zu versehen. Sie erhalten, um der Explosion einen leichten Ausweg zu verschaffen, große Fenster; wo diese fehlen, und schwere Dächer vorhanden sind, werden zu gleichem Zwecke in dem Dache und den Umfassungswänden nach Außen sich öffnende Klappen angebracht.

5. Um das Einwehen von Sand und Staub zu verhüten, sind die Gebäude des gefährlichen Betriebes mit einem Vorflur zu versehen.

6. Der eigentliche Arbeitsraum ist von dem Vorgelege des treibenden Wasserrades oder Pferddegöpels durch eine Wand zu trennen, damit sich der Pulverstaub nicht auf den Betriebsrädern ablagern kann.

7. Die Thür- oder Fensterbeschläge sind ganz oder doch in der

Art theilweise aus Kupfer, Bronze oder Messing herzustellen, daß eine Reibung von Eisen auf Eisen niemals stattfinden kann.

Alle Eisentheile im Innern der Arbeitsräume, deren Anbringung sich nicht vermeiden läßt, müssen, soweit irgend zugänglich, mit Holz verkleidet oder mit Leinwand verhäutet werden.

8. Die von der Sonne beschienenen Fensterseiben sind mit weißer Oelfarbe zu überstreichen, damit darin befindliche Warzen oder Blasen nicht als Brenngläser wirken können.

9. Jedes Gebäude, in welchem sich Pulver oder Pulversatz befindet, zum Mindesten aber das Pulvermagazin, erhalten einen Blitzableiter.

10. Das gesammte Etablissement ist mit einem Zaun zu umgeben, oder in anderer geeigneter Weise abzuschließen.

B. Betriebs-Einrichtungen.

1. Die Mengung des Sages in Tonnen mittelst Bronzefugeln und die Verdichtung desselben durch Walzenpressen erscheint minder gefährlich, als die Bereitung des Pulvers auf Walz- und Stampf-Mühlen.

2. Da, wo Mühlen der letzteren Art vorhanden sind, dürfen die Stampfen in keinem Falle mit Eisen beschlagen sein; der Schuh derselben muß vielmehr aus Bronze oder Kupfer bestehen.

3. Ebenso sind eiserne Läufer in den Walzen nur dann zulässig, wenn sie mit einem starken Reifen von Bronze oder Kupfer umgeben sind. In dieser Weise bekleidete konische Läufer verdienen aber rücksichtlich der Anwendung den Vorzug vor cylindrischen Läufern aus Stückstein.

4. Was oben sub A. 7 über die Vermeidung einer Reibung von Eisen auf Eisen gesagt ist, ist auch bei Anlage und Einrichtung der Maschinen zu beachten.

Das Eindringen des Pulverstaubes in die Zapfenlager sucht man durch Bedeckung derselben mit einem mit Schafwolle gefütterten Trichter oder durch eine mit dergleichen Wolle bekleidete Stopfbüchse zu verhüten. Der untere Zapfen senkrecht stehender und sich schnell bewegend der Maschinenwellen wird am Besten in Wasser gestellt.

5. Macht der Betrieb die Aufbewahrung gemahlener Pulverkohle nothwendig, so muß hierzu, der möglichen Selbstentzündung wegen, ein feuersicheres und durch eine eiserne Thür zu verschließendes Gewölbe vorhanden sein.

6. Die Räume zum künstlichen Trocknen des Pulvers dürfen nicht durch gewöhnliche Oefen geheizt werden, die Heizung ist vielmehr durch Wasserdämpfe zu bewirken. Die Dampfküche muß sich hierbei in einem besonderen, von dem Trockenhause durch einen Erdwall getrennten Gebäude befinden.

C. Allgemeine Maßregeln beim Betriebe selbst.

1. Zur Arbeit in den Pulverfabriken dürfen nur zuverlässige und nüchterne Leute angestellt werden.

2. Kann der Inhaber der Fabrik nicht selbst die Arbeiter fortwährend inspiciiren, so ist er einen fachkundigen Werkmeister anzustellen verpflichtet.

3. Jedem Arbeiter ist ein bestimmter Wirkungskreis anzuweisen, und der Betrieb so anzuordnen, daß die Arbeiten gehörig in einander greifen, und nirgend Verwirrung oder eine zu große Anhäufung von Menschen und Material entstehen kann.

4. Den bei Feuerungsanlagen beschäftigten Arbeitern, als den Salpetersiedern, Köhlern, Heizern u. dürfen keine Geschäfte übertragen werden, welche sie während der Arbeit in die Vocale führen würden, in denen das Pulver bereitet wird und umgekehrt.

5. In den Ateliers dürfen sich nur diejenigen Arbeiter aufhalten, die nach der Betriebsordnung darin beschäftigt sind.

6. Der Besuch von Frauen und Kindern ist in den Pulver-Arbeitshäusern nicht gestattet.

7. Fremde dürfen die Ateliers nur in Begleitung eines Aufsehers betreten.

8. Jeder in ein Pulverhaus Eintretende muß Stiefel überziehen, oder seine Fußbekleidung ablegen. Die Schuhe und Stiefel der Arbeiter dürfen nicht mit eisernen Nägeln oder Abscheifen versehen sein.

9. Der Fußboden eines jeden Pulverhauses muß mit Decken belegt sein, und am Eingange eine Strohecke liegen, um Sand und Schmutz abtragen zu können.

10. Fässer und andere Gefäße müssen vor dem Hineinbringen in ein Pulverhaus sorgfältig von Sand und Erde befreit, auch die leeren Gefäße inwendig gut gereinigt werden. Diejenigen Fässer, worin Pulver und Pulversatz aufgenommen werden soll, müssen dicht gearbeitet und fest gebunden sein, so daß ein Verstreuen oder Durchstäuben nicht stattfinden kann.

11. Zum Transport der Pulvermassen von einem Werk in das andere sind nur mit Deckeln versehene Gefäße zu verwenden.

12. Die Karren und Wagen, deren man sich zu diesen Transporten bedient, dürfen keine mit Eisen beschlagenen Räder erhalten.

13. Die Pulverkohle darf erst 3—4 Tage nach ihrer Darstellung gekleint werden, um Selbstentzündung zu verhüten. Zur Aufnahme der gekleinten Kohle sind flache Gefäße von Eisenblech mit gutschließenden Deckeln zu verwenden.

14. Werden Sahmaterialien oder Pulvermassen verschüttet, so sind dieselben als verunreinigt anzusehen, und nicht weiter zur Fabrikation zu verwenden. Das Verschüttete wird vielmehr in ein Kehrichtfaß gethan, welches sich in jedem Atelier befinden muß, und muß, sofern dasselbe aus Pulver besteht, stark angefeuchtet werden.

15. Unter keinen Umständen darf mehr Pulver oder Sah in den Werken vorhanden sein, als gerade in der Arbeit begriffen, und hierzu unbedingt erforderlich ist. Das fertige Fabrikat ist sogleich nach den nahe gelegenen Ablage-Magazinen zu bringen, und aus diesen auch die noch weiter zu verarbeitende Masse nur allmählig nach dem Fortschritte der Arbeit, heranzuholen.

16. Während der Arbeit darf in den Pulverhäusern nicht geklopft, gescharrt oder geworfen werden; die Gefäße sind behutsam zu heben, zu tragen und niederzusetzen, und Stoß und Reibung zu vermeiden.

17. Die im Gebrauch befindlichen Geräthe dürfen nicht von Eisen sein.

18. Bevor eine Reparatur in irgend einem Pulverhause vorgenommen wird, muß alle Pulvermasse daraus entfernt und der Fußboden oder die Stelle, wo die Reparatur stattfinden soll, so stark genäst werden, daß ein entstehender Funke keine Entzündung mehr veranlassen kann.

Die Reparatur darf nur unter der Aufsicht eines Werkführers stattfinden.

19. Die Arbeiter müssen auf die Mühlenwerke und die Maschinen ein wachsamcs Auge haben, solche gut in Schmiere halten, und dafür sorgen, daß die Schraubenmuttern fest angezogen sind. Wenn etwas bricht, oder sich auch nur ein unordentlicher Gang der Maschine zeigt, so müssen sie die Mühle augenblicklich einschüßen oder die Maschine ausrücken.

20. Die Pulverarbeit darf nur bei vollkommener Tageshelle ausgeführt werden, beim Schluß derselben ist alles Pulver und der Pulverfaß nach den Ablage-Magazinen zu schaffen, und das Werk vollständig aufzuräumen und zu verschließen.

21. Der Gebrauch von Laternen in den Pulverhäusern ist unter allen Umständen unstatthaft.

22. Bei anhaltend trockener Witterung müssen die Thüreschwellen und die unmittelbaren Umgebungen der Pulverhäuser tüchtig genäst werden.

23. Das Tabakrauchen in der Nähe der Fabrikanlagen ist nicht zu gestatten; es darf daher auch kein Arbeiter Pfeife oder Feuerzeug bei sich führen.

24. Die Schornsteine der Salpeterläuterei, Köhlerei und des Trockenhauses sind fleißig zu fegen, und die Anhäufung von Brennmaterialien in diesen Räumen zu vermeiden.

25. Sämmtliche Werke und Arbeitsräume müssen allwöchentlich einmal gründlich gereinigt werden; es sind hierbei die Fußdecken aufzunehmen und an einem abgelegenen Orte auszuklopfen, der Fußboden, die Wände, die Decken, Maschinen zc. vom Staube zu reinigen, und die Fehrichtfässer zu entleeren. Hierbei ist denn auch jedesmal eine gründliche Revision der Maschinen und eine Beseitigung etwaniger Mängel an denselben vorzunehmen.

26. Die Fabrik muß mit dem erforderlichen Feuerlöschgeräth, wozu auch ein gefüllter Wassertübel neben jedem Pulverhause gehört, versehen sein, und dessen Zustand zum Defteren revidirt werden.

27. Auch ist es zweckmäßig, diejenigen Hülfsmittel bei der Hand zu haben, welche bei einer etwanigen Brandbeschädigung von Menschen augenblicklich angewendet werden können.

28. Sämmtliche Arbeiter sind über ihr Verhalten bei vorkommenden Explosionen und bei Brandunglück genau zu instruiren. Die nächste Maßregel wird hierbei immer die sein, das Pulver oder den Pulversatz in den durch Feuer gefährdeten Räumen stark mit Wasser zu begießen.

29. Die nach den besondern Verhältnissen für jede Fabrik eigens zu entwerfenden polizeilichen Bekanntmachungen sind den Arbeitern von Zeit zu Zeit in Erinnerung zu bringen, und eine jede Vernachlässigung derselben streng zu rügen.

30. Eine gehörige nächtliche Bewachung erscheint für eine jede Pulverfabrik unerläßlich nothwendig.

(Minist.-Blatt pro 1846, S. 203.)

Einige Abänderungen und Modificationen haben die vorerwähnten Bestimmungen durch das nachfolgende Rescript und den durch dasselbe mitgetheilten Nachtrag erfahren.

Der Bericht der p. p. v. 8. December v. J. hat Veranlassung gegeben, mit dem Hrn. Kriegsminister über diejenigen Erleichterungen in Vernehmen zu treten, welche nach den seither gemachten Erfahrungen in Betreff der unterm 14. September 1846 mitgetheilten Zusammenstellung der polizeilichen Maßregeln zur Abwendung von Unglücksfällen in Pulverfabriken ohne Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zulässig erscheinen.

Das Ergebniß dieser Prüfungen ist aus dem beifolgenden Nachtrag (a) zu jenen Vorschriften zu ersehen, welcher der Königl. Reg. mitgetheilt wird, um danach über die Anträge des N. zu befinden, und bei Ertheilung der landespolizeilichen Erlaubniß zur Anlegung von Pulverfabriken zu verfahren.

(Rescr. d. Min. f. Handel p. p. u. d. Inn. v. 31. Mai 1856 M.-B. 170.)

a.

Nachtrag zu der Zusammenstellung vom 14. Septemehr 1846.

ad A. 1. Daß ein Schutz entfernter liegender Orte durch Umwallungen und Baumbwuchs nicht absolut erreicht werden kann, hat die Erfahrung bei stattgehabten Explosionen gezeigt, indem die in die Höhe gesprengten brennbaren Gegenstände jene überflogen, und in größeren Entfernungen durch ihr Einschlagen in andere Arbeitsräume neue Explosionen verursachten. Welche Entfernung hiernach als die angesehen werden soll, in welcher bei Neuanlagen die Betriebs- und Aufbewahrungsräume von schon vorhandenen Wohngebäuden oder öffentlichen Wegen mindestens abgelegen bleiben müssen, läßt sich im Allgemeinen nicht bestimmen. Für nahe gelegene Gebäude und Vertlichkeiten und für Quantitäten von einiger Centnern Pulver, welche sich in den Arbeitsräumen während der Arbeit befinden, wird ein Erdwall, und in vielen Fällen auch eine Mauer von $2\frac{1}{2}$ Fuß Stärke einen Schutz gewähren, der in den meisten Fällen eine weitere Verbreitung der Explosion zu verhindern im Stande ist.

ad A. 2. Die Anlage von besonderen Ablage-Magazinen darf in den Fällen erlassen werden, wenn der Betrieb so eingerichtet ist, daß jede Operation der Zeit nach sich unmittelbar an die folgende anschließt.

ad A. 3. Die Beschüttung der Wege mit Gerberlohe, oder, was nach neueren Erfahrungen noch vorzuziehen ist, mit Sägespänen, kann unter Umständen sehr kostspielig werden. Es wird daher, wo dies der Fall sein sollte, ausnahmsweise davon abzustehen sein, wenn durch die Explosion des innerhalb der Fabrik von einem Orte zum anderen zu schaffenden Pulvers die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet erscheint.

Von den Anordnungen

ad A. 9 und 10 darf auf den Antrag der Fabrikanten abgestanden werden, sofern nicht besondere Verhältnisse deren Anwendung bedingen. Auch ist bei Ertheilung der polizeilichen Genehmigung stets der Vorbehalt auszusprechen, daß, sofern der Umfang der aufgehäuften Vorräthe oder sonstige Umstände im Interesse der öffentlichen Sicherheit die Errichtung von Abzuleitern nach Ermessen der Königl. Regierung nothwendig machen sollten, deren Ausführung nachträglich erfolgen müsse.

Die Anordnung

ad B. 5 darf dem Fabrikanten überlassen bleiben, vorausgesetzt, daß die Bestimmung unter C. 13 gehörig beobachtet wird.

ad B. 6. Die Anwendung von Heizöfen darf unter der Bedingung nachgelassen werden, wenn solche von einem besonderen Raume

aus geheißt, ferner durch einen soliden und dicht anschließenden Mantel von Eisen- oder Kupferplatten geschützt und vollständig abgeschlossen werden, auch der Schornstein so hoch ist, daß er keine Funken sprüht.

ad C. 8 und 9. Die Schlußbestimmung unter 8 ist festzuhalten, das Uebrige darf dem Ermessen des Fabrikherrn überlassen bleiben. Letzteres gilt auch von der Bestimmung

ad C. 15, sofern die oben zu A. 2 erwähnte Maßgabe stattfindet.

ad C. 20. Es darf dem Ermessen des Fabrikherrn überlassen bleiben, einen Arbeitsraum als Aufbewahrungsort der Fabrikate der letzten Arbeitsstunden für die Nacht und bis zur Fortsetzung der Arbeit in einem anderen Raume am folgenden Tage zu benutzen.

ad C. 20 und 21. Die Pulverarbeit darf bei nächtlicher Arbeit gestattet werden, wenn letztere mit der erforderlichen Vorsicht und Sorgfalt ausgeführt wird.

So weit in Vorstehendem nicht Abänderungen und Erleichterungen in den polizeilichen Anordnungen ausdrücklich erwähnt sind, muß es bei den unterm 14. September 1846 mitgetheilten Bestimmungen bewenden. Insbesondere ist die Befolgung der unter B. 2 und 3 gegebenen Vorschriften ganz unerlässlich, und auf die unter C. 1—7, 10—14, 16—19 getroffenen Anordnungen mit besonderer Strenge zu halten.

(M.-B. 1856 S. 170.)

Ueber die bei Aufbewahrung und Transport von Schießpulver zu beobachtenden Maßregeln sprechen die folgenden Bestimmungen.

Das Reglement vom 12. April 1852, M.-B. 223, A.-B. 339, und die Verordnung vom 28. Februar 1853, A.-B. 86; ferner das Rescript vom 10. August 1843, M.-B. 261, ferner die Verordnung vom 15. September 1845, A.-B. 290; das Verhalten von Fuhrwerken und Reitern beim Begegnen von Pulver-Transporten bestimmt die Circular-Verfügung vom 14. Oktober 1842, M.-B. 375; die Versendung auf dem Rhein das Regulativ vom 17. Februar 1840, M.-B. 28, auf der Elbe §. 19 des Regulativs vom 30. December 1841. M.-B. 273. Die Versendung auf der Post untersagt §. 9 des Postgesetzes vom 31. Juli 1852, M.-B. 346, auf Eisenbahnen der Bescheid vom 14. Februar 1857, M.-B. 55. Für Aufbewahrung und Transport von Pulver in Berlin besteht

die Verordnung vom 14. April 1856, Z.-B. Nr. 122, publicirt durch N.-B. 1856 St. 27. Beilage.

Alle für Fabrikation, Aufbewahrung und Transport von Schießpulver bestehenden Verordnungen finden auch für Schießbaumwolle Anwendung.

Alle hinsichtß der Fabrikation, Aufbewahrung und Versendung des Schießpulvers bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und polizeiliche Verordnungen finden auch in Betreff der aus einer Behandlung von Baumwolle und ähnlichen Stoffen mit Säure hervorgehenden, einstweilen mit dem Namen Schießbaumwolle oder Schießwolle belegten Fabrikate volle Anwendung.

(Allerh. Cab.-Ordre v. 6. November 1846. G.-S. 471.)

2. Anlagen zur Feuerwerkerei.

Ueber die Anlage der zur Bereitung von Feuerwerkskörpern bestimmten Lokalitäten und Laboratorien spricht die Instruction für Prüfung und Concessionirung von Privatpersonen zum Betriebe der Luftfeuerwerkerei (vide zu §. 20 [§. 45 der A. G.-D.]) vom 19. April 1847, N.-B. 90, in folgenden Paragraphen:

§ 9-16

Ein Feuerwerks-Laboratorium darf unter keinen Umständen in bewohnten Gebäuden angelegt werden, es soll vielmehr eine möglichst isolirte Lage haben, so daß die näheren Umgebungen desselben durch einen eintretenden Unglücksfall nicht leicht gefährdet werden können. Die in dieser Beziehung zu stellenden speciellen Bestimmungen hängen von dem Umfang des Betriebes und von den obwaltenden Verhältnissen ab, und bleiben daher dem Ermessen der Ortspolizeibehörde überlassen. Dieselben Rücksichten geben auch die Bestimmungsgründe dafür ab, ob das Laboratorium massiv oder in Fachwerk zu erbauen ist, oder ob dasselbe ganz oder theilweise aus bloßen Bretterschuppen bestehen kann. Letztere müssen aber jedenfalls so dicht sein, daß ein Einwehen von Sand oder Staub nicht stattfinden kann. Der Fußboden darf weder gepflastert sein, noch aus einem Staub erregenden Materiale bestehen. Zur Aufbewahrung der Vorräthe von Pulver oder fertigen Feuerwerksstücken ist ein besonderes Magazin erforderlich, sobald das Pulverquantum mit Einschluß des in den Feuerwerksstücken befindlichen mehr als 20 Pfund beträgt. (§. 9.)

Doehl, Concessionirwesen.

Diejenigen Laborirgeräthe, welche in der Arbeit mit Pulver oder entzündlichen Sägen in Berührung kommen, sollen, so weit als zugänglich, nur aus Holz, Horn, Kupfer, Messing oder Bronze bestehen; Geräthe der Art, welche dem Zweck entsprechend nicht anders als aus Eisen dargestellt werden können, müssen an den Stellen, welche bei der Arbeit mit Pulver in Berührung kommen, mit Kupfer vorgeschuht sein. Eine Ausnahme hiervon machen die Raketenbohrer und die Dorne der Raketenstöcke, die nur von Stahl resp. Eisen angefertigt werden können. Für die Bereitung und Vorarbeitung von chlorsaures Kalk enthaltenden Sägen ist eine besondere Garnitur von Laborirgeräthschaften anzuschaffen, welche zu keiner anderen Arbeit verwendet werden dürfen. (§. 10.)

Alle Arbeiten, bei welchen Feuerung nothwendig ist, dürfen nur im Freien oder in einer von den anderen Arbeitslokalen abgeordneten Küche vorgenommen werden. (§. 12.)

Die Niederlegung von Sägen, welche einer Selbstentzündung fähig sind, in den Magazinen ist unstatthaft; sie sind vielmehr in verschlossene Blechkasten oder Töpfe zu verpacken, und diese an einem feuersicheren Orte, etwa in einem mit einer eisernen Thür verschlossenen Kamine, aufzustellen. In derselben Weise ist bei Aufbewahrung frischgebrannter Holzkohle zu verfahren. (§. 15.)

(M.B. 1847 S. 90.)

3. Anlagen zur Bereitung von Zündstoffen.

Da die mit Bereitung des zu den Zündhütchen benutzten knallsauren Quecksilbers verbundene Gefahr der Explosion noch erheblich größer ist, als bei der Schießpulver-Verfertigung, indem das Knallquecksilber, dessen Kraft im trockenen Zustande die des Schießpulvers an Intensität um Vieles übertrifft, sich nicht allein durch Schlag und Stoß, sondern auch durch Reibung entzündet, so darf die Anlage einer Anstalt zur Bereitung des knallsauren Quecksilbers nur in einer solchen Entfernung von bewohnten Gebäuden und öffentlichen Wegen nachgelassen werden, daß für den Fall des Unglücks einer Explosion weder das Leben oder die Gesundheit noch das Eigenthum durch Feuer gefährdet werden kann. Die Entfernung von resp. 300—400 Schritten von den nächsten bewohnten Baulichkeiten genügt daher bei Weitem nicht zum Schutze gegen etwa eintretende Unglücksfälle. 2c.

(Min.-Verf. v. 29. October 1843. M.B. 287.)

Ueber die Anlegung von Zündholz-Trockenöfen spricht das Circular-Rescript vom 12. December 1842, M.-B. 402; die bei Fabrikation und Aufbewahrung von Streichfeuerzeugen zu beobachtenden Vorschriften enthält die nachstehende Verfügung:

2c. Dagegen sind Unglücksfälle häufiger vorgekommen, auch eher zu befürchten bei der Anfertigung von Streichfeuerzeugen und deren Aufbewahrung in großen Massen, zumal bisher in den meisten Fällen die Einholung der polizeilichen Erlaubniß zur Anlage solcher Fabriksstätten unterblieben ist. Um in dieser Beziehung künftighin die erforderliche Vorforge zu treffen, scheint es daher angemessen, durch die Amtsblätter zur Kenntniß des Publikums zu bringen:

daß die Anfertigung von Streichfeuerzeugen nur alsdann gestattet werden kann, wenn zuvor die dazu bestimmte Vertlichkeit der Polizeibehörde angezeigt, und von derselben geeignet befunden ist.

Bei der Prüfung der Vertlichkeit ist darauf zu sehen, daß solche möglichst feuersicher und nicht in der Nähe leicht entzündlicher Gegenstände belegen, außerdem aber auch für die gefahrlose Aufbewahrung größerer Massen der Zünder und der zu verwendenden chemischen Stoffe, wie z. B. des Phosphors, hinreichend gesorgt sei. Auch die Aufbewahrung fertiger Streichzündwaaren in so bedeutender Menge, daß von ihrer etwaigen Entzündung erheblicher Schade zu befürchten sein würde, darf nur in gehörig feuersicheren Räumen nachgelassen werden, und da dergleichen bedeutende Vorräthe hauptsächlich bei den Fabrikanten zu treffen sein dürften, so haben die Polizeibehörden bei der Prüfung der Fabriksstätten zugleich ihre Aufmerksamkeit auf die zur Aufbewahrung der gefertigten Vorräthe bestimmten Räume zu richten.

(Circ.-Verf. v. 31. März 1843. M.-B. 79.)

Ueber die Beaufsichtigung der Arbeiter in den Zündwaaren-Fabriken treffen die Circular-Rescripte der Ministerien für Handel 2c. und für geistliche Angelegenheiten vom 29. Oktober 1857 (Snt.-Bl. Nr. 279) und vom 15. Mai 1856 Bestimmung, über die Verpackung und Versendung der Zündwaaren auf Eisenbahnen das Circular-Rescript vom 29. März 1848, M.-B. 134.

4. Anlagen zur Vereitung und Aufbewahrung von Gas.

Wiederholentlich vorgekommene Unglücksfälle durch Explosionen von Gasometern und Gasbereitungs-Anstalten geben Veranlassung, der Königl. Regierung folgende Vorschriften zur Beachtung bei Ertheilung von Concessionen für dergleichen Anlagen zu empfehlen:

1. Die Aufstellung eines Gasometers im Freien ist nur bei ganz isolirter Lage, und wenn die Umgebungen keine Gefahr für die Entzündung des Gases darbieten, zu gestatten.

2. Andererseits ist für den Gasometer ein isolirt stehendes, mit massiven Umfassungswänden aufgeführtes Gebäude erforderlich.

3. Dies Gebäude muß den nöthigen Raum darbieten, um von allen Seiten an den Gasometer zu gelangen, und etwaige Reparaturen ohne Schwierigkeit ausführen zu können.

4. Jede Art von Feuerungsanlage in diesem Gebäude bleibt verboten. Ist eine Heizung des inneren Raumes, etwa um das Einfrieren des Wassers in den Cisternen zu verhindern, erforderlich, so muß diese durch Zubereitung von Dämpfen oder von heißem Wasser von Außen her bewirkt werden. Die dazu nöthige Feuerungs-Anlage ist aber ganz getrennt vom Gasometergebäude in einem besonderen feuersicheren Gebäude anzubringen. Auch darf das Gasometergebäude in keiner Verbindung mit anderen Gebäuden, am allerwenigsten mit solchen, die, wie das Retortenhaus und der Raum zum Abkühlen des Roaks, offene Feuerungen enthalten, stehen.

5. Zweckmäßig ist ein offener Schlot, im Dache des Gebäudes, durch welchen entweichendes Gas in geringer Menge stets seinen Abzug findet. Für den Fall größerer Gasausströmungen bedarf es aber überall der Anbringung von Lüftungsclappen im Dache, deren Umfang nach der Größe des inneren Raumes dergestalt zu bemessen ist, daß bei Entleerung des Gasometers durch Beschädigung oder andere außerordentliche Veranlassung ein schnelles Entweichen durch Oeffnung dieser Clappen möglich ist. Letztere sind daher mit Ketten zu versehen, welche, über Rollen laufend, von Außen her ein Oeffnen der gedachten Clappen gestatten.

6. Die Anbringung bewohnter Räume über einem Gasometer darf nicht gestattet werden. Ob solche über den Räumen, wo sich die Retorten und Roaks-Abkühlungen befinden, nachgelassen werden kann, ist nach Maßgabe des mitunter geringen Umfanges solcher Anlagen in jedem einzelnen Falle näher zu erwägen, jedoch immer nur dann zuzulassen, wenn die betreffenden Räume massiv überwölbt sind.

7. Das Gebäude, in welchem sich der Gasometer befindet, darf niemals mit offenem Licht, sondern stets nur mit Davy'schen Sicher-

heitslampen betreten werden, damit, bei etwa unvorhergesehenen Gasauströmungen eine Entzündung des Gases verhütet wird.

In Betreff der bestehenden Gasanstalten wird der Königl. Regierung anheimgegeben, durch örtliche Prüfung festzustellen, ob diesen Bedingungen entsprochen ist. Wo dies nicht der Fall, ist durch Verhandlung mit dem Betheiligten möglich dahin zu wirken, daß den in ihrem eigenen Interesse begründeten Anforderungen zur Verhütung von Unglücksfällen, insbesondere der Vorschrift unter 4, genügt werde.

Das Betreten der Gasometer-Gebäude mit Licht in anderer Weise als mittelst der Davy'schen Sicherheitslampe ist durch zu erlassende Polizei-Verordnung, von welcher ein Abdruck einzureichen, sofort zu untersagen. (Cirk. Refcr. v. 10. März 1856. M.-B. 72.)

Für Berlin ist letztere Anordnung ausgesprochen in der Verordnung des Polizei-Präsidii vom 26. März 1856. (Int.-Bl. Nr. 102.)

Eine weitere Bestimmung in Betreff des bei Concessionirung von Gasanstalten zu beobachtenden Verfahrens enthält der Erlaß der Ministerien für Handel u. des Innern vom 13. März 1856, daß nämlich bei Ertheilung der Erlaubniß zur Errichtung solcher die Regierungs-Bestätigung des zur oberen Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes zu wählenden Beamten (Betriebs-Dirigenten, Administratoren u.), seines Stellvertreters und der den Betrieb selbst leitenden Beamten vorzubehalten sei, und daß diese Beamten mit einer Instruction versehen sein müssen, welche der Bestätigung der Regierung unterliegt und ohne deren Genehmigung nicht abgeändert werden darf. (M.-B. 1856 S. 97.)

5. Anlagen zur Bereitung von Braunkohlentheer, Steinkohlentheer und Roaß, sofern sie außerhalb der Gewinnungsorte des Materials errichtet werden.

Was unter dem Ausdruck: „Gewinnungsort des Materials“, zu verstehen sei, interpretirt das Rescript des Ministers des Innern und der Finanzen vom 10. April 1846. (M.-B. 96.)

Nach §. 27 der A. G.-O. bedürfen Anlagen zur Bereitung von Steinkohlentheer und Roaß nur in so fern nicht einer polizeilichen Erlaubniß, als sie außerhalb der Gewinnungsorte des Materials errichtet werden. Durch den Ausdruck: „Gewinnungsorte“. haben nur diejenigen Orte bezeichnet werden sollen, an denen die Steinkohlen zu Tage kommen, sowie die damit in Verbindung stehenden Niederlageplätze. Die Ausnahmebestimmung im §. 27 l. c. ist daher auf diejenigen Theer- und Roaßöfen-Anlagen zu beschränken, welche auf den Förderpunkten oder Niederlagen der betreffenden Gruben oder in unmittelbarer Nähe derselben gemacht werden, sofern nicht etwa bewohnte Gebäude in deren Nähe sich befinden.

6. Kalk-, Ziegel- und Gyps-Defen.

Die Unzulässigkeit der Anlegung von neuen Ziegeleien und Dachstein-Fabriken ist bereits in dem Circular-Rescript des Ministerii des Innern und der Polizei vom 9. Juni 1829 (v. R. Ann. Bd. XIII S. 398) ausgesprochen, über die Bedingungen der Errichtung derselben in Nähe von Festungen bestimmt §. 18 des Regulativs vom 10. September 1828. (G.-S. 119.)

Feldziegeleien oder Feldbrände, bei denen es sich nicht um die Errichtung eines zur dauernden Benutzung bestimmten Ziegelofens, sondern nur um die vorübergehende Verarbeitung des im Felde vorgefundenen Materials zu Ziegeln handelt, sind zu den im vorliegenden Paragraphen genannten Ziegelöfen nicht zu rechnen, ihre Errichtung unterliegt daher nur ortspolizeilicher Genehmigung. (Rescr. d. Königl. Min. d. Inn. u. d. Fin. v. 14. August 1845, M.-B. 263 bestätigt durch Recurs-Bescheid d. Königl. Min. f. Handel u. v. 21. November 1849. M.-B. 285.)

Dasselbe gilt hinsichtlich der Kalk- und Flecht-Defen, welche nur vorübergehend zu wirtschaftlichen Bedürfnissen oder zu einzelnen wenigen Feldbränden benutzt werden. (Rescr. d. Min. f. Handel u. v. 15. October 1849. M.-B. 231.)

7. Metallgießereien.

Metallgießereien dürfen nur in der Entfernung von 60 bis 80 Fuß von Wohngebäuden angelegt werden. (Rescr. v. 9. Juni 1829 b. K. Ann. Bd. XIII S. 395.)

8. Hammerwerke.

Den Begriff von: „Hammerwerke“ interpretirt das Rescript vom 14. September 1847, M.=B. 265, dahin, daß darunter nicht alle Anlagen zu verstehen sind, in welchen mit dem Hammer gearbeitet wird, sondern nur die Werke, in denen die Hämmer nicht durch Menschenhände, sondern andere Kräfte (Wasser oder Dampf) in Bewegung gesetzt werden. (Conf. zu §. 14.)

9. Chemische Fabriken aller Art.

Zu diesen sind Färbereien als solche nicht zu rechnen (Rescr. d. Min. d. Fin. v. 13. Juli 1845, M.=B. 307), wohl aber Anstalten zur Bereitung künstlicher Mineralwasser. Gemäß §. 13 der revidirten Apotheker-Ordnung vom 11. October 1810 ist die Anlegung einer solchen Fabrik entweder nur Apothekern, oder solchen zu gestatten, welche in einer besonderen Prüfung nachgewiesen haben, daß sie die erforderlichen chemischen und physikalischen Kenntnisse besitzen. Auch sind die Einrichtungen der Anstalt vor der Eröffnung zu prüfen und jährlich mindestens ein Mal zu revidiren. Der Verkauf der Fabrikate darf nur in solchen Gefäßen stattfinden, die mit einem Etiquette versehen sind, auf dem der Name des Mineralwassers und des Fabrikanten angegeben ist. (Rescr. d. Min. f. Handel u., d. Fin., f. geistl. u. Unterr.-Ang. u. d. Inn. v. 23. November 1844, M.B. 311, v. 18. April 1846, M.=Bl. 65, u. v. 8. Februar 1844, M.=B. 23.)

Ueber die bei Konzessionirung chemischer Fabriken zu machenden Vorhalte und zu stellenden Bedingungen spricht das Circular-Rescript des Ministers für Handel u. vom 23. September 1855, M.-B. 188, über die Versendung der Fabrikate das Regulativ vom 27. September 1846, M.-B. 188, und die Rescripte vom 2. Juni und 19. September 1852, M.-B. 271.

Die Konzession zur Errichtung einer Salmiak-Fabrik innerhalb einer Stadt in unmittelbarer Nähe bewohnter Gebäude ist nur unter der Beschränkung zulässig, daß die Darstellung des schwefelsauren Ammoniaks aus Theerwasser an einem anderen Orte, woselbst der dabei entstehende Geruch nicht zu Belästigungen führt, vorgenommen werden muß, und in dem in der Stadt belegenen Fabrikgebäude nur die weitere Verarbeitung des schwefelsauren Ammoniaks bewerkstelligt werden darf. (Rescr. d. Min. d. Inn. u. d. Fin. v. 19. Januar 1841. M.B. 28.)

10. Gerbereien, Leimsiedereien, Seifensiedereien, Darmsaitenfabriken, Talgschmelzen, Knochenbrennereien und Kochereien u.

Die Anlegung und Betreibung einer Gerberei, des Rorduanmachens, Leimkochen, Darmsaiten-Fabrik und überhaupt einer solchen Profession, die mit bössartigen Ausdünstungen thierischer Materialien verknüpft ist, soll der Regel nach nicht anders als an fließendem Wasser und zwar an dessen Abfluß, auch nur in einer Gegend, wo der Zug der Luft nicht durch enge Bebauung gehindert ist, gestattet werden. (Hof-Rescr. v. 5. April 1796 N. C. C. Tom X S. 153.) Doch soll die Anlegung neuer Gerbereien auf Stellen, die nicht gerade am Abfluß des fließenden Wassers liegen, um deswillen nicht ferner simpliciter verboten sein, indem öfters Fälle eintreten können, wo die Lage einer neuen Gerberei auf einer solchen Stelle, die nicht am Abfluß des Wassers liegt, höchstens nur den Nachbarn einen unangenehmen Geruch ver-

ursachen, auf ihre Gesundheit aber keinen nachtheiligen Einfluß haben wird, mithin in solchen Fällen durch ein zu strenges allgemeines Verbot die Lederfabrikation ohne Noth eingeschränkt werden würde. (Hof-Rescr. v. 21. Jannar 1800 N. C. C. Tom X S. 2749.) Das zum Betriebe der Färbereien, Gerbereien, Walken und ähnlicher Anlagen benutzte Wasser darf keinem Fluß zugeleitet werden, wenn dadurch der Bedarf der Umgegend an reinem Wasser beeinträchtigt wird, oder eine erhebliche Belästigung des Publikums verursacht wird. Die Entscheidung hierüber steht der Polizeibehörde zu. (Gesetz über die Benutzung der Privatflüsse vom 28. Februar 1843, G.-S. 41, und Rescr. d. Min. f. Handel u. vom 26. Jannar 1853, M.-B. 53.)

Die Anlage neuer Gerbereien im Innern großer und volkreicher Städte ist wegen der damit verbundenen erheblichen Belästigungen in der Regel nicht zu dulden (Rescr. d. Min. d. Inn. u. d. Fin. v. 16. October 1845, M.-B. 317), und sind mit Rücksicht auf die Anwendung des Gaskalks zur Enthaarung der Häute folgende Bedingungen zu stellen:

Aus Veranlassung eines Unglücksfalles, bei dem mehrere Menschen das Leben verloren haben, wird die Königl. Regierung auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welche bei Anwendung des in den Gasfabriken zum Reinigen des Leuchtgases verwendeten Kalkes, sogenannten Gaskalkes, in den Lohgerbereien unter Umständen entstehen können. Dieser Kalk entwickelt bedeutende Mengen Wasserstoffgas, sobald er mit Säuren in Verbindung tritt. Dies geschieht, wenn alte abgenutzte Lohbrühe, welche bekanntlich mehrere organische Säuren enthält, sich mit Gaskalk mischt. Er ist daher, wenn zum Enthaaren der Häute Gaskalk angewendet werden soll, was an und für sich ohne Beeinträchtigung der Gesundheit der Arbeiter geschehen kann, insofern nur die Gruben im Freien, d. h. nicht in abgeschlossenen Räumen angelegt sind, so daß ein genügender Luftwechsel stattfinden kann, — darauf zu halten, daß jede Vermischung dieser Flüssigkeit mit saurer Lohbrühe vermieden werde. Demgemäß ist bei der Einrichtung von Gerbereien dahin zu sehen, daß die Kalkgruben in gehöriger Entfernung von den Lohkästen

angelegt, und daß Vorrichtungen getroffen werden, welche jene Vermischung zu verhindern geeignet sind. Bei dem Betriebe des Gewerbes darf Gaskalk nach dessen Gebrauch mit abgenutzter Lohbrühe nicht zusammengesüttet werden.

Da sich die Gasanstalten mehr und mehr verbreiten, und dadurch der Gaskalk vermehrte Anwendung findet, so wird die Königl. Regierung veranlaßt, bei Ertheilung der landespolizeilichen Genehmigung für Lohgerbereien demgemäß geeignete Bedingungen in die Concession aufzunehmen; auch bleibt derselben überlassen, an den Orten, wo Gerbereien bereits bestehen, und muthmaßlich Gaskalk zur Anwendung kommt, die betreffenden Gewerbetreibenden durch die Ortspolizei-Behörden auf die oben erwähnten Gefahren aufmerksam zu machen, und zur sorgfältigen Vermeidung der nachtheiligen Vermischung anweisen zu lassen. (Cirk.-Rescr. d. Min. f. Handel u. v. 9. Juli 1856. M.B. 212.)

Es leidet kein Bedenken, das Cirkular-Rescript vom 5. April 1796 auch auf Seifensiedereien anzuwenden, da in denselben thierische Materialien verarbeitet werden, welche böseartige Ausdünstungen verbreiten. (Rescr. d. Min. d. Inn. v. 25. October 1833, v. R. Ann. Bd. XVII S. 1051.)

Wenn auch der Betrieb der Knochenbrennereien vielleicht keine der Gesundheit des Menschen unmittelbar nachtheilige Ausdünstung verbreitet, so kann derselbe doch in der Nähe schon vorhandener Wohngebäude deshalb nicht gestattet werden, weil eine solche Fabrik erfahrungsmäßig für die Nachbarn, besonders im Sommer, einen höchst unangenehmen, ekelhaften Geruch herbeiführt. (Rescr. d. Min. d. Inn. v. 25. October 1828, v. R. Ann. Bd. XII S. 1072.)

II. Schlachthäuser.

Den Begriff des Ausdrucks: „Schlachthaus“ erörtert nachstehendes Rescript vom 14. April 1848. M.B. 170:

Dem Königl. Polizei-Präsidio wird auf den Bericht v. 2. v. Mts. die Anlegung von Schlachthäusern betreffend, eröffnet, daß unter den im §. 27 der A. G.-D. gedachten Schlachthäusern nur öffentliche und solche Privatschlachthäuser verstanden werden können, welche nur zu den

Behuf, um darin das Schlachten für andere Gewerbetreibende zu bewirken, errichtet werden, nicht aber die Schlächtereien der einzelnen Gewerbetreibenden überhaupt.

Es ist dieser Unterschied auch wohl begründet, indem der Geschäftsbetrieb in den ersteren in der Regel weit größer ist, als in den letzteren. Da nun überdies aus dem in dieser Angelegenheit bisher beobachteten Verfahren keine Uebelstände hervorgegangen sind, und jedenfalls die Polizeibehörde bei der Errichtung von Privatschlächtereien die zur Verhütung schädlicher und belästigender Ausdünstungen erforderlichen Vorkehrungen zu treffen hat, so kann es unbedenklich vorläufig hierbei sein Bewenden behalten.

12. Abdeckereien.

Die Allgemeine Gewerbe-Ordnung bestimmt in §. 8:

Die zur Zeit in den einzelnen Landestheilen geltenden Vorschriften über das Abdeckerei-Wesen bleiben bis zur vollendeten Revision derselben in Kraft.

Diese Revision ist geschehen, und in dem Gesetz vom 31. Mai 1858 (G.-S. 333), betreffend die Regulirung des Abdeckerei-Wesens, enthalten. Der §. 27 dieses Gesetzes lautet:

Die Vorschriften der A. G.-O. hinsichtlich der Einrichtung von Abdeckerei-Anlagen (§. 27 ff.) bleiben in Kraft.

Die Entfernung, in der Abdeckereien von bewohnten Räumlichkeiten angelegt werden sollen, bestimmt das folgende Rescript:

Da die Gerüche, welche Abdeckereien verbreiten, nicht nur belästigend, sondern auch ungesund sind, so ist die Gesundheits-Polizei bei Genehmigung einer solchen Anlage verpflichtet, auf die Bewohner schon vorhandener Gebäude alle mögliche Rücksicht zu nehmen. Durch eine Entfernung von 600 Schritten ist aber diese Rücksicht noch nicht für erledigt zu erachten, vielmehr scheint etwa die doppelte Entfernung erforderlich zu sein, um die Bewohner schon vorhandener Gebäude gegen die großen Nachtheile einer solchen Nachbarschaft sicher zu stellen.

(Rescr. d. Min. d. Inn. v. 2. August 1836. v. K. Ann.

Bd. XX. S. 180.)

Außerdem enthält die Allerh. Cabinets-Ordre vom 4. Mai 1843 (Justiz-Min.-Bl. S. 139) noch Anordnungen über die

Ertheilung und Einziehung der Konsense für Scharfrichtereien und Abdeckereien. Im Uebrigen conf. §. 19. (§. 45. der A. G.=D.)

Wegen Anlage von Dampfkesseln und vom Wasser bewegten Triebwerken (Mühlen etc.) sind die näheren Bestimmungen in den §§. 11—13 (§. 37 und 38 der A. G.=D.) enthalten.

Besondere Bestimmungen für Berlin.

Der §. 3 der Bau-Polizei-Ordnung für Berlin vom 21. April 1853 bestimmt:

Außer den in der Gewerbe-Ordnung aufgeführten gewerblichen Anlagen ist in Berlin eine besondere Genehmigung des Polizei-Präsidenten aus feuer-, bau- und gesundheitspolizeilichen Rücksichten erforderlich zur Anlage und Veränderung von:

1. Lackirfabriken.
2. Kautschuck-, Wachs-, Stearin-, Ballrath-Schmelzereien und Lichtziehereien.
3. Knochenkochereien zur Gewinnung von Del und Fett.
4. Kochereien von Theer, Pech und Terpentin.
5. Syrupskochereien.
6. Kattun-, Seiden- und Wollen-Druckereien.
7. Färbereien.
8. Sengereien und Apretir-Anstalten.
9. Papier- und Pergament-Fabriken.
10. Siegelad-Fabriken.
11. Holzessig-Fabriken.
12. Destillir-Anstalten.
13. Laboratorien zu physikalischen Präparaten.
14. Darren aller Art.
15. Räucherammern.
16. Anlagen zur Anfertigung von Schwefelhölzern und Streichschwamm auch in kleinen Quantitäten.
17. Schwefelammern.
18. Mattenfabriken.
19. Bettfedern-Reinigungs-Anstalten.
20. Bäcker- und Konditor-Ofen.
21. Brennöfen für Töpfer, Thonpfefen, Stein- und Cement-Brennereien.
22. Werkstätten der Kupferschmiede, Schmiede, Schlosser.

23. Glühöfen aller Art.
24. Schriftgießereien.
25. Rassebrennereien.
26. Große Waschküchen mit Trockenstuben.
27. Ställen zur gewerbmäßigen Mästung von Vieh.
28. Niederlagen von animalischen Substanzen, bei welchen die Erzeugung einer Fäulniß bezweckt wird und von Knochen.

B.

Verfahren bei Ertheilung der Concession zur Errichtung gewerblicher Anlagen.

§. 2.

Zur Errichtung neuer Anlagen dieser Art (§. 1) ist die Genehmigung der Regierung erforderlich. Das Gesuch, welchem die zur Erläuterung erforderlichen Zeichnungen und Beschreibungen beigelegt werden müssen, ist bei dem Landrath, wenn die Anlage innerhalb eines Stadtbezirks errichtet werden soll, bei der Polizeibehörde desselben anzubringen. (§. 2 d. Ges. v. 1. Juli 1861, §. 28, der N. G.-D.)*)

Der Begriff: „neue Anlage“ findet in dem Rescript des Ministers des Innern vom 21. Juni 1845, M.-B. 181, seine Erörterung:

Dem in dem Berichte vom 4. d. Mts. über die Beschwerde des Lohgerbermeisters N. entwickelten, auch in dem Bescheide vom 25. April d. J. ausgesprochenen Grundsatz, daß alle, vor Erscheinen der N. G.-D. schon bestandenen gewerblichen Anlagen, welche nach diesem Gesetze eine besondere polizeiliche Genehmigung erfordern, als neue Anlagen zu behandeln seien, sobald sie in die Hände eines neuen Erwerbers übergehen, muß, als mit den bestehenden Rechtsgrundsätzen und den Bestimmungen der Gewerbeordnung selbst in Widerspruch stehend, die Billigung des Ministerii versagt werden.

*) §. 28 der N. G.-D. lautete:

Zur Errichtung neuer Anlagen dieser Art ist die Genehmigung bei der Regierung nachzusuchen. Dem Gesuche müssen die erforderlichen Beschreibungen und Zeichnungen beigelegt werden.

Sowohl aus den Bestimmungen zur Gew.-Ordnung, als den Motiven zu derselben geht unzweifelhaft hervor, daß die Erneuerung der polizeilichen Genehmigung zu den im §. 27 gedachten Anlagen in keinem Falle von einem Wechsel in der Person des Eigenthümers abhängig sei.

Eine Ausnahme von den Bestimmungen dieses Paragraphen bilden die Anlagen, welche unter der Verwaltung und Aufsicht der Ober-Bergbehörde stehen. Ueber diese bestimmt das Gesetz, die Kompetenz der Ober-Bergämter betreffend, vom 10. Juni 1861, G.-S. 425:

Die Ertheilung der Bergwerks-Concessionen und Verleihungen in den rechtsrheinischen Landestheilen, sowie die Concessionen und Permissionen für Bergwerke und Gräbereien in den linksrheinischen Landestheilen erfolgt durch das Ober-Bergamt nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen (§. 3).

Nach beendeter Verhandlung über die Muthungs-, Concessions- und Permissions-Gesuche für Bergwerke und Gräbereien (§. 3) und wenn gegen dieselben Einspruch erhoben ist, nach dessen Erörterung unter den Parteien, erfolgt die Entscheidung durch einen Beschluß des Ober-Bergamtes, welcher sowohl dem Bewerber, als denjenigen, welche Einspruch erhoben haben, in Ausfertigung zugestellt wird.

Gegen diesen Beschluß ist der Recurs an den Handelsminister binnen zehn Tagen präclusivischer Frist, vom Ablauf des Tages der Infinitation an gerechnet, zulässig, welcher bei dem Ober-Bergamt anzumelden, und binnen vier Wochen, von demselben Zeitpunkt an gerechnet, daselbst zu rechtfertigen ist. Die Rechtfertigungsschrift ist der Gegenpartei zur Beantwortung binnen gleicher, vom Ablauf des Tages der Behändigung beginnender Frist mitzutheilen. Geht innerhalb dieser Frist die Rechtfertigungsschrift, resp. die Beantwortung derselben bei dem Ober-Bergamte nicht ein, so sind die Acten ohne Weiteres zur Recurs-Entscheidung einzusenden. Die Kosten, welche durch unbegründete Einsprüche erwachsen, trägt der Widersprechende. Ueber die Verpflichtung dazu ist in den Entscheidungen Bestimmung zu treffen (§. 4).

Durch die Anmeldung des Recurses Seitens desjenigen, welcher der Verleihung, Concession oder Permission widersprochen hat (§. 4), wird die Ausführung des oberbergamtlichen Beschlusses bis zu erfolgter Recurs-Entscheidung suspendirt. Nach fruchtlosem Ablaufe der Anmeldeungsfrist oder nach erfolgter Recursentscheidung fertigt das Ober-Bergamt die Verleihungs-, Concessions- oder Permissions-Urkunde aus (§. 5).

Außer den Salinen und denjenigen Bergwerken, welche nach den

bestehenden Gesetzen unter Aufsicht der Bergbehörde stehen, unterliegen derselben auch die Anstalten, welche von Eigenthümern solcher Bergwerke zum Zweck der Aufbereitung ihrer Erz- oder Kohलगewinnung errichtet sind, sowie zum Betriebe auf solchen Bergwerken und Aufbereitungs-Anstalten dienende Dampfkessel und Triebwerke (§. 6).

Sofern zur Errichtung oder Veränderung der im §. 6 bezeichneten Anlagen nach den Vorschriften der Gewerbe Gesetze eine besondere polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, finden dabei die Vorschriften jener Gesetze mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle der Ortspolizeibehörde der Revierbergbeamte, und an Stelle der Regierung, sofern es sich nicht um durch Wasser bewegte Triebwerke handelt, das Ober-Bergamt tritt.

Ueber die Zulässigkeit der durch Wasser bewegten Triebwerke ist von dem Ober-Bergamte und der Regierung durch gemeinsamen Entschluß zu entscheiden (§. 7).

Zu den im §. 7 des Gesetzes vom 10. Juni 1861 erwähnten Anstalten gehören Anlagen zur Gewinnung roher Metalle, Rösthöfen*), Metallgießereien, Hammerwerke und Roaköfen; Aufbereitungs-Anstalten (Wäschen aller Art, Poch-, Quetsch- und Mahlwerke), welche die Zugutemachung eines zum Bergwerks-Regal gehörigen Minerals zum Zwecke haben, unterliegen den Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juli 1861, indem das Rescript des Ministers für Handel u. vom 1. Mai 1855, M.-B. 104, durch §. 12 des Gesetzes vom 10. Juni 1861 aufgehoben ist.

Aufbereitungs-Anstalten, sofern sie nicht im §. 6 ausgenommen sind, sowie alle Hüttenwerke gehören fortan zum Ressort der Regierung und unterliegen den Bestimmungen der Gewerbe Gesetze (§. 12).

*) Da beim Rösten der Nickelspeise arsenige Säure entweicht, welche durch hohe Schornsteine nicht ganz beseitigt werden kann, so hat die Königl. Regierung bei der Ertheilung der Konzession zur Errichtung von Rösthöfen für Nickelspeise, abgesehen von sonst noch erforderlich erscheinenden Einrichtungen oder Bestimmungen über den Betrieb jederzeit die Bedingung zu stellen, daß dieselben mit Giftfängen versehen werden, und auf die Ausführung dieser Bedingung sorgfältig zu achten.

(Cirk.-Rescr. d. Min. f. Handel u. v. 30. September 1857. Staats-Anz. Nr. 236.)

Die zur Erläuterung des Gesuches erforderlichen Zeichnungen und Beschreibungen anlangend, so ist darüber Folgendes zu bemerken:

1. Aus dem Gesuche muß der vollständige Name, der Stand und der Wohnort des Unternehmers sowie der Gegenstand des Unternehmens ersichtlich sein.

2. Demselben sind in zwei Exemplaren beizufügen:

- a. Eine Beschreibung der Anlage.
- b. Eine Situations-Zeichnung.
- c. Der Bauplan.

3. Aus diesen Vorlagen muß hervorgehen:

I. a. Die Größe des Grundstücks, auf welchem die Betriebsstätte errichtet werden soll.

b. Die Bezeichnung, welche dasselbe im Hypothekenbuche resp. im Kataster führt, und der etwaige besondere Name.

c. Die gleichartige Bezeichnung der Grundstücke, welche es umgeben, und die Namen der Eigentümer derselben.

d. Die Entfernung, in welcher die zum Betriebe bestimmten Gebäude oder Einrichtungen von den Grenzen der benachbarten Grundstücke und den darauf befindlichen Gebäuden, sowie von den nächsten öffentlichen Wegen zu liegen kommen.

e. Die Höhe und Bauart der Nachbargebäude, sofern zu der Betriebsstätte Feuerungs-Anlagen gehören.

II. Die Lage, Ausdehnung und Bauart der Betriebsstätte der konzessionspflichtigen Anlage, die Bestimmung der einzelnen Räume innerhalb derselben und deren Einrichtung, soweit dieselbe nicht beweglich ist.

III. Der Gegenstand der Fabrikation, soweit sie in der konzessionspflichtigen Anlage geschieht, die ungefähre Ausdehnung des Betriebes und die dabei an-

zuwendende Methode. Bei chemischen Fabriken insbesondere ist die genaue Bezeichnung der zu gewinnenden Producte und des Hergangs der Gewinnung erforderlich.

4. Bei Anlegung von Wassertriebwerken ist eine Zeichnung der gesamten Stau-Vorrichtungen einschließlich der Gerinne und Wasserräder beizubringen. Einer Zeichnung des gehenden Werks bedarf es nicht, vielmehr genügt die Angabe der Bestimmung des Triebwerks und der Zahl und Art der anzulegenden Gänge.

Außerdem ist ein Nivellement erforderlich, in welchem dargestellt sein muß:

- a. Das Längsprofil des zum Betriebe bestimmten Wasserlaufes resp. des Mutterbaches.
- b. Eine Anzahl von Querprofilen derselben, welche soweit ausgedehnt werden muß, als die Wirkungen der anzulegenden Stauwerke reichen. Die Profile sind auf ein und dasselbe Horizontale zu beziehen, und ist das letztere an einen unverrückbaren Festpunkt anzuschließen.

Es bedarf ferner der Angabe über die Höhe des gewöhnlichen, des niedrigsten und des höchsten Wasserstandes resp. über die Wassermengen, welche der Wasserlauf in der Regel führt, sowie der Ermittlung, welche Stauwerke ober- und unterhalb der projectirten Anlage zunächst derselben sich befinden.

In dem Situationsplan sind die Grundstücke, welche an den Wasserlauf stoßen, soweit der Rückstau reicht, mit der Nummer, welche sie im Hypothekenbuch oder im Kataster führen, oder mit dem Namen des zeitigen Eigenthümers zu bezeichnen.

5. Die Auftragung des Nivellements erfolgt in den Längen nach dem Maßstabe von 1:2500 der wirklichen Länge, und in den Höhen nach dem 24fachen Maßstabe, bei welchem 1 pr. Fuß darstellen. Bei den Situationsplänen für Wassertriebwerke ist der Maßstab von 1:2500 der wirklichen

Länge zu nehmen, bei anderen Situationsplänen und bei den Bauzeichnungen ist ein Maßstab zu nehmen, welcher eine deutliche Anschauung gewährt. Der Maßstab ist auf den Zeichnungen und Plänen einzutragen.

6. Nivellements und die dazu gehörigen Situationspläne sind von vereideten Feldmessern oder Baubeamten zu fertigen. Situationspläne für andere Anlagen, als Wassertriebwerke, sowie Bauzeichnungen können von den mit der Ausführung beauftragten Werkmeistern aufgenommen werden. In Betreff der Dampfkessel kommen die Bestimmungen des §. 2 des Regulative vom 31. August 1861 zur Anwendung.

Die Nivellements-Zeichnungen und Beschreibungen sind von demjenigen, welcher sie aufgenommen hat und von dem Unternehmer zu vollziehen.

(cfr. Instruction vom 31. August 1861. M.-B. 173.)

§. 3.

Diese Behörden haben bei den im §. 1 unter I. genannten Anlagen, sofern sich gegen die Vollständigkeit der Vorlagen Nichts zu erinnern findet, das Unternehmen mittelst einmaligen Einrückens in das Amtsblatt, in das Kreisblatt, wo ein solches besteht, und außerdem in der für polizeiliche Verordnungen am Ort vorgeschriebenen Art zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen die neue Anlage binnen 14 Tagen bei der Orts-Polizeibehörde anzubringen. Die Frist nimmt ihren Anfang mit Ablauf des Tages, an welchem das die Bekanntmachung enthaltende Amtsblatt ausgegeben worden, und ist für alle Einwendungen, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, präclusivisch. (§. 3 des Gef. v. 1. Juli, §. 29 der A. G.-O.)*)

*) §. 29 der A. G.-O. lautet:

Wenn die beabsichtigte Anlage nach dem Ermessen der Regierung mit so erheblichen Nachtheilen, Gefahren und Belästigungen für das Publikum verbunden ist, daß dieselbe sich ohne Weiteres als unzulässig darstellt, so ist das Gesuch sogleich zurückzuweisen.

Ist hierzu kein Anlaß, so hat auf Anweisung der Regierung die Orts-polizei-Obrigkeit das Unternehmen mittelst einmaliger Einrückung in das

Der Unterschied zwischen dem durch das Gesetz vom 1. Juli und dem durch die A. G. D. vorgeschriebenen Verfahren besteht also darin, daß die Einrückung in das Amtsblatt nicht erst auf Anweisung der Regierung geschehen muß (sfr. Cirk.-Rescr. vom 9. und 21. März 1847, M.-B. 61), sondern von der Ortspolizeibehörde veranlaßt wird, und daß ferner die präklusivische Frist von vier Wochen auf eine vierzehntägige herabgesetzt wird.

Die im vorliegenden Paragraphen angeordnete Prüfung der Vorlagen hat sich nur darauf zu erstrecken, ob dieselben den unter 1—6 im vorigen Paragraphen angegebenen Anforderungen entsprechen. Dies ist in Betreff der Bauzeichnungen und Nivellements von den Lokalbaubeamten, in Betreff der Beschreibung des Betriebes solcher Anlagen, welche gesundheits-schädliche Ausdünstungen verbreiten, von dem Kreisphysikus zu prüfen. Finden sich Mängel, so ist der Unternehmer zur Ergänzung auf kürzestem Wege zu veranlassen. Die erfolgte Prüfung ist von den prüfenden Beamten auf den Vorlagen zu bescheinigen.

Die Bekanntmachung muß enthalten:

- a. Name, Stand und Wohnung des Antragstellers;
- b. den Gegenstand des Unternehmens;
- c. die Bezeichnung des Grundstücks, auf welchem dasselbe aufgeführt werden soll (zu §. 2, 3 I. b.);
- d. die im §. 3 angegebene Aufforderung und die Bezeichnung der Behörde, bei welcher die Einwendungen anzubringen sind;

Amtsblatt und außerdem in der für andere polizeiliche Verordnungen am Orte vorgeschriebenen Art zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen die neue Anlage binnen 4 Wochen anzumelden.

Die vierwöchentliche Frist nimmt ihren Anfang mit dem Tage, an welchem das die Bekanntmachung enthaltende Amtsblatt herausgegeben worden, und ist für alle Einwendungen, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, präklusivisch.

- e. die Verwarnung, daß die Frist für alle Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur präclusivisch sei;
f. den Hinweis, daß und wo die Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne zur Ansicht ausliegen.

Die in früheren Gesetzen in Betreff der Dampfmaschinen- und Mühlen-Anlagen enthaltenen Fristbestimmungen sind aufgehoben (cfr. Refcr. d. Min. d. Inn. u. d. Finanzen v. 12. Juni 1846 und 31. Juli 1847, M.-B. 114 u. 212), auch soll die Bekanntmachung nur einmal erfolgen.

Was das in der Sache beobachtete Verfahren anbetrifft, so ist zu rügen, daß über die Vorschrift des §. 29 der A. G.-O. hinaus, wonach die öffentliche Bekanntmachung durch einmaliges Einrücken in das Amtsblatt, und außerdem in der für andere polizeiliche Verordnungen am Orte vorgeschriebenen Art erfolgen sollte, im vorliegenden Falle die Bekanntmachung der beabsichtigten Anlage noch in andere Blätter, und zwar dreimal in jedes Blatt eingerückt, auch überdies nicht bloß am Orte selbst, wo die Anlage errichtet worden, sondern auch in den benachbarten Dörfern durch Aushang bekannt gemacht worden ist, wodurch dem Privaten unnöthige Kosten verursacht worden.
(Refcr. d. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 9. März 1847, M.-B. 61.)

Nachdem die Bekanntmachung von den im §. 2 genannten Behörden demgemäß zur Absendung an die Redaction des Regierungs-Amtsblattes und zur Aufnahme in das Kreisblatt, wo ein solches besteht, vorbereitet worden, ist das Concessionsgesuch mit einem Exemplar der Beilagen desselben und der Bekanntmachung unverzüglich an die Polizeibehörde des Ortes, wo die Anlage ausgeführt werden soll, abzusenden, mit dem Auftrage, die besondere ortsübliche Bekanntmachung (Aushang, Ausruf) schleunigst zu veranlassen und etwaige Einwendungen entgegenzunehmen. Dafür, daß von den Unterlagen des Projectes während der ganzen 14tägigen Frist innerhalb der Dienststunden seitens der Interessenten Einsicht genommen werden kann, ist von der Ortspolizeibehörde Sorge zu tragen.

Was schließlich den Passus: „Einwendungen, welche nicht privatrechtlicher Natur sind“ anlangt, so findet der

Unterschied zwischen Privatrechten und Privatinteressen in folgendem Rescript Erörterung:

Einwendungen privatrechtlicher Natur sind solche, die auf einem Rechtstitel beruhen, welcher die Verfolgung des Anspruchs im Wege Rechts zuläßt, oder sich auf ein nach der bestehenden Gesetzgebung durch den Richter zu schützendes Recht gründen; Einwendungen, die auf Privatinteressen beruhen dagegen solche, wo ein solcher Rechtstitel nicht besteht, eine Verfolgung im Wege Rechts also nicht stattfinden kann, wo aber derjenige, der sie geltend macht, doch dabei theilhaftig ist, daß ein Dritter gewisse Handlungen gar nicht oder doch nicht in einer bestimmten Weise vornehme. Wenn Jemand ein ganz isolirt gelegenes Gebäude besitzt, und weder für seine Person, noch als Besitzer des Grundstücks ein Recht erworben hat, der Bebauung des dasselbe begrenzenden Grundstücks zu widersprechen, so wird nicht in Abrede gestellt werden können, daß der Besitzer eine Klage bei Gericht gegen den Nachbar, welcher — unter Beobachtung der gesetzlich bestimmten Entfernung von der Grenze (§§. 125 ff. §. 185 A. L. R., Rh. I, Tit. 8) — unmittelbar neben ihm eine ekelhafte Gerüche verbreitende gewerbliche Anlage errichten will, auf Unterlassung der Ausführung der letzteren nicht begründen kann; dessen ungeachtet ist es eben so unzweifelhaft, daß der Besitzer ein wesentliches Interesse dabei hat, daß die Ausführung unterbleibe. Wenn nun die gewerbliche Anlage eine solche wäre, zu deren Einrichtung es nach §. 27 der A. G. O. der polizeilichen Genehmigung bedürfte, und der Besitzer erhöhe in dem einzuleitenden Verfahren den Einwand zu großer Belästigung durch üblen Geruch zc., so wäre dies ein auf Privatinteressen beruhender Einwand, aber durchaus kein Einwand privatrechtlicher Natur.

Hiermit soll aber keineswegs gesagt sein, daß Beides nicht in einem und demselben Falle zusammentreffen könne, vielmehr wird es sich häufig ereignen, daß den Privatinteressen auch Privatrechte zur Seite stehen, sofern von dem protestirenden Besitzer auch der Einwand erhoben würde, daß er der Errichtung von gewerblichen Anlagen auf den benachbarten Grundstücken, sei es auf Grund von Verträgen, Spezialgesetzen zc. zu widersprechen befugt sei. Für die Behandlung der in Rede stehenden Angelegenheiten in dem vorgeschriebenen polizeilichen Verfahren ist aber ein solches Zusammentreffen völlig gleichgültig, weil die Regierung sich dabei auf den Rechtspunkt **nicht** einzulassen, vielmehr diesen an den Richter zu verweisen hat (§. 31 A. G. O.); dagegen ist sie verpflichtet, die faktischen Verhältnisse in's Auge zu fassen, und muß sie nach dem Erfolge dieser Erörterung ermessen, ob

der Antrag zurückzuweisen, oder denselben, event. unter welchen Bedingungen statt zu geben sei (§. 29. §. 32 l. c.).

(Rescr. d. Rgl. Min. d. Inn. u. d. Fin. v. 16. Febr. 1847.

M.B. 1849 S. 16.)

§. 4.

Werden keine Einwendungen gemacht, so hat die Regierung, sobald die Anzeige der Ortspolizeibehörde eingegangen ist, auf Grund der eingereichten Verhandlungen zu prüfen, ob die Anlage den bestehenden bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften entspricht, und ob dieselbe erhebliche Gefahren, Belästigungen oder Nachtheile für das Publikum herbeiführen könne, und danach die Genehmigung zu versagen oder, unter Festsetzung der sich als nöthig ergebenden Bedingungen, zu erteilen. Der Bescheid ist schriftlich auszufertigen und muß die festgesetzten Bedingungen enthalten. (§. 4 des Ges. vom 1. Juli 1861. §. 30 der A. G.-D.)*)

Werden innerhalb der Präklusivfrist, deren Beginn aus dem Amtsblatt zu entnehmen ist, Einwendungen nicht erhoben, so ist dies von der Ortspolizeibehörde zu bescheinigen, und sind die Vorlagen mit dem Attest, daß und wie die örtliche Bekanntmachung erfolgt sei, der Regierung durch Vermittelung des Kreis-Landraths zu überreichen. Ist die Ortspolizeibehörde der Ansicht, daß die Anlage erhebliche Gefahren, Nachtheile oder Belästigungen für das Publikum herbeiführen könne, so hat sie dies und die Gründe dafür in dem Begleitbericht anzuführen. Der Kreislandrath hat die Belagblätter über die Bekanntmachung im Amts- und Kreisblatt dem Berichte beizufügen und diesen mit seinen etwaigen Bemerkungen der Regierung einzusenden.

*) Der §. 30 der A. G.-D. lautet:

Werden keine Einwendungen angebracht, so hat die Regierung, sobald die Anzeige der Polizei-Obrigkeit eingegangen ist, unter Festsetzung der sich etwa als nöthig ergebenden Bedingungen die Genehmigung zu erteilen. Diese ist schriftlich auszufertigen und muß die festgesetzten Bedingungen enthalten.

In Betreff der bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften, mit Rücksicht auf welche der Antrag von der Polizeibehörde zu prüfen ist, ist namentlich Folgendes zu bemerken:

Die Beurtheilung der Baupolizeibehörde bei Prüfung der Zulässigkeit eines Baues hat sich keineswegs lediglich auf die feuerpolizeilichen Rücksichten zu beschränken, sondern zugleich auch für die Festigkeit und eine der Gesundheit unschädliche Beschaffenheit der Gebäude zu sorgen. Außerdem aber ist die Baupolizeibehörde verpflichtet, die Interessen der Nachbarn zu berücksichtigen, und künftigen Streitigkeiten möglichst vorzubeugen, sowie die Entfernung neu zu errichtender Gebäude von denen des Nachbarn zu reguliren.

(Rescr. d. Min. d. Poliz. v. 6. April u. 13. Juni 1835, v. R. Ann. Bd. XIX. S. 497 u. 842.)

Hinsichtlich der Ausführung von Baulichkeiten in Bezug auf Chaussees enthält das Rescript der Königl. Min. des Innern und der Finanzen vom 10. Juni 1834 (v. R. Ann. Bd. XVIII. S. 551.) Bestimmungen, bei Errichtung von Gebäuden und Lagerung von Materialien in der Nähe von Eisenbahnen sind zur Beseitigung von Feuergefähr die nachstehenden Vorschriften zu befolgen:

a. Liegt die Eisenbahn mit dem anstoßenden Terrain gleich hoch, so dürfen Gebäude, welche nicht mit einer feuer sichereren Bedachung versehen sind, sowie Gebäude, in denen leicht entzündbare Gegenstände aufbewahrt werden sollen, nur in einer Entfernung von mindestens 10 Ruthen von der nächsten Schiene in der Horizontale gemessen, errichtet werden, auch darf innerhalb der gleichen Entfernung die Aufbewahrung leicht entzündbarer Gegenstände auf freiem Felde nicht stattfinden.

Alle anderen Gebäude dürfen nur in einer Entfernung von mindestens 5 Ruthen von der nächsten Schiene aufgeführt werden.

b. Liegt die Eisenbahn auf einem Damme, so müssen die unter a festgesetzten Entfernungen um das Anderthalbfache der Höhe des Damms über dem Terrain vergrößert werden. Bei einem 20' hohen Damm z. B. muß die Entfernung eines Gebäudes der zuerst gedachten Kategorie $10^{\circ} + 1\frac{1}{2} \cdot 20' = 10^{\circ} + 30' = 12\frac{1}{2}$ Ruthe, die Entfernung eines anderen Gebäudes aber $5^{\circ} + 1\frac{1}{2} \cdot 20' = 5^{\circ} + 30' = 7\frac{1}{2}$ Ruthe von der nächsten Schiene betragen.

c. Die Regierungen sind ermächtigt, in einzelnen Fällen, in welchen durch die örtlichen Verhältnisse auch bei einer geringeren Entfernung

eine Feuergefährdung ausgeschlossen wird, Ausnahmen eintreten zu lassen; sie haben jedoch zuvor die gutachtliche Aeußerung der betreffenden Eisenbahn-Direction zu erfordern.

(Cirk. Rescr. d. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 4. December 1847.
M.-B. 332.)

Dieselben Bestimmungen, welche vorstehend unter a. für den Fall angeordnet sind, daß die Eisenbahn mit dem anstoßenden Terrain gleich hoch liegt, gelten auch für den Fall, daß die Eisenbahn an einem Einschnitte liegt.

(Cirk. Rescr. d. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 20. März 1848.
M.-B. 133.)

Neue Anlagen, welche den Pulver-Magazinen in irgend einer Beziehung nachtheilig werden können, müssen 700 Schritt oder 1000 Fuß von denselben entfernt bleiben; innerhalb dieser Entfernung dürfen nur gewöhnliche Wohnhäuser, Ställe und kleine Scheunen erbaut werden. Alle anderen, entweder durch ihre Benutzungsart oder durch ihre Bestimmung feuergefährlichen Anlagen sind wenigstens 1000 Schritt von den Pulver-Magazinen entfernt zu halten. (Cf. Kab.-Ordre v. 5. November 1822 u. Rescr. d. Min. d. Poliz. v. 18. October 1834 v. R. Ann. Bd. XVIII S. 1109.)

Die für Bauten in Nähe von Festungen zu beobachtenden Bedingungen enthält das Regulativ vom 10. September 1828, G.-S. 119 in den §§. 3, 9—12 und 22—24; über die Errichtung von Anlagen in Nähe von Windmühlen spricht das Rescript des Königl. Min. f. Handel u. vom 17. November 1851, M.-B. 303.

In Betreff der Erfordernisse von Schornsteindröhen und Feuerungs-Anlagen vergleiche:

1. Cabinets-Ordre vom 4. October 1821, G.-S. 1822 S. 42.
2. Instruction vom 11. Juni 1812, v. R. Ann. Bd. XI S. 751, und vom 14. Januar 1822, G.-S. 43.
3. Bekanntmachung vom 17. Mai 1830, G.-S. 84.
4. Cirkular-Rescript des Königl. Min. d. Inn. u. d.

Pol. v. 17. Mai 1830 nebst Gutachten der Ober-Baudeputation vom 13. April 1830, v. K. Ann. Bd. XIV S. 428 und M.-B. 1845 S. 181, 222 und 315.

5. Rescript des Min. d. Inn. vom 15. Juni 1826, die Konstruktion russischer Schornsteinröhren betreffend, v. K. Ann. Bd. X S. 417.

6. Verordnung vom 1. October 1853, A.-B. 387.

Den Forderungen der Sanitäts-Polizei wird Genüge geleistet, wenn die Polizeibehörde in bewohnten Gegenden Gewerbe, welche der Gesundheit direkt nachtheilige Gerüche verbreiten, nicht duldet, und bei neuen Anlagen darauf sieht, daß die einen ekelhaften Geruch verbreitenden Gewerbe überhaupt nicht zu nahe an und in dichtbewohnten Quartieren betrieben werden.

(Rescr. d. Kgl. Min. d. geistl. p. p. Ang. für Handel p. p. u. d. Inn. v. 28. October 1823, v. K. Ann. Bd. VII. S. 956.)

Hinsichtlich der aus der Beschaffenheit und Natur einzelner Anlagen herzuleitenden Momente siehe die zu §. 1 in Betreff derselben erörterten speciellen Bestimmungen.

§. 5.

Einwendungen privatrechtlicher Natur sind zur richterlichen Entscheidung zu verweisen, ohne daß von der Erledigung derselben die polizeiliche Genehmigung der Anlage abhängig gemacht wird.

Andere Einwendungen dagegen hat die Orts-Polizeibehörde unter Zuziehung der Parteien vollständig zu erörtern. Demnächst sind die geschlossenen Verhandlungen nebst beigefügtem Gutachten an die Regierung einzureichen, (§§. d. Ges. v. 1. Juli 1861, §. 31 der A. G.-D.)*)

*) §. 31 der A. G.-D. lautet:

Die bei der Polizeibehörde angemeldeten Einwendungen privatrechtlicher Natur sind zur richterlichen Entscheidung zu verweisen, ohne daß von der Erledigung dieser Einwendungen die weitere Verhandlung über die polizeiliche Genehmigung der Anlage (§. 32) abhängig gemacht wird.

Andere Einwendungen dagegen hat die Polizei-Obrigkeit unter Zuziehung des Unternehmers zum Protokoll vollständig zu erörtern. Demnächst sind die geschlossenen Verhandlungen mit beigefügtem Gutachten an die Regierung einzureichen.

Ueber den Ausdruck: „privatrechtlich“ ist bereits zu §. 3 gesprochen worden. Die Einsprüche, welche schriftlich eingereicht werden, sind, sobald sie eingehen, mit einer deutlichen Angabe des Datums der Einreichung zu versehen.

Nur die auf erhebliche Nachtheile, Gefahren und Belästigungen gegründeten Einwendungen sind zu berücksichtigen,

Nach dem Gesetze verpflichtet nicht jedes von den Widersprechenden vorgeschütztes Interesse die Landes-Polizeibehörde zur näheren Untersuchung. Denn die §§. 26, 29 und 32 der A. G.-D. sprechen nur von erheblichen Nachtheilen, Gefahren oder Belästigungen. Wo sich also gleich von vornherein ergibt, daß, wären die faktischen Behauptungen des Widersprechenden auch richtig, doch ein erheblicher Nachtheil u. für denselben aus der Ausführung des Projekts nicht zu erwarten sei, da bedarf es keiner näheren Erörterung des Einwandes.

(Refer. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 16. Februar 1847.

M.-B. 229.)

und die Widersprechenden anzuhalten, ihre Einwendungen gehörig zu substantiiren und solche mit Beweismitteln zu unterstützen.

Daß in den §§. 28 ff. der A. G.-D. bei Einrichtung der in §. 27 benannten gewerblichen Anlagen vorgeschriebene Verfahren hat, wie die Erfahrung lehrt, dazu Veranlassung gegeben, daß vielfach Widersprüche erhoben worden, welche bei näherer Untersuchung nicht bloß unhaltbar sich erwiesen haben, sondern von denen auch nach Lage der Verhandlungen nur angenommen werden kann, daß sie aus Nebenrücksichten erhoben worden sind, um die Ausführung des Projekts zu hindern, oder doch wenigstens hinauszuschieben. Ein solcher Erfolg würde der Absicht des Gesetzes durchaus nicht entsprechen, und es ist deshalb erforderlich, demselben entgegen zu wirken.

Wie der Richter von den Parteien fordern kann, daß sie die von ihnen angebrachten Einwendungen gehörig substantiiren, und solche mit Beweismitteln unterstützen, wenn darauf bei der Entscheidung Rücksicht genommen werden soll, so ist dazu auch in gleicher Weise die Königl. Regierung in dem gedachten Verfahren befugt. Sobald daher die nach Alinea 1 des §. 29 l. c. in jedem Fall anzustellende allgemeine Prüfung zu dem Resultat geführt hat, daß das Projekt nicht ohne Weiteres als unzulässig erachtet werden könne, und auf die hiernächst zu erlassende öffentliche Aufforderung Widerspruch erhoben wird, müssen die

Widersprechenden aufgefordert werden, ihre Einwendungen gehörig zu substantiiren, und solche mit Beweismitteln zu unterstützen, mit deren Aufnahme hiernächst, wenn die behauptete Thatsache für erheblich zu erachten ist, verfahren werden muß. Da die hierdurch entstehenden unerläßlichen Kosten dem unterliegenden Theile zur Last fallen (§. 35), so wird diese Rücksicht wesentlich dazu beitragen, von der Erhebung unbegründeter Einwände abzuhalten, und auf diese Weise der Zweck des Gesetzes besser erreicht werden.

Der Königl. Regierung bleibt überlassen, hiernach die Polizeibehörden mit Anweisung zu versehen.

(Resc. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 9. Februar 1847
M.-B. 60.)

Die Erörterung erfolgt in der Regel durch Verhandlung zu Protokoll in einem nahen Termine nach Ablauf der Präklusivfrist, zu welchem sowohl der Unternehmer als die Widersprechenden vorzuladen sind. Dem Ersteren ist mit der Vorladung Abschrift der Einsprüche mitzutheilen, oder sofern die letzteren zu Protokoll erklärt sind, Abschrift dieses Protokolls. Befindet der Unternehmer sich an demselben Orte, so genügt es, das Protokoll zur Einsicht offen zu legen, und ihm dies bekannt zu machen. Die Verwarnung in der an den Unternehmer zu richtenden Vorladung ist dahin zu stellen, daß im Falle des Ausbleibens alle von den Widersprechenden angeführten Thatsachen als zugestanden würden erachtet werden. Hat der Unternehmer vor dem Termine eine schriftliche Beantwortung der Einsprüche überreicht, so gelten diejenigen Thatsachen für zugestanden, über welche er sich nicht erklärt hat.

Die Widersprechenden sind unter der Warnung zu laden, daß sie im Falle des Ausbleibens im Laufe der Instanz mit keinen Einwendungen gegen die zur Widerlegung des Einspruchs von dem Unternehmer angeführten Thatsachen würden gehört werden.

Erscheinen beide Theile, so ist zunächst eine gütliche Einigung zu versuchen. Gelingt der Versuch nicht, so sind die Erklärungen über die gegenseitigen Behauptungen zu Protokoll zu nehmen.

Zeugen und Sachverständige, welche zur Stelle gebracht

werden, sind sofort zu vernehmen, sofern der Instruent die Vernehmung für erheblich erachtet, oder beide Theile darüber einig sind, daß sie erfolge. Dasselbe gilt von der Einnahme des Augenscheins, sobald die örtlichen Verhältnisse streitig sind.

Unter denselben Voraussetzungen kann auch ein neuer Termin zur Aufnahme derjenigen Beweise angesetzt werden, welche sofort nicht erhoben werden können.

Die Bestellung der Zeugen oder Sachverständigen, welche vernommen werden sollen, ist Sache der Partei, welche die Vernehmung beantragt. Der Termin ist am Schlusse der Verhandlung sofort anzuberaumen und den Parteien bekannt zu machen. Auch schriftliche Gutachten können beigebracht werden, dieselben werden aber nur berücksichtigt, wenn sie von einem öffentlichen Beamten unter öffentlichem Siegel ausgestellt sind, oder wenn die Unterschrift beglaubigt ist.

Der Instruent ist befugt, die Verhandlungen, wo es ihm erforderlich erscheint, dem Kreisphysikus und den Kreisbaubeamten zur gutachtlichen Aeußerung mitzutheilen. Die Verhandlungen über Anlegung von Wassertriebswerken sind den letzteren stets zur Begutachtung vorzulegen.

Sind mehrere Widersprechende vorhanden, welche ein gleichartiges Interesse haben, so ist zur Vereinfachung des Verfahrens darauf Bedacht zu nehmen, daß sie einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten stellen, welcher sie bei der weiteren Verhandlung zu vertreten hat. Soll derselbe auch zur Empfangnahme der Bescheide und zur Einlegung des Rekurses oder zur vergleichsweisen Einigung mit dem Unternehmer ermächtigt sein, so ist dies ausdrücklich zu erklären.

Auf Einwendungen privatrechtlicher Natur erstreckt die Erörterung sich nicht. Der Instruent hat dem Widersprechenden zu eröffnen, welche Einwendungen er dafür erachtet. Im Fall des Widerspruchs dagegen wird von der Regierung bei Entscheidung der Sache (§. 6) auch darüber befunden, ob der Einwand zum gerichtlichen Verfahren zu verweisen.

§. 6.

Die Regierung hat hierauf das Gesuch nach Anleitung des §. 4. und mit Rücksicht auf die Erheblichkeit der auf angebliche Nachtheile, Gefahren und Belästigungen (§. 26 A. G.-D.) gegründeten Einwendungen zu prüfen, und nach dem Befunde die Genehmigung entweder zu versagen, oder unbedingt zu erteilen, oder endlich diejenigen Vorkehrungen und Einrichtungen vorzuschreiben, welche zur Abhülfe geeignet sind. (§. 6 des Ges. vom 1. Juli 1861. §. 32 der A. G.-D.)*)

In der von der Regierung zu treffenden Entscheidung sind die Widersprechenden namentlich aufzuführen. Der Tenor ist von den Gründen zu sondern. Im Tenor ist auszusprechen, welche der Widersprechenden mit ihren Einwendungen zurück, resp. zum gerichtlichen Prozeß zu verweisen, wie über den Antrag des Unternehmers entschieden wird und wie die Kosten zu vertheilen. Ueber die Form und den Inhalt der zu erlassenden Bescheide sind folgende nähere Bestimmungen ergangen:

Die Königl. Regierung wird hierdurch angewiesen, die von ihr nach §. 32 d. A. G.-D. abzufassenden Bescheide in Form von Resolutionen zu erlassen, und solche mit den Gründen und der Bemerkung, daß der Recurs dagegen binnen 10 Tagen präclusivischer Frist vom Tage der Publikation an, bei der Polizei-Obrigkeit anzumelden sei, unter Beifügung des Königl. Siegels ausfertigen zu lassen.

(Cirk.-Rescr. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanzen v. 16. Mai 1846. M.-B. 60.)

Es ist bei den zur Entscheidung in der Recurs-Instanz eingereichten, in Veranlassung des §. 29 d. A. G.-D. wegen Einrichtung gewerb-

*) §. 32 der A. G.-D. lautet:

Die Regierung hat hierauf das Gesuch mit Rücksicht auf die bestehenden feuer-, bau- und gesundheitspolizeilichen Anordnungen und die Erheblichkeit der auf angebliche Nachtheile, Gefahren und Belästigungen gegründeten Einwendungen zu prüfen und nach dem Befunde die Genehmigung entweder zu versagen oder unbedingt zu erteilen, oder endlich bei Ertheilung derselben die Vorkehrungen und Einrichtungen vorzuschreiben, welche zur Abhülfe geeignet sind.

licher Anlagen aufgenommenen Verhandlungen öfters die Belehrung vermißt worden, daß gegen den Bescheid der Refurs an das Ministerium offen stehe, daß derselbe aber binnen einer präklusivischen Frist von zehn Tagen, vom Tage der Eröffnung des Bescheides an gerechnet, bei der Polizei-Obrigkeit angemeldet werden müsse.

Zur Beseitigung von Zweifeln und Weiterungen wird die Königl. Regierung veranlaßt, jene Bedeutung unter Hinweis auf den §. 33 der A. G.-D. in die Resolute selbst aufzunehmen, wie dies Seitens mehrerer Königl. Regierungen bereits geschieht, damit die Parteien, besonders in den Fällen, wenn die Zufertigung des Bescheides in rim publicati erfolgt, durch die letzteren selbst auf die Nachtheile hingewiesen werden, welche ihnen drohen, wenn sie die Vorschriften des §. 33 l. c. unbeachtet lassen.

(Cirk.-Rescr. d. Kgl. Min. f. Handel u. v. 24. Novemb. 1852.
M.-B. 323.)

Ein gemäß §. 32 der A. G.-D. zu erlassender Bescheid muß im Falle der Genehmigung enthalten:

- a) Die genaue Bezeichnung der gemachten oder zu machenden Anlage, entweder durch Aufnahme der Beschreibung in den Kontext des Resoluts oder durch Bezugnahme auf ein diese Beschreibung in unzweifelhafter und vollständiger Weise enthaltendes anderweites Dokument.
- b) Die unbedingte oder mit genau zu bezeichnenden Bedingungen verknüpfte Genehmigung.

Nur auf diese Art wird zwischen den Parteien durch das Resolut ein formell sicheres Verhältniß konstituiert.

(Rescr. d. Min. des Inn. u. Finanz. v. 15. März u. 24. Juni 1847. M.-B. 62 u. 212.)

Rücksichtlich der Fassung Ihrer Entscheidung vom 5. Juni d. J., durch welche den N. die beabsichtigte Anlage nur in Aussicht gestellt ist, wird der Königl. Regierung bemerkt gemacht, daß nach §. 32 der A. G.-D. die Genehmigung entweder versagt oder unbedingt ertheilt, oder endlich bei Ertheilung der Genehmigung die für nöthig erachteten Bedingungen und Maßgaben vorgeschrieben werden sollen. Demgemäß hat dieselbe in künftigen Fällen den Tenor der nach der Circular-Verfassung v. 16. Mai v. J. zu treffenden Entscheidung dahin zu fassen, daß dem Provoquanten die Erlaubniß zur Einrichtung der betreffenden Anlage (welche zugleich durch Angabe ihrer Lage und Beschaffenheit oder durch Bezugnahme auf die zu den Akten gebrachte nähere Beschreibung genau bezeichnet werden muß) zu ver-

sagen oder zu ertheilen, oder mit der die nöthigen Vorkehrungen und Einrichtungen bezeichnenden Maßgabe zu ertheilen sei.
(Rescr. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 11. Oktober 1847.
M.B. 293.)

Die Resolute selbst sollen die Gründe enthalten, aus welchen die gegen Einrichtung gewerblicher Anlagen gemachten Einwendungen für begründet erachtet oder zurückgewiesen werden, und sollen diese nicht bloß im Transmissoriale kurz angegeben sein.

Die Aufnahme der Bedingungen in die Resolute, daß der Unternehmer den allgemeinen polizeilichen Vorschriften nachkommen müsse, ist für angemessen nicht zu erachten, da diese sich von selbst versteht, und die Resolute nach §. 32 der A. G.-O. nur diejenigen besonderen Bedingungen und Einrichtungen vorschreiben sollen, welche bei Genehmigung der Anlage für erforderlich erachtet werden.

(Rescr. d. Min. d. Inn. u. d. Fin. v. 14. September 1847.
M.B. 265.)

Damit bei den künftig zu konzessionirenden gewerblichen, mit größeren Feuerungen verbundenen Anlagen, die für ein bestimmtes Projekt beantragte Konzession der späteren polizeilichen Anforderung der Einrichtung von Verbesserungen nicht entgegenstehe, hat die Königl. Regierung in die ergehenden Resolute, wie in die zu ertheilende Konzessionen stets die — auch schon in dem Regulativ, betreffend die Anlage von Dampfkesseln vom 6. September 1848 §. 7 Nr. 3 im Allgemeinen aufgestellte — Bedingungen aufzunehmen:

daß Unternehmer verpflichtet sei, durch Einrichtung der Feuerungs-Anlagen oder dabei anzuwendende mechanische Vorrichtungen, wie durch Anwendung geeigneten Brennmaterials, und durch sorgsame Bewartung auf eine möglichst vollständige Verbrennung des Rauchs hinzuwirken, daß Unternehmer auch, falls sich ergebe, daß die getroffenen Einrichtungen nicht genügen, um Belästigungen oder Beschädigungen der benachbarten Grundbesitzer durch Rauch, Ruß u. s. w. zu verhüten, gehalten bleibe, solche Abänderungen in der Feuerungs-Anlage und in dem Betriebe, wie in der Wahl der Feuerungs-Materialien vorzunehmen, welche zur Beseitigung der Belästigungen und Beschädigungen besser geeignet sind.

(Cirk.-Rescr. d. Kgl. Min. f. Handel u. v. 17. Juni 1853.
M.B. 147.)

Diese Vorschrift ist nicht bloß bei der Neu-Einrichtung solcher gewerblicher Anlagen, sondern auch dann zu beobachten, wenn wegen

Veränderung der Betriebsstätte nach §. 38 der A. G.-O. die Genehmigung der Regierung nachgesucht werden muß.
(Cirk.-Rescr. d. Kgl. Min. f. Handel u. v. 7. März 1855. M.-B. 48.)

Bei Ertheilung der polizeilichen Genehmigung zu einer gewerblichen Anlage der in §§. 27, 37 und 38 der A. G.-O. bezeichneten Arten, kann von der genehmigenden Behörde den Umständen nach eine Frist gesetzt werden, binnen welcher die Anlage bei Vermeidung des Erlöschens der Genehmigung begonnen und ausgeführt, und der Gewerbebetrieb angefangen werden muß. Eine Verlängerung der Frist kann von der Behörde bewilligt werden, sobald erhebliche Gründe nicht entgegenstehn.

(Allg. Gew.-Ordnung v. 17. Januar 1845 §. 66.)

Der Bescheid ist doppelt auszufertigen; in demselben ist die Belehrung über Einlegung des Rechtsmittels nach §. 7 und, im Falle der Genehmigung, die Bedeutung aufzunehmen, daß der Unternehmer erst durch Ertheilung der förmlichen Concessions-Urkunde die Befugniß zur Errichtung der Anlage erhalte.

Zur Beseitigung vorgekommener Zweifel darüber, ob die ergangenen Bescheide, auf Grund deren nach der Cirk.-Verf. vom 16. Mai 1846 besondere Concessionen auszufertigt werden sollen, nicht schon die besondere landespolizeiliche Genehmigung enthalten, und ob demnach mit der Ausführung der, durch die Resolute für zulässig erachteten, gewerblichen Anlagen ohne weitere Concession vorgegangen werden dürfe, erscheint es erforderlich, in den Resoluten stets die Bedingung aufzunehmen:

daß Unternehmer durch den ergehenden Bescheid noch nicht die Erlaubniß zur Ausführung der Anlage erhalte, daß diese vielmehr erst nach rechtskräftig erfolgter Entscheidung durch eine besondere Concessions-Urkunde werde ertheilt werden, daß daher durch Ausführung der Anlage vor Aushändigung dieser Concessions-Urkunde der Unternehmer nach Vorschrift des §. 180 der A. G.-O. sich straffällig mache.

Die Königl. Regierung hat die erforderliche Anordnung zu treffen, daß in ihren über die Zulässigkeit gewerblicher Anlagen ergehenden Bescheiden (§. 32 A. G.-O.) diese Förmlichkeit stets beobachtet werde.

(Cirk.-Rescr. d. Kgl. Min. f. Handel u. v. 24. Novemb. 1832.
M.-B. 323.)

Der Eigenthümer einer Fabrikations-Anstalt ist vermöge seines Eigenthumsrechtes nicht unbedingt berechtigt, die durch den Betrieb einer solchen Anstalt entwickelten Dämpfe auf benachbarte Grundstücke zu verbreiten, und kann den Ersatz eines hierdurch veranlassenen Schadens nicht schon durch die Behauptung abwenden, daß er sich nur eines aus dem Eigenthum folgenden Rechts bedient habe. Ebenso wenig schützt der Umstand, daß die Fabrikations-Anstalt mit polizeilicher Erlaubniß angelegt und betrieben worden ist, für sich allein schon vor der Vertretung eines entstandenen Schadens. Der Inhaber einer Fabrik-Anlage kann nach Umständen für den Schaden verantwortlich gemacht werden, welchen der durch den Gebrauch der Anlage entstehende und sich über andere Grundstücke verbreitende Dampf oder Rauch verursacht, ohne daß es zur Begründung der Vertretungs-Verbindlichkeit des Nachweises einer besonderen Verschuldung bei der Anlage und bei dem Betriebe der Fabrik-Anstalt bedarf. (Conf. Plenar-Beschluß des Rgl. Ober-Tribunals v. 7. Juni 1852. M.-B. 1852 S. 176.)

§. 7.

Der von der Regierung abgefasste Bescheid ist sowohl dem Unternehmer, als dem Widersprechenden durch die Orts-Polizeibehörde zu eröffnen. Gegen den Bescheid steht der Rekurs an die Ressort-Ministerien offen. Derselbe muß binnen einer präklusivischen Frist von vierzehn Tagen, vom Tage der Eröffnung des Bescheides an gerechnet, bei der Polizeibehörde, durch welche die Publikation erfolgt ist, angemeldet und gerechtfertigt werden. Die Rechtfertigungsschrift ist der Gegenpartei zur Beantwortung binnen vierzehntägiger, vom Tage der Behändigung laufender Frist mitzutheilen. Nach fruchtlosem Ablauf der einen oder der anderen Frist sind die Verhandlungen ohne Weiteres zur Rekurs-Entscheidung einzureichen. Durch die Anmeldung des Rekurses von Seiten desjenigen, welcher der Anlage widersprochen hat, wird die von der Regierung erteilte Genehmigung bis zur Entscheidung der Mi-

Doehl, Concessionwesen.

nisterien suspendirt. (§. 7 d. Gef. v. 1. Juli 1861. §. 33 d. A. G.-D. *)

Die Eröffnung des Bescheides erfolgt in der Regel zu Protokoll. Zu dem Termin sind der Unternehmer und der Widersprechende unter der Warnung zu laden, daß dem Ausbleibenden die Ausfertigung des Bescheides, oder wenn mehrere Widersprechende vorhanden sind, eine Abschrift des Tenors desselben jedem Einzelnen auf seine Kosten werde zufertigt werden. In dem Termine ist der Inhalt des Bescheides zu verlesen, und die eine Ausfertigung desselben dem Unternehmer, die andere dem Widersprechenden auszuhändigen. Wohnt der Unternehmer auswärts, und hat keinen Vertreter am Orte, so ist ihm die Ausfertigung des Bescheides gegen Behändigungsschein durch die Post zu übersenden. Unter gleicher Voraussetzung ist in gleicher Weise mit der Ausfertigung für den Opponenten zu verfahren. Sind deren Mehrere ohne gemeinschaftlichen Bevollmächtigten, so ist die Ausfertigung Einem von ihnen zu übersenden. Die Uebrigen erhalten nur Abschrift des Tenors, mit der Mittheilung, welchem der Opponenten die vollständige Ausfertigung zugegangen ist. An öffentliche Behörden geschieht die Eröffnung stets schriftlich.

Sedenfalls muß dafür Sorge getragen werden, daß der Tag der Publikation oder Insinuation des ersten Resoluts aus den Akten mit

*) §. 33 der A. G.-D. lautet:

Der von der Regierung abgefaßte Bescheid ist sowohl dem Unternehmer, als dem Widersprechenden durch die Orts-Polizeibrigkeit zu eröffnen. Gegen den Bescheid steht der Rekurs an die Ministerien offen; derselbe muß binnen einer präklusivischen Frist von zehn Tagen, vom Tage der Eröffnung an gerechnet, bei der Polizeibrigkeit angemeldet werden. Die Rechtfertigung der Beschwerde ist der Polizeibrigkeit binnen vier Wochen, von demselben Tage an, einzureichen; nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist sind die Verhandlungen ohne Weiteres zur Rekursentscheidung einzufenden.

Durch die Anmeldung des Rekurses von Seiten desjenigen, welcher der Anlage widersprochen hat, wird die von der Regierung erteilte Genehmigung bis zur Entscheidung des Ministers suspendirt.

Bestimmtheit zu ersehen sei, damit in der Rekurs-Instanz beurtheilt werden kann, ob bei Einlegung des Rekurses die gesetzliche Präklusivfrist inne gehalten ist.

(Refer. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 14. Septbr 1847.)

M.B. 265.)

Die Vorladung zu dem Instructions-Termin und zu dem Publikations-Termin erfolgt schriftlich; wenn Mehrere der Geladenen an einem Orte wohnen, durch Kurrende, an Auswärtige durch die Post gegen Behändigungsschein. Auf der Vorladung resp. Kurrende ist die richtig erfolgte Behändigung durch den damit beauftragten Boten zu bescheinigen. Die Behändigung der Rekurschrift, welche in zwei Exemplaren einzureichen ist, an den Gegentheil erfolgt in gleicher Weise. Bei der Mittheilung durch Kurrende ist das Duplikat Demjenigen zu belassen, an welchen die Kurrende zuletzt gelangt, und die geschehene Uebergabe zu vermerken. Den übrigen Betheiligten steht die Einsicht der Schrift bei diesem oder bei der Polizeibehörde frei. Auswärtigen Opponenten ist eine vollständige Abschrift der Rekurschrift, für welche der Opponent die Kosten zu tragen hat, zu übersenden. Die Mittheilung zur Beantwortung geschieht unter der Verwarnung, daß nach Ablauf der Beantwortungsfrist die Verhandlungen ohne Weiteres zur Entscheidung in der Rekursinstanz würden eingeweiht werden.

Rekursinstanz hinsichtlich der im §. 1 genannten gewerblichen Anlagen ist das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, (Kabinetts-Ordre v. 17. April. 1848 G.-S. 109) der Rekurs muß bei der Polizei-Obrigkeit eingereicht werden.

Da vielfach gegen die Vorschriften der §§. 33 u. 34 der M.-G.-O. gefehlt wird, wonach die Anmeldung und Rechtfertigung des Rekurses bei der Polizei-Obrigkeit resp. dem Landrath erfolgen muß, so sind die Betheiligten hierauf bei Publikation des Resolutes mit der Bedeutung aufmerksam zu machen, daß sie es sich selbst beizumessen haben würden, wenn bei Nichtbeachtung jener Vorschriften ihrer Beschwerde

keine Folge gegeben wird, resp. der Inhalt der Rechtfertigungsschrift unberücksichtigt bleibt; von jeder Rekurs-Anmeldung ist dem Gegner sofort Kenntniß zu geben.

(Rescr. d. Kgl. Min. f. Handel p. p. v. 18. Jannar 1855. M.-B. 8.)

Nach geschlossenem Schriftwechsel oder fruchtlosem Ablauf der Beantwortungsfrist sind die Verhandlungen, Vermittelung des Kreislandraths der Regierung, und von dieser mit gutachtlichem Bericht den Ressort-Ministern zu überreichen. Dem Ministerium müssen die vollständigen, namentlich auch die Verhandlungen vorgelegt werden, welche der ersten Entscheidung vorangegangen sind;

Es ist wiederholt der Fall vorgekommen, daß bei Einlegung des Rekurses gegen die von der Kgl. Regierung auf Grund des §. 32 der A. O.-D. ergangenen Entscheidungen nicht die vollständigen, und namentlich nicht diejenigen Verhandlungen eingereicht werden, welche der ersten Entscheidung vorangegangen sind. Nun liegt es, aber in der Natur der Sache, und ist auch im §. 33 l. c. ausgesprochen, daß den Ministerien, um eine klare Uebersicht über das beobachtete Verfahren, sowie über das Sach- und Rechtsverhältniß zu gewinnen, die aufgenommenen Verhandlungen unentbehrlich sind. Die Kgl. Regierung wird daher aufgefordert, in allen Fällen, welche nach den Vorschriften der A. O.-D. zu unserer Entscheidung in der Rekurs-Instanz vorgelegt werden, die gedachten Verhandlungen mit einzureichen.

(Rescr. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 6. Juli 1846. M.-B. 43.)

auch ist die Einreichung dieser Verhandlungen stets durch die Regierung zu bewirken.

Der Magistrat empfängt hieneben die mit dem Bericht vom 25. v. Mts. vorgelegten Verhandlungen mit dem Eröffnen zurück, daß die Rekursbeschwerden gegen die Entscheidungen der Kgl. Regierung über Anträge wegen Errichtung der im §. 27 der A. O.-D. bezeichneten Anlagen stets durch die betreffende Kgl. Regierung einzureichen sind, wonach sowohl in dem vorliegenden, als in anderen Fällen zu verfahren ist.

(Rescr. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 22. März 1846.

M.-B. 114.)

Ist eingewendet, daß die Anlage der Gesundheit von Menschen und Vieh schädlich sei, so muß aus dem Berichte, womit die Verhand-

lungen zur Rekurs-Entscheidung vorgelegt werden, jedesmal hervorgehen, daß der Medizinal-Rath des Regierungs-Kollegiums bei Bearbeitung der Sache mitgewirkt hat.

(Rescr. d. Kgl. Min. f. Handel p. p. v. 24. Juli 1852. M.-B. 176.)

Die Eröffnung des Rekurs-Bescheides ist in gleicher Weise zu veranlassen, wie die des Bescheides erster Instanz. Es bedarf jedoch der Mittheilung einer Abschrift des Tenors an diejenigen Opponenten nicht, welche im Publikationstermin ausgeblieben sind.

Ist von den Widersprechenden Rekurs nicht eingelegt, so hat die Polizeibehörde, welche den Bescheid publicirt hat, die Verhandlungen mit der Anzeige hiervon unverzüglich zurückzureichen. Sobald dies geschehen, oder wenn die Recursbeschwerde der Opponenten durch den Rekursbescheid zurückgewiesen worden, ist von der Regierung nach Maßgabe der ergangenen Entscheidung die Concessions-Urkunde auszustellen, und dem Unternehmer zuzufertigen. In derselben sind die Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne, welche der Ausführung zu Grunde gelegt werden sollen, ausführlich zu bezeichnen, und damit, soweit als angänglich, durch Schnur und Siegel zu verbinden. Auf Karten welche in dieser Art mit der Urkunde nicht verbunden werden können, ist die Zugehörigkeit zu derselben zu vermerken.

Die Ausfertigung und Aushändigung der Konsense zur Errichtung der gewerblichen Anlagen darf nicht eher erfolgen, bis das im §. 28 der A. G. O. vorgeschriebene Verfahren entweder dadurch, daß die Parteien bei dem Bescheide der Kgl. Regierung sich beruhigt haben, oder dadurch, daß in der Ministerial-Instanz leztlich entschieden ist, zu Ende geführt worden.

(Rescr. d. Min. d. Inn. u. d. Finanz v. 16. Mai 1846. M.-B. 94.)

Wenn am Schlusse der Minist.-Verf. v. 16. Mai v. J. gesagt ist:

die Ausfertigung und Aushändigung der Konsense etc.,
so hat hierdurch nur vorgesehen werden sollen, daß nicht vor rechtskräftig entschiedener Sache mit Errichtung der Anlage vorgeschritten werde, dies vielmehr erst nach Aushändigung des Konsenses hierzu, welcher im

Wesentlichen nur eine Aufnahme des Tenors des ergangenen Resolutes enthalten wird, geschehe.

(Rescr. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 22. October 1847. M.-B. 294.)

Die Kgl. Regierung empfängt hieneben die Anlagen des Berichtes vom 7. v. Mts. mit dem Eröffnen zurück, daß es bei dem Inhalt des Erlasses v. 26. v. Mts. bewenden muß, wonach bei den im §. 27 der A. G.-D. bezeichneten Anlagen zuerst über die erhobenen Einwendungen durch Resolut zu entscheiden und nach endlicher Entscheidung die Genehmigung oder Concession zu ertheilen ist. Die letztere bildet die eigentliche Urkunde für den Unternehmer, über den Umfang seiner Befugnisse, nachdem die Widersprüche Dritter hinweggeräumt sind. Sie muß mit der ergangenen Entscheidung conform sein, und es kann nicht zugegeben werden, daß bei gehöriger Aufmerksamkeit der Regierung, welcher die Ausfertigung obliegt, Mißverständnisse entstehen werden.

(Rescr. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 4. Juli 1846. M.-B. 114.)

§. 8. An die Stelle der Polizeibehörde des Ortes (§§. 2, 3, 4, 5, 7) tritt der Landrath, wenn der Unternehmer selbst die Polizei-Obriegkeit ist, oder die Ortspolizei zu verwalten hat.

§. 9.

Die baaren Auslagen, welche durch die Bekanntmachung und das weitere Verfahren entstehen, fallen dem Unternehmer, diejenigen Kosten aber, welche durch unbegründete Einwendungen erwachsen, dem Widersprechenden zur Last.

Die Regierungen und Ministerien haben in den Bescheiden über die Zulässigkeit der neuen Anlage zugleich die Vertheilung der Kosten festzusetzen.

Nähere Bestimmungen über das formelle Verfahren sind durch besondere Instruction zu treffen, deren Erlass dem Handelsminister vorbehalten bleibt. (§§. 8 u. 9 d. Ges. v. 1. Juni 1861 n. §§. 34 u. 35 d. A. G.-D.)*

*) §. 34 und 35 der A. G.-D. lauten: An Stelle der Polizei-Obriegkeit des Ortes (§§. 29, 30, 31, 33) tritt der Landrath, wenn der Unternehmer selbst die Polizeiobriegkeit ist oder die Ortspolizei zu verwalten hat.

Auf die Verhandlungen wegen der Mühlen und ähnlichen Anlagen sind hinsichtlich der Stempelpflichtigkeit die Positionen: Gesuche, Eingaben und Ausfertigungen des Stempeltarifs vom 7. März 1822 anzuwenden. (Rescr. d. Finanz.-Min. vom 12. März 1830.)

Insbefondere unterliegen auch Protestationen gegen gewerbliche Anlagen dem Gesuchs-Stempel. (Rescr. d. Min. v. Inn. u. d. Fin. v. 7. März 1834 v. K. Ann. Bd. XVIII. S. 58.)

Die durch Versehen der Unterbehörde entstandenen Kosten fallen dieser zu. (Min.-Rescr. v. 21. März 1847. M.-B. 1847 S. 61.)

§. 10.

Die polizeiliche Genehmigung zu einer der im §. 1 bezeichneten Anlagen bleibt so lange in Kraft, als keine Veränderung in der Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte vorgenommen wird, und bedarf unter diesen Voraussetzungen auch dann, wenn die Anlage auf einen neuen Erwerber übergeht, einer Erneuerung nicht. Sobald aber eine Veränderung in der Betriebsstätte vorgenommen wird, ist dazu die Genehmigung der Regierung nach Maßgabe der §§. 2 ff. resp. des §. 12 nothwendig. Die Regierung kann jedoch auf Antrag des Unternehmers von der Bekanntmachung (§. 3) Abstand nehmen, wenn sie die Ueberzeugung gewinnt, daß die beabsichtigte Veränderung für die Besitzer und Bewohner benachbarter Grundstücke oder das Publikum überhaupt neue oder größere Gefahren, Nachtheile oder Belästigungen, als mit der vorhandenen Anlage verbunden sind, nicht herbeiführen werde.

Diese Bestimmungen finden auch auf gewerbliche Anlagen (§. 1) Anwendung, welche bereits vor Erlass der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung bestanden haben. (§. 10 d. Ges. v. 1. Juli 1861, §. 36 d. A. G.-D. *)

Die baaren Auslagen, welche durch die Bekanntmachung und das weitere Verfahren entstehen, fallen dem Unternehmer, diejenigen Kosten aber, welche durch unbegleitete Einwendungen erwachsen, dem Widersprechenden zur Last.

Die Regierungen und Ministerien haben in den Bescheiden über die Zulässigkeit der neuen Anlage zugleich die Vertheilung der Kosten festzusetzen.

*) Der §. 36 der A. G.-D. lautet:

Die polizeiliche Genehmigung zu einer der im §. 27 bezeichneten Anlagen

Der §. 36 der A. G. O. bestimmte, daß das Edictal-Verfahren nach §. 27 ff. auch in solchen Fällen nicht erlassen werden könne, in welchen Einwendungen der Nachbarn nicht zu erwarten seien, wie dies auch noch ausdrücklich durch Rescript des Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 19. Januar 1847. M. B. 62, verordnet ist. Durch §. 10 des Gesetzes vom 1. Juli 1861 ist dies dahin abgeändert, daß in Fällen, wo die Veränderung der Betriebsstätte keine neue oder größere Gefahren u. des Publikums herbeiführen würde, mithin Einwendungen nicht zu erwarten sind, von diesem Verfahren Abstand genommen werden kann.

Für eine Veränderung der Betriebsstätte ist es nicht zu erachten, wenn der Besitzer der Anlage solche Abänderungen bewirkt, welche aus polizeilichen Rücksichten für angemessen oder nothwendig erachtet werden.

Zur Wiederherstellung einer gewerblichen Anlage, bei welcher eine Veränderung der Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte nicht eintritt, bedarf es der landespolizeilichen Genehmigung, mithin auch des im §. 29 ff. der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vorgeschriebenen Verfahrens nicht; der Bau darf jedoch auch in diesem Falle nicht ohne die von der Königl. Regierung zu ertheilende polizeiliche Bauerlaubnis ausgeführt werden.

In Beziehung auf die in dem Berichte der Kgl. Regierung vom 11. Juli v. J. wegen Auslegung der §§. 28 u. 36 der A. G. O. gestellten Anfragen wird derselben Folgendes eröffnet:

Wenn es sich um Wiederherstellung einer der im §. 27 der A. G. O. gedachten gewerblichen Anlagen handelt, so ist nach §. 36 zu unterscheiden, ob eine Veränderung in der Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte vorgenommen werden soll, oder nicht. Soll eine solche vorgenommen werden, so ist auch die landespolizeiliche Genehmigung zur

bleibt so lange in Kraft, als keine Veränderung in der Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte vorgenommen wird, und bedarf unter dieser Voraussetzung auch dann, wenn die Anlage auf einen neuen Erwerber übergeht, einer Erneuerung nicht.

Wiederherstellung der Anlage, und daß in den §§. 28 ff. I. c. vorgeschriebene Verfahren nicht nothwendig, indem die Einleitung desselben davon, ob die landespolizeiliche Genehmigung nachgesucht werden muß, oder nicht, abhängig bleibt. Die Wiederherstellung der Betriebsstätte einer nach den Grundsätzen der früheren Gesetzgebung oder der Gewerbeordnung ausdrücklich oder stillschweigend genehmigten gewerblichen Anlage kann an und für sich als eine neue Anlage nicht erachtet werden, da die Betriebsstätte allein die Anlage nicht bildet, diese vielmehr auch durch andere, oft sehr wesentliche Einrichtungen und Verhältnisse bedingt wird. Es ist deshalb auch in den §§. 26 u. 28 der A. G.-D. nicht zur Errichtung der Betriebsstätte, sondern der ganzen gewerblichen Anlage die Genehmigung der Regierung erfordert. Diese Genehmigung bleibt aber so lange in Kraft, als die Betriebsstätte unverändert beibehalten, oder wenn sie ebenso hergestellt wird, wie sie gewesen ist. Daß dem §. 26 I. c. eine andere Auslegung nicht zu geben, folgt schon daraus, daß der Besitzer der Anlage sonst bei der geringsten, wenn auch nur zeitweisen Abänderung der Betriebsstätte, also auch bei einer Reparatur, die landespolizeiliche Genehmigung, welche nur nach Beachtung des im §. 29 ff. I. c. vorgeschriebenen Verfahrens erteilt werden darf, einzuholen habe, und daher in jedem solchen Falle Gefahr laufen würde, die Anlage ganz aufgeben zu müssen. Der Besitzer der Anlage wird daher nur dann, wenn er die bisherige Lage und Beschaffenheit der Betriebsstätte, nicht um den bisherigen Zustand beizubehalten, sondern um einen andern herbeizuführen, verändert, der landespolizeilichen Genehmigung bedürfen. Für eine Abänderung dieser Art ist es aber nicht zu achten, wenn bei der Wiederherstellung der Anlage solche Veränderungen eintreten, welche von der betreffenden Behörde aus polizeilichen Rücksichten für nothwendig oder angemessen gehalten werden, indem diese theils nicht von dem Willen des Besitzers, sondern nur von den Anordnungen der Polizeibehörde abhängen, theils unzweifelhaft eine Verbesserung des bisherigen Zustandes im öffentlichen Interesse bezwecken. Da jedoch bei der Wiederherstellung gewerblicher Anlagen die Beurtheilung darüber, ob eine Veränderung der Betriebsstätte eintritt oder nicht, oft schwierig ist, so erscheint es angemessen, daß die kgl. Regierung sich der diesfälligen Prüfung unterziehe und, auch wenn sich ergiebt, daß keine Veränderung stattfindet, die Genehmigung erteile. Dies ist schon um deswillen nothwendig, weil es im landespolizeilichen Interesse liegen kann, die Wiederherstellung der Anlage zu verhindern, und dem Besitzer nach §§. 69 u. 70 der A. G.-D. eine Entschädigung zu gewähren, dies aber der Ortspolizeibehörde nicht zusteht.

Die kgl. Regierung hat daher nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1. Wenn bei der Wiederherstellung einer gewerblichen Anlage eine Veränderung in der Lage und Beschaffenheit der Betriebsstätte vorgenommen werden soll, so bedarf es dazu der landespolizeilichen Genehmigung, die Ertheilung derselben bleibt aber von dem Ausfall des im §. 29 ff. 1. c. vorgeschriebenen Verfahrens abhängig, welches in diesem Falle stets eintreten muß.

2. Für eine Veränderung in der Betriebsstätte ist es jedoch nicht zu halten, wenn der Besitzer der Anlage solche Abänderungen bewirkt, welche aus polizeilichen Rücksichten für angemessen oder nothwendig erachtet werden.

3. Zur Wiederherstellung einer gewerblichen Anlage, bei welcher eine Veränderung in der Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte nicht eintritt, bedarf es der landespolizeilichen Genehmigung, mithin auch des im §. 29 ff. vorgeschriebenen Verfahrens nicht, der Bau darf jedoch auch in diesem Falle nicht ohne die von der Kgl. Regierung zu ertheilende polizeiliche Bauerlaubnis ausgeführt werden.

(Mefcr. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 28. Sept. 1846.
M.-B. 211.)

Der Antrag auf Genehmigung einer Aenderung in der Lage oder der Beschaffenheit der Betriebsstätte ist auch dann, wenn die Befreiung von dem Bekanntmachungs-Verfahren nachgesucht wird, bei dem im §. 2 des Gesetzes vom 1. Juli 1861 bezeichneten Behörden einzureichen, und von diesen mit gutachtlicher Aeußerung, vor welcher auf die Ortspolizei-Behörde sowie auf den Kreis-Baubeamten und Kreisphysikus zurückgegangen werden kann, der Regierung einzusenden. Wird von der Bekanntmachung abgesehen, so ist die Genehmigung schriftlich zu ertheilen, und mit der darüber ausgestellten Urkunde, die Beschreibung und Zeichnung von der Aenderung, (conf. zu §. 7) zu verbinden.

Die vorher aufgestellten Grundsätze finden auch auf die gewerblichen Anlagen Anwendung; welche schon vor Erscheinen der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung bestanden haben.

Dem in dem Berichte vom 4. d. Mts. entwickelten Grundsätze, daß alle vor dem Erscheinen der A. G.-O. schon bestandenen gewerblichen Anlagen, welche nach diesem Gesetz eine besondere polizeiliche Genehmigung bedürfen, als neue Anlagen zu be-

handeln seien, sobald sie in die Hände eines neuen Erwerbers übergehen, muß, als mit den bestehenden Rechtsgrundsätzen und den Bestimmungen der A. G.-D. selbst im Widerspruch stehend, die Billigung des Ministerii versagt werden.

Sowohl aus den Bestimmungen der A. G.-D. als aus den Motiven zu derselben geht hervor, daß die Erneuerung der polizeilichen Genehmigung zu den im §. 27 des Gesetzes gedachten gewerblichen Anlagen in keinem Falle von dem Wechsel in der Person des Eigenthümers abhängig sei.

Der §. 36 schreibt ausdrücklich vor, daß die polizeiliche Genehmigung so lange in Kraft bleibe, als keine Veränderung in der Lage und Beschaffenheit der Betriebsstätte vorgenommen wird, und unter dieser Voraussetzung einer Erneuerung auch dann nicht bedürfe, wenn die Anlage auf einen neuen Erwerber übergeht.

Es kann aber auch keinem Zweifel unterliegen, daß diese Bestimmung auf alle schon mit polizeilicher Genehmigung errichteten Anlagen zur Anwendung gebracht werden muß, da es unerheblich ist, unter welchen Formen die polizeiliche Genehmigung früher erteilt worden, und es genügt, daß die Gestattung überhaupt erfolgt ist, indem alsdann der Eigenthümer solcher früher errichteter Anlagen auch die für ihn günstigen Bestimmungen der A. G.-D. zum Schutze seines Eigenthums für sich in Anspruch nehmen kann, ebenso wie er sich den seine Berechtigung einschränkenden Vorschriften unterwerfen muß.

(Resc. d. Kgl. Min. d. Inn. v. 21. Juni 1845. M.-B. 181.)

§. 11.

Bei den durch Wasser bewegten Triebwerken (Mühlen u. s. w.) jeder Art sind außer den Bestimmungen der §§. 1–10 die dafür bestehenden besonderen Vorschriften anzuwenden. (§. 10 d. Ges. v. 1. Juli 1861, §. 38 d. A. G.-D.)*

*) §. 38 der A. G.-D. lautet:

Auch bei den durch Wasser oder Wind bewegten Triebwerken (Mühlen u. s. w.) jeder Art sind außer den Bestimmungen der §§. 27–36 die dafür bestehenden besonderen Vorschriften anzuwenden. Es werden jedoch die in einzelnen Landestheilen bestehenden Vorschriften, wonach die Anlage neuer und die Erweiterung und Veränderung vorhandener, auf die Consumtion der umgegend berechneter Getreidemahlmühlen von dem Bedürfniß abhängig ist (§. 24. Tit. 15. Th. II. Allg. Land-Recht und Ordre vom 23. October 1826. G.-S. 108), hierdurch aufgehoben.

In Betreff der Windmühlen ist das Erforderniß der polizeilichen Genehmigung, welches nach §. 38 d. A. G.-D. bestand, aufgehoben worden, und die Behörde nur angewiesen worden, in Betreff derselben Bestimmungen zu treffen, welche die durch den Betrieb für benachbarte Grundstücke und öffentliche Wege in Betreff des Scheuwerdens des Viehs, erwachsenden Gefahren abzuwenden geeignet sind. (§. 13.)

Wasserschöpfträder und Wasserschöpfungsmühlen gehören gleichfalls zu den im vorstehenden Paragraphen bezeichneten Triebwerken.

In Folge des Berichtes der Königl. Regierung vom 16. März d. J. betreffend die Anlage eines Schöpftrades, hat eine nähere Erörterung der nicht unzuweifelhaften Frage stattgefunden, ob die landespolizeiliche Genehmigung zu solchen Anlagen nach Vorschrift der A. G.-D. eingeholt werden muß.

Da indeß eine Schöpfungsmühle, welche durch die treibende Kraft des Wassers in Bewegung gesetzt wird, für ein Triebwerk zu erachten ist, da ferner nach §. 27 der A. G.-D. „durch Wasser oder Wind bewegte Triebwerke jeder Art,“ der besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen, diese Vorschrift auch bei den Wasserschöpfungsmühlen ihre innere Begründung findet in dem erheblichen Interesse, welches andere Grund- oder Stauwerk-Besitzer wegen des Wasserstandes und wegen der Ableitung des Wassers aus dem natürlichen Flußlauf zu haben pflegen, da endlich die bisher beobachtete Praxis mit vorstehenden Gründen übereinstimmt, so haben wir uns dafür entschieden, daß die landespolizeiliche Genehmigung zur Anlage von Wasserschöpfträdern und Wasserschöpfungsmühlen nach §. 27 der A. G.-D. eingeholt werden muß.

(Rescr. d. Kgl. Min. f. Handel u. landwirth. Ang. v. 14. Dezember 1850. M.-B. 1851 S. 16.)

Die besonderen Bestimmungen, auf welche der §. 10 hin- deutet, sind im Allgemeinen folgende:

Das Recht, Schiffsmühlen in öffentlichen, d. h. nach §. 38 Tit. 15 Th. II. Allg. Land-Rechts schiffbaren Flüssen anzulegen, ist ein Vorbehalt des Staates. (A. L.-R. Th. II. Tit. 15 §. 229.)*

*) §. 6 der A. G.-D. bestimmt:

In den bestehenden Vorschriften wegen der Regalien und Monopole des Staats und den daraus entspringenden Beschränkungen des Betriebes einzelner Gewerbe wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.

Wer eine neue solche Schiffsmühle anlegen, oder eine alte eingegangene Mühle dieser Art wieder aufbauen, oder in der gegenwärtigen Anlage einer wirklich vorhandenen etwas verändern will, muß daher den Anordnungen der Landespolizei-Instanz Folge leisten. (§. 231, 232 l. c.)

Schiffsmühlen-Anlagen an nicht schiffbaren Stellen öffentlicher Ströme sind nicht zu gestatten, da sie aus mehreren Gründen dem öffentlichen Interesse nachtheilig sind. (Beschr. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Fin. v. 10. Mai 1837. v. R. Ann. Bd. XXX. S. 515.)

Hinsichtlich der Wassermühlen an öffentlichen Flüssen gelten gleichfalls die Bestimmungen des §. 229 Tit. 15 Th. II. des Allg. Land-Rechts. Die Anlage derselben kann ausnahmsweise selbst im ersten Rayon-Bezirk einer Festung, wenn daraus für das militärische Interesse überwiegende Vortheile zu erwarten sind, jedoch entweder nur in möglichst leichter Bauart oder bei fortifikatorisch günstiger Lage in einer zur Verteidigung geeigneten hinreichend starken Construction nachgegeben werden, und es bleibt dem Kriegsministerium überlassen, den besondern Fall unter Zuziehung des General-Inspecteurs der Festungen zur Entscheidung zu bringen. (Regulativ v. 10. September 1828 §. 14. G.-S. 119.)

Einer schon vorhandenen Mühle darf ein Nachbar, durch dessen Grundstücke das zu ihrem Betriebe nöthige Wasser fließt, nicht dasselbe entziehen. (Allg. Land-Recht Th. II. Tit. 15 §. 246.)

Der Einwand eines Mühlenbesizers, daß ihm durch die Anlegung einer andern Mühle sein Betriebswasser geschmälert werde, muß auch bei dem Provokationsverfahren in Gemäßheit der §§. 27 ff. d. A. G. D. zur Erörterung gezogen, demgemäß den Widersprechenden zur näheren Begründung seiner Behauptung Gelegenheit gegeben, und nach vorgängiger contradictorischer Erörterung, vorbehaltlich der Verfolgung etwaiger privatrechtlicher Ansprüche, durch Resolut darüber entschieden werden, ob die für den Widersprechenden zu besorgenden Nachtheile so erheblich sind, daß die Genehmigung zu der neuen Anlage zu versagen, oder ob und unter welchen Bedingungen solche zu gestatten sei.

(Cirk.-Refer. d. Kgl. Min. f. Handel u. v. 9. Oktober 1849. M.-B. 229.)

Das Gesetz vom 28. Februar 1843, betreffend die Benutzung der Privatflüsse, findet bei Benutzung des Wassers eines solchen Flusses zu industriellen Zwecken keine Anwendung. Dasselbe hat die Verwendung des Wassers zur Bodenkultur zum Zwecke. Der Benutzung des Wassers zu anderen, namentlich gewerblichen Zwecken, wird in dem qu. Gesetze gar nicht gedacht. Die demselben vorausgegangenen Verhandlungen ergeben unzweifelhaft, daß dasselbe die Benutzung zu gewerblichen Anlagen nicht zum Gegenstande haben sollte, indem diese Frage ausdrücklich zur Erörterung gezogen, jedoch verneint worden ist. (cf. Rescr. d. Kgl. Min. f. Handel u. landwirthsch. Ang. v. 7. Februar u. Refursbescheid, von demselben Tage. M.-B. 1849 S. 49 u. 50.)

Erhöhungen des Fachbaums und Veränderungen des Sicherpfahls können nicht anders als unter Aufsicht der Landespolizei mit Buziehung der benachbarten Interessenten, und nur soweit es diesen unschädlich ist, vorgenommen werden. Dagegen sind bewegliche Aufsätze auf dem Fachbaum bei kleinem Wasser so lange erlaubt, als den ober- und unterhalb liegenden Nachbarn, sowohl Mülleen als Grundbesitzern, daraus kein Nachtheil entsteht. (Allg. Land-Recht Th. II. Tit. 15 §§. 243, 244.)

Der gesetzl. Vorschrift, wonach zur Anlage neuer Wasserwerke die landespolizeiliche Concession nachgesucht werden muß, liegt wesentlich die Absicht zu Grunde, daß die Belästigungen des Publikums und der Adjacenten durch übermäßige Wasserpannung von Seiten der Triebwerksbesitzer zur Förderung ihres Privatvorthells vermieden werde.

Die Erreichung dieses Zweckes kann nur dadurch gesichert werden; daß

1. die Lage des Fachbaums nach unverrückten Merkmalen bestimmt,
2. die bewilligte Höhe des Standwassers über den Fachbaum durch Merkpfähle normirt,
3. eine Revision der concessionirten Wasserbauten durch einen Königl. Baubeamten stattfindet und unter besonderen Umständen der Betrieb der Werke vor vollendeter Revision gar nicht gestattet wird.

Daß bei jeder Concession die obige Bestimmung getroffen und die Sezung und Unterhaltung von Merkpfählen, desgleichen die Baurevision, welche übrigens ex officio stattfinden muß, ohne dafür dem betreffenden Beamten eine Entschädigung zu gewähren, als Bedingung.

gen gestellt werden können, unterliegt keinem Bedenken, da der §. 32 der M. G.-O. die Behörden in dieser Beziehung nicht beschränkt, auch §. 1 des Gesetzes vom 15. November 1811 die Existenz der Merkpfähle als Regel vorausgesetzt.

(Cirk. Refer. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 14. Juni 1847. M. B. 136.)

Es ist also hiernach bei jeder Genehmigung einer Mühlen-Anlage auf Bestimmung der Lage des Fachbaums nach unverrückbaren Merkmalen, sowie auf Normirung der Höhe des Wasserstandes über dem Fachbaum durch Merkpfähle und auf Sehung und Unterhaltung der letzteren zu halten. Dieselbe Vorschrift spricht §. 1 des Vorfluth-Edikts v. 15. November 1811 (G.-S. 352) aus:

Bei den Mühlen oder anderen durch Wehre oder Schleusen veranlaßten Störungen, wo der Wasserstand noch nicht durch einen unter polizeilicher Aufsicht gesetzten Merkpfahl bestimmt ist, muß jeder Besitzer derselben sich die Sehung eines Merkpfahls auf Antrag und Kosten derer, die dabei interessiert sind, gefallen lassen (§. 1 l. c.).

In Betreff der Sicherpfähle sind allgemein gültige nähere Bestimmungen nicht ergangen. Die Mühlen-Ordnung für Schlesien und die Grafschaft Glatz vom 28. August 1777 (Korn's Edikten-Sammlung Bd. XV. S. 278) schrieb vor:

so wird hierdurch festgesetzt, daß von dem Tage der Publication dieser Unserer Mühlen-Ordnung an gerechnet, innerhalb Jahr und Tag bei allen Wassermühlen und Werken, die nicht streitig sind, ein Sicherpfahl angefertigt werden soll, wonach die Merkpfähle, welche die Legung der Wehre, Schleusen, Frei- und Abschlag-Fluder, Fach- und Sohl-Bäume, als auch die Spannung und das mahlgerechte Wasser bestimmen, sich reguliren müssen.

Das Königl. Ministerium des Innern sprach sich mit Bezug auf vorstehende Bestimmungen zur Sache folgendermaßen aus:

Die Mühlen-Ordnung für Schlesien vom 28. August 1777 unterscheidet zwischen dem Sicherpfahl und dem Merkpfahl. Der erstere dient dazu, die Lage des Fachbaums und des ganzen Mühlenwerks

unverrückbar zu bezeichnen und sicherer festzustellen, als es durch einen freistehenden Pfahl geschehen kann. Er wird zu dem Ende tief eingegraben und, sehr sorgfältig umschlossen, mit Erde bedeckt (§. 3).

Der Merkpfahl bezeichnet dagegen die zuverlässige Wasserstauböhe über dem Fachbaum. Er muß frei stehen, und sichtbar sein, damit Jeder sofort erkennen kann, ob der Triebwerksbesitzer seine Befugniß überschreitet (§. 3).

Das Vorfluths-Gesetz vom 15. November 1811 handelt nur von Merkpfählen, indem der Gesetzgeber angenommen zu haben scheint, daß diese zur Sicherung der Interessen genügen. Daß aber in Betreff der Merkpfähle die Vorschriften des neueren Vorfluths-Gesetzes dem Mühlen-Edict für Schlesien derogiren, hat das unterzeichnete Ministerium stets angenommen, und diese Auslegung findet ihre Bestätigung in den Berathungen über das Schlesische Provinzial-Recht.

c. f. Wenzel's Provinzial-Recht des Herzogthums Schlesien und der Grafschaft Glatz S. 218—220 und revidirter Entwurf dieses Provinzial-Rechts §§. 166. 167. nebst Motiven S. 129.

Demnach können im vorliegenden Falle die Kosten der vom Häusler N. beantragten Merkpfahlsetzung nur von dem Provoquanten gefordert werden.

(cf. Refcr. v. 20. Januar u. 29. Juni 1840. M.-B. 57 u. 260.)

Die Vorschriften der Schlesischen Mühlen-Ordnung wegen der Sicherpfähle sind dagegen als gültig zu betrachten, da das Vorfluths-Gesetz über die Sicherpfähle keine neue Bestimmung enthält.

Sollte daher die Kgl. Regierung es für erforderlich halten, bei einem Triebwerke auf die Errichtung eines Sicherpfahles zu dringen, so würden dessen Kosten von dem Triebwerksbesitzer getragen werden müssen. (Refcr. d. Kgl. Min. d. Inn. v. 3. October 1845. M.-B. 356.)

Ueber die mit dem Gesuche um Ertheilung der Concession zur Errichtung eines Wasserbetriebwerks einzureichenden Zeichnungen, Pläne und Beläge ist bereits zu §. 8 sub Nr. 4—7 gesprochen worden.

Ist über die Zulässigkeit von durch Wasser bewegten Triebwerken von der Regierung gemeinschaftlich mit dem Ober-Bergamt Beschluß zu fassen (§. 7 des Ges. v. 10. Juli 1861. Die Kompetenz der Ober-Bergämter betreffend vide zu §. 2) so ist das Concessionsgesuch bei der im §. 2 des Gesetzes vom 1. Juli 1861 bezeichneten Polizeibehörde einzureichen, und von

dieser die Vorprüfung, sowie die Bekanntmachung des Unternehmens nach Maßgabe des Gesetzes und der Artikel 7, 8 und 9 der Instruktion vom 31. August 1861 (cf. zu §. 3) zu veranlassen. Werden Einwendungen erhoben, so hat der Revier-Bergbeamte dem Instruktionstermine beizuwohnen, und die Instruktion gemeinschaftlich mit dem Kommissar der Polizeibehörde zu leiten. Nach Abschluß der Instruktion über erhobene Einwendungen, oder wenn Einwendungen nicht erhoben sind, nach Ablauf der Präklusivfrist werden die Akten von dem Kreislandrath dem Revier-Bergbeamten übersendet, und von diesem mittelst gutachtlichen Berichts dem Ober-Bergamte überreicht, welches sie demnächst mit seinem Votum der Regierung zugehen läßt.

Das Resolut resp. die auszufertigende Concession werden von beiden Behörden vollzogen, die Publikation liegt der Orts-Polizeibehörde ob, — (§. 7 des Gesetzes vom 1. Juli 1861) — bei welcher auch das Rechtsmittel anzumelden und zu instruiren ist. Zur Rekurs-Entscheidung werden die Akten von der Regierung durch das Ober-Bergamt eingereicht.

§. 12.

Bei der Anlage von Dampfkesseln (§. 1 Nr. II.) findet das in den §§. 3–9 vorgeschriebene Verfahren nicht statt. Die Regierung hat die Zulässigkeit der Anlage nach den bestehenden bau-, feuer-, und gesundheits-polizeilichen Vorschriften, sowie nach denjenigen allgemeinen polizeilichen Grundsätzen zu prüfen, welche von dem Handels-Minister über die Anlage von Dampfkesseln erlassen werden. Sie hat nach dem Befunde die Genehmigung entweder zu versagen, oder unbedingt zu ertheilen, oder endlich bei Ertheilung derselben die erforderlichen Vorkehrungen und Einrichtungen vorzuschreiben.

Bevor der Kessel in Betrieb genommen wird, ist zu untersuchen, ob die Ausführung den Bestimmungen der ertheilten Genehmigung entspricht. Wer vor dem Empfange der hierüber auszufertigenden Bescheinigung den Betrieb beginnt, hat die im §. 177 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung angedrohte Strafe verwirkt.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für Dampfkessel, welche zu anderen als gewerblichen Zwecken dienen. (§. 12 d. Ges. v. 1. Juli 1861 §. 37 d. N. G.-D.)*)

Das Gesetz über die Errichtung gewerblicher Anlagen vom 1. Juli 1861 (G.-S. 749) nach welchem der polizeilichen Genehmigung zur Anlage von Dampfkesseln ein Ediktal-Verfahren nicht mehr vorangehen soll, hat mir Anlaß gegeben, die polizeilichen Vorschriften über die Aufstellung und den Gebrauch von Dampfkesseln einer Prüfung zu unterziehen, um durch übersichtliches Zusammenfassen den praktischen Gebrauch zu erleichtern, und sie unter möglichster Vereinbarung des gewerblichen Interesses und desjenigen der öffentlichen Sicherheit mit dem durch die Erfahrung erkannten Bedürfnisse in Einklang zu setzen. Nachdem diese Prüfung unter Zuziehung praktischer Fachmänner aus den Hauptzügen der bezüglichlichen Industrie stattgefunden hat, habe ich auf den Grund des §. 12 u. 15 des Gesetzes vom 1. Juli d. J. ein neues Regulativ, betreffend die Anlage von Dampfkesseln erlassen, welches an die Stelle des Regulatives vom 6. September 1848 und der zu demselben ergangenen Ergänzungen tritt, und von welchem die Königl. Regierung anliegend eine Abschrift (a) mit dem Auftrage erhält, dasselbe in der nächsten Nummer ihres Amtsblattes zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Wie sich aus der Vorschrift im §. 13 des Regulatives ergibt, ist, und zwar nach dem beinahe einstimmigen Gutachten aller vernommener Fachmänner davon Abstand genommen, die Stärke des zu den Kesseln zu verwendenden Materials zu bestimmen. Die Bemessung derselben ist dem Urtheil des Verfertigers überlassen, wie dies bisher schon bei allen Kesseln

*) §. 37 der N. G.-D. lautet:

Bei Dampfmaschinen, Dampfkesseln und Dampfentwicklern sind außer den Bestimmungen der §§. 27—36 auch die dafür ergangenen besonderen Vorschriften mit der Maßgabe anzuwenden, daß die polizeiliche Genehmigung nunmehr nach §. 28 überall der Regierung zusteht.

von anderer als cylindrischer Form der Fall war. Dagegen erschien es im Interesse der Sicherheit geboten, die Druckprobe mittelst Anwendung einer Druckpumpe mit Wasser über den anderthalbfachen Betrag des dem Drucke der beabsichtigten Dampfspannung entsprechenden Gewichts, mit welchem Betrage sie bisher bestand, zu erhöhen, und als Regel den dreifachen Betrag dieses Gewichtes festzusetzen. Diese Erhöhung ist von einem Theile der vernommenen Sachmänner empfohlen; sie entspricht den in den benachbarten Ländern, namentlich in Frankreich und Belgien bestehenden Vorschriften, und sie wird, wie die in diesen Ländern gemachten Erfahrungen darthun, ohne erhebliche Schwierigkeiten durchzuführen sein.¹⁷ Sollte bei hohen Dampfspannungen das verwendbare Manometer nicht ausreichend sein, so ist die Probe mittelst Belastung des Sicherheitsventiles der Pumpe zu bewirken. Eine Probe mit dem zweifachen Betrage konnte nur bei Kesseln von Lokomotiven und solchen Dampfschiffskesseln, welche nach Art derselben gebaut sind, für ausreichend erachtet werden, weil die ununterbrochene Aufsicht, welcher dieselben unterworfen sind, eine Garantie gewährt, wie solche bei anderen Kesseln in gleichem Maße nicht vorhanden ist.

Die Bestimmungen des Regulativs finden auf alle Dampfkessel Anwendung, zu deren Aufstellung am Tage der Publikation des Regulativs durch das Amtsblatt die Genehmigung noch nicht ausgefertigt ist.

Daß die Anordnungen desselben, welche eine Erhöhung der Sicherheit bezwecken, insbesondere die in §§. 8 u. 9 vorgeschriebenen Vorkehrungen, auch bei solchen Dampfkesseln, welche bereits concessionirt sind, angebracht werden, ist im Hinblick auf die zahlreichen Explosionen, welche in jüngster Zeit stattgefunden, und die zahlreichen Opfer, welche sie gefordert haben, dringend zu wünschen.

Die Königl. Regierung wolle daher bei Revisionen der Kessel und sonst in geeigneter Weise darauf hinwirken, daß

diesen Vorschriften, deren Erfüllung im eigenen Interesse der Kesselbesitzer liegt, und mit nicht beträchtlichem Aufwande zu bewirken ist, genügt werde.

(Cirk.-Verf. d. Min. f. Handel u. v. 31. August 1861.
M.=B. 176.)

a.

Regulativ, betreffend die Anlage von Dampfkesseln.

Unter der Aufhebung des Regulativs, betreffend die Anlage von Dampfkesseln vom 6. September 1848 (G.-S. 321) und der Nachträge zu demselben vom 19. Januar 1855 (G.-S. 32) und vom 6. August 1856 (G.-S. 707) wird auf Grund der §§. 12 und 15 des Gesetzes, betreffend die Errichtung gewerblicher Anlagen vom 1. Juli 1861 für die Anlage von Dampfkesseln, es mögen solche zum Maschinenbetriebe oder zu anderen Zwecken dienen, das nachstehende anderweitte Regulativ erlassen:

§. 1. Dem Antrage auf Ertheilung der Genehmigung zur Anlage eines Dampfkessels (§. 2 des Gesetzes vom 1. Juli 1861) sind nachstehend genannte Zeichnungen und Beschreibungen in doppelter Ausfertigung beizufügen:

I. Wenn die Anlegung eines feststehenden Dampfkessels beabsichtigt wird:

1. Ein Situationsplan, welcher die zunächst an den Ort der Aufstellung stoßenden Grundstücke umfaßt, und in einem, die hinreichende Deutlichkeit gewährenden Maßstabe aufgetragen ist.
2. Der Bauplan, wie er von dem Erbauer wegen Angabe der erforderlichen Räume geliefert wird, aus welchem sich der Standpunkt der Maschine und des Kessels, der Standpunkt und die Höhe des Schornsteines, und die Lage der Feuer- und Rauchröhren gegen die benachbarten Grundstücke deutlich ergeben muß; hierzu kann den Umständen nach ein einfacher Grundriß und eine Längensansicht oder ein Durchschnitt genügen.
3. Eine Zeichnung des Kessels in einfachen Linien, aus welcher die Größe der vom Feuer berührten Fläche zu berechnen, und die Höhe des niedrigst zulässigen Wasserstandes über den Feuerzügen zu ersehen ist.
4. Eine Beschreibung, in welcher die Dimensionen des Kessels, die Stärke und Gattung des Materials, die Art der

Zusammensetzung, die Dimensionen der Ventile und deren Belastung, sowie die Einrichtung der Speisevorrichtung und der Feuerung genau angegeben sind.

Die schriftliche Angabe über die Kraft und Art der Dampfmaschine, und welche Arbeit sie betreiben soll, genügt hiernach ohne weiteres Eingehen in ihre Construction durch Zeichnungen.

Der Beibringung von Nivellements-Plänen bedarf es nur dann, wenn dieselben zum Zwecke der Wahrnehmung allgemeiner polizeilicher Rücksichten z. B. wegen des Abflusses des Condensations-Wassers, der Anlage von Wasserbehältern und Cisternen u. s. w. von der Regierung verlangt wird.

II. Wenn die Anlage eines Schiffs-, Locomotiv- oder Locomobil-Dampfkessels beabsichtigt wird: eine Zeichnung und Beschreibung wie vorstehend unter 3 und 4 angegeben.

Von den eingereichten Zeichnungen und Beschreibungen wird nach Ertheilung der Genehmigung zur Anlage ein Exemplar dem Antragsteller zu seiner Legitimation beglaubigt zurückgegeben, das andere aber bei der Ortspolizeibehörde aufbewahrt.

§. 2. Die Prüfung der Zuverlässigkeit der Anlage erfolgt nach Maßgabe der Bestimmung in §. 12 des Gesetzes vom 1. Juli 1861. Insbesondere sind im allgemeinen polizeilichen Interesse nachfolgende Vorschriften zu beachten, deren genaue Befolgung vor Ertheilung der Genehmigung zur Benutzung des Dampfkessels durch einen sachverständigen Beamten zu bescheinigen ist.

§. 3. Unterhalb solcher Räume, in welchen sich Menschen aufzuhalten pflegen, dürfen Dampfkessel, deren vom Feuer berührte Fläche mehr als 50 Quadratfuß beträgt, nicht aufgestellt werden.

Innerhalb solcher Räume, in welchen sich Menschen aufzuhalten pflegen, dürfen Dampfkessel von mehr als 50 Quadratfuß feuerberührter Fläche nur in dem Falle aufgestellt werden, wenn diese Räume (Arbeitsäle oder Werkstätten) sich in einzeln stehenden Gebäuden befinden, und eine verhältnißmäßig bedeutende Grundfläche und Höhe besitzen, und wenn die Kessel, welche unter Mauerwerk stehen, noch mit Mauerwerk, welches zu anderen Zwecken, als zur Bildung der Feuerzüge dient, überdeckt sind.

Jeder Dampfkessel, welcher unterhalb oder innerhalb solcher Räume aufgestellt wird, in welchen Menschen sich aufzuhalten pflegen, muß so angeordnet sein, daß die Einwirkung des Feuers auf denselben und die Circulation der Luft in den Feuerzügen ohne Schwierigkeit gehemmt werden kann.

§. 4. Soll ein Dampfkessel nicht in oder unter Räumen, in

welchen Menschen zu verkehren pflegen, aber in einer Entfernung von weniger als 10 Fuß von bewohnten Gebäuden aufgestellt werden, so muß er von der äußeren Wand der letzteren durch eine mindestens zwei Fuß starke Schutzwand getrennt werden, deren Höhe seinen höchsten Dampfraum um mindestens drei Fuß übersteigt. Diese Schutzwand kann in Holz oder Stein mit Füllung ausgeführt, und durch die Umfassungswand des Kesselraumes gebildet werden.

§. 5. Zwischen demjenigen Mauerwerk, welches den Feuerraum und die Feuerzüge des Dampfkessels einschließt (Rauchgemäuer) und den dasselbe umgebenden Wänden muß ein Zwischenraum von mindestens drei Zoll verbleiben, welcher oben abgedeckt und an den Enden bis auf die nöthigen Luftöffnungen verschlossen werden darf.

§. 6. Die durch oder um einen Dampfkessel gelegenen Feuerzüge müssen an ihrer höchsten Stelle mindestens vier Zoll unter dem im Dampfkessel festgesetzten niedrigsten Wasserpiegel liegen. Bei Dampfschiffkesseln von mehr als 4—6 Fuß Breite muß die Höhe des niedrigsten Wasserpiegels über den höchsten Feuerzügen mindestens sechs Zoll, bei solchen von mehr als sechs bis acht Fuß Breite, acht Zoll, und bei solchen von mehr als acht Fuß Breite mindestens zehn Zoll betragen.

Auf Rauchröhren finden die vorstehenden Bestimmungen in dem Fall keine Anwendung, wenn ein Erglühen des mit dem Dampfraum in Berührung stehenden Theiles ihrer Wandungen nicht zu befürchten steht.

§. 7. Die Feuerung feststehender Dampfkessel ist in solchen Verhältnissen anzuordnen, daß der Rauch so vollkommen als möglich verzehrt oder durch den Schornstein abgeführt werde, ohne die benachbarten Grundbesitzer empfindlich zu belästigen. Es sind zu dem Ende die nachstehenden Vorschriften zu beobachten:

1. Die Schornsteindröhre zur Abführung des Rauches kann sowohl massiv als in Eisen aufgeführt werden.

a. Im ersten Falle kann die Röhre in den Wänden eines Gebäudes eingebunden sein, oder ganz frei mit den Wänden innerhalb oder außerhalb des Gebäudes aufgeführt werden; die Wanden müssen aber eine der Lage und Höhe der Schornsteindröhren angemessene Stärke bekommen.

b. Im zweiten Falle muß um die Röhre, insofern die Aufstellung innerhalb eines Gebäudes und in der Nähe feuerfangender Gegenstände erfolgt, eine Verkleidung von Mauersteinen bis zur Höhe des Dachfirstes in einer der Höhe angemessenen Stärke aufgeführt, und eine Luftschicht von mindestens 3" zwischen der Röhre und ihrer Umfassung gelassen werden. In beiden Fällen müssen bei der Ausfüh-

rung innerhalb eines Gebäudes, Holzwerk oder feuerfange Gegenstände mindestens einen Fuß weit von den inneren Wandungen der Schornsteinröhre entfernt bleiben, und durch eine Luftschicht von der letzteren getrennt sein.

2. Die Weite der Schornsteinröhre bleibt der Bestimmung des Unternehmers überlassen, dergestalt, daß die für sonstige Feuerungsanlagen hinsichtlich der Weite der Schornsteinröhren geltenden Vorschriften nicht zur Anwendung kommen.

3. Die Höhe der Schornsteinröhren bleibt ebenfalls der Bestimmung des Unternehmers überlassen, und ist nöthigenfalls von der Regierung dergestalt festzusetzen, daß die benachbarten Grundbesitzer durch Rauch, Ruß u. s. w. keine erheblichen Belästigungen oder Beschädigungen erleiden. Treten dergleichen Belästigungen oder Beschädigungen, nachdem der Dampfkessel in Betrieb gesetzt worden ist, dennoch hervor, so ist der Unternehmer zur nachträglichen Beseitigung derselben durch Erhöhung der Schornsteinröhre, Anwendung rauchverzehrender Vorrichtungen, Benutzung eines anderen Brennmaterials oder auf andere Weise verpflichtet.

Auf Dampfschiffkessel oder Lokomotivkessel finden diese Bestimmungen keine Anwendung, und auf Kessel von Lokomobilen nur in dem Falle, wenn solche längere Zeit an einer bestimmten Stelle in Betrieb erhalten werden.

§. 8. Jeder Dampfkessel muß mit mehr als einer der besten bekannten Vorrichtungen zur jederzeitigen zuverlässigen Erkennung der Wasserstandshöhe im Innern desselben, wie z. B. mit gläsernen Wasserstandsröhren oder Wasserstandsscheiben, Probirhähnen oder Schwimmern u. s. w. versehen sein. Diese Vorrichtungen müssen unabhängig von einander wirksam, und es muß eine von ihnen mit einer in das Auge fallenden Marke des Normalwasserstandes versehen sein.

§. 9. Auf jedem Dampfkessel muß ein Speiseventil angebracht sein. Jeder Dampfkessel muß mit wenigstens zwei zuverlässigen Vorrichtungen zur Speisung versehen sein, welche ein und dieselbe Betriebskraft nicht haben dürfen, und von denen jede für sich im Stande sein muß, das zur Speisung erforderliche Wasser zuzuführen. Mehrere zu einem Betriebe vereinigte Dampfkessel werden hierbei als ein Kessel angesehen.

§. 10. Auf jedem Dampfkessel müssen ein oder mehrere zweckmäßig aufgeführte Sicherheitsventile angebracht sein, welche nach Abzug der Stiele und der zur Führung derselben dienenden Stege für jeden Quadratfuß der gesammten, vom Feuer berührten Fläche im Gan-

zen mindestens die nachstehend bestimmte freie, zur Abführung der Dämpfe dienende Oeffnung haben, nämlich bei einem Ueberschuß der Dampfspannung über den Druck der äußeren Atmosphäre von

mehr als													Atmosphären
0	$\frac{1}{2}$	1	$1\frac{1}{2}$	2	$2\frac{1}{2}$	3	$3\frac{1}{2}$	4	$4\frac{1}{2}$	5	$5\frac{1}{2}$		
bis $\frac{1}{2}$	bis 1	bis $1\frac{1}{2}$	bis 2	bis $2\frac{1}{2}$	bis 3	bis $3\frac{1}{2}$	bis 4	bis $4\frac{1}{2}$	bis 5	bis $5\frac{1}{2}$	bis 6		
10,1	7,0	5,3	4,3	3,6	3,2	2,8	2,5	2,3	2,0	1,85	1,7	<input type="checkbox"/> Linien freie Oeff.	

Wenn mehrere Kessel einen gemeinschaftlichen Dampfraum oder eine gemeinschaftliche Dampfabführungsrohre haben, von welchem sie nicht einzeln abgesperrt werden können, so genügt es, wenn darauf im Ganzen mindestens zwei dergleichen Ventile angebracht sind.

Die Ventile müssen gut bearbeitet und so eingerichtet sein, daß sie zwar beliebig geöffnet, aber nicht mehr belastet werden können, als die vorgeschriebene Spannung der Dämpfe erfordert. Sind zwei oder mehrere Ventile angeordnet, und besitzt eines derselben die im Vorstehenden angeordnete freie Oeffnung zum Abführen der Dämpfe, so genügt es, wenn nur dies eine Ventil gegen unbefugte Belastung geschützt wird. Für das Ventil und den Belastungshebel muß eine Führung angebracht, und bei beschränktem Dampfraum im Kessel eine Vorrichtung getroffen werden, durch welche beim Erheben des Ventils das Aufspritzen des Kesselwassers durch die Oeffnung verhindert wird.

Dampfschiff-, Locomotiv- und Locomobil-Kessel müssen mindestens zwei Sicherheitsventile erhalten. Bei Dampfschiffs-Kesseln muß dem einen Ventil auf dem Verdeck eine solche Stellung gegeben werden, daß die vorgeschriebene Belastung mit Leichtigkeit untersucht werden kann. Liegt der Dampfraum unter dem Verdeck, so genügt es, wenn das eine Ventil von dem Verdeck aus leicht zugänglich ist.

§. 11. An jedem Dampfkessel oder den Dampfleitungs-Röhren muß eine Vorrichtung angebracht sein, welche den stattfindenden Druck der Dämpfe im Kessel zuverlässig anzeigt (Manometer).

Wenn mehrere Dampfkessel einen gemeinschaftlichen Dampfraum oder ein gemeinschaftliches Dampfrohr haben, von dem sie nicht einzeln abgesperrt werden können, so genügt es, wenn die Vorrichtung an einem Kessel oder an dem gemeinschaftlichen Dampfraum oder Dampfrohr angebracht ist. An Dampfschiffskesseln müssen zwei solche Vorrichtungen angebracht werden, von denen die eine im Maschinenraum im

Gesichtskreise des Wärters, die zweite an einer solchen Stelle sich befindet, daß sie vom Verdeck aus leicht beobachtet werden kann.

Die Wahl der Construction für die Manometer ist freigestellt, es muß jedoch, um ihre Richtigkeit prüfen zu können, ein oben offenes Quecksilberröhren-Manometer (Control-Manometer) vorhanden sein, mit welchem jeder mit einem andern Manometer versehene Dampfkessel in Verbindung gebracht werden kann.

Ist wegen besonderer örtlicher Verhältnisse eine Verbindung des Control-Manometers mit dem Dampfraum des Kessels nicht angängig, so kann ausnahmsweise das Control-Manometer, von dem Kessel entfernt, an einem geeigneten Ort aufgestellt werden, vorausgesetzt, daß das Control-Manometer mit der zur Erzeugung des Druckes nöthigen Vorrichtung versehen ist.

An allen Manometern, mit Ausschluß der Control-Manometer, muß die in der polizeilichen Genehmigung zur Benutzung des Dampfkessels zugelassene höchste Dampfspannung durch eine in die Augen fallende Marke bezeichnet sein.

§. 12. Die Verwendung von Gußeisen zu den Wandungen der Dampfkessel, der Feuerrohren und Siederöhren ist ohne Ausnahme und ohne Unterschied der Abmessungen untersagt. Zu den Wandungen sind in dieser Beziehung nicht zu rechnen: Dampfdomes, Ventilgehäuse, Mannlochdeckel, Deckel von Reinigungsluken und Rohrstufen, letztere sofern sie nicht von Kesselmauerwerk umschlossen oder von Feuer berührt sind.

Die Verwendung von Messingblech zu den Wandungen der Dampfkessel ist gleichfalls untersagt, es ist jedoch gestattet, sich des Messingbleches zu Feuerrohren bis zu einem inneren Durchmesser von vier Zoll zu bedienen.

§. 13. Um die Dampfkessel gegen das Berreißen und Zerspringen durch den Dampfdruck zu sichern, darf zur Fertigung derselben nur gutes Material verwendet werden.

Bei allen Dampfkesseln bleibt die Bestimmung der Stärke des Materials dem Verfertiger des Kessels überlassen. Derselbe hat dafür zu sorgen, daß die Wandstärke des Kessels sowie der Siede- und Feuerrohren, beziehungsweise des Feuerkastens, mit Rücksicht auf die etwa vorhandene Verankerung durch Stehholzen, dem beabsichtigten Dampfdruck entsprechend, bestimmt auch jedes Feuerrohr, dessen Durchmesser mehr als vier Zoll beträgt, durch eine angemessene Verstärkung gegen ein Zusammendrücken und Abreißen gesichert werde.

In allen diesen Beziehungen, sowie für die Zweckmäßigkeit der gewählten Construction ist der Verfertiger des Kessels verantwortlich.

§. 14. Jeder Dampfkessel muß, bevor er eingemauert und um-

mantelt wird, nach Verschuß sämtlicher Oeffnungen und Belastung der Sicherheitsventile mittelst einer Druckpumpe mit Wasser geprüft werden, und zwar:

bei Kesseln von Lokomotiven und den nach Art derselben gebauten Schiffsdampfkesseln mit dem zweifachen, bei allen anderen Dampfkesseln mit dem dreifachen Betrage des dem Druck der beabsichtigten Dampfspannung entsprechenden Gewichtes.

Die Kesselwände und die Wände der Feuerungen müssen dieser Prüfung widerstehen, ohne eine Veränderung ihrer Form zu zeigen. Diese Druckprobe muß wiederholt werden:

- a. Nach Reparaturen, welche in der Maschinenfabrik haben ausgeführt werden müssen.
- b. Wenn feststehende Dampfkessel an einer andern Betriebsstätte aufgestellt werden.

§. 15. An jedem Kessel muß der nach der polizeilichen Genehmigung zulässige Ueberschuß der Dampfspannung über den Druck der äußeren Atmosphäre, sowie der Name des Fabrikanten, die laufende Fabriknummer und das Jahr der Anfertigung in leicht erkennbarer dauerhafter Weise angegeben sein.

§. 16. Die im §. 12 des Gesetzes vom 1. Juli 1861 vorgeschriebene Untersuchung muß sich:

1. auf die vorchriftsmäßige Construction des Dampfkessels,
2. auf die gehörige Ausführung der sonstigen, in diesem Regulativ oder in der Genehmigungsurkunde enthaltenen Bestimmungen erstrecken.

Die Untersuchung des Kessels muß vor dessen Aufstellung erfolgen, und kann in der Fabrik, wo derselbe gefertigt worden, oder an dem Orte geschehen, wo er aufgestellt werden soll.

Die Untersuchung über die Ausführung der sonstigen Bestimmungen wird nach Aufstellung des Dampfkessels vorgenommen.

Beide Untersuchungen werden spätestens drei Tage nach geschehener Anzeige von der erfolgten Vollendung oder Ankunft des Kessels am Bestimmungsorte, beziehungsweise von der geschehenen Aufstellung desselben angestellt, und es werden die hierüber zu ertheilenden Bescheinigungen spätestens in drei Tagen nach der veranstalteten Untersuchung ausgefertigt.

§. 17. Sollen Dampfkessel, welche sich bereits im Gange befinden, als die Allerhöchste Kabinetts-Ordnung vom 1. Januar 1831 Gesetzeskraft erhielt, oder welche zwar erst später aufgestellt, vor ihrer Benutzung aber nach Maafgabe der zur Zeit ihrer Aufstellung bestehenden Vorschriften geprüft worden sind, an einem andern Orte benutzt werden, so kann eine Abänderung ihrer Construction nicht verlangt werden.

In allen anderen Beziehungen sind jedoch in diesen Fällen die in dem gegenwärtigen Regulativ getroffenen Bestimmungen zu beobachten.

Berlin, den 31. August 1861.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten:
v. d. Heydt.

§. 13.

In Betreff der Entfernung der Windmühlen von öffentlichen Wegen und anderen Grundstücken bleibt es den königlichen Regierungen überlassen, besondere Verordnungen zu treffen. Es finden auf diese die Bestimmungen des Gesetzes vom 11. März 1850 (Ges.=Samm. 266) Anwendung (§. 13 d. Ges. v. 1. Juli 1861, §. 38 d. N. G.=D.)*)

Nach §. 38 d. N. G.=D. gehörten auch durch Wind bewegte Triebwerke zu denen, deren Anlage einer polizeilichen Erlaubniß bedurfte. Durch §. 13 des Gesetzes vom 1. Juli 1861 fällt dies öffentliche Ediktal=Verfahren weg, und die Behörden haben bei Ertheilung der Bau=Erlaubniß nur darauf zu sehen, daß sie nicht in einer solchen Nähe an öffentlichen Straßen u. angelegt werden, daß durch ihren Betrieb das etwa in der Nähe befindliche Vieh schen gemacht wird.

Es bestehen in dieser Beziehung im Allgemeinen nachstehende Vorschriften:

Der Bauplatz einer Windmühle muß der Regel nach 20 Ruthen von einem öffentlichen Wege entfernt sein. Nur wenn die Mühle durch örtliche Verhältnisse auf bleibende Weise verdeckt wird, z. B. durch einen Hohlweg, durch welchen die Fahrbahn führt, genügt eine Entfernung von 10 Ruthen.

(Refer. d. Kgl. Min. d. I. v. 7. Juni 1828. v. K. Ann. 1828.
S. 544.)

Diese Beschränkung ist indessen nur für die Wege und Straßen, in polizeilichem Interesse, begründet, und kann auf Privat=Grundstücke nicht ausgedehnt werden.

(Refer. d. Kgl. Min. d. Inn. v. 6. April 1844. M.-B. 85.)

Nach den von den Kgl. Regierungen in Folge des Circular-Erlasses vom 8. September v. J. erstatteten Berichten sind die Ansichten über

*) §. 38 der N. G.=D. vide zu §. 11.

die Nothwendigkeit einer allgemein als Regel vorzuschreibenden Entfernung der neu anzulegenden Windmühlen von den benachbarten Aedern, mit Rücksicht auf deren Bestellung durch Zugvieh, sehr verschieden.

In manchen Regierungsbezirken hat sich das Bedürfnis einer solchen Bestimmung nicht herausgestellt, indem darauf gerichtete Einwendungen gar nicht vorgekommen sind, wogegen manche Regierungen sich veranlaßt gefunden haben, gewisse Entfernungen des Mühlengrundstücks oder die Bewahrung desselben mit einer Einfriedigung von einer bestimmten Höhe, in den Concessionen vorzuschreiben.

Da nun ein öffentliches Interesse für derartige allgemeine Anordnungen in so fern nicht vorwaltet, als in vielen Gegenden das Zugvieh an Windmühlen gewöhnt ist, oft auch die benachbarten Aeder ohne Anwendung von Zugvieh bestellt werden, weshalb es in jedem Falle auf die Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse wesentlich ankommt, so muß ich Anstand nehmen, eine diesfällige Bestimmung als allgemeine Regel vorzuschreiben.

Das Kgl. Landes-Deconomie-Collegium ist übrigens in seiner wiederholt erfolgten Aeußerung dabei stehen geblieben, daß eine Entfernung der Windmühlen von sechs Ruthen, und zwar von den Umfassungswänden derselben ab gerechnet, den Rücksichten auf die Bewirthschaftung der benachbarten Aeder in der Regel entsprechen werde.

Hiernach muß der Kgl. Regierung überlassen bleiben, sofern dieselbe es nach den Verhältnissen in ihrem Bezirke für nothwendig erachtet, entsprechende in der Regel zu beobachtende Vorschriften zu erlassen, oder die Behörden mit angemessener Anweisung zu versehen, wobei jedoch der Eigenthümlichkeit der einzelnen Fälle die gehörige Berücksichtigung zu sichern bleibt. Jedenfalls werden dabei die gutachtlichen Aeußerungen der Ortsbehörden und Landrätthe zu beachten sein, und deshalb wird in den einzelnen Fällen für deren Beschaffung gesorgt werden müssen, damit solche bei den in die Refurs-Instanz gelangenden Verhandlungen aus den Acten ersichtlich sind.

(Cirk.-Refc. d. Kgl. Min. f. Handel v. p. 10. Juli 1848. M.-B. 310.)

Capitel II.

Gewerbe, welche in Betreff der örtlichen Lage ihrer Betriebsstätten einer besonderen polizeilichen Genehmigung unterworfen sind.

§. 14.

Einer besonderen Beschränkung mit Rücksicht auf die örtliche Lage sind ferner unterworfen:

- a. Tanz- und Fechtschulen, sowie Turn- und Bade-Anstalten. Zur Errichtung und Verlegung derselben ist eine polizeiliche Genehmigung erforderlich, welche in den Städten bei der Polizei-Obrigkeit, auf dem Lande unter Vorlegung eines Attestes der Polizei-Obrigkeit bei dem Landrathe nachzusuchen ist, und erst dann ertheilt werden darf, wenn sich die Behörde von der Angemessenheit des Lokals und der beabsichtigten Einrichtung überzeugt hat;
- b. die Errichtung oder Verlegung der Betriebsstätte solcher Gewerbe, deren Ausübung mit ungewöhnlichem Geräusch verbunden ist. Die Betriebsstätte muß, insofern zur Anlage derselben nicht schon nach den Vorschriften der §§. 27 bis 36 die Genehmigung der Regierung einzuholen ist, der Polizei-Obrigkeit angezeigt werden; diese hat, wenn in der Nähe der gewählten Betriebsstätte, Kirchen, Schulen, Krankenhäuser oder andere öffentliche Gebäude vorhanden sind, deren bestimmungsmäßige Benutzung durch den Gewerbebetrieb auf dieser Stelle eine erhebliche Störung oder Belästigung erleiden würde, die Entscheidung der Regierung darüber einzuholen, ob die Ausübung des Gewerbes an der gewählten Betriebsstätte zu untersagen, oder nur unter Bedingungen zu gestatten sei. (§. 40 d. A. G.O.)

Tanzunterricht darf nicht in Tabagien ertheilt werden.

Mit der von der Kgl. Regierung in dem Bericht vom 3. d. Mts. entwickelten Ansicht wegen Unzulässigkeit der Wahl von Tabagien zur

Ertheilung von Tanzunterricht kann sich das Ministerium nur einverstanden erklären.

(Refer. d. Rgl. Min. d. Inn. v. 21. Februar 1847. M.-B. 46.)

Die Concession zur Errichtung einer Turnanstalt für die weibliche Jugend darf nur im Einverständnisse mit der Schulbehörde ertheilt werden.

In der Allerhöchsten Ordre vom 6. Juni 1842 ist das Turnen nur als ein Theil des Unterrichts für die männliche Jugend bezeichnet und festgestellt worden.

Wenn hiernach in solchen Fällen, wo Privatpersonen die Errichtung einer solchen Anstalt für weibliche Personen beabsichtigen, die Ortspolizei-Behörde für befugt zu erachten ist, sofern sie kein Bedenken dabei findet, auf den Grund der Bestimmungen der §§. 40 u. 50 der A. G.-D. die Concession dazu zu ertheilen, so erscheint es doch zur Vermeidung von Conflicten zwischen der Polizei- und Schulbehörde erforderlich, daß erstere sich vor Ertheilung der Concession des Einverständnisses der letzteren versichere, und daß bei obwaltender Meinungsverschiedenheit die Sache zur Entscheidung der vorgesetzten Regierung gebracht werde.

Die Rgl. Regierung wird veranlaßt, hiernach die betreffenden Polizeibehörden ihres Bezirkes mit der erforderlichen Anweisung zu versehen, und die Schulbehörden von dem Veranlaßten in Kenntniß zu setzen.

(Cirk.-Refer. d. Min. d. geistl. Ang. v. 19. Mai 1846. M.-B. 83.)

Die ad b des vorstehenden Paragraphen ausgesprochene Bestimmung bezieht sich nur auf den Fall, daß eine Störung der bestimmungsmäßigen Benutzung öffentlicher Gebäude durch den Gewerbebetrieb zu befürchten ist.

Ebenso wenig kann ich die Auslegung des §. 40 sub lit. b. der A. G.-D. für zutreffend erachten, wonach es bei der Errichtung gewerblicher Anlagen, welche mit ungewöhnlichem Geräusch verbunden sind, in allen Fällen einer besonderen polizeilichen Erlaubniß bedürfen soll. Denn nur für den Fall, daß durch den Gewerbebetrieb eine Störung der bestimmungsmäßigen Benutzung öffentlicher Gebäude zu besorgen, ist die Einholung einer Entscheidung über die Zulässigkeit der gewählten Betriebsstätte vorgeschrieben, für alle anderen Fälle dagegen enthält die A. G.-D. keine besondere Bestimmung, woraus sich von selbst

ergiebt, daß in diesen Fällen eine besondere polizeiliche Genehmigung der Anlage überhaupt nicht erforderlich ist.

(Refer. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Fin. v. 14. Septbr. 1847.
M.B. 317.)

Bei den Gewerben der vorbenannten Art bildet in Gemäßheit der Kabinetts-Ordnung vom 17. März 1852 das Ministerium des Innern die Rekurs-Instanz.

§. 15.

Die durch die Steuergesetze in Beziehung auf die Lage der Betriebsstätten angeordneten Beschränkungen des Betriebes einzelner Gewerbe bleiben auch ferner in Kraft. (§. 41 d. A. G.-D.)

Das Gesetz vom 30. Mai 1820 (G.-S. 144) wegen Errichtung einer Mahl- und Schlachtsteuer bestimmt im §. 7:

- In Städten, wo die Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wird, ist.
- a. es nicht erlaubt, bewegliche Mahlmühlen, Handmühlen und Stampfen zu halten, und
 - b. zur Anlegung einer Mühle, die mit thierischer Kraft oder durch Dämpfe getrieben wird, die Genehmigung der Regierung erforderlich.

Zur näheren Erläuterung des bei Ertheilung der Concession resp. des Gewerbe-Anmelde-Attestes zum Betrieb einer Mahlmühle in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten zu beobachtenden Verfahrens dienen die folgenden Rescripte:

In Gemäßheit der neben §§. 27, 28, 38 und 41 der A. G.-D. zur Anwendung zu bringenden Bestimmung zu §. 7 des Mahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820 bedarf es in den Städten, welche der Mahlsteuer unterliegen, zur Anlegung einer Mühle, welche mit thierischen Kräften oder Dampf betrieben wird, der Genehmigung des Provinzial-Steuerdirektors, indem auf den letzteren die durch den angeführten §. 7 der Kgl. Regierung beigelegte Befugniß mit der Verwaltung der indirekten Steuern überhaupt übergegangen ist.

Mit Rücksicht hierauf hat die Kgl. Regierung durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß Jeder, welcher eine Mühle der vorbezeichneten Art im inneren oder äußeren (§. 14 des

Mahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes) Bezirk einer mahlsteuerpflichtigen Stadt anzulegen wünscht, sich deshalb zunächst an den Provinzial-Steuerdirektor zu wenden, und erst dann, wenn ihm von letzterem die Erlaubniß erteilt worden, unter Ueberreichung der diese Erlaubniß enthaltenden Verf. die Einleitung des in den §§. 28 ff. der U. G.-D. vorgeschriebenen Verfahrens bei der Kgl. Regierung nachzusuchen habe.

Gesuche der gedachten Art, welche ohne Beifügung der von dem Provinzial-Steuerdirektor erteilten Erlaubniß bei der Kgl. Regierung eingehen, werden nach Umständen zurückgegeben, oder dem Provinzial-Steuerdirektor zu übersenden sein.

(Cirk.-Rescr. d. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 21. April 1846.

M.-B. 96.)

Gegen die, die Mühlen-Anlagen in mahlsteuerpflichtigen Städten betreff. Bekanntmachung, welche die Kgl. Regierung im Entwurf mit dem Berichte vom 8. v. Mts. eingereicht hat, findet sich, wie derselben hierdurch eröffnet wird, Nichts zu erinnern, und mag dieselbe solche daher durch ihr Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß bringen (Anl. a). Daß die Cirk.-Verfüg. vom 21. April c. (M.-B. 96) zu Zweifeln Anlaß gebe, kann übrigens nicht angenommen werden, da aus dem Inhalte deutlich hervorgeht, wie dabei nur die Absicht gewesen ist, darauf hinzuweisen, daß der §. 7 des Gesetzes vom 30. Mai 1820 durch die Vorschriften der U. G.-D. nicht aufgehoben worden, und es sich von selbst versteht, daß, wenn der Provinzial-Steuerdirektor die Genehmigung zur Anlage einer Mühle erteilt hat, das von der U. G.-D. vorgeschriebene Verfahren nicht in allen Fällen, sondern nur in denjenigen, wo es nach derselben ausdrücklich angeordnet ist, stattfinden muß.

a.

In Gemäßheit der neben den §§. 27, 28, 38 und 41 der U. G.-D. zur Anwendung zu bringenden Bestimmung des §. 7 des Mahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820 bedarf es in den Städten, welche der Mahlsteuer unterliegen, zur Anlage jeder Mühle, welche mit thierischen Kräften oder mit Dampf getrieben wird, der Genehmigung des Provinzial-Steuerdirektors, auf welchen die durch den angeführten §. 7 der Regierung beigelegte Befugniß übergegangen ist.

Mit Rücksicht hierauf hat Jeder, welcher eine Mühle der vorbezeichneten Art im inneren oder äußeren Bezirk (§. 14 des Mahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes) einer mahlsteuerpflichtigen Stadt anzulegen beabsichtigt, sich deshalb zunächst an den Provinzial-Steuerdirektor zu wenden, und erst dann, wenn ihm von letzterem die Erlaubniß erteilt worden, mit Ueberreichung der diese Erlaubniß enthaltenden Verfügung

zur Errichtung eines mit thierischen Kräften zu treibenden Mühlenwerks die bau-polizeiliche Genehmigung der Ortsobrigkeit, wegen der beabsichtigten Anlage einer Dampfmühle, oder wenn eine andere der im §. 27 der A. G.-D. bezeichneten Anlagen mit der zu errichtenden Kofmühle verbunden werden soll, die Einleitung des im §. 28 ff. a. a. O. vorgeschriebenen Verfahrens bei uns nachzusehen.

Wien, den 8. Mai. 1846.

Königl. Regierung.

Capitel III.

Gewerbe, welche in Betreff der Persönlichkeit des Betreibenden einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen.

§. 16.

Ärzte, Wundärzte, Augenärzte, Zahnärzte, Geburtshelfer, Apotheker und Unternehmer von Privat-Kranken- und Irren-Heil-Anstalten bedürfen einer Approbation des Ministeriums der Medizinal-Angelegenheiten. (§. 42 d. A. G.-D.)

Die Anforderungen, welche bei den Prüfungen, auf Grund deren die vorerwähnte Approbation erteilt wird, gestellt werden, sind in den nachstehenden Verordnungen enthalten:

1. Reglement für die Staatsprüfungen der Medizinal-Personen vom 1. Dezember 1825 (v. Kampff Ann. B. X. S. 153) und Zusätze zu diesem Reglement v. 8. Oktober 1852 (M.-B. 252.)

Das Dispensiren von Arzneien ist im Allgemeinen nur Befugniß der Apotheker, und den Ärzten nicht gestattet. Eine Ausnahme hiervon findet statt in Betreff der nach homöopathischen Grundsätzen bereiteten

Doehl, Concessionenwesen.

Arzneimittel, deren Dispensation homöopathischen Ärzten nach dem durch Allerh. Cab.-Ordre vom 11. Juli 1843 genehmigten Reglement vom 20. Juni 1843 (Ges.-S. 305) gestattet ist. Auch darf bewährten Homöopathen, welche sich entweder als Schriftsteller in der Homöopathie ausgezeichnet, oder dieselbe erweislich seit mindestens 5 Jahren ausgeübt haben, die Erlaubniß zum Selbstdispensiren nach homöopathischen Grundsätzen bereiteter Arzneien ohne besondere Prüfung ertheilt werden. Derartige Gesuche sind durch die kgl. Regierung an den Minister der Geistl. Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zu richten.

(cf. Cirk.-Rescr. d. Min. d. geistl. u. Ang. v. 23. Septbr. 1844. M.-B. 290.)

2. Verfügung v. 20. Juni 1830, M.-B. 246; v. 27. Juli 1842, M.-B. 278 und v. 19. April 1843, M.-B. 160, betreffend die Zulassung von Wundärzten I. Klasse zum Betrieb der ärztlichen Praxis.

3. Reglement über die Prüfung der Geburtshelfer vom 1. Dezember 1825 nebst Zusätzen zu demselben vom 8. Oktober 1852. M.-B. 252.

4. Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 22. März 1847 betreffend die Approbation der Augenärzte (M.-B. 132.)

5. Rescript des Min. d. Unterrichts u. Ang. v. 3. Juli 1847 (M.-B. 132) betr. die Approbation der Zahnärzte.

Personen, welche künstliche Zähne und Gebisse verfertigen, sogenannte Zahnkünstler, gehören nicht zu den im vorliegenden Paragraphen erwähnten Medizinal-Personen, und bedürfen einer Approbation nicht.

6. Verf. d. Ministeriums d. Inn. u. der Medizinal-Ang. vom 25. August 1845 (M.-B. 300) betr. die Prüfungen der Hühneraugen-Operateure.

7. Cirk.-Verf. d. Min. d. geistl. Unterrichts- und Medizinal-Ang. v. 15. Dezember 1853 (M.-B. 277) betr. die Prüfung und Concessionirung der Apotheker.

8. Reglement für Einrichtung von Wasserheil-Anstalten vom 15. Juni 1842. (G.-S. 243.)

§. 17.

Hinsichtlich der Unternehmer von Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten, sowie der Privatlehrer bewendet es bei den besonderen Vorschriften. (§. 43 der A. G. O.)

Diese besonderen Vorschriften sind zunächst in dem Allgemeinen Landrecht enthalten, welches in den §§. 3—8, Th. II. Tit. 18 disponirt:

Wer eine Privat-Erziehungs- oder sogenannte Pensions-Anstalt errichten will, muß bei derjenigen Behörde, welcher die Aufsicht über das Schul- und Erziehungs-Wesen des Ortes aufgetragen ist, seine Tüchtigkeit zu diesem Geschäft nachweisen, und seinen Plan, sowohl in Ansehung der Erziehung, als des Unterrichts zur Genehmigung vorlegen (§. 3).

Auch solche Privat-, Schul- und Erziehungs-Anstalten sind der Aufsicht dieser Behörde unterworfen, welche von der Art, wie die Kinder verpflegt und gehalten, wie die physische und moralische Erziehung derselben besorgt, und wie ihnen der erforderliche Unterricht gegeben werde, Kenntniß einzuziehen befugt und verpflichtet ist (§. 4).

Schädliche Unordnungen und Mißbräuche, welche sie dabei bemerkt, muß sie der dem Schul- und Erziehungs-Wesen in der Provinz vorgesetzten Behörde zur näheren Prüfung und Abstellung anzeigen (§. 5).

Auf dem Lande und in kleinen Städten, wo öffentliche Schulanstalten sind, sollen keine Neben- oder fogen. Winkel-Schulen ohne besondere Erlaubniß geduldet werden (§. 6).

Eltern steht zwar frei, nach den im zweiten Titel enthaltenen Bestimmungen den Unterricht und die Erziehung ihrer Kinder auch in ihren Häusern zu besorgen (§. 7).

Diejenigen aber, welche ein Gewerbe daraus machen, daß sie Lehrstunden in den Häusern geben, müssen sich, wegen ihrer Tüchtigkeit dazu, bei der §. 3 bezeichneten Behörde ausweisen, und sich von derselben mit einem Zeugnisse darüber versehen lassen (§. 8).

Nach diesen Paragraphen also findet eine Beaufsichtigung Seitens des Staates auch rücksichtlich der Privat-Erziehung statt.

Durch §. 6 des Edictes vom 12. Jult 1810, betreffend die Prüfung der Schulamtskandidaten u. s. w. wurde die Aufsicht des Staates indirect aufgehoben, indem nach demselben von der allgemeinen pädagogischen Prüfung, die für jene Personen angedordnet wurde, eine Ausnahme rücksichtlich derer gemacht

wurde, die bloß in Familien- und Privat-Instituten Unterricht geben würden. Ebenso hatten die §§. 83—86 des Gewerbe-Polizei-Gesetzes vom 7. September 1811 die betreffenden Vorschriften abgeändert. In neuerer Zeit hat man die landrechtlichen Bestimmungen wieder hergestellt und vom Principe der Staatsaufsicht aus weiter ausgeführt.

Es ist dies geschehen durch die Allerhöchste Kabinets-Ordnung vom 10. Juni 1834 (G.-S. 135). Nach derselben sollen ohne Zeugniß der örtlichen Aufsichtsbehörde keine Schul- und Erziehungs-Anstalten errichtet, noch ohne dieselben Jemand zur gewerbmäßigen Ertheilung von Lehrstunden zugelassen werden. Diese Zeugnisse sollen sich nicht auf die Tüchtigkeit zur Unterichtertheilung in Beziehung auf Kenntnisse beschränken, sondern sich auch auf Sittlichkeit und Lauterkeit der Gesinnungen in religiöser und politischer Hinsicht erstrecken.

Die am Schluß dieser Kabinets-Ordnung vorbehaltene Instruction ist durch das Staatsministerium unterm 31. December (mitgetheilt durch Circular-Rescript des Königl. Ministerii der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern vom 18. Mai 1840, M.-B. 94) und ist der wesentliche Inhalt derselben folgender:

Die Anlegung von Privat-Erziehungs- und Schul-Anstalten ist von einem wirklichen Bedürfniß solcher Anstalten abhängig. (§. 1.)

Von den Lehrern wird wissenschaftliche und sittliche Befähigung erfordert. (§§. 2 und 3.)

Zur Errichtung dieser Institute bedarf es der Genehmigung der Ortschulbehörde oder der Regierung. (§. 4.)

Theilnehmern an unerlaubten Verbindungen soll dieselbe gar nicht ertheilt werden, auch Prediger und öffentliche Lehrer bedürfen derselben. (§. 6.)

Der Staatsaufsicht sind dieselben wie die öffentlichen Schulen unterworfen. (§. 7.)

Die Vorsteher und Lehrer können, wenn sie ihren Oblie-

genheiten nicht nachkommen, von der Ortschulbehörde durch Verweise, von der Regierung durch Geldstrafen bis zur Höhe von 20 Thalern bestraft werden. (§. 10.)

Auch Warteschulen und Schulen für weibliche Handarbeiten sollen beaufsichtigt werden. (§§. 11 und 12.)

Privatlehrer müssen sich über ihre wissenschaftliche und sittliche Tüchtigkeit ausweisen. (§. 14.)

Demnächst erhalten sie einen auf ein Jahr gültigen wider-
russlichen Erlaubnißschein. (§. 15.)

Geistliche und öffentliche Lehrer, Studirende der Landes-
Universität und die Schüler der obersten Gymnasialklassen be-
dürfen keines Erlaubnißscheines, vielmehr genügt bei ersteren
eine Anzeige bei der Schulbehörde und bei letzteren ein Zeug-
niß des Rectors der Universität oder Directors der gelehrten
Schule. (§. 16.)

Die Ortschulbehörde hat die Aufsicht über die Privat-
lehrer (§. 17.)

Auch Hauslehrer bedürfen eines Erlaubnißscheines der Re-
gierung. (§. 19.)

Diesen erhalten sie nur, wenn sie die Fleckenlosigkeit ihres
sittlichen und politischen Wandels durch Zeugnisse belegen kön-
nen. (§. 20.)

Theilnehmern an verbotenen Verbindungen oder beschol-
tenen Personen soll der Erlaubnißschein versagt werden. (§. 22.)

Kandidaten des Predigt- oder Schulamts stehen unter
Aufsicht ihrer Geistlichen oder Schul-Oberen, andere Haus-
lehrer unter der allgemeinen polizeilichen Aufsicht. (§. 23.)

Eltern und Vormünder, deren Kinder oder Mündel die
öffentlichen Schulen nicht besuchen, müssen sich darüber aus-
weisen, daß für den Unterricht ihrer Kinder und Mündel ge-
sorgt ist. (§. 24.)

Ferner spricht über diesen Gegenstand die Circular-Ver-
fügung des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizi-
nal-Angelegenheiten vom 12. April 1842, M.-B. 119.

Ueber den Unterschied zwischen Schulen für weibliche Handarbeiten und sogenannten gewerblichen Nähanstalten giebt das Rescript des Ministerii des Innern vom 23. September 1842 (M.-B. 341) nähere Anweisung:

Die Kgl. Regierung ist bereits von dem Hrn. Min. f. geistl. U. und Med.-Angel. vom 20. Juni c. dahin beschieden worden, daß die Bestimmungen der Instruction vom 31. December 1839 wegen Aufsichtigung des Privat-Schulwesens auf den Unterricht junger Mädchen in der Anfertigung von Kleidungsstücken nicht anwendbar seien, die Prüfung und weitere Behandlung des Gegenstandes vielmehr lediglich dem polizeilichen Ressort anheimfalle.

Die Polizeibehörde wird daher, sobald die beabsichtigte oder eingetretene Existenz eines solchen Unternehmens zu ihrer Kenntniß kommt, zunächst zu erforschen haben, ob bei demselben das industrielle Interesse oder das des Unterrichts überwiegend sei. Im ersteren Falle bleibt auf dem gewöhnlichen Wege dafür zu sorgen, daß das Gewerbe angemeldet wird.

Im zweiten Falle würde dagegen die Eröffnung oder Fortsetzung von den Polizeibehörden zu untersagen sein, weil nach der Allerh. Ordre vom 10. Juni 1834 keine Lehranstalt, welcher Art sie auch sei, ohne Genehmigung der Ortsschulbehörde zulässig und letztere durch die Instruction vom 31. December 1839 zur Ertheilung des Consenses nicht autorisirt ist. (Rescr. d. Kgl. Min. d. Inn. v. 23. September 1842. M.-B. 341.)

§. 18.
Baumeister, welche aus der Leitung von Bau-Unternehmungen ein Gewerbe machen, bedürfen eines Prüfungs-Zeugnisses der technischen Bau-Deputation. (§. 44 der A. G.-D.)

Nach der A. G.-D. war die Behörde, deren Prüfungs-Zeugniß nach vorstehendem Paragraphen erforderlich war, die Ober-Bau-Deputation, an deren Stelle durch Allerhöchsten Erlass vom 14. Januar 1850 (G.-S. 13) die technische Bau-Deputation getreten ist.

*) §. 44 der A. G.-D. lautet:

Baumeister, welche aus der Leitung von Bau-Unternehmungen ein Gewerbe machen, bedürfen eines Prüfungs-Zeugnisses der Ober-Bau-Deputation.

Die bei Prüfung von Baumeistern unterzuliegenden Vorschriften sind das Circular-Rescript vom 17. August und 30. September 1849 und Bekanntmachung der Ober-Bau-Deputation vom 18. September und 1. Januar 1849, M.-B. 198, 225 und 276; endlich die Bekanntmachung der technischen Bau-Deputation vom 20. März 1852, M.-B. 93; ferner die Instruction vom 18. März 1855 nebst Nachtrag vom 22. Januar 1857, M.-B. 29. Bei Ausführung von Bauten durch dieselben ist noch zu bemerken, daß sie nicht befugt sind, die Arbeiten derjenigen Handwerke, für welche sie das Befähigungs-Zeugniß der Regierung nicht besitzen, oder den im §. 23 der Verordnung vom 9. Februar 1849 vorgeschriebenen Nachweis der Befähigung nicht geführt haben, ohne Zuziehung geprüfter Meister ausführen zu lassen. (Verordn. vom 9. Februar 1849 §. 25, G.-G. 93, und §. 12 der Instruction vom 1. August 1849, M.-B. 200.)

Die Befugnisse der Baumeister sind in dem §. 10 der Instruction vom 1. August 1849 ausgesprochen:

Baumeister für Land- und Schönbau, resp. für Wege- und Wasserbau, sind berechtigt, die Anfertigung von Bauplänen und die Leitung von Bauunternehmungen selbstständig zu betreiben. Sie sind zugleich zu jeder Anstellung in den der abgelegten Prüfung entsprechenden Zweigen des Staats- und Communal-Dienstes befähigt. Diejenigen Stellen, zu deren Verwaltung umfassende Kenntnisse von Land- und Wasserbau erforderlich sind, werden nur mit Baumeistern besetzt, welche die Prüfung als Land- und Wasser-Baumeister bestanden haben.

Die Privatbaumeister sind berechtigt, die Anfertigung von Bauplänen und die Leitung von Bau-Unternehmungen, jedoch nur für die Gegenstände des Landbaues, selbstständig zu betreiben. Zur Anstellung im Staatsdienste sind sie nicht befähigt, und zur Bekleidung eines Communal-Bauamtes nur in soweit, als mit diesem nicht die Versorgung von Wege- und Wasserbauten verbunden ist.

(§. 10 d. Instruct. v. 1. August 1849. M.-B. 201.)

§. 19.

Seeschiffer und Seesteuerleute, Vorsteher öffentlicher Fahren (Fährmeister), Maurer, Steinhauer, Schiefer und Ziegeldecker,

Haus- und Schiffszimmerleute, Mühlen- und Brunnenbaumeister, Schornsteinfeger, Personen, welche mit Aufstellen von Blikableitern sich beschäftigen, ingleichen solche, welche Feuerwerke zum Verlaufe bereiten und gegen Entgelt abbrennen, Kasirer und Abdecker müssen sich über den Besitz der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten durch ein Befähigungszeugniß der Regierung ausweisen. Dasselbe gilt von Hebammen, Bandagisten und Verfertigern chirurgischer Instrumente.

So weit in Betreff der Schiffer und Lootsen auf Strömen in Folge von Staatsverträgen besondere Anordnungen getroffen sind, behält es dabei sein Beiwenden. (§. 45 der A. G. O.)

§. 20.

Wie die Prüfungen der in den §§. 44 und 45 (A. G. O.) bezeichneten Gewerbetreibenden vorzunehmen sind, und in wie weit die unter ihrem Gewerbe begriffenen Vorrichtungen auch von ungeprüften Personen ausgeübt werden dürfen, wird durch Anordnungen der Ministerien bestimmt.

Diesem steht auch die Befugniß zu, Personen, deren Befähigung unzweifelhaft ist, ausnahmsweise von der vorgeschriebenen Prüfung zu entbinden. (§. 46 der A. G. O.)

Bis zum etwaigen Erlaß der vorerwähnten Anordnungen sind die bisher bestehenden Prüfungsvorschriften gültig. (Rescript der Min. der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, der Finanzen und des Innern vom 24. Oktober 1845, M.-B. 357.)

Diese Vorschriften sind:

Für Seeschiffer und Seesteuerleute die Instruction vom 15. Oktober 1840, nebst Verfügungen vom 15. Oktober 1840, 26. September 1842, 31. December 1843 und 15. Januar 1844. (M.-B. 1844, S. 42—50.)

Ueber die Inhaber öffentlicher Fähr-Anstalten spricht die Verfügung des Königl. Min. der Finanzen vom 31. December 1845, M.-B. 1846 S. 34, sowie die Circular-Verfügung des Min. für Handel, Gewerbe u. vom 28. August 1822, v. R. Ann. Bd. VI. S. 752.)

Für Seeschiffsbaumeister und Seeboothauer die Prüfungs-Instruction vom 26. Februar 1824. (v. R. Ann. Bd. XV. S. 808.)

In Betreff der Bauhandwerker bestimmt der §. 24 der Verordnung vom 9. Februar 1849:

Maurer, Steinhauer, Schiefer- und Ziegeldecker, Haus- und Schiffszimmerleute, Mühlen- und Brunnenbaumeister und Schornsteinfeger haben sich über die Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45 der A. G.-D. vom 17. Januar 1845 vorgeschriebene Zeugniß der Regierung auszuweisen.

Die Vorschriften über die anzustellende Prüfung sind enthalten in der nachfolgenden Instruction vom 24. Juni 1856 (M.-B. 237):

Auf Grund der A. G.-D. vom 17. Januar 1845 (G.-S. 41) §§. 45, 46, und der Verordnung vom 9. Februar 1849 (G.-S. 93) §§. 27, 28 wird in Betreff der Prüfung der Zimmerleute, der Maurer, Steinhauer (Steinmeße), der Schieferdecker und Ziegeldecker, der Mühlenbauer, der Brunnenbauer Nachstehendes verordnet:

A. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die vorstehend genannten Handwerker müssen fortan, nach den Bestimmungen dieser Verordnung, die Meister-Prüfung bestanden haben, bevor sie den selbstständigen Betrieb ihres Gewerbes beginnen dürfen.

§. 2. Die Regierung bestellt für jedes Handwerk in den dazu geeigneten Orten Prüfungs-Commissionen und bestimmt deren Geschäftsbezirke.

§. 3. Die Prüfungs-Commission besteht:

- a. aus einem Vorsitzenden,
- b. aus einem Staats- oder Communal-Beamten, als ständigen Mitgliedern. Die Ernennung derselben, sowie ihrer Stellvertreter, erfolgt durch die Regierung,
- c. aus einem Meister — bei den Prüfungen der Zimmerleute und der Maurer aus zweien Meistern — des Handwerks.

Für jede Commission bezeichnet die Regierung einige Meister, unter welchen der Vorsitzende die bei den Prüfungen zuzuziehenden auswählt. Bei den Prüfungen der Steinhauer (Steinmeße), der Mühlenbauer und der Brunnenbauer hat, wenn im Bezirk der Commission ge-

prüfte Meister des Handwerks nicht vorhanden sind, oder wenn solche zu entfernt wohnen, statt derselben der Stellvertreter des Baubeamten mitzuwirken. Bei den Prüfungen der Schieferdecker und der Ziegeldecker genügt in solchen Fällen die Mitwirkung des Baubeamten.

Baubeamte, welche den zu Prüfenden unterrichtet oder mit Bureauarbeiten beschäftigt haben, und Meister, bei welchen er innerhalb des letzten Jahres in Arbeit gewesen ist, oder welche mit ihm verwandt oder verschwägert sind, dürfen an der Prüfung nicht theilnehmen.

§. 4. Die bei den Prüfungen vorkommenden schriftlichen Geschäfte sind von dem Vorsitzenden zu besorgen. Er bewahrt die die Prüfung betreffenden Schriftstücke, Conzepte 2c. und ist dafür verantwortlich, daß die zu Prüfenden nicht durch unnöthige Verzögerungen bei der Beschlußnahme über ihre Zulassung zur Prüfung, bei der Anberaumung der Prüfungs-Termine oder bei der Beurtheilung ihrer Leistungen hingehalten werden. Die Reinschriften der Bescheide, Erwidierungen oder Berichte der Commission sind von dem Vorsitzenden allein zu unterzeichnen. Beschwerden über die Commission oder deren Vorsitzenden sind an die Regierung zu richten.

§. 5. Das Gesuch um Prüfung ist schriftlich bei dem Vorsitzenden der Commission des Bezirkes einzureichen, in welchem der Antragsteller wohnt, oder zur Zeit der Meldung in Arbeit ist. Es ist demselben beizufügen:

- a. Der Nachweis darüber, daß den Bedingungen genügt ist, von welchen nach §. 35 der Verordnung vom 9. Februar 1849 *) die Zulassung zur Meisterprüfung abhängt.

*) §. 35 der Verordnung vom 9. Februar 1849 lautet:

Die Zulassung zu den nach §§. 23, 24, 26 abzulegenden Meisterprüfungen ist fortan von folgenden Bedingungen abhängig:

- 1) Der zu Prüfende muß das 24ste Lebensjahr zurückgelegt haben; aus besonderen Gründen kann jedoch der Gewerberath die Prüfung eines Gesellen schon nach vollendetem 21. Lebensjahre gestatten.
- 2) Der zu Prüfende muß sein Gewerbe als Lehrling (§. 44) bei einem selbstständigen Gewerbetreibenden erlernt und die Gesellenprüfung (§. 36) bestanden haben.
- 3) Seit der Entlassung aus dem Lehrlings-Verhältnisse muß ein Zeitraum von mindestens drei Jahren verlaufen sein; ausnahmsweise kann jedoch der Gewerberath die Prüfung schon nach Ablauf eines Jahres gestatten, wenn der Geselle durch den Besuch einer gewerblichen Lehranstalt oder sonst Gelegenheit gehabt hat, die zu dem beabsichtigten Gewerbebetrieb nöthigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben. Wer den

b. Ein vom Antragsteller verfaßter und geschriebener Lebenslauf, mit den Zeugnissen über dessen Beschäftigung während der Gesellenzeit.

Bei dem nach §. 35 zu 3 der gedachten Verordnung zu führenden Nachweise einer dreijährigen Gesellenzeit bleiben diejenigen Jahre in denen der Antragsteller nicht mindestens drei Monate lang practisch als Geselle gearbeitet hat, außer Anrechnung.

Gesellen, welchen nach den vorliegenden Nachrichten über ihre Führung die zum selbstständigen Betriebe ihres Gewerbes erforderliche Unbescholtenheit fehlt, ingleichen Gesellen, welche wegen Verletzung des §. 177 der A. G.-O. oder der bestehenden baupolizeilichen Verordnungen wiederholt bestraft sind, und von denen hieraus erhellt, daß sie der zur Erlangung des Befähigungszeugnisses erforderlichen Zuverlässigkeit ermangeln, sind zur Prüfung nicht zuzulassen.

§. 6. Derjenige, welchem nach vorangegangener Prüfung das Befähigungszeugniß versagt worden ist, darf vor Ablauf der in dem ablehnenden Bescheide bestimmten Frist zu einer neuen Prüfung nicht zugelassen werden.

Der Vorsitzende hat auf das Gesuch um Prüfung den Candidaten darüber zu vernehmen, ob er bereits eine Prüfung versucht habe, und mit Bestimmung einer Frist zurückgewiesen worden sei, mit dem Bedenken, daß, wenn er durch Verschweigung dieses Umstandes die Commission hintergehe, das auf Grund der vorstehenden Prüfung erlangte Befähigungszeugniß keine Gültigkeit habe. Es muß über diese Vorhaltung ein Vermerk zu den Prüfungs-Verhandlungen genommen werden.

§. 7. Vor Einleitung der Prüfung sind an den Vorsitzenden der Commission die Prüfungsgebühren zu entrichten, welche in keinem Falle zurückgezahlt werden. Schieferdecker und Biegeldecker entrichten acht, die übrigen Bauhandwerker zehn Thaler.

Aus den Gebühren sind zunächst:

a. das zur Abhaltung der Prüfungen und zur Ausarbeitung der Probearbeiten erforderliche Lokal zu beschaffen, wenn dieses von dem Vorsitzenden zu überweisen ist;

Erfordernissen zu 2 und 3 bei einer früheren Prüfung genügt hat, kann die Prüfung für den Betrieb eines anderen Gewerbes ohne vorgängigen Nachweis einer für dies Gewerbe bestandenen Lehrlings- und Gesellenzeit ablegen. Für Personen, welche bei der Verklindigung gegenwärtiger Verordnung als Gesellen oder Gehilfen beschäftigt sind, genügt der Nachweis einer dreijährigen Beschäftigung in dem betreffenden Gewerbe.

b. der außerdem erforderliche Aufwand für den Geschäftsbetrieb an Schreibmaterialien, Schreib- und Botengebühren u. s. w. zu decken. Der übrig bleibende Betrag dient zur Entschädigung der Mitglieder für ihre Versäumnis und Mühwaltung. Dem Vorsitzenden kann für die Bestreitung des Aufwandes zu a. und b. und zur Entschädigung für seine Mühwaltung von der Regierung ein im Voraus zu bestimmender Theil jeder eingehenden Gebühreuzahlung überwiesen werden. In diesem Falle wird der nach Beendigung der Prüfung verbleibende Rest unter die übrigen Mitglieder gleichmäßig vertheilt.

§. 8. Die Prüfung erfolgt:

- a. mündlich,
- b. durch Aufgabe einer Probe-Arbeit (Zeichnung, Kostenanschlag), von welcher jedoch die im §. 32 bezeichneten Handwerker entbunden sind,
- c. durch Aufgabe einer praktischen Arbeit (Probearbeit, Meisterbau, Meisterarbeit, Modell). Auf den Antrag des zu Prüfenden kann auch mit der praktischen Arbeit begonnen werden (§. 15).

§. 9. Hat der zu Prüfende beim Abgange von einer zur Abhaltung von Entlassungs-Prüfungen befugten Provinzial-Gewerbschule das Zeugniß der Reife erhalten, so ist ihm die mündliche Prüfung erlassen.

§. 10. Die Prüfung derjenigen, welche im Kgl. Gewerbe-Institut zu Berlin den für Bauhandwerker vorgeschriebenen Cursus, oder wenn es sich um die Prüfung für das Mühlen- und Brunnenbauer-Gewerbe handelt, den Cursus für Mechaniker absolvirt, und die Abgangs-Prüfung bestanden haben, ist auf die Ausführung der praktischen Arbeit (§. 8) zu beschränken. Dasselbe gilt für diejenigen, welche die Bauführer-Prüfung bestanden haben. Für die hiernach beschränkte Prüfung ist nur die Hälfte der Gebühren zu entrichten.

§. 11. In der Regel soll die mündliche Prüfung nicht länger als sechs Stunden dauern. Nur wenn Mangel an Übung im Ausdrucke mehr Zeit in Anspruch nimmt, kann auf den Wunsch des zu Prüfenden die Dauer der Prüfung nach dem Ermessen der Commission ausgedehnt werden. Diese hat auch zu bestimmen, welche Antworten durch Zeichnungen zu erläutern sind. Dem zu Prüfenden ist gestattet, seine Antworten auf einzelne schwierige Fragen niederzuschreiben. Die gleichzeitige Prüfung Mehrerer in demselben Termine ist zulässig, es muß jedoch über die Prüfung eines jeden Einzelnen eine besondere Verhandlung aufgenommen und die Dauer der Prüfung angemessen verlängert werden.

§. 12. Ueber die mündliche Prüfung ist eine Verhandlung aufzunehmen, in welcher die gestellten Fragen und die Bemerkungen der Commission über die erteilten Antworten anzugeben sind. Die Blätter, welche bei der Prüfung gefertigte Handzeichnungen, Rechnungen oder schriftliche Antworten enthalten, sind von dem Candidaten zu unterzeichnen, und der von allen Mitgliedern der Commission zu vollziehenden Verhandlung beizufügen.

§. 13. Die Probearbeiten sind, bei den Prüfungen der Maurer und Zimmerleute, unter Aufsicht der zur Commission gehörenden Meister, bei den übrigen Prüfungen unter Aufsicht der technischen Mitglieder anzufertigen, welche darüber zu wachen haben, daß der zu Prüfende fremder Hülfe sich nicht bediene. Bei Jenen hat sich der Baubeamte, bei diesen der Vorsitzende an der Beaufsichtigung zu betheiligen. Daß zur Ausführung der Arbeiten erforderliche Lokal ist von dem Vorsitzenden anzuweisen. Die vollendeten Arbeiten sind von dem Candidaten und den beaufsichtigenden Mitgliedern zu unterschreiben, von allen Mitgliedern zu prüfen, und, sofern sich dazu Veranlassung findet, schriftlich zu beurtheilen. Der Umlauf darf nicht über vier Wochen dauern.

§. 14. Ueber das Ergebniß der ganzen Prüfung hat die Commission nach Mehrheit der Stimmen Beschluß zu fassen. Fällt dieser Beschluß zu Gunsten des Geprüften aus, so beantragt dieselbe bei der Regierung mit Ueberreichung der Prüfungsverhandlungen, der schriftlichen Probearbeiten und der Zeichnungen die Ertheilung des Befähigungszeugnisses zum selbstständigen Betriebe des Gewerbes, in welchem die Prüfung stattgefunden hat. Stimmt die Mehrzahl der Commissionsmitglieder für die Versagung des Befähigungszeugnisses, so bescheidet die Commission den Geprüften ablehnend, mit Angabe der Mängel seiner Ausbildung. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Regierung. Wenn der Geprüfte nur in einem Theile die Prüfung nicht bestanden hat, ist die später zu wiederholende Prüfung auf diesen Theil zu beschränken.

In dem Bescheide über die Versagung des Befähigungszeugnisses ist zugleich eine die Dauer eines Jahres nicht überschreitende Frist zu bestimmen, vor deren Ablauf ihm die Erneuerung oder die Ergänzung der Prüfung nicht gestattet werden soll.

Die von dem Geprüften gelieferten Zeichnungen und schriftlichen Arbeiten sind bei den Prüfungsverhandlungen aufzubewahren.

Die außerdem angefertigten Probefstücke müssen ihm nach endgültiger Entscheidung über den Ausfall der Prüfung zurückgegeben werden.

B. Besondere Bestimmungen rücksichtlich der Prüfungen.

I. Der Zimmerleute.

§. 15. Der zu Prüfende kann verlangen, daß ihm vor der mündlichen oder schriftlichen Prüfung die Ausführung der praktischen Arbeit (des Meisterbaues) gestattet werde, wenn er einen den Erfordernissen des §. 18. entsprechenden Bau in Vorschlag bringt. Wird dann der ausgeführte Bau so mangelhaft befunden, daß eine neue Aufgabe eine befriedigende Lösung nicht erwarten läßt, so hat die Commission die Fortsetzung der Prüfung durch schriftlichen Bescheid mit der Bestimmung abzulehnen, daß die Erneuerung der Prüfung vor Ablauf eines Jahres nicht zulässig sei.

§. 16. Bei der mündlichen Prüfung ist eine dem Zweck entsprechende Anzahl von Fragen über einen Theil der nachstehend bezeichneten Gegenstände an den Prüfenden zu richten:

1. Flächenrechnung des Parallelogramms, des Dreiecks und Trapezes aus Grundlinien und Höhen; Umfangs- und Flächenberechnung des Kreises aus dem Halbmesser; ferner des Kreisabschnittes aus dem zugehörigen Mittelpunktswinkel und dem Halbmesser; Flächenberechnung eines nach vorgeschriebenem Maßstabe in Zeichnung gegebenen unregelmäßigen Vielecks; Berechnung des Inhalts und der Begrenzungsflächen des Prismas, der Pyramide und des Cylinders bei senkrechter Stellung.

2) Auftragen geradliniger Figuren nach gegebenen Bestimmungsstücken und Bedingungen.

3) Erklärung vorgelegter Zeichnungen, welche auf die bei dem Land- und Brückenbau vorkommenden Zimmerarbeiten sich beziehen.

4) Kennzeichen der guten und schlechten Beschaffenheit der zu den Zimmerarbeiten zu verwendenden Holzarten; Rücksichten, welche beim Fällen und Aufbewahren der Bauhölzer und bei der Auswahl derselben zu den verschiedenen Zimmerarbeiten zu nehmen sind.

5) Construction der fliegenden Bohlen- und Balken-Roste, der Pfahlroste, der Spundwände.

6) Zusammenstellung, Aufsetzung und Anwendung gewöhnlicher Nannen.

7) Einrichtung einfacher Maschinen zur Ausschöpfung des Wassers.

8) Verfahren bei der Anfertigung der mit Holz ausgefachten Brunnen und Brunnenkästen.

9) Darstellung von Holzverbindungen in ihrer Anwendung auf Verkrüpfungen, Verschwellungen, Verschifungen, bei Trägern, Unterzügen, Hänge- und Sprengwerken.

10) Zusammensetzungen und Verband der gewöhnlichen und der gesprengten Wände.

11) Construction der Treppen, Dachverbände, Glockenstühle, des Holzverbandes der Thürme und ähnlicher Baulichkeiten.

12) Verfahren bei der Erneuerung verfallener Balkenknöpfe bei dem Unterswellen der Gebäude, bei der Ausbesserung von Brückenhochjochen und ähnlichen Arbeiten.

13) Vorrichtungen, welche beim Absteifen nach Verschiedenheit der Fälle zur Anwendung kommen.

14) Aufstellung verbundener Gerüste, Vorrichtungen, welche zum Heranschaffen der Bauhölzer aufgestellt werden.

15) Fragen über die Fälle, in welchen die Zimmer- und Maurerarbeiten bei der Ausführung sich gegenseitig bedingen (z. B. Vertrumpfung von Feuerungs-Anlagen, Legung von Fußböden über Gewölben, Anbringung von Balken-Ankern u. dgl.).

16) Regeln, nach welchen beim Bauen Feuerunsicherheit und Beeinträchtigung der Nachbarn zu vermeiden ist; Kenntniß der in Bezug auf die Baupolizei bestehenden Geseze, sowie der im Bezirk der Commission gültigen baupolizeilichen Vorschriften. In Gegenden, wo größere Wasserbauten vorkommen, ist der zu Prüfende auch über die Holz-Construction der Brücken, Wehre, Fachbäume, Schleusenthore, Schleusendempel, Uferschälungen und Erdanker zu befragen. Für die Stellung der Fragen sind überall die im Bezirk der Commission gebräuchlichen Constructionen und Benennungen maßgebend. Bei der Berechnung sind preussische Maße als Einheiten anzunehmen.

§. 17. Als Probearbeit (§. 86) ist dem zu Prüfenden die Anfertigung der Zeichnung und des Anschlages von demjenigen Theile eines Bauplans aufzugeben, welcher in sein Fach einschlägt. Hierbei muß das, was Sache eines Baumeisters ist, sorgfältig von den Vorrichtungen des Zimmermeisters unterschieden, und es dürfen Einrichtungen zu ganzen Gebäuden, innere oder äußere Verzierungen derselben, oder Anlagen, welche Arbeiten anderer Handwerker erfordern, in den Bereich der Aufgaben nicht gezogen werden. Der zu Prüfende hat nur darzutun, daß er zu dem gegebenen Grundrisse eines Gebäudes den Verband der Wände, der Träger, der Balkenlagen und des Daches richtig anzugeben und zu zeichnen verstehe, auch die Treppen gehörig zu berechnen und die Grundrisse und Aufrisse davon anzufertigen wisse, sowie, daß er im Stande sei, außer den gewöhnlichen Verbindungsarten auch Entwürfe zu Hänge- und Sprengwerken anzufertigen. In dem verlangten Anschlage hat derselbe für den, ihm zur Probearbeit dienenden, oder für einen anderen Bau, von welchem ihm die Zeichnungen gegeben

sind, den Arbeitslohn nach Tagwerken und die erforderlichen Materialien zu berechnen. Jedenfalls sind die Probearbeiten so abzumessen, daß sie bei mäßiger Uebung in acht Wochen vollendet werden können.

§. 18. Die Ermittlung des Meisterbaues, welcher innerhalb des der Prüfungs-Commission zugewiesenen Bezirkes auszuführen ist, bleibt dem zu Prüfenden überlassen. Dieser hat sich mit dem Bauherrn oder mit dem von diesem beauftragten Unternehmer und mit einem Meister seines Handwerks wegen Ueberweisung der nöthigen Gesellen zu einigen. Vor dem Beginne des Baues muß er den Ort und den Umfang desselben dem Vorsitzenden der Commission schriftlich, mit Beifügung einer Zeichnung, anzeigen, aus welcher die wichtigsten der dabei vorkommenden Constructionen zu ersehen sind. Bei der Entscheidung darüber, ob der Bau zum Meisterbau sich eigne, hat die Commission ihre Anforderungen auf die, bei gewöhnlichen Bauten vorkommenden Verbindungen zu beschränken, und die Ausführung besonderer Constructionen, wie freiliegender Balkenverbindungen, verzahnter oder verbülbelter Träger u. dgl. nicht zu verlangen. Die Entscheidung ist möglichst zu beschleunigen, und dem Antragsteller jedenfalls innerhalb der nächsten vier Wochen nach dem Eingange mit der Bestimmung bekannt zu machen, welchen einzelnen, besonders wichtigen Theil der Arbeit er als Probestück selbst, ohne andere als die ganz unentbehrliche Arbeitshilfe ausführen soll. Derselbe hat die Ausführung des ganzen Meisterbaues allein, und insbesondere ohne Beihülfe eines Polirers zu leiten.

§. 19. Wählt der zu Prüfende einen Meisterbau, welcher zwar innerhalb des Prüfungsbezirkes, jedoch außerhalb des zum Sitz der Commission gewählten Ortes ausgeführt werden soll, so ist die Commission befugt, einen anderen, in jenem Orte oder doch in mäßiger Entfernung von demselben zur Ausführung kommenden Bau, zum Meisterbau zu bestimmen. Sie hat dann die erforderliche Zustimmung des betheiligten Bauherrn oder Meisters selbst herbeizuführen, und die Ueberweisung der nöthigen Arbeitshilfe zu vermitteln. Im Uebrigen sind die Bestimmungen des §. 18 auch für den von der Commission zu bestimmenden Meisterbau maßgebend.

Die Commission darf auch nur innerhalb der dort vorgeschriebenen vierwöchentlichen Frist von dieser Befugniß Gebrauch machen. Findet sie dazu keine bereite Gelegenheit, so ist dem zu Prüfenden die Ausführung des von ihm gewählten Baues, sofern dieser den Anforderungen des §. 18 entspricht, ohne Aufenthalt zu gestatten.

§. 20. Während der Ausführung des Meisterbaues ist darüber zu wachen, daß der zu Prüfende sich unzulässiger, fremder Hülfe nicht

bediene. Für die in dieser Hinsicht erforderliche Beaufsichtigung hat die Commission Sorge zu tragen. Es bleibt ihr anheimgegeben, jene Beaufsichtigung einem oder mehrerer ihrer Mitglieder, oder, wenn für diese die Baustelle zu entfernt gelegen ist, einem in deren Nähe wohnenden Meister zu übertragen, welcher dann die von ihm während des Baues gemachten Wahrnehmungen der Commission schriftlich anzuzeigen hat. In keinem Falle ist dem zu Prüfenden die Erstattung der zum Zwecke seiner Ueberwachung unvermeidlich aufgewendeten Kosten anzufinnen, welche aus den Prüfungsgebühren zu decken sind.

§. 21. Die Abnahme des Meisterbaues besorgen der Baubeamte und die Meister; bei der Besichtigung des Baues muß der zu Prüfende zugezogen werden. Die bemerkten Mängel der Arbeit sind ihm auf der Baustelle vorzuhalten; seine Erklärungen darüber sind zu Protokoll zu nehmen.

§. 22. Erklärt der zu Prüfende nach erfolgter mündlicher Prüfung und nach Ausarbeitung der schriftlichen Probearbeit, einen Meisterbau im Bezirk der Commission nicht ermitteln zu können, und wird ihm ein solcher auch innerhalb vier Wochen nach jener Erklärung nicht nachgewiesen, so ist ihm gestattet, diesen Theil der Prüfung bei einer andern Commission, deren Bezirk zur Ausführung des Meisterbaues Gelegenheit darbietet, abzulegen. In diesem Falle sind die Prüfungsverhandlungen und die Probearbeiten an die zuletzt gedachte Commission zur weiteren Veranlassung zu übersenden. Diese Commission hat, wenn sie den vorgeschlagenen Bau zum Meisterbau geeignet findet, die Prüfung ebenso, als wenn diese von ihr selbst eingeleitet wäre, zu erledigen. Insbesondere hat sie den Meisterbau nach den Bestimmungen der §§. 20 und 21 zu beaufsichtigen und abzunehmen, über das Ergebniß der ganzen Prüfung mit Berücksichtigung der ihr zugestellten Verhandlungen und der Probearbeiten nach §. 14 Beschluß zu fassen, und nach Befinden bei der vorgesetzten Regierung die Ertheilung des Befähigungszeugnisses zu beantragen.

Die Commission, welche die Prüfung eingeleitet hat, ist in dem vorausgesetzten Fall verpflichtet, der Commission, welche die Prüfungsangelegenheit erledigt, die Hälfte der Prüfungsgebühren zu überweisen.

II. Der Maurer.

§. 23. Bei der Prüfung der Maurer kommen die Bestimmungen der §§. 15, 19, 20, 21, 22 ebenfalls zur Anwendung.

§. 24. Bei der mündlichen Prüfung ist eine dem Zweck entsprechende Anzahl von Fragen über einen Theil der nachstehend bezeichneten Gegenstände an den Prüfenden zu richten:

Daehl, Concessionswesen.

- 1) Wie ad I zu §. 16.
- 2) Auftragen geradliniger Figuren nach gegebenen Bestimmungs-
stücken und Bedingungen.
- 3) Erklärung vorgelegter Zeichnungen, welche auf die bei dem
Land- und Brückenbau vorkommenden Maurerarbeiten sich beziehen.
- 4) Kennzeichen der guten und schlechten Materialien zu den
Maurerarbeiten; Zubereitung des Mörtels, Cements und Wasserfittes.
- 5) Untersuchung des Baugrundes, Beschreibung und Anwendung
der dabei zu benutzenden Werkzeuge.
- 6) Verfahren bei der Absteckung eines Gebäudes auf der Bau-
stelle; Einrichtung der Lehren, Stichmaße und Eintheilungslatten; Auf-
stellung der Gerüste.
- 7) Berechnung der erforderlichen Stärke der Mauern, nach Maß-
gabe ihrer Höhe.
- 8) Regeln für die Zubereitung und Aufstellung der Lehrbogen
für die Dicke der Gewölbe und der Widerlager.
- 9) Angaben der Verbände bei Mauern von natürlichen Bausteinen
und Mauerziegeln bei Schornsteinen, Feuerungen, Rauchmänteln, Gewöl-
ben, schieftrechten Bögen und Stichtappen.
- 10) Verfahren bei der Anrichtung gerohrter Decken, gemauerter
und anderer Gesimse; Einrichtung der Schablonen.
- 11) Eindeckung der Siegeldächer, Dachlaken, Rinnen, Hohlkehlen,
Forste und Gerade.
- 12) Behandlung der Werkstücke bei den im Bezirke der Commission
üblichen Arten der Bearbeitung; Verhalten der dort zu Werkstücken ge-
wöhnlich verwendeten Steine unter Einwirkung der Kälte und Wärme,
der Nässe und Trockenheit; Mittel zur Entdeckung verborgener Fehler
an äußerlich fehlerfrei erscheinenden Steinen und zur möglichsten Be-
seitigung solcher Fehler, Angabe des Verfahrens bei dem Austragen der
Lehrbretter zu Gewölbsteinen und ähnlichen Bausteinen; Kenntniß der
zum Transport und zum Heben der Werkstücke erforderlichen Vorrich-
tungen; Verfahren bei dem Vermauern, Versehen, Vergießen und Ver-
klammern und Verdübeln der Werkstücke; Zusammensetzung und Zube-
reitung des Verbindungsmaterials.
- 13) Verfahren bei der Anfertigung gemauerter Brunnenkessel.
- 14) Wie zu §. 16 ad 15.
- 15) Regeln, nach welchen beim Bauen Feuerunsicherheit und Be-
einträchtigung der Nachbarn zu vermeiden ist; Kenntniß der in Bezug
auf die Baupolizei bestehenden Geseze, so wie der im Bezirke der
Commission gültigen baupolizeilichen Vorschriften. Bei der Stellung der
Fragen sind überall die im Bezirke der Commission gebräuchlichen Ma-

terialien, Constructionen und Benennungen zu berücksichtigen. Bei den Berechnungen sind preussische Maasse als Einheiten anzunehmen.

§. 25. Als Probearbeit (§. 8 b) ist dem zu Prüfenden die Anfertigung der Zeichnungen und des Anschlages von demjenigen Theile eines Bauplanes aufzugeben, welcher in sein Fach einschlägt. Bei der Bestimmung dieser Probeaufgabe muß das, was Sache eines Baumeisters ist, sorgfältig von den Verrichtungen eines Maurermeisters unterschieden, und es dürfen Einrichtungen zu ganzen Gebäuden, innere oder äußere Verzierungen derselben oder Anlagen, welche Arbeiten anderer Handwerker erfordern, in den Bereich der Aufgabe nicht gezogen werden. Der zu Prüfende hat nur darzuthun, daß er zu den ihm angegebenen Einrichtungen eines Gebäudes den Grundriß und die Profile mit den vorkommenden Gewölben und Feuerungsanlagen zu zeichnen verstehe, und daß er im Stande sei, die richtige Construction von Haupttheilen eines Gebäudes, z. B. der Fundament- und anderer Mauern, der Gewölbe, der Feuerungsanlagen u. s. w. durch Zeichnungen zu erläutern und anzugeben. In dem verlangten Anschlage hat derselbe für den ihm zur Probearbeit dienenden, oder für einen anderen Bau, von welchem ihm die Zeichnungen gegeben sind, den Arbeitslohn nach Tagwerken und die erforderlichen Materialien zu berechnen. Jedenfalls sind die Probearbeiten so abzumessen, daß sie bei mäßiger Uebung in acht Wochen vollendet werden können.

§. 26. Die Ermittlung des Meisterbaues, welcher innerhalb des der Commission zugewiesenen Prüfungsbezirktes auszuführen ist, bleibt dem zu Prüfenden überlassen. Dieser hat sich mit dem Bauherrn oder dem von diesem beauftragten Unternehmer und mit einem Meister seines Handwerkes wegen Ueberweisung der nöthigen Gesellen zu einigen. Vor dem Beginn des Baues muß er den Ort und den Umfang desselben dem Vorsitzenden der Commission schriftlich unter Beifügung einer Zeichnung anzeigen, aus welcher die wichtigsten der dabei vorkommenden Constructionen zu ersehen sind. Bei der Entscheidung darüber, ob der Bau zum Meisterbau sich eigne, hat die Commission darauf zu sehen, daß bei demselben Feuerungsanlagen und Wölbungen gewöhnlicher Art vorkommen. Dagegen sind Constructionen, welche, wie schwierige Kreuzgewölbe u. dgl., nur in besonderen Fällen angewendet werden, nicht zu verlangen. Die Entscheidung ist möglichst zu beschleunigen, und dem Antragsteller jedenfalls innerhalb der nächsten vier Wochen nach dem Eingange der Anzeige mit der Bestimmung bekannt zu machen, welchen einzelnen, besonders wichtigen Theil der Arbeit der zu Prüfende selbst, als Probestück, ohne andere als die ganz unentbehrliche Arbeitshilfe,

ausführen soll. Derselbe hat die Ausführung des ganzen Meisterbaues allein, und insbesondere ohne Hethülfe eines Poltrers zu leiten.

III. Der Steinhauer (Steinmeße).

§. 27. Die mündliche Prüfung ist auf folgende Gegenstände zu richten:

1) Flächenberechnung des Parallelogrammes, des Dreiecks und des Trapezes aus Grundlinie und Höhe; Umfangs- und Flächenberechnung des Kreises aus dem Halbmesser, des Kreisabschnittes aus dem zugehörigen Mittelpunktswinkel und dem Halbmesser, Flächenberechnung eines nach vorgeschriebenem Maßstabe in Zeichnung gegebenen unregelmäßigen Vielecks; Berechnung des Inhalts und der Begrenzungsfläche des Prismas, der Pyramide, des Cylinders in senkrechter Stellung und der Kugel.

2) Erklärung vorgelegter Zeichnungen:

- a. von einer der drei Säulen-Ordnungen,
- b. von einem aus Stein zu fertigenden Tonnenkuppel-, Kreuz- oder Scheitrechtem Gewölbe,
- c. von einer aus Stein zu fertigenden Treppe, deren Stufen gerade oder gewunden, zwischen Wangen liegend oder frei sich selbst tragend, sein dürfen.

3) Angabe des Verfahrens beim Austragen der Lehbretter eines in der Zeichnung zu b liegenden, zu bestimmenden Gewölbstones.

4) Eigenschaften der im Bezirke der Commission zu Werkstücken gewöhnlich verwendeten Steine; Verhalten derselben unter Einwirkung der Wärme und Kälte, der Nässe und Trockenheit; Rücksichten, welche bei der Bearbeitung und beim Versetzen von Werkstücken auf die natürliche Lage des Steines zu nehmen sind; Mittel zur Entdeckung verborgener Fehler an äußerlich fehlerfrei erscheinenden Werkstücken und zur möglichsten Beseitigung der Nachtheile solcher Fehler; Zusammenfügung und Bereitung des Verbindungsmaterials.

5) Kenntniß der im Bezirke der Commission üblichen Bearbeitung von Werkstücken, der zum Transport und zum Heben der Werkstücke erforderlichen Vorrichtungen; Verfahren beim Versetzen, Verklammern, Verdübeln und Vergießen derselben, Bekleidung der aus natürlichen Bausteinen oder aus Ziegeln gefertigten Mauern und Werkstücken. Bei der Stellung der Fragen sind überall die im Bezirke der Commission gebräuchlichen Materialien, Benennungen und Constructionen zu berücksichtigen, und für die aufgegebenen Berechnungen preussische Maße als Einheiten zu wählen.

§. 28. Als Probearbeit (§. 8 b) ist die Anfertigung einer Zeichnung und eines Kostenanschlages zu liefern. Der zu Prüfende hat,

nach Bestimmung der Commission, von einem der im §. 27 zu 2 a. b. c. erwähnten Gegenstände

- a. eine Zeichnung des Grundrisses, des Durchschnittes und der äußeren Ansicht,
- b. einen Kostenanschlag, in welchem Arbeitslohn und Materialien nach den im Bezirke der Commission üblichen Grundsätzen und Preisen berechnet sind, anzufertigen.

§. 29. Als Meisterarbeit (§. 8 c) hat derselbe:

- a. ein Modell aus Gyps oder feinkörnigem Sandstein mit Bezeichnung des Fugenschnittes anzufertigen, und
- b. ein oder einige Werkstücke zu einem schiefen Gewölbe oder zu einer gewundenen Treppe nach von ihm selbst aufgetragenen Lehrbrettern eigenhändig zu bearbeiten. Die größte Abmessung des Modells darf 5 Fuß nicht überschreiten.

§. 30. Wenn der Vorstehende die Werkstatt zur Anfertigung des Modells und der Werkstücke nicht anweist, hat sich der zu Prüfende dieselbe zu beschaffen.

IV. Der Schieferdecker.

§. 31. Will der Kandidat die Prüfung im Schieferdecker- und im Ziegeldecker-Gewerbe zugleich bestehen, so muß der bei derselben zugezogene Meister zum selbstständigen Betriebe beider Gewerbe befugt sein, oder es muß von jedem Gewerbe ein Meister zugezogen werden.

§. 32. Die Prüfung der Schieferdecker und Ziegeldecker erfolgt mündlich und durch Aufgabe der Ausführung einer praktischen Arbeit. Die mündliche Prüfung ist auf folgende Gegenstände zu richten:

1. Berechnung des zur Eindeckung einer gegebenen Dachfläche erforderlichen Materials;
2. Kennzeichen der guten und schlechten Beschaffenheit der bei den Arbeiten der Schiefer- oder Ziegeldecker zu verwendenden Materialien, der Tragbarkeit der Dachlatten und Schaalbretter mit Rücksicht auf das anzuwendende Deckungsmaterial.
3. Einrichtung und Befestigung der zum Dachdecken erforderlichen Gerüste;
4. Regeln, nach welchen beim Decken der Dächer auf Schutz gegen Feuergefährdung Bedacht zu nehmen ist.

Bei der Stellung der Fragen ist darauf Rücksicht zu nehmen, ob die Prüfung nur auf ein oder beide Gewerbe gerichtet wird. Auch dürfen die Fragen nur auf die im Bezirke der Commission gebräuchlichen Materialien und auf die dort übliche Art der Dachdeckung sich beziehen.

§. 33. Als praktische Arbeit hat der zu Prüfende innerhalb des Bezirkes der Commission ein Dach, bei welchem Grade, Kehlen und Dachfenster vorkommen, eigenhändig mit Schiefer oder Ziegeln einzudecken, je nachdem er die Befähigung für den Betrieb des Schiefer- oder Ziegeldecker-Gewerbes, und mit beiderlei Material, wenn er die Befähigung für den Betrieb beider Gewerbe nachweisen will. Die Ermittlung der Gelegenheit zur Ausführung der Arbeit bleibt ihm überlassen; er muß jedoch vor deren Beginn den Ort und den Umfang derselben dem Vorstehenden schriftlich, mit Beifügung einer Handzeichnung, anzeigen. Bringt er eine Arbeit innerhalb des Bezirkes, jedoch außerhalb des Sitzes der Commission in Vorschlag, so ist diese befugt, die Ausführung einer andern im Orte, oder doch in näheger Entfernung, zu verlangen. Die Commission hat dann die erforderliche Zustimmung des Bauherrn oder des von ihm beauftragten Unternehmers ihrerseits herbeizuführen. Dieselbe muß jedoch ihre Entscheidung darüber, ob die in Vorschlag gebrachte Arbeit zur praktischen Arbeit sich eigne, jedenfalls innerhalb der nächsten drei Wochen, nach Eingang der Anzeige, dem zu Prüfenden zugehen lassen, darf auch nur innerhalb derselben Frist von der Befugniß Gebrauch machen, statt der von dem zu Prüfenden gewählten eine andere Arbeit zu bestimmen.

§. 34. Die Bestimmungen der §§. 20 und 21 finden mit der Maßgabe Anwendung, daß der zu Prüfende sich nur der ganz unentbehrlichen Hülfe von Handlangern bedienen darf, und daß, wenn bei der Prüfung kein Meister theilhaft ist (§. 3), die Abnahme der praktischen Arbeit durch den Baubeamten allein zu bewirken ist.

V. Der Mühlenbauer.

§. 35. Bei der mündlichen Prüfung ist eine dem Zweck entsprechende Anzahl von Fragen über einen Theil der nachstehend bezeichneten Gegenstände an den Prüfenden zu richten.

1) Kenntniß des Rechnens mit Brüchen, sowie Ausziehen der Quadrat- und Kubikwurzeln.

2) Umfangs- und Flächenberechnung des Kreises aus dem Halbmesser, des Kreisabschnittes aus der zugehörigen Sehne und der Höhe des Bogens; des Kreisabschnittes aus dem zugehörigen Mittelpunktswinkel und Halbmesser; Berechnung des Inhalts und der Begrenzungsflächen des Prismas, des Cylinders, der Pyramide, des Kegels bei senkrechter Stellung und der Kugel.

3) Auftragen geradliniger Figuren nach gegebenen Bestimmungsstücken und Bedingungen, desgl. verschiedener Kreisbogen mit gemein-

schaftlicher Tangente je zweier zusammenstoßender Bogen aus gegebenen Mittelpunkten.

4) Erklärung vorgelegter Zeichnungen, welche auf Mühlenbau sich beziehen, mit Hinsicht auf die Vorrichtungen, durch welche eine gegebene Kraft wirksam gemacht und verwendet werden kann; dahin gehören: ober-, unter- und mittelschlächlige Wasserräder, Windmühlenslügel, Krummzapfen, Schwungräder und Schwungkolben, cylindrische und konische Triebräder, Riemenscheiben, Getriebe und Kumpfe.

5) Verfahren bei Anfertigung und Auflagerung oder Aufstellung der Wellen (Pfannen- und Zapfenlager, Angewelle, Stock- und Ziehpanster), desgl. bei der Anfertigung und Befestigung der Räder.

6) Construction des Betriebes und der Einlaß-, Stauch- und Frei-Archen; Beschreibung ihrer einzelnen Theile, als: der Spiz- und Spundpfähle, der Haupt- und der übrigen Grundbalken, der Grieswerke, der Böden, der Wände, der Spannbalken oder Anker, der Lauf- oder Fahrbrücken über dergleichen Archen. Angabe der Rücksichten, welche beim Archenbau auf Beschaffenheit des Baugrundes und Größe des Gefälles zu nehmen sind.

7) Anlegung der verschiedenen Gerinne für ober- und unterschlächtige Räder, der Kropfgerinne, der beweglichen oder Schwimngerinne, der zu allen diesen Gerinnen gehörigen Schütze und der Wasserbänke.

8) Construction gewöhnlicher Wassermühlen-Gebäude im Fachwerk, ingleichung der Windmühlengebäude mit und ohne Galerien.

9) Schätzung der verschiedenen Kräfte und Geschwindigkeiten, mit welchen sie am vortheilhaftesten wirken können, also der Wassermengen nach dem Profil des Wasserlaufes und nach einfachen Messungen der darin stattfindenden Bewegung oder nach Inhalt der Schützöffnung oder mittlerer Druckhöhe; der Geschwindigkeit, mit welcher das Wasser auf die Schaufeln oder die Zellen der Räder fällt, der Kraft des Windes gegen die Fläche des Hezzeuges; Auskunft über vortheilhafte Stellung der Hecken (Scheiden).

10) Kenntniß der beim Bau der Archen und Gerinne sowie der zu den verschiedenen Vorrichtungen in Anwendung kommenden Holzarten; Kenntniß von den Merkmalen der Güte und der Vorbereitung des Holzes und des Eisens zu zweckgemäßer Verwendung.

11) Kenntniß von der Einrichtung und Anordnung der verschiedenen Mühlen, und zwar:

a. Von den Mühlengerüsten in Graupen-, Mehl-, Holzschneide-, Del- und Walkmühlen.

b. Von den Mühlensteinen aus verschiedenen Steinarten, deren Bearbeitung (beziehungsweise Zusammensetzung aus verschiedenen

Stücken) und Schärfung; von dem Einsetzen der Saun- und Schlagringe; von den verschiedenen Sichte- und Siebwerken; von den Sägegattern mit einer oder mehreren Sägen, dem Schiebzeuge und Rückläufen.

- c. Von der Form der Hebedaunen und deren Vertheilung auf der Mantelfläche der Welle; von der Einrichtung der Stampfen und Hämmer; von der Verzahnung der Hämmer; von den Grubenstöcken und Stampfströgen; von der Form der Gruben und dem Profil der Stampflöcher; von den Preßwerken mit Kamm- und Schlegelzeugen in Delmühlen.

Bei der Stellung der Fragen zu 11 a. b. c. sind nur diejenigen Gattungen von Mahlwerken zu berücksichtigen, mit deren Construction der zu Prüfende nach seiner Angabe vertraut ist, und es genügt in dieser Hinsicht, wenn derselbe den Bau von Getreide-, Mehl- und Graupen-, sowie von Holzschnidmühlen, oder von Del- und Walzmühlen versteht. Die Kenntniß anderer als der im Bezirk der Commission üblichen Constructionen und Benennungen ist nicht zu verlangen. Bei den Berechnungen sind preussische Maße als Einheiten anzunehmen. Fragen, zu deren Lösung Kenntnisse der Trigonometrie, Statik, Hydrostatik, Aerometrie, Mechanik, Hydrodynamik oder Physik nöthig sind, bleiben ausgeschlossen.

§. 36. Als Probearbeit (§. 8 b) sind die Zeichnungen und Anschläge zum Bau eines Mühlenwerks anzufertigen, welches von der Commission nach den am Schlusse des §. 35 angegebenen Rücksichten zu bestimmen ist. Die Grundrisse der Profile sind nach dem Maßstabe von $\frac{1}{24}$, $\frac{1}{36}$ oder $\frac{1}{48}$ der wirklichen Länge, diejenigen Theile aber, welche sich danach nicht deutlich genug darstellen lassen, nach angemessenen größeren Maßstäben besonders zu zeichnen. In dem Anschläge hat der zu Prüfende den Arbeitslohn nach Tagwerken und die erforderlichen Materialien zu berechnen; die Probeaufgabe ist so abzumessen, daß sie bei mäßiger Uebung in sechs Wochen beendet werden kann.

§. 37. Findet der zu Prüfende Gelegenheit, den Neu- oder Umbau eines Mühlenwerks in dem Orte, in welchem die Commission ihren Sitz hat, oder in dessen Nähe zu übernehmen, so kann er bei der Commission darauf antragen, daß ihm gestattet werde, den näher zu bezeichnenden und durch Einreichung einer Zeichnung zu erläuternden Bau als Probebau auszuführen. Die Commission hat dann darüber zu wachen, daß der Antragsteller bei der Bauausführung anderer Hilfe, als der ganz unentbehrlichen Mitwirkung von Gesellen sich nicht bediene.

Kann eine solche Ueberwachung wegen zu großer Entfernung der Baustelle vom Sitze der Commission ohne Aufwendung besonderer Kosten

nicht stattfinden, und auch ein anderer geeigneter Probebau nicht ermittelt werden, dann hat der zu Prüfende statt dessen

1) ein Paar conische Räder, deren Durchmesser sich zu einander wie 1 zu 3 verhalten, und von welchen das kleinere mindestens 1 Fuß im Durchmesser hat, aus Holz (mit hölzernen Zähnen und Armen) und nach näherer Bestimmung der Commission

2) ein Holzmodell von einem Theile einer Mühle nach dem Maßstabe von $\frac{1}{12}$ der natürlichen Größe, (z. B. von dem inneren Werk einer Windmühle, von einem rückschlächtigen Wasserrade nebst dazu gehörendem Theile des Zu- und Abflußgerinnes, von einem Sichtwerke, Stampfwerke u. dgl.) unter deren Aufsicht eigenhändig anzufertigen. Der Candidat hat sich das zur Ausführung dieser Arbeiten erforderliche Lokal, wenn ihm solches nicht von dem Vorsitzenden angewiesen wird, und die nöthigen Werkzeuge und Materialien zu besorgen. Die Befestigung des Probebaues oder des nach 1 und 2 angefertigten Probestückes erfolgt durch die versammelte Commission. Dabei hat dieselbe den Geprüften zuzuziehen, auf die etwa gefundenen Mängel hinzuweisen, und seine Erklärung hierüber zu Protokoll zu nehmen.

VI. Der Brunnenbauer.

§. 38. Die mündliche Prüfung ist auf folgende Gegenstände zu richten:

1) Kenntniß des Rechnens mit Brüchen und der Ausziehung der Quadratwurzel.

2) Berechnung des Inhalts und der Begrenzungsfläche des Prisma und des Cylinders bei senkrechter Stellung.

3) Auftragen gradliniger Figuren nach gegebenen Begrenzungsflächen und Bestimmungen.

4) Erklärung vorgelegter Zeichnungen, welche auf den Bau von Brunnen mit Saug- und Druckwerken sich beziehen.

5) Rücksichten, welche bei der Auswahl der Stellen zur Legung von Brunnen zu nehmen sind; Mittel zur Auffindung der geeignetesten Stellen.

6) Verfahren beim Senken der Brunnen durch verschiedene Erdarten auf Kränzen; beim Abteufen eines Brunnenschachtes und Aufmanern des Kessels mit natürlichen Bausteinen oder Ziegeln, beim Ausschürzen der Brunnentessel mit Holz und bei der Anfertigung von hölzernen Brunnentästen.

7) Construction der Saug- und Druckwerke in der Anwendung auf Brunnen und Wasserleitungen; Darstellung der Saug- und Druckkolben, der Ventile, der Zug- und Druckstangen; Aufstellung und Ver-

legung der Pumpenverbindungen aus vorhandenen Brunnenkesseln, der Pumpen zur Bewältigung des Grundwassers in Baugruben und zu ähnlichen vorübergehenden Zwecken.

8) Mittel zur Verbesserung der Brunnen, welche trübes Wasser geben; zur Ausbesserung schadhafter Brunnenkessel und Pumpenröhren; Vorsichtsmaßregeln gegen die Wirkung verdorbener Luft bei der Ausbesserung tiefer Brunnen.

9) Eigenschaften der zu Röhrenleitungen zu benutzenden Materialien (Holz, Stein, gebrannter Thon, Blei, Eisen); Anlegung von Röhrenleitungen und Verbindung der einzelnen Theile nach der Verschiedenheit der Materialien; Rücksichten, welche auf Sicherung gegen Frost und bei hölzernen Röhren gegen Fäulniß zu nehmen sind; Vorrichtungen zum Entweichen der Luft aus Röhren, welche abwechselnd steigen und fallen, und zur Ansammlung der Unreinigkeiten, welche das Wasser etwa mit sich führt.

Bei der Stellung der Fragen ist auf die im Bezirke der Commission bei dem Bau der Brunnen in Anwendung kommenden Constructionen und Materialien und auf die dort gebräuchlichen Benennungen Rücksicht zu nehmen.

§. 39. Als Probearbeit (§. 8 b) ist zu liefern:

Die Veranschlagung

- 1) eines mit natürlichen Bausteinen oder Ziegeln ausgelegten Brunnens von gegebener Tiefe, und
- 2) Zeichnung einer aufgesetzten Saugpumpe, welche das Wasser 36 bis 40 Fuß hoch zu heben hat, und mit einer nach verschiedenen Winkeln gehenden Verlegung von Brunnenkesseln in Verbindung steht.

§. 40. Als Probebau ist ein gemauerter oder ausgezimmerter Brunnen von derjenigen Tiefe, bis zu welcher die im Bezirke der Commission üblichen Brunnen gesenkt zu werden pflegen, und eine gewöhnliche hölzerne Pumpe anzufertigen. Die Ermittlung des Probebaues, welcher in dem erwähnten Bezirk auszuführen ist, bleibt dem zu Prüfenden überlassen, welcher vor dem Beginn der Arbeit den Ort des Baues mit Angabe der Dimensionen dem Vorstehenden der Commission anzuzeigen hat. Die Entscheidung darüber, ob der Bau zum Probebau sich eignet, ist möglichst zu beschleunigen, und dem Antragsteller jedesfalls innerhalb der nächsten vier Wochen nach dem Eingange der vorstehend erforderlichen Anzeige bekannt zu machen.

§. 41. Rückfichtlich des Probebaues kommen die Vorschriften der §§. 19, 20, 21, 22 mit der Maßgabe zur Anwendung, daß derselbe von den beiden technischen Mitgliedern der Commission abzunehmen ist.

C. Bestimmungen in Betreff der unter den einzelnen Gewerben begriffenen Verrichtungen.

§. 42. Bei der Entscheidung darüber, welche Arbeiten von den im Eingange genannten Arbeitern gemacht werden dürfen, hat der Gewerberath, oder wo solcher nicht besteht, die Communalbehörde (§§. 22 und 28 der Verordnung vom 9. Februar 1849) den Umfang derjenigen Arbeiten zu berücksichtigen, auf welche die Prüfungen nach der gegenwärtigen Verordnung gerichtet werden sollen.

§. 43. Zimmerarbeiten, welche zugleich zu den Gegenständen der Prüfung der Mühlenbauer oder Brunnenbauer gehören, dürfen sowohl von solchen, als von Zimmerleuten ausgeführt werden. Alle beim inneren Ausbau von Gebäuden vorkommenden Holzarbeiten an Treppen, Fußböden, Vertäfelungen und Wänden, Thüren und Fenstern u. s. w. dürfen auch von Zimmermeistern ausgeführt werden.

§. 44. Von den unter dem Zimmergewerbe begriffenen Arbeiten dürfen nachstehende auch von ungeprüften Personen ausgeführt werden:

1. Die Anfertigung und Aufstellung von Stacketen, Bretter- und Lattenzäunen, Presspfählen, Krippen, Trögen und ähnlichen Gegenständen.
2. Die Ausbesserung von Brückenbelägen und Brückengeländern.
3. Die Herstellung von Verschlägen, einzeln stehenden kleinen Ställen und ähnlichen kleinen wirthschaftlichen Behältern; die Anfertigung von äußeren und inneren Bretterverkleidungen, von Diebungen, Thür- und Fensterläden, sofern diese Gegenstände einfach durch Nagelung zusammengefügt und befestigt werden.
4. Die Anfertigung von hölzernen Treppen vor den Häusern.
5. Die Reparatur von Dachbelattungen.

Wer sich mit dergleichen Arbeiten beschäftigt, ist als Zimmermeister nicht anzusehen, und auch nicht befugt, Lehrlinge in dem Zimmergewerbe auszubilden.

§. 45. Maurermeister sind auch das Biegeldecker-Gewerbe zu betreiben berechtigt, und ohne Ablegung der Steinhauer- (Steinmeß-) Prüfung befugt, Werkstücke jeder Art zuzurichten, zu vermauern, zu verlegen, zu vergießen oder sonst bei ihren Bausausführungen zu verwenden. Mauerarbeiten, welche zugleich zu den Gegenständen der Meisterprüfung der Steinhauer (Steinmeße) oder der Brunnenbauer gehören, dürfen sowohl von Meistern des betreffenden Handwerks, als von Maurermeistern ausgeführt werden. Maurermeister dürfen sich auch mit dem Aufsetzen von Oefen und Feuerheerden beschäftigen.

§. 46. Von den unter dem Maurergewerbe begriffenen Arbeiten dürfen nachstehende auch von ungeprüften Personen ausgeführt werden:

1. Die Ausbesserung von Mauern, mit Ausschluß jedoch der Ufermauern und solcher Futtermauern, welche zur Sicherung von Landstraßen dienen, oder Gebäude tragen.
2. Die Erneuerung einzelner ausgefallener Dachziegel.
3. Die Belegung der Fußböden mit Steinen, Platten, Ziegeln, Fliesen oder Estrich.
4. Das Bewerfen, Abputzen und Lünchen (Färben) aller inneren und äußeren Gebäudetheile.

Wer sich mit dergleichen Arbeiten (1—4) beschäftigt, ist als Maurermeister nicht anzusehen, und nicht befugt, Lehrlinge in dem Maurergewerbe auszubilden.

§. 47. Die Bestimmungen des §. 45 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Februar 1845 und des §. 24 der Verordn. vom 9. Februar 1849 finden fortan auch auf diejenigen Anwendung, welche sich gewerbsmäßig und selbstständig mit der Errichtung von Bauwerken oder einzelner Theile von Bauwerken aus Werkstücken oder mit der Zurüstung von Werkstücken zu Gewölben oder zu gewundenen Treppen beschäftigen wollen.

Wer jedoch bei Erlass dieser Verordnung sich bereits mit dem Zurüsten von Werkstücken gewerbsmäßig oder selbstständig beschäftigt, darf das Gewerbe; auch wenn er die Anmeldung desselben bei der Communalbehörde (§. 22 und 23 der Gewerbe-Ordnung) unterlassen hat, und die Steinhauer (Steinmeg)-Prüfung nicht bestanden, ohne Beschränkung auf Werkstücke gewisser Art ferner betreiben.

§. 48. Mit der Zurichtung anderer als der im §. 47 bezeichneten Werkstücke und mit der Bearbeitung von Steinen zu sonstigen Zwecken, z. B. Platten, Rinnen, Trögen, Presssteinen, Mühlsteinen, Tischen, Bänken, Grabsteinen und dergl. darf ein Jeder, auch ohne vorgängigen Nachweis einer gewerblichen Befähigung sich beschäftigen.

§. 49. Die Deckung der Dächer mit Schindeln, Stroh, Rohr oder anderen Materialien als Schiefer oder Ziegeln gehört nicht zu denjenigen Arbeiten, welche nur den geprüften Schiefer- oder Ziegeldeckern zustehen. Auch darf die Erneuerung einzelner ausgefallener Schiefer oder Ziegel von ungeprüften Personen verrichtet werden.

§. 50. Bei Arbeiten von äußeren Gebäudetheilen darf sich außer den Zimmer-, Maurer-, Schieferdecker-, Ziegeldecker-, Steinhauer- (Steinmeg-) Meistern ohne Erlaubniß der Ortspolizei-Behörde Niemand stehender oder fliegender Gerüste bedienen. In welcher Weise, vor Ertheilung dieser Erlaubniß, die für die Anwendung von Gerüsten in sicherheits-

polizeilicher Hinsicht erforderliche Geschicklichkeit und Zuverlässigkeit nachzuweisen ist, haben die Ortspolizei-Behörden resp. die Regierungen zu bestimmen.

§. 51. Die Bestimmungen des §. 45 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung und des §. 24 der Verordnung vom 9. Februar 1849 finden fortan auf diejenigen Anwendung, welche sich gewerbmäßig und selbstständig mit der Errichtung von Wasser- und Windmühlen oder der dazu gehörenden Triebwerke beschäftigen wollen.

§. 52. Mit der Ausbesserung und Erneuerung schadhafter Räder und Triebwerke, mit Einschluß der Wasserräder und Windmühlenflügel, dürfen auch Zimmermeister und Müllermeister sich beschäftigen.

§. 53. Diejenigen, welche bei Erlass dieser Verordnung mit einem Erlaubnißscheine zur Ausführung von Mühlenfließ-Arbeiten versehen sind, dürfen schadhafte Mühlenräder und Triebwerke, mit Einschluß der Wasserräder und der Windmühlenflügel, erneuern oder ausbessern.

§. 54. Die Errichtung anderer, als der im §. 57 erwähnten Mühlen- und Triebwerke, ist zu den Einrichtungen, welche nur geprüften Mühlenbauern zustehen, nicht zu rechnen. Dasselbe gilt von der Anfertigung und Aufstellung eiserner Triebwerke, Maschinen und Maschinentheile und des dazu gehörenden Holzwerks auch in den, im §. 51 erwähnten Mühlen.

§. 55. Das Abteufen von Brunnenschächten kann von den Ortspolizei-Behörden auch geübten Bergarbeitern gestattet werden. Es bleibt ihr auch vorbehalten, zuverlässigen Gewerbetreibenden und Arbeitern die Ausbesserung von Röhrenleitungen, mit Einschluß der Einsetzung neuer Zwischenstücke, sowie die Anfertigung, Einsetzung und Ausbesserung stehender Pumpen und einzelner Theile derselben, ohne vorgängige Ablegung der Brunnenbauer-Prüfung zu gestatten. In welcher Weise vor Ertheilung einer solchen Erlaubniß die für jene Arbeiten erforderliche Zuverlässigkeit und Geschicklichkeit festzustellen ist, haben die Ortspolizei-Behörden resp. die Regierungen zu bestimmen. Für die Anfertigung beweglicher Pumpen sowie aller in Metall ausgeführter Saug- oder Druckwerke ist die Ablegung der Meisterprüfung im Brunnenbau-Gewerbe oder eine besondere polizeiliche Erlaubniß nicht erforderlich.

§. 56. Die Instruction vom 28. Juni 1821 in Betreff der Prüfungen der Zimmerleute, Maurer, Mühlenwerksverfertiger und Brunnenbauer, die Instruction vom 14. August 1833, betreffend die Prüfung der Steinhauer (Steinmege), die bisherigen Bestimmungen über die Prüfung der Schieferdecker und Ziegeldecker, desgleichen über die Ertheilung von Erlaubnißscheinen zur Ausführung von Zimmer-, Maurer- und Mühlen-Zitkarbeiten werden hierdurch aufgehoben. Erlaubnißscheine

zur Verrichtung solcher Flickarbeiten sollen fortan nicht mehr erteilt werden.

Die bestehenden Commissionen zur Prüfung der Eingangs genannten Handwerker treten außer Wirksamkeit, sobald die nach §. 2 zu stellenden Commissionen eingesetzt sind.

(Instruction vom 24. Juni 1856. M.-B. 237—247.)

Ueber die Zusammensetzung der im §. 2 der vorstehenden Instruction erwähnten Prüfungs-Commissionen werden durch Circular-Erlaß vom 24. Juni 1857 (M.-B. 50) Vorschriften erteilt.

Was die Anfertigung der sogenannten Flickarbeiten (Scharwerker) anbelangt, so wird den Personen, welche solche gewerbsmäßig ausführen, ein Gewerbe-Anmeldungs-Attest gleich den anderen nicht concessionspflichtigen Gewerbetreibenden erteilt, in welches jedoch der betreffende Passus der Instruction vom 24. Juni 1856, welcher den Umfang des Gewerbebetriebes bestimmt, aufzunehmen ist.

Ueber die Prüfung der Schornsteinfeger handelt die Instruction vom 13. November 1849, M.-B. 284; über die Personen, welche Blitzableiter aufstellen, das Rescript des Min. der Finanzen vom 31. März 1839, M.-B. 1843 S. 328. (cf. A. L.-R. Th. I. Tit. 8 §. 80.)

Personen, welche gegen Entgelt Feuerwerk bereiten oder abbrennen, müssen sich einer Prüfung nach der folgenden Instruction unterziehen.

§. 1. Nach §. 45 der A. G.-O. vom 17. Januar 1845 haben sich Personen, welche Feuerwerk zum Verkauf bereiten oder gegen Entgelt abbrennen wollen, über den Besitz der hierzu erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten durch ein Befähigungszeugniß der betreffenden Königl. Regierung auszuweisen.

§. 2. Ehemalige Oberfeuerwerker und Feuerwerker erhalten dies Zeugniß auf Grund eines von der betreffenden Artillerie-Brigade oder dem Commando der Feuerwerks-Abtheilung zu Spandau ausgestellten Qualifications-Attestes. Personen, welche ein derartiges Zeugniß nicht aufweisen können, müssen sich einer Prüfung unterwerfen.

§. 3. Die Prüfung erfolgt, soweit es angänglich ist, durch eine

Commission von 2 bis 3 Offizieren: doch können nach dem Ermessen der Artillerie-Behörden auch befähigte Oberfeuerwerker zu Examinatoren bestimmt werden. Die Prüfung wird aber alsdann durch einen Offizier geleitet.

Die Königl. Regierungen wenden sich dieserhalb in jedem einzelnen Falle an die Artillerie-Inspection, in deren Bereich der zu Prüfende sich aufhält, welche demnächst Zeit und Ort für die abzuhaltende Prüfung feststellt.

Sollte die Prüfung durch eine Artillerie-Commission unter besonderen Umständen Schwierigkeiten finden, so bleibt es der Regierung überlassen, dieselbe durch sachverständige Personen vom Civil abhalten zu lassen.

§. 4. Durch die Prüfung soll lediglich ermittelt werden, ob der Examinand dasjenige Maas von Kenntnissen und Erfahrungen besitzt, welches im Interesse der allgemeinen Sicherheit zur Abwendung von Unglücksfällen von jedem Luftfeuerwerker verlangt werden muß. Die Examinatoren werden daher vorzugsweise von dem polizeilichen Gesichtspunkte ausgehen, und die wissenschaftliche Vorbildung des Examinanden sowie seine technischen Kenntnisse und Fertigkeiten nur soweit ins Auge fassen, als eine Prüfung nach dieser Richtung hin unumgänglich nothwendig erscheint, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß der Examinand nicht aus Unkenntniß seine Gehülfen und das Publikum in Gefahr setzen werde.

§. 5. Die Prüfung wird hiernach auf folgende Hauptgegenstände gerichtet:

- a. Polizeiliche Rücksichten bei Anlage und Einrichtung eines Luftfeuerwerker-Laboratoriums und bei Anschaffung der erforderlichen Laborirgeräthe.
- b. Kenntniß der Laborir-Materialien und ihrer Gefahr drohenden Eigenschaften als explosible und giftige Stoffe.
- c. Allgemeine Vorsichtsmaßregeln bei Pulverarbeiten.
- d. Besondere Vorsichtsmaßregeln bei der Anfertigung von Luftfeuerwerkskörpern, namentlich bei Verarbeitung solcher Säße, die sich durch Reibung und Schlag leicht entzünden, sowie beim Rammen, Schlagen und Bohren von Raketen und anderen Sahröhren.
- e. Besondere Vorsichtsmaßregeln bei Bereitung warmer und kalter Feuerwerksäße, unter vorzugsweiser Berücksichtigung solcher, welche leicht entzündliche oder der Gesundheit nachtheilige Stoffe enthalten.

- f. Kenntniß der Wirkung des Pulvers, insoweit hiervon die Stärke der Pulverladung für Ausstoßladungen, Schläge, Böller und dergl. abhängt.
- g. Polizeiliche Rücksichten bei Anlage und Einrichtung von Magazinen zur Aufbewahrung von Pulver und fertigen Feuerwerksgegenständen.
- h. Vorsichtsmaßregeln bei Aufbewahrung von Pulver und Feuerwerksstücken.
- i. Kenntniß derjenigen Bedingungen, unter welchen eine Selbstentzündung von Saßmaterialien, gemischten und resp. verarbeiteten Säßen, bei der Aufbewahrung stattfinden kann, und der Mittel, diese zu verhindern oder doch unschädlich zu machen.
- k. Vorsichtsmaßregeln beim Transport von Pulver und Feuerwerksstücken.
- l. Rücksichten, welche zur Sicherstellung der Umgebungen und der Zuschauer gegen Gefahr bei der Auswahl des Platzes zum Abbrennen eines Feuerwerks, sowie bei der Aufstellung und Anordnung desselben genommen werden müssen.
- m. Besondere Vorsichtsmaßregeln beim Abbrennen von Feuerwerken in geschlossenen Räumen, wie in Theatern zc. zur Verhütung von Feuergefähr und einer schädlichen Einwirkung der bei der Verbrennung der Feuerwerksätze sich entwickelnden Gase und Dämpfe auf die Gesundheit der Zuschauer.

§. 6. Es bleibt dem Ermessen der Examinatoren überlassen, die Prüfung nach Maßgabe der allgemeinen Bildung des Examinanden schriftlich oder mündlich abzuhalten. Nächstdem ist die Handfertigkeit des Examinanden durch Kolliren oder Schlagen einer Hülse oder durch Versehen einer Kackete, practisch zu prüfen, weil eine mündliche oder schriftliche Prüfung allein nicht immer die nöthige Sicherheit gewährt, daß es dem Examinanden an jenem nothwendigen Erforderniß zur Abwendung von Gefahr bei der Arbeit nicht fehle. Ueber den Ausfall der Prüfung wird eine Verhandlung aufgenommen, und durch die Artillerie-Inspection an die betreffende Regierung gesendet, welche demnächst auf Grund des Urtheils der Examinations-Commission über die Ausstellung des Befähigungs-Zeugnisses für den Examinanden einen Beschluß faßt.

§. 7. Die Conzeßionirung zum Betriebe der Luftfeuerwerkerei an einem bestimmten Orte geht von der Ortspolizei-Behörde aus, welche hierbei vorzugsweise die in dem folgenden Paragraphen enthaltenen Punkte zu berücksichtigen hat.

§. 8. Der zu Concessionirende muß, nächst dem Besitze des Befähigungs-Zeugnisses, als ein nüchterner, ordnungsliebender, besonnener und gefeßter Mann bekannt sein, und durch seinen Charakter zu den Voraussetzungen berechtigen, daß er die bei dem Betriebe dieses Gewerbes nöthigen Vorsichtsmaßregeln streng und gewissenhaft beobachten, und bei eintretender Gefahr mit Besonnenheit und Entschlossenheit sich benehmen werde. Es ist ihm zur Pflicht zu machen, gleiche Rücksichten bei Auswahl seiner Gehülfen zu nehmen.

§. 16. Zum Abbrennen eines Feuerwerks ist die specielle Erlaubniß der Ortspolizei-Behörde erforderlich, welche unter genauer Angabe des Schauplatzes und der beabsichtigten Anordnung rechtzeitig und jedenfalls vor Erlass einer öffentlichen Bekanntmachung einzuholen ist. (Instruction vom 19. April 1847, M.-B. 90. Im Uebrigen vergl. zu §. 1 sub Nr. 2.)

Die Prüfung der Abdecker erfolgt nach dem beifolgend aufgeführten Reglement vom 29. September 1846:

§. 1. Wer zur Prüfung als Abdecker zugelassen zu werden wünscht, hat sich dieserhalb bei der betreffenden Königl. Regierung unter Einreichung eines von seiner Ortsobrigkeit ausgestellten Attestes über seine sittliche Führung während der letzten zwei Jahre schriftlich zu melden.

§. 2. Die Königl. Regierung ordnet die Prüfung durch eine Commission an, bei welcher sich der Examinandus zu melden, und um Anberaumung eines Termins zu bitten hat.

§. 3. Die Prüfungs-Commission besteht aus dem Departements- oder Kreisthierarzt, dem Landrathe oder einem von diesem zu ernennenden Stellvertreter.

§. 4. Der Departements- oder Kreisthierarzt führt die Verhandlung über den Gang der Prüfung.

§. 5. Die Prüfung zerfällt in einen theoretischen und einen praktischen Theil.

§. 6. Bei der Prüfung der theoretischen Kenntnisse des Examinanden ist zu erforschen:

1. ob derselbe lesen und schreiben kann;
2. ob er eine allgemeine Kenntniß des Thierkörpers, namentlich der Eingeweide desselben in gesundem Zustande, besitzt;
3. ob er die wichtigeren der in der Umgegend vorkommenden Seuchen und ansteckenden Krankheiten nach ihren Haupterscheinungen am todten Thiere kenne, und mindestens zu unterscheiden wisse, welche Umstände Verdacht erregen;

4. ob er mit den veterinärpolizeilichen Bestimmungen, soweit sie die Ausübung seines Handwerks anlangen, bekannt sei.

§. 7. Zur Erforschung der practischen Geschicklichkeit muß von dem zu Prüfenden eine Obduction gemacht werden, wobei er die sich etwa findenden Abweichungen von dem gesunden Zustande zu bezeichnen und im Allgemeinen zu deuten hat.

§. 8. Das Protokoll wird sodann mit der Schlußcensur: „bestanden“ oder „nicht bestanden“ versehen, von der Commission unterschrieben, und der Königl. Regierung zur Veranlassung des Weiteren überreicht.

(Instruction vom 29. September 1846. M.-B. 213.)

Ueber die bei vorbenannter Prüfung entstehenden Gebühren spricht das Circular-Rescript vom 28. Februar 1847, M.-B. 52, und gelten die für die Prüfung der Abdecker bestehenden Verordnungen auch zugleich für die der Viehfästrierer.

Die Vorschriften über die Prüfung der Hebammen sind enthalten im § 82 ff. des Reglements für die Prüfung der Medizinal-Personen vom 1. December 1825 (v. R. Ann. Bd. X. S. 153) und in der Circular-Verfügung des Königl. Minist. der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 6. Januar 1841, M.-B. 26, und vom 5. November 1849, M.-B. 244; es sind endlich an dieser Stelle auch die sogenannten Heilgehülfen, d. h. Personen, welche zur Ausübung kleinerer chirurgischer Verrichtungen concessionirt werden, aufzuführen. Die Vorschriften über die Concessionirung der letzteren finden sich in dem Circular-Rescript des Min. der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 13. October 1851, betreffend die Ausbildung geeigneter Individuen in den kleinen chirurgischen Hülfisleistungen der Krankenwartung und die denselben zu ertheilende Erlaubniß zur Ausübung dieser Verrichtungen, M.-B. 219, sowie in dem Erlaß vom 1. November 1852, M.-B. Stück 46, und dem Circular-Rescript vom 20. November 1852, Nr. 5652.

Die Bandagisten und Verfertiger chirurgischer

Instrumente werden nach dem Reglement vom 20. Februar 1847, M.-B. 51, geprüft.

Die Anordnungen über die Befähigung und für die Prüfung der Steuerleute, Seeschiffer und Seelootsen enthält die Instruction vom 15. Oktober 1840, M.-B. 1844 S. 42 ff.

Den Schlußpassus des vorstehenden Paragraphen anlangend, so steht nach §. 27 der Verordnung vom 9. Februar 1849 dem Ministerio für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten die Befugniß zu, Personen, deren Befähigung zu dem beabsichtigten Gewerbebetrieb anderweit feststeht, in besonderen Ausnahmefällen nach Vernehmung des Gewerberathes von der angeordneten Prüfung zu entbinden.

Eine gleiche Befugniß steht fortan den Regierungen zu. (Gesetz v. 15. Mai 1854, §. 6, G.-S. 263.)

§. 21.

Schauspiel-Unternehmer bedürfen einer besonderen Erlaubniß des Ober-Präsidenten der Provinz, in welcher sie ihre Vorstellungen geben wollen. Diese Erlaubniß darf ihnen nur nach vorgängigem Nachweise gehöriger Zuverlässigkeit und Bildung ertheilt, kann jedoch auch dann, wenn sie dieser Bedingung entsprechen, nach dem Ermessen des Ober-Präsidenten versagt werden. (§. 47 der A. G.-D.)

Das Befinden über Concessionirung der Schauspieler-Gesellschaften ist den Ober-Präsidenten durch §. 11 lit. g. der Instruction vom 31. December 1825 (G.-S. 1826 S. 1) aus besonderen Gründen übertragen; früher stand sie nach §. 19 des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 dem Ministerium des Innern zu.

Findet bei Kunstleistungen und Ausstellungen umherziehender Personen ein rein wissenschaftliches oder höheres Kunstinteresse statt, und werden die Vorstellungen nur in größeren und mittleren Städten und in besonderen Lokalien für Eintrittsgeld gegeben, so bedarf es dazu keines Gewerbescheines,

sondern nur der ortspolizeilichen Erlaubniß. (§. 18 des Hausfir-Regulativs vom 28. April 1824, G. S. 125.)

Umherziehende Schauspiel-Unternehmer bedürfen außer der Concession eines Gewerbebescheines.

Mehrfache, neuerdings vorgekommene Fälle begründen den dringenden Verdacht, daß einzelne Schauspiel-Unternehmer mit ihren Concessionen einen förmlichen Handel treiben, und dies dadurch verstecken, daß sie sogenannte Geschäftsführer, die dann aber in der That die eigentlichen Unternehmer sind, für sich auftreten lassen.

Anderer Theater-Unternehmer theilen auch wohl ihre Truppen, um gleichzeitig mehrere Städte in Beschlag zu nehmen.

Es darf so wenig das Eine, wie das Andere gestattet werden; und um den erwähnten Mißbräuchen entgegenzutreten, beauftrage ich die p. p., den Ortspolizeibehörden es zur strengsten Pflicht zu machen;

- 1) Keine theatralische Vorstellung eher zu gestatten, als bis Concession und Gewerbebeschein vorgelegt sind.
- 2) Die letztgedachten beiden Documente in Verwahrung zu nehmen und nicht eher herauszugeben, als bis der Cyclus der gestatteten Vorstellungen vollständig beendet ist.
- 3) Keine Schauspieler-Truppe zu theatralischen Vorstellungen zuzulassen, für welche bloß ein sogen. Geschäftsführer auftritt, ohne daß sich gleichzeitig der concessionirte Unternehmer an Ort und Stelle befindet, um in eigener Person das Unternehmen zu dirigiren,

und mit Strenge darauf zu halten, daß diese Anweisungen genau befolgt werden.

(Circular-Verfügung (Königl. Reg. z. Magdeburg) v. 12. Mai 1847.

M. B. 165.

Den Schauspiel-Unternehmern ist bei Verlust ihrer Concession untersagt, einen Verkehr der Gymnasiasten und anderen Schüler mit den Mitgliedern ihrer Schauspieler-Gesellschaft zu dulden, oder wohl gar sie als Mitglieder, Gehülfen u. in ihre Gesellschaft auf- und mit sich zu nehmen, sofern nicht der Vater oder Vormund des Schülers hierzu bei der Orts-Polizei-Behörde schriftlich seine Genehmigung erteilt hat. (Reg.-Bl. v. 30. August 1824, M. B. 203.)

§. 22.

Zum Gewerbebetriebe eines Buch- oder Steindruckers, Buch- oder Kunsthändlers, Antiquars, Leihbibliothekars, Inhabers von Lesekabinetten, Verkäufers von Zeitungen, Flugschriften und Bildern ist die Genehmigung der Bezirks-Regierung erforderlich.

Diese darf nicht versagt werden, wenn derjenige, der das Gewerbe betreiben will, unbescholten ist; überdies müssen Buchhändler und Buchdrucker vor einer Prüfungs-Commission, die nach Anleitung der Allg. Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 und der Verordnung, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen etc., vom 9. Februar 1849 zu bilden ist, den Nachweis ihrer Befähigung führen. Die näheren Bestimmungen über die Bildung der Prüfungs-Commissionen und die abzuliegende Prüfung erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium für Handel und Gewerbe.

Der §. 48 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 wird aufgehoben. (§. 1 des Gesetzes über die Presse vom 12. Mai 1851, G.-S. 273, §. 48 der A. G.-O.)*)

Die für die Prüfung der Buchhändler und Buchdrucker maßgebenden näheren Bestimmungen enthält die Instruction des Min. für Handel u. und des Innern vom 10. August 1851 (M.-B. 185), und müssen auch Musikalienhändler den vorgeschriebenen Bedingungen nachkommen (Erlass des Min. des Innern vom 8. Mai 1852, M.-B. 121, und vom 28. Februar 1853, M.-B. 79). Bei ihrer Prüfung sind dieselben Bestimmungen zu Grunde zu legen, wie sie bei der der Buchhändler in Anwendung kommen, jedoch bleibt es der Prüfungs-Commission überlassen, die auf das technische Gebiet sich beziehenden Aufgaben hauptsächlich der Geschäfts-

*) §. 48 der A. G.-O. lautet:

Buch- und Kunsthändler, Antiquare, Inhaber von Leihbibliotheken oder Lesekabinetten, Verkäufer von Flugschriften und Bildern, Lithographen, Buch- und Steindrucker bedürfen einer besonderen Erlaubniß der Regierung, welche nur dann erteilt werden darf, wenn diese Behörde von der Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit, sowie von einer zum Betriebe des Gewerbes genügenden allgemeinen Bildung des Unternehmers sich Ueberzeugung verschafft hat.

sphäre des Musikhandels zu entnehmen. (Rescript des Min. des Innern vom 26. März 1858, M.=B. 61.)

In Betreff der Leihbibliothekare ist noch zu bemerken, daß dieselben auch befugt sind, bestellte Bücher, Journale u. s. w. den Bestellern, auch wenn solche am Orte nicht wohnen, in welchem die Bibliothek gehalten wird, selbst zu überbringen und zu übersenden. (Rescript des Min. des Innern und der Finanzen vom 19. Mai 1845, M.=B. 120.)

Den Buchbindern ist es gestattet, gewisse Arten von gebundenen Schul-, Gebet-, Erbauungs- und Gesangbüchern, von denen sie jedoch ein genaues Verzeichniß zu führen haben, zu verkaufen. (Allerh. Kabinets-Ordre vom 11. Juni 1847, G.=S. 260.) Auch ist den hierzu für qualificirt erachteten Personen der Handel mit gebundenen und brochirten Hauskalendern gestattet. (Cirk.=Verfügung des Min. für Handel u. des Innern vom 6. Februar 1849, M.=B. 46.)

Der §. 3 des Preßgesetzes bestimmt:

Die im §. 1 aufgeführten Gewerbe können durch Stellvertreter ausgeübt werden, diese müssen jedoch den daselbst für den selbstständigen Gewerbebetrieb vorgeschriebenen Erfordernissen genügen.

Ueber die durch diesen Paragraphen gestattete Stellvertretung waren Zweifel entstanden, deren Lösung der nachstehende Cirkular-Erlaß vom 27. November 1858 zum Gegenstande hat.

Es ist auf Grund der in zwei Regierungsbezirken bestandenen verschiedenen Praxis in Frage gekommen, ob von der Befugniß gemäß §. 3 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 eines der im §. 1 ibid. genannten Gewerbe durch einen qualifizirten Stellvertreter auszuüben, nur derjenige Gebrauch machen kann, welcher selbst für seine Person die im §. 1 cit. verordnete Genehmigung zu solchem Gewerbebetriebe erlangt hat, oder ob es für den Geschäftsherrn in solchen Fällen der Qualifikation nach §. 1 des Preßgesetzes nicht bedürfe.

Aus dem in dem abschriftlich beifolgenden Berichte der Königl. Regierung zu Münster v. 9. d. Mts. entwickelten Gründen hat die erstere Ansicht für die richtige erachtet werden müssen. Dies wird dem Königl. Polizei-Präsidio zur Nachachtung für ähnliche Fälle mitgetheilt. Wo sich indessen Stellvertreter, ohne daß der Requisition des §. 1 l. e.

von Seiten des Geschäftsherrn Genüge geschehen wäre, bereits im Besitze einer nach §. 3 des Preßgesetzes ihnen ertheilten gewerblichen Conzession befinden, sind sie um dieses Mangels Willen darin jetzt nicht mehr zu stören; auch erscheint es den Absichten des §. 3 entsprechend, daß, wenn mit Corporationsrechten versehene Gesellschaften oder Anstalten eines der im §. 1 ibid. bezeichneten Gewerbe durch einen Stellvertreter betreiben zu lassen beabsichtigen; Ausnahmen von jener Regel — da in diesem Falle den Voraussetzungen des §. 1 der Natur der Sache nach Seitens des Geschäftsherrn nicht genügt werden kann, — nachgesehen werden, sofern sonst in jedem einzelnen concreten Falle kein Bedenken gegen einen derartigen Gewerbebetrieb obwaltet. (M.-B. 1859, Seit. 10.)

Nach dem Tode des Gewerbtreibenden darf das Gewerbe für Rechnung der Wittve während des Wittwenstandes, oder, wenn minderjährige Erben vorhanden sind, für deren Rechnung durch einen nach §. 1 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 befähigten Stellvertreter betrieben werden.

Dasselbe gilt während der Dauer einer Kuratel oder Nachlaß-Regulirung oder während einer von dem Gewerbtreibenden zu büßenden Haft. (§. 4 l. c.)

§. 23.

Denjenigen, welche Gifte feilhalten, Kammerjägern, Pfandleihern, denjenigen, welche den Handel mit gebrauchten Kleidern, gebrauchten Betten oder gebrauchter Wäsche, oder den Kleinhandel mit altem Metallgeräth oder Metallbruch betreiben (Trödlern) oder mit Garnabfällen, Enden oder Dräumen von Seide, Wolle, Baumwolle oder Leinen handeln wollen, und Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen ihre Dienste anbieten oder auf solchen Straßen und Plätzen Wagen, Pferde, Säufsten, Gondeln oder andere Transportmittel zu Jedermanns Gebrauch bereit halten wollen, ist der Beginn des Gewerbebetriebes erst dann zu gestatten, wenn sich die Behörden von ihrer Zuverlässigkeit in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb überzeugt haben. Dasselbe gilt hinsichtlich derjenigen, welche aus der Vermittelung von Geschäften oder der Uebernahme von Aufträgen, namentlich aus der Abfassung von schriftlichen Aufträgen für Andere ein Gewerbe machen,

wohin jedoch die Agenten und Unteragenten für Versicherungs-Anstalten nicht zu rechnen sind.

Diese Erlaubniß ist in den Städten bei der Polizei-Obrigkeit, auf dem Lande unter Vorlegung eines Attestes der Polizei-Obrigkeit bei dem Landrath nachzusuchen. (§. 49 des Gesetzes vom 22. Juni 1861, §. 49 der A. G.-D.)*)

Von den im §. 49 der A. G.-D. erwähnten Gewerbetreibenden dürfen fortan in Folge der veränderten Fassung, in welcher dieser Paragraph in den Artikel I. des Gesetzes vom 22. Juni a. c. übernommen ist,

- a. die Schlosser,
- b. diejenigen, welche mit Schießpulver handeln,
- c. diejenigen, welche möblirte Zimmer oder Schlafstellen gewerbsweise vermietthen,
- d. die Lohnlakaien und andere Personen, welche in Wirthshäusern — nicht auf öffentlichen Straßen — ihre Dienste anbieten,

ihr Gewerbe ohne polizeiliche Erlaubniß, mithin unter den Bedingungen beginnen, welche in den §§. 16. ff. der Gewerbe-Ordnung (vide Einleitung) für den Betrieb eines jeden stehen-

*) §. 49 der A. G.-D. lautet:

Schlossern, Pfandleihern, sowie denjenigen, welche mit gebrauchten Kleidern, Betten, mit gebrauchter Wäsche oder altem Metallgeräth, mit Schießpulver oder Giften handeln, ferner denjenigen, welche aus der Vermittelung von Geschäften oder der Uebernahme von Aufträgen, namentlich aus der Abfassung von schriftlichen Aufträgen für Andere ein Gewerbe machen, oder möblirte Zimmer oder Schlafstellen gewerbsweise vermietthen, Kammerjägern, Lohnlakaien und anderen Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder in Wirthshäusern ihre Dienste anbieten, ingleichen denen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen Wagen, Pferde, Sänften, Gondeln und andere Transportmittel zu Jedermanns Gebrauch bereit halten, ist der Gewerbebetrieb erst dann, wenn sich die Behörden von ihrer Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit überzeugt haben, zu gestatten.

Diese Erlaubniß ist in den Städten bei der Polizeiobrigkeit, auf dem Lande unter Vorlegung eines Attestes der Polizeiobrigkeit bei dem Landrath nachzusuchen.

den Gewerbes vorgeschrieben sind. Neben letzteren haben jedoch die Schlosser die im §. 23 der Verordnung vom 9. Februar 1849 für den selbstständigen Betrieb ihres Gewerbes erforderliche Befähigung auch fernerhin nachzuweisen.

Die polizeilichen Vorschriften, welchen die vorstehend gedachten Gewerbetreibenden bei der Ausübung ihres Gewerbes zu genügen haben, sind durch ihre Freilassung von dem Erforderniß der Concession zum Gewerbebetriebe nicht abgeändert. Dies gilt namentlich auch rücksichtlich der Anordnungen über die Aufbewahrung und den Transport des Schießpulvers (cf. §. 1 zu Schießpulver-Fabriken), sowie in Ansehung der Vorschriften über die Anmeldung Neuanziehender und jedes Wohnungswechsels bei der Polizeibehörde.

Für den Betrieb der im vorstehenden Paragraphen bezeichneten Gewerbe ist zwar das Erforderniß einer besonderen polizeilichen Erlaubniß beibehalten; die Voraussetzungen, an welche die Ertheilung der letzteren nach den bisherigen Vorschriften geknüpft war, sind aber nach zwei Seiten hin modificirt worden. Einerseits sollen die Behörden nach §. 49 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 den Betrieb nicht mehr von der im §. 49 der Allg. Gew.-Ordn. erforderlichen „Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit“ des Antragstellers, sondern von seiner „Zuverlässigkeit in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb“ abhängig machen. Dieser Aenderung der früheren Bestimmung liegt die Absicht zu Grunde, das Erforderniß der Befähigung für den beabsichtigten Gewerbebetrieb nur von denjenigen Eigenschaften abhängig zu machen, welche für die in Betracht kommenden sicherheits- und gewerbepolizeilichen Interessen von unmittelbarer Bedeutung sind, indem sie die geschäftliche Zuverlässigkeit in Bezug auf das zu betreibende Gewerbe bedingen. Wo diese Eigenschaften vorhanden sind, darf die nachgesuchte Concession fernerhin nicht mehr auf Grund solcher Thatfachen und Wahrnehmungen versagt werden, welche in anderer, den Geschäftsbetrieb nicht be-

rührender Beziehung den guten Ruf oder die Unbescholtenheit des Antragstellers in Zweifel ziehen lassen.

Andererseits sind die Bestimmungen des §. 68 der Verordnung vom 9. Februar 1849*) und des Gesetzes, betreffend den Handel mit Garnabfällen zc. vom 5. Juni 1852, nach welchen die polizeiliche Erlaubniß zum Betriebe eines der dort und im §. 49 der Gewerbe-Ordnung erwähnten Gewerbe zu versagen war, wenn die darüber zu vernehmende Communalbehörde nach Anhörung der Gemeinde-Vertreter die Nützlichkeit und das Bedürfniß des beabsichtigten Gewerbebetriebes nach den örtlichen Verhältnissen nicht anerkannte, durch Art. III. des Gesetzes vom 22. Juni c. aufgehoben.

Daraus folgt, daß fortan keinem der im Art. I. §. 49 l. c. bezeichneten Gewerbetreibenden, welcher den dort vorgeschriebenen persönlichen Erfordernissen genügt, die Concession aus dem Grunde versagt werden darf, weil das Bedürfniß oder die Nützlichkeit seines Betriebes nicht anerkannt wird.

I. Händler mit Giften.

Beim Handel mit Giften kommen die nachstehenden Bestimmungen in Betracht;

a. Rescript des Min. der geistlichen zc. und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern vom 4. August 1846,

*) §. 68 der Verordnung vom 9. Februar 1849 lautet:

Die polizeiliche Erlaubniß zum Handel mit gebrauchten Kleidern oder Betten, mit gebrauchter Wäsche oder Metallgeräth, zum Betriebe des Pfandleihgewerbes, zur gewerbmäßigen Vermittelung von Geschäften oder zur Uebernahme von Aufträgen, namentlich zur Abfassung schriftlicher Aufsätze für Andere, sowie zum Gewerbe der Lohnlakaien und anderer Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder in Wirthshäusern ihre Dienste anbieten (§. 49 der A. G.-D.) ist zu versagen, wenn die darüber zu hörende Communalbehörde nach Anhörung der Gemeinde-Vertreter die Nützlichkeit und das Bedürfniß des beabsichtigten Gewerbebetriebes nach den örtlichen Verhältnissen nicht anerkennt.

betreffend den Handel der Droguisten mit Giften,
N.=B. 1846 S. 142.

b. Anweisung für sämtliche Apotheker und Materialisten
in den Königl. Preussischen Landen vom 10. Decem-
ber 1800, wie sie sich bei der Aufbewahrung und Ver-
abfolgung von Giftwaaren verhalten sollen. (Neue
Edicten-Sammlung Bd. X. S. 3245. Rabe Bd. VI.
S. 374.)

c. Circular-Rescript des Min. der geistlichen u. und Me-
dizinal-Angelegenheiten und des Innern vom 27. Oc-
tober 1837, betreffend die medizinalpolizeiliche Beauf-
sichtigung des Gifthandels der Kaufleute und Nicht-
apotheker. (v. R. Ann. Bd. XXI. S. 1117.)

d. Circular-Rescript derselben Min. vom 29. Juli 1838,
betreffend den Kleinhandel der Apotheker mit Giften.
(v. R. Ann. Bd. XXI. S. 799.)

e. Circular-Rescript des Min. des Innern und der Po-
lizei vom 28. März 1837, betreffend die Anlage iso-
lirter Lager für Gifte, besonders auf Pachtböfen. (v. R.
Ann. Bd. XXI. S. 254.)

f. Circular-Rescript des Min. des Innern und der Po-
lizei vom 1. März 1817 (v. R. Ann. Bd. I. S. 230);
vom 13. März 1817 (v. R. Ann. Bd. I. S. 204);
des Min. für Handel u., des Innern und der Finan-
zen vom 22. Juli 1822 (v. R. Ann. Bd. VII. S. 667)
und vom 26. März 1824 (v. R. Ann. Bd. VIII.
S. 249), betreffend das Verfahren bei Verpackung und
Versendung des Arseniks.

Für den Regierungs-Bezirk Potsdam sind in Betreff des
Handels mit Giften die Verordnungen vom 10. August 1850,
N.=B. 272, und vom 4. März 1856, N.=B. 81, ergangen.

Das Strafgesetzbuch disponirt in Betreff des Handels mit
Giften im §. 345 ad 2 und 4:

Mit Geldbuße bis zu 50 Thalern oder Gefängniß bis zu 6 Wochen wird bestraft:

Wer ohne polizeiliche Erlaubniß Gifte, soweit deren Handel nicht durch besondere Verordnungen freigegeben ist, bereitet, verkauft oder sonst an Andere überläßt.

Wer bei der Aufbewahrung und dem Transport von Giftwaaren oder bei der Ausübung der Befugniß zur Zubereitung oder Feilhaltung dieser Gegenstände die deshalb ergangenen Verordnungen nicht befolgt.

2. Kammerjäger.

Kammerjäger müssen sich über ihre Zuverlässigkeit und Sachkenntniß gehörig ausweisen; sie müssen die Gifte in augenscheinlich ungenießbarer Mischung führen und dürfen ihre Giftmittel nie verkaufen, sondern müssen sie selbst legen (cf. Circ.-Rescript des Min. für Handel u. der geistlichen und Medizinal-Angelegenheiten vom 11. Juli 1848, M.=B. 232). Gifte und Giftpräparate sind an dieselben nur gegen Vorzeigung der Concession und Ausstellung des Giftscheines zu verabsolgen (cf. Rescript des Min. der geistlichen u. und Medizinal-Angelegenheiten vom 28. Juli 1851, M.=B. 142.)

3. Pfandleiher und Trödler.

Die bisherigen Vorschriften über den Betrieb des Pfandleiher- und Trödler-Gewerbes bleiben ferner in Kraft. Jedoch wird den Ministerien vorbehalten, die in polizeilicher Hinsicht nöthigen Abänderungen oder Ergänzungen zu treffen. Dieselben sind auch befugt, da, wo über den Betrieb jener Gewerbe

keine derartigen Vorschriften bestehen, solche zu erlassen. (§. 57 des Gesetzes vom 22. Juni 1861.)

In Betreff des Pfandleihergewerbes sind nachstehende Vorschriften zu bemerken:

a. Pfand- und Leih-Reglement für sämtliche preussische Staaten vom 13. März 1787. (Nabe Bd. I. Abth. 7 S. 560) und Declaration vom 3. April 1803 (M.=B. 1846 S. 253).

b. Allerhöchste Kabinets-Ordnung vom 28. Juni 1826, betreffend die Grundsätze für die öffentlichen städtischen Leih-Anstalten (G.=S. 1826 S. 81).

c. Ueber den Zinspunkt bestimmt §. 90 des Reglements von 1787, daß von Darlehen über 10 Thaler stets nur höchstens 6 pCt. Zinsen genommen werden dürfen. Bei Darlehen von 10 Thalern oder weniger sind, wenn sie auf 6 Monate oder eine kürzere Zeit 14 Pf. pro Thaler für die Woche, wenn sie auf eine längere Zeit, jedoch unter 12 Monaten, 8 Pf. pro Thaler für die Woche, und wenn sie auf länger als ein Jahr gegeben werden, auch nur höchstens 6 pCt. Zinsen (§§. 91—93 d. Regl.) zu nehmen. Die Pfennige, von denen hier gesprochen wird, sind alte Märkische oder Brandenburgische, von denen 288 einen Thaler Courant ausmachen, so daß nach heutigem Münzfuß 14 Pf. einen märkischen ausmacht. (Cirk.-Verf. vom 27. October 1846, M.=B. 253.)

d. Declaration vom 4. April 1804, betreffend die Veräußerung von Pfändern und das Verfahren dabei. Die durch §. 15 vorgeschriebene Subhastation von kostbaren beweglichen Gegenständen ist durch §. 1 der Verordnung vom 4. März 1834 (G.=S. 39) aufgehoben.

Für Berlin sollen neue Concessionen für Privat-Pfandleihen nicht erteilt werden, so lange die Königl. Leih-Anstalten

dem Bedürfniß genügen, und ist in besonderen Fällen beim Ministerio anzufragen. (Rescr. des Min. des Innern vom 12. Mai 1847 Nr. II. 3188.)

Das Strafgesetzbuch bestimmt in Betreff dieses Gewerbes: Wer ohne Erlaubniß der Behörde gewerbsmäßig auf Pfänder leiht, wird mit Gefängniß von einer Woche bis zu 2 Monaten bestraft. §. 264.

Oeffentliche Pfandleiher, welche die von ihnen in Pfand genommenen Gegenstände unbefugt in Gebrauch nehmen, werden mit Gefängniß von Einem Monat bis zu Einem Jahre, und zugleich mit Geldbuße von 20 bis 500 Thalern bestraft. §. 265.

Mit Geldbuße bis zu 50 Thalern oder Gefängniß bis zu 6 Wochen wird bestraft:

Ein Pfandleiher, welcher bei Ausübung seines Gewerbes den darüber gesetzlich erlassenen Anordnungen entgegen handelt. §. 349 Nr. 6.

Orden und Ehrenzeichen dürfen von Pfandleihern nicht in Versuch genommen werden. (Cirk.-Rescript vom 23. April 1852, M.-B. 87.)

Der Umfang des Trödel-Gewerbes ist durch §. 49 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 vermehrt, indem noch der Handel mit Metallbruch, welcher früher nur eines Gewerbe-Anmeldungs-Attestes bedurfte (cf. Rescript des Min. für Handel u. vom 22. Juni 1855 IV. 6206) zu demselben hinzugezogen ist.

Ueber die bei Ertheilung von Concessionen zu diesem Gewerbe zu beachtenden Gesichtspunkte giebt nachfolgendes Rescript Anleitung:

Die durch das Gesetz v. 22. Juni d. J. erfolgte Aufhebung der Bestimmungen des §. 21 der A. G.-O. schließt nicht aus, daß bei Ertheilung der Concession an die Ehefrau die frühere Verurtheilung des Ehemannes wegen Hehlerei als ein thatsächliches Moment in Erwägung gezogen werde. Denn nach Art. 1 §. 49 l. c. soll der Betrieb des Trödelgewerbes nur solchen Personen gestattet werden, von deren Zu-

verlässigkeit in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb die Behörden sich überzeugt haben, und diese Zuverlässigkeit kann der Ehefrau eines wegen Fehlerei oder ähnlicher Vergehen Bestraften, sofern sie in ähnlicher Gemeinschaft, wenngleich unter ihrem Namen, das Gewerbe betreiben will, fehlen, auch wenn sie selbst wegen solcher Vergehen nicht bestraft ist. In solchen Fällen hat daher die Behörde, welcher die Entscheidung über die Zuverlässigkeit des beabsichtigten Gewerbebetriebes zusteht, die voraussichtliche Einwirkung des bestraften Ehemannes auf die Geschäftsführung der Ehefrau zu berücksichtigen, und nach Befinden auch der letzteren zur Sicherstellung der in Betracht kommenden polizeilichen Interessen die nachgesuchte Conzeßion zu verweigern.

Die Bestimmungen des Trödel-Reglements für die dortige Stadt vom 26. Januar 1796 sind zwar durch Art. 1 §. 57 l. c. nur in so weit in Wirksamkeit erhalten, als sie nicht schon vor Verkündigung des gedachten Gesetzes, insbesondere durch §§. 15, 49 und 190 der N. G.-O. aufgehoben waren; zu den nicht aufgehobenen Vorschriften gehören aber die Bestimmungen, nach welchen Trödler über ihre Ein- und Verkäufe ein Buch zu führen, und bei ihrem Geschäftsbetriebe auch sonstige polizeiliche Anordnungen zu befolgen haben, welchen nur des Lesens und des Schreibens kundige Personen nachkommen können. Die Kenntniß des Lesens und des Schreibens bildet daher eine Voraussetzung der geschäftlichen Zuverlässigkeit, von welcher das Gesetz die Verstattung zum Betriebe jenes Gewerbes abhängig macht.

(Erlaß d. Minist. f. Handel p. p. v. 18. November 1861. Nr. IV. 9350. — ungedr. —)

Für Berlin sind in Betreff des Betriebes des Trödler-Gewerbes nachstehende Bestimmungen gültig, in dem Reglement vom 26. Februar 1855 enthalten:

Für den Betrieb des Trödler-Gewerbes wird auf Grund der §§. 6 und 11 des Gesetzes vom 11. März 1850 (G.-S. 265 ff.) für den Polizeibezirk Berlin unter Aufhebung der Vorschriften vom 5. April 1849 verordnet, was folgt:

§. 1. Wer mit gebrauchten Kleidern oder Betten, mit gebrauchter Wäsche oder altem Metallgeräth (nunmehr auch Metallbruch) Handel treiben will, bedarf dazu nach §. 49 der N. G.-O. vom 17. Januar 1845 und §. 68 der Verordnung v. 9. Februar 1849 der polizeilichen Erlaubniß, welche nur völlig unbescholtenen und zuverlässigen Personen ertheilt wird.

§. 2. Jeder Trödler muß ein nach beigefügtem Schema*) angelegtes, foliirtes und vom Polizei-Präsidium gestempeltes Buch über seinen Ein- und Verkauf führen, und in die betr. Rubriken, bei den einzelnen Gegenständen den Tag des Einkaufs, den Einkaufspreis, Namen, Stand und Wohnung des Verkäufers, sowie den Tag, an welchem der Trödler die Waare verkauft, und den Verkaufspreis deutlich eintragen.

Jeder eingekaufte Gegenstand muß mit einer mit der laufenden Nummer übereinstimmenden Bezeichnung versehen sein.

§. 3. Der Trödler muß vor Abschluß des Ankaufs der von ihm zu verhandelnden Waare gewissenhaft prüfen, ob der, mit welchem er sich in ein Kaufgeschäft einlassen will, auch zur Verfügung über die Sache berechtigt ist.

§. 4. Schöpft der Trödlcr beim Ankauf einer Sache Verdacht, daß dieselbe entwendet sei, so muß er den Ankauf nicht allein von der Hand weisen, sondern die Sache anhalten, und dem Vorstand des Polizei-Reviers zur weiteren Veranlassung abliefern.

§. 5. Von denjenigen Sachen, deren Entwendung im Polizeiberichte durch das Intelligenzblatt bekannt gemacht wird, muß der Trödler unbedingte Kenntniß nehmen.

Werden ihm solche Sachen angeboten, so muß er mit denselben auf die im § 4 vorgeschriebene Weise verfahren. Dies gilt auch in Betreff der Sachen, welche in den ihm von der Behörde beglaubigten und besonders zugestellten Verzeichnissen gestohlener Sachen enthalten sind.

§. 6. Gegenstände, von welchen der Trödler weiß, daß sie mit Personen oder Thieren in Berührung gekommen sind, die an ansteckenden Krankheiten litten, dürfen nur angekauft werden, nachdem sich der Trödler von deren vorschriftsmäßig erfolgter Desinfection überzeugt hat.

§. 7. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§. 1, 2, 3 und 4 werden, wenn nach den Strafgesetzen keine höheren Strafen

*) Schema eines Tröbler-Buches:

Kaufende Nummer.	Gegen- stand.	Tag des Ein- kaufs.	Name, Stand und Wohnort des Ver- käufers.	Einkaufs- preis. Thl. Sg. Pf.	Tag des Ver- kaufs.	Verkaufs- preis. Thl. Sg. Pf.	Bemerkun- gen.

berwirkt sind, mit Geldbuße bis zu 10 Thln. oder im Unvermögens-
falle verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe gerügt. Außerdem hat der Tröd-
ler in den vorangegebenen Fällen, sowie bei wiederholter Uebertretung
der übrigen Vorschriften dieser Verordnung, wenn daraus der Mangel
der erforderlichen und bei Ertheilung der Concession vorausgesetzten
Eigenschaften erhellt, die Entziehung der ihm ertheilten Concession zu
gewärtigen.

Die letztere Bestimmung ist durch §. 71 des Gesetzes vom
22. Juni 1861 aufgehoben, wonach die Befugniß zu diesem
Gewerbebetriebe nicht mehr im Verwaltungswege, sondern nur
durch richterliches Erkenntniß, und zwar wegen wiederholter
Verletzungen der den Betrieb dieses Gewerbes betreffenden
Vorschriften, entzogen werden kann.

Auch hier sind noch die §§. 237 und 238 des Strafgeset-
buches, die Fehlerei betreffend, zu bemerken.

4. Vermittelung von Geschäften und Abfassung von Schriftsätzen.

Die Befugniß zum kaufmännischen Gewerbebetriebe um-
faßt keinesweges auch die zur Vermittelung jeder Art von Han-
delsgeschäften, da im vorstehenden Paragraphen weder zu Gun-
sten der Kaufleute, noch auch in Beziehung auf die Vermitte-
lung von kaufmännischen Geschäften eine Ausnahme von den
verordneten Erfordernissen gemacht ist.

Die Befugniß zur Vermittelung kaufmännischer Geschäfte
ist dagegen durch §. 1308 Tit. 8. Th. II. A. L. N. ausschließ-
lich den gesetzlich bestellten Mäklern vorbehalten. Wenn man
annimmt, daß das kaufmännische Gewerbe alle Arten von Com-
missions- und Procura-Geschäften in sich schließe, so wird hierbei
der sogenannte Commissionshandel mit dem Betrieb von
Commissionsgeschäften verwechselt. Zwischen beiden Arten
von gewerblicher Beschäftigung besteht der wesentliche Unter-
schied, daß der Commissionshändler bei der Veräußerung
der ihm zum Verkauf in Commission gegebenen Waaren, dem

Doehl, Concessionswesen.

9

Käufer gegenüber, als Verkäufer auftritt, während das Geschäft des Commissionairs (Betrieb von Commissionsgeschäften) sich auf die Vermittelung von Geschäften zwischen anderen Personen beschränkt, welche selbst mit einander abschließen.

Nach Vorstehendem ist also der Kaufmann als solcher keinesweges befugt, kaufmännische Geschäfte zu vermitteln. Vermittelt er solche Geschäfte gewerbsweise zwischen Kaufleuten, so verfällt er nach der in der Circular-Verfügung vom 31. Januar 1836 ertheilten Belehrung in die Strafe, welche schon §. 1308 Tit. 8 Th. II. A. L.-R. für den unbefugten Betrieb angedroht hat, und welche durch §. 177 der Gewerbe-Ordnung festgesetzt ist. Vermittelt er gewerbsweise Geschäfte, bei denen nur ein oder gar kein Kaufmann theilhaft ist, oder gehört das vermittelte Geschäft nicht zu den kaufmännischen, so ist er als Commissionair zu betrachten und seine Befugniß zu der betreffenden Geschäftsvermittlung nach §. 49 l. c. zu beurtheilen. (cf. Verfügung des Min. der Finanzen vom 4. October 1847, M.-B. 263.)

Ueber die Concessionirung von Frauenpersonen zum Betriebe von Concessionsgeschäften spricht das Rescript des Min. des Innern und der Polizei vom 27. Mai 1837. (v. R. Ann. Bd. XXI. S. 212.)

In Betreff der Verfertiger von schriftlichen Aufträgen für Andere gegen Entgelt (Concipienten) bestimmt der Circular-Erlaß des Min. für Handel u. vom 5. März 1858, M.-B. 48.)

In dem Falle, wo es sich um Abfassung schriftlicher Aufträge jeder Art, also auch in gerichtlichen Angelegenheiten handelt, empfiehlt es sich, daß die Verwaltungsbehörde zunächst mit dem betreffenden Gericht in Communication trete, damit die von letzteren etwa zur Sprache kommenden Verhältnisse vor der Beschlußfassung zur sorgfältigen Erwägung kommen.

Diese auf §. 68 der Verordnung vom 9. Februar 1849 gestützte Anordnung ist nach erfolgter Aufhebung der gedachten

Bestimmungen nicht mehr maßgebend. Daneben kommt aber, gegenüber den häufigen Gesuchen um Ertheilung einer polizeilichen Erlaubniß zur Anfertigung von Prozeßschriften oder zum Auftreten als Rechtskonsulent in Erwägung, daß die Verwaltungsbehörden nicht befugt sind, die Antragsteller zur Ausübung von Functionen zu ermächtigen, welche nach den Vorschriften der Prozeßgesetze nur den Rechtsanwälten zustehen. Demzufolge, und da die Entscheidung über die Zulässigkeit der von einem Conciptenten angefertigten Prozeßschriften den Gerichten zu überlassen ist, haben die Verwaltungsbehörden fortan in den für den Betrieb des Conciptentengewerbes auszufertigenden Concessionen die Abfassung von Schriftsätzen in gerichtlichen Angelegenheiten weder auszuschließen, noch zu erwähnen, sondern mit Vermeidung jeder näheren Bezeichnung des Gegenstandes der Aufsätze, die Concession in allen Fällen dem Wortlaute des Gesetzes entsprechend, lediglich „zur gewerbsmäßigen Abfassung von Schriftsätzen für Andere“ zu ertheilen.

Den Umfang dieses Gewerbebetriebes anlangend, so ist hierüber nachstehender Bescheid zu bemerken:

Wer, der Vorschrift im §. 22 der A. G.-O. gemäß, von seiner Absicht, den Betrieb eines stehenden Gewerbes zu beginnen, der Communalbehörde des Ortes, in welchem er dieses Gewerbe betreiben will, Anzeige gemacht und der Vorschrift im §. 23 l. c. entsprechend, über diese Anmeldung eine Bescheinigung erhalten hat, ist nach der Vorschrift im §. 59 l. c. nicht verpflichtet, sein Gewerbe bei der Communalbehörde jedes Orts von Neuem anzumelden, in welchem er nur einzelne, seinem Gewerbebetrieb angehörende Handlungen vornimmt.

Dieser Grundsatz findet auf den Gewerbebetrieb Derjenigen, welche aus der Vermittelung von Geschäften oder der Uebernahme von Aufträgen für Andere ein Gewerbe machen, volle Anwendung. Denn die Vorschrift im §. 49 l. c., nach welcher diesen Personen der Beginn des Gewerbes erst dann zu gestatten ist, wenn sich die zuständige Behörde von ihrer Zuverlässigkeit in Beziehung auf diesen Gewerbebetrieb überzeugt und die Erlaubniß zu demselben ertheilt hat, setzt eine Beschränkung nur in Beziehung auf die Erwerbung, nicht auf den Um-

fang der Gewerbe-Befugnisse fest. Wer diese Erlaubniß erhalten hat, ist daher nicht verpflichtet, dieselbe von Neuem nachzusuchen, wenn er an einem anderen Orte, ohne daselbst ein stehendes Geschäftsbüreau zu errichten, oder sonstige Einrichtungen zum fortgesetzten Betriebe zu treffen, Geschäfte vermittelt oder Aufträge ausführt.

Die entgegengesetzte, auf die Bestimmung im §. 68 der Verordnung vom 9. Februar 1849 begründete Auffassung der Königl. Regierung hat durch die inzwischen erfolgte Aufhebung dieser Bestimmung ihre Bedeutung verloren. Es ist deshalb ferner nicht zulässig, die auf Grund des §. 49 der N. G.-O. ertheilte Erlaubniß in der dem Gewerbetreibenden zu ertheilenden schriftlichen Concession räumlich zu beschränken.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die vorstehenden Grundsätze, wie sie aus den gesetzlichen Bestimmungen über den stehenden Gewerbebetrieb hergeleitet sind, nur auf solche gewerbliche Handlungen Anwendung finden, welche die Merkmale des stehenden Gewerbebetriebes besitzen. Wer außerhalb seines Wohnortes Geschäfte ohne vorgängige Bestellung vermittelt oder Aufträge aufsucht, betreibt ein Gewerbe im Umherziehen, und für einen solchen Gewerbebetrieb sind nach der Cirkular-Verfügung vom 6. August 1840 (M. B. 316) Gewerbebescheine nicht zu ertheilen.

(Minist.-Bescheid vom 23. October 1861. M. B. 243.)

Was die Agenten und Unteragenten für Versicherungs-Anstalten anbelangt, welche bisher gleichfalls einer polizeilichen Genehmigung bedurften, so bestimmt Art. III. des Gesetzes vom 22. Juni 1861:

Die §§. 7—11 und die auf diese Paragraphen bezüglichen Bestimmungen im §. 29 des Gesetzes über das Mobiliar-Versicherungs-Wesen vom 8. Mai 1837; die §§. 3 und 4 und die auf diese Paragraphen bezüglichen Bestimmungen in den §§. 5, 6 und 7 des Gesetzes, betreffend den Geschäftsverkehr der Versicherungs-Anstalten vom 17. Mai 1853 treten außer Kraft.

Dieselben haben also fernerhin eine besondere polizeiliche Erlaubniß für den Beginn ihres Gewerbes nicht mehr einzuholen, sondern nur den allgemeinen Anforderungen der §§. 16, 17, 19 ff. der Gewerbe-Ordnung zu genügen, welche den Beginn eines jeden stehenden Gewerbes bedingen. Danach bedürfen auch die erwähnten Agenten der im §. 23 l. c. vor-

geschriebenen Bescheinigung der Polizeibehörde des Wohnorts über die erfolgte Anmeldung des Gewerbes.

Außerdem soll nach der Schlußbestimmung, welche dem Art. I. §. 22 des Gesetzes vom 22. Juni a. c. beigelegt worden ist, jeder, welcher Versicherungen für eine Mobiliar- oder Immobilien-Feuer-Versicherungs-Anstalt als Agent oder Unteragent vermitteln will, gleichviel, ob er bereits ein anderes Gewerbe betreibt, oder nicht, vor der Uebernahme der Agentur, und derjenige, welcher dies Geschäft wieder aufgibt, oder welchem die Versicherungs-Anstalt den Auftrag wieder entzieht, innerhalb der nächsten acht Tage der Ortspolizeibehörde davon Anzeige machen. Die Unterlassung dieser Anzeige, durch welche die vorgeschriebene Ueberwachung des Geschäftsbetriebes der Feuer-Versicherungs-Agenten sichergestellt werden soll, ist im Artikel I. §. 176 l. c. mit gleicher Strafe bedroht, wie die Unterlassung der Anmeldung des Gewerbebetriebes bei der Communalbehörde.

Hinsichtlich der Concessionirung von Auswanderungs-Agenten bleiben die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Beförderung von Auswanderern, vom 7. Mai 1853 (G.-S. 49), welches durch das Gesetz vom 22. Juni a. c. nicht abgeändert ist, in Kraft.

Es ist hier ferner eines Gewerbes zu erwähnen, welches zwar nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen einer polizeilichen Genehmigung nicht bedarf, für welches aber durch Spezialbestimmungen in Berlin und anderen Städten dies Erforderniß angeordnet ist, nämlich:

5. Das gewerbsmäßige Halten von Pflegekindern unter vier Jahren.

Hierüber bestimmt die Verordnung des Königl. Polizei-Präsidii zu Berlin vom 8. März 1847 (republ. Amtsblatt 1851 S. 80):

Durch die Allerh. Cabinets-Ordre vom 30. Juni 1840, publicirt Amtsblatt Nr. 45, ist angeordnet, daß innerhalb des ganzen Polizei-Bezirks von Berlin die entgeltliche Annahme von Pflegekindern unter 4 Jahren von polizeilicher Genehmigung abhängig sein soll. Zugleich ist zur besonderen Fürsorge für solche Kinder hiersebst ein Verein zusammengetreten und bestätigt, welcher die Verpflegung derselben beaufsichtigt, und zu dem Ende in jedem Polizei-Revier einen Abtheilungs-Vorsitzenden hat. Um die bisher sehr wohlthätig gewesene Controлле dieses Vereins mehr als jezt zu sichern, wird hierdurch unter Aufhebung des früheren Publicandums v. 16. Dec. 1840 Folgendes verordnet:

§. 1. Diejenigen Personen, welche für Geld fremde, noch nicht 4 Jahr alte Kinder in Pflege nehmen wollen, müssen dazu polizeiliche Genehmigung nachsuchen.

§. 2. Diese wird nur solchen verheiratheten oder ledigen Personen erteilt, von welchen nach ihren persönlichen Verhältnissen und nach der Beschaffenheit ihrer Wohnungen eine Verwahrlosung des Pflegekindes nicht zu erwarten ist.

§. 3. Die Erlaubniß muß vor einem etwaigen Wohnungswechsel aufs Neue nachgesucht werden und wird im Falle einer üblen Behandlung des Kindes oder bei einer demselben nachtheiligen Veränderung der Umstände zurückgenommen.

§. 4. Zur Begutachtung der Gesuche um die Erlaubniß zur Annahme von Pflegekindern bedient sich das Polizei-Präsidium des oben gedachten Vereins.

§. 5. Allen durch Erkennungsarten legitimirten Mitgliedern des Vereins haben diejenigen Personen, welche um eine solche Erlaubniß eingekommen sind, oder die bereits ein Kind in Pflege haben, Zutritt in ihre Wohnungen zu gestatten, auf alle das Pflegekind betreffenden Fragen Auskunft zu erteilen, und dieses auf jedesmaliges Erfordern vorzuzeigen.

§. 6. Die an den Revier-Commissarius zu leistenden Meldungen von der Annahme oder dem Abgange eines solchen Pflegekindes muß die Pflegemutter jedesmal zuvor bei dem Abtheilungs-Vorsitzenden des Vereins in ihrem Revier zur Visirung vorlegen, und es darf ohne dessen Visa keine Meldung im Polizei-Bureau angenommen werden.

§. 7. Contraventionen gegen die Bestimmungen in §§. 5 und 6 werden mit einer Geldbuße bis zu 5 Thln. oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe belegt. Wer Pflegekinder ohne die erforderliche Erlaubniß des Polizei-Präsidii annimmt, oder sie bei einem Wohnungswechsel ohne Erneuerung dieser Erlaubniß behält, wird nach §. 177 der Allg. Gew.-Ordn. bestraft.

Die Concession ist stets nur für eine bestimmte Wohnung auszustellen und muß bei jedem Wohnungswechsel wieder nachgesucht werden, wobei die lokalen Verhältnisse von Neuem einer Erörterung durch den Aufsichts-Verein unterzogen werden.

6. Öffentliches Fuhrwesen.

Die Concessionirung der öffentlichen Fuhrwerke basirt auf dem Passus: „wer auf Straßen und öffentlichen Plätzen Fuhrwerk zu Jedermanns Gebrauch aufstellt.“ Es bestehen für dieselben keine allgemeinen, im ganzen Staat gültigen Bedingungen, sondern in jeder Stadt, wo dieser Gewerbebetrieb Platz greift, sind durch die Ortspolizei-Behörde auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 besondere lokalpolizeiliche Bestimmungen erlassen. Für Berlin sind dieselben in nachstehenden Verordnungen enthalten:

a. Inhaber öffentlicher Thorfuhrwerke.

1. Reglem. für das öffentliche Thorfuhrwerk vom 13. Juli 1843 nebst Tarif vom 31. Juli 1843, A.-B. 1843 S. 231.
2. Verordnung vom 31. Juli 1847, A.-B. 1847 S. 273.

In Folge höherer Bestimmung wird den öffentlichen Thorfuhrwerken unter Vorbehalt des Widerrufs hierdurch gestattet, bei ihren Fahrten auf der Charlottenburger Chaussee unterwegs zwischen den Halteplätzen Personen, welche die Mitfahrt begehren, gegen das tarifmäßige Fahrgeld mitzunehmen, sobald das Fuhrwerk noch nicht mit der vorgeschriebenen Personenzahl besetzt ist. Das Anrufen und Auffordern der Vorübergehenden bleibt nach wie vor untersagt, auch dürfen sie nicht länger halten, als das Aufsteigen eines Fahrgastes erfordert.

b. Omnibus-Fuhrwerk.

1. Polizei-Reglement für den Betrieb des Omnibus-Fuhrwerks vom 28. December 1850, A.B. 1851 Stück 3 Beil.
2. Polizeiliche Verordnung über den Betrieb des Omnibus-Personen-Fuhrwerks auf denjenigen Linien, welche mit einander in Verbindung stehen, vom 22. April 1851, A.-B. 1851 S. 125.

Grundgesetz vom 1. c. Droschken-Fuhrwerk.

1. Polizei-Reglement und Tarif für das Droschken-Fuhrwerk vom 5. Januar 1854, Int.-Bl. 1854, Nr. 9.
2. Polizei-Reglement betreffend das nächtliche öffentliche Straßenfuhrwerk vom 13. Mai 1852, A.-B. 1852 S. 220.

d. Miethsgondeln und Rähne.

1. Reglement für die Miethsgondeln und Rähne vom 31. Mai 1834, A.-B. 179.
2. Publicandum, betreffend die Ueberfahrt von Stralow nach Treptow am Fischzugstage, vom 1. August 1850, Int.-Bl. 1850 Nr. 100.

7. Dienstmanns-Institute und Dienstleute,

d. h. Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen ihre Dienste anbieten resp. durch Andere anbieten lassen. Lohnlakaien und Personen, welche ihre Dienste in Gasthäusern anbieten, bedürfen nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 22. Juni einer polizeilichen Erlaubniß nicht mehr. Es sind hier zu unterscheiden: Unternehmer der sogenannten Arbeiter-Nachweisungs-Bureaus, Dienstleute, welche auf Rechnung ersterer ihre Dienste anbieten, und selbstständige Dienstleute, welche dies für eigene Rechnung thun.

Es könnte hier zweifelhaft erscheinen, unter welche Kategorie der im §. 49 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 specificirten Gewerbe der Gewerbebetrieb der Dienstmannschaft zu bringen sei, ob es sich dabei um eine „Vermittelung von Geschäften und Uebernahme von Aufträgen“ oder um „ein Anbieten von Diensten auf Straßen und öffentlichen Plätzen“ handelt. Anfangs neigte man sich der ersten Alternative zu; und kam bei dieser Auffassung zu dem Resultate, daß nicht bloß der Unternehmer eines Dienstmannschafts-Institutes, sondern auch jeder einzelne Dienstmann einer

besonderen polizeilichen Concession bedürfe, ein Erforderniß, welches bei den nicht selbstständig auftretenden Dienstmännern aus §. 61 der Gewerbe-Ordnung*) herzuleiten sein würde.

In neuerer Zeit sind indessen gewichtige Zweifel und Bedenken gegen die Richtigkeit dieses Verfahrens entstanden.

Das Kriterium der Vermittelung ist das, daß zwischen zwei Contrahenten durch einen dritten, die Mittelsperson, ein Rechtsgeschäft zu Stande gebracht wird. Dies Kriterium kann bei dem Institute der Dienstmannschaft allerdings zutreffen, aber nur in dem, voraussichtlich fast nie in Praxis eintretenden Falle, daß Jemand sich an den Unternehmer oder den einzelnen Dienstmann mit dem Auftrage wendet, für ihn außerhalb des Dienstmannschafts-Institutes liegende Arbeitskräfte oder dergleichen zu besorgen. Will ein Unternehmer oder ein einzelner Dienstmann solche Aufträge übernehmen, so wird er dazu allerdings eine polizeiliche Concession als Commissionär nöthig haben.

Regel bleibt jedenfalls, daß das theilhaftige Publikum sich direct und unmittelbar entweder an den wendet, der den betreffenden Auftrag selbst ausführt, d. h. den auf der Straße dazu bereit stehenden Dienstmann, oder an den Unternehmer, welcher ihn durch die dazu engagierten Dienstleute seines Institutes ausführen läßt. In beiden Fällen tritt eine Vermittelung von Geschäften im Sinne des Art. I. §. 49 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 nicht ein, und die Concessionirung wird sich folgerecht darauf nicht richten dürfen. Es bleibt danach nur übrig, die Unternehmer von Dienstmanns-Instituten und resp. die einzelnen Dienstmänner selbst unter den Begriff derjenigen Personen zu subsumiren, welche auf öffentlichen

*) §. 61 der A. O.-D. lautet:

Die Befugnisse zum Gewerbebetriebe können durch Stellvertreter ausgeübt werden; diese müssen jedoch nicht nur für den selbstständigen Gewerbebetrieb im Allgemeinen, sondern auch den für das in Rede stehende Gewerbe insbesondere vorgeschriebenen Erfordernissen genügen.

Straßen und Plätzen ihre Dienste anbieten. Hinsichtlich derjenigen Dienstmänner, welche, ohne einem Institute beizutreten, ihr Gewerbe für eigene Rechnung selbstständig betreiben, wird dies keinem Bedenken unterliegen, da diese Personen offenbar recht eigentlich ihre (eigenen) Dienste anbieten. Zweifelhaft könnte es aber erscheinen, ob der Unternehmer eines Dienstmanns-Institutes, der meistens persönlich mit dem Publikum in gar keine Berührung tritt, sich vielmehr darauf beschränkt, die von ihm engagierten Dienstmänner auf der Straße aufzustellen, auch noch als ein solcher anzusehen ist, der seine Dienste auf der Straße anbietet.

Diese Frage ist zu bejahen.

Die bei Greirung der Dienstmannschafts-Institute zu Grunde liegende Idee ging ausgesprochener Maßen dahin, daß der betreffende Unternehmer dem Publikum Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, und demselben gegenüber die Verantwortlichkeit für die Leistungen seiner Arbeiter übernehmen will.

Das Publikum macht also in der That von den Diensten des Institutes, resp. des Unternehmers, Gebrauch, die ihm auf der Straße angeboten werden, daß der Unternehmer diese selbst, in Person, anbiete, ist eben so wenig gesetzliches Erforderniß, als von dem, welcher Transportmittel zu Jedermanns Gebrauch hält, also z. B. von einem Droschkenbesitzer, nicht gefordert werden kann, daß er seine Droschke stets selber fahre. Zudem kann selbstverständlich jeder Dienstmann, der in ein Institut eingetreten, als ein selbstständiger Gewerbetreibender im Sinne des §. 16 der A. G.-D.*) nicht gelten, eben so wenig als — um bei dem vorigen Beispiele stehen zu bleiben — ein

*) §. 16 der A. G.-D.:

Ein stehendes Gewerbe darf für eigene Rechnung und unter eigener Verantwortlichkeit (selbstständig) nur derjenige betreiben, welcher

a. dispositionsfähig, und

b. innerhalb Unserer Staaten einen festen Wohnsitz hat.

im Lohn eines Fuhrherrn stehender Droschkenkutscher, und schon deshalb scheint es bedenklich, demselben eine besondere Concession zu erteilen.

Am correctesten und mit den Gesetzesvorschriften überall im Einklang stehend, würde bei Behandlung der Dienstmannsachen dann verfahren werden, wenn nur von den Unternehmern sogenannter Dienstmanns-Institute (Arbeiter-Nachweisungs-Bureaus) und resp. von denjenigen Personen, welche das Gewerbe selbstständig auf eigene Rechnung betreiben wollen, eine auf Grund des Art. I. §. 49 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 zu erteilende polizeiliche Genehmigung erfordert, bei allen, nicht selbstständig dastehenden Dienstleuten aber von einer derartigen polizeilichen Mitwirkung vollkommen abgesehen würde.

Hiermit würde es sich allerdings wohl vereinigen lassen, daß jedem Unternehmer in der Concession zur Bedingung gemacht würde, nur solche Dienstleute zu engagiren, gegen deren Person die Polizeibehörde Nichts zu erinnern findet, um hierdurch dem Interesse des Publikums, wenn dies durch die Garantie, welche das Institut bietet, nicht hinlänglich gesichert erscheinen sollte, Rechnung zu tragen.

Nach den vorentwickelten Grundsätzen verfährt das Polizei-Präsidium zu Berlin bei Behandlung der einschlagenden Sachen, so daß Unternehmer von Dienstmanns-Instituten und solche Dienstleute, welche ihr Gewerbe auf eigene Rechnung ausüben, nach Prüfung ihrer Zuverlässigkeit in Bezug auf den Gewerbebetrieb eine formelle polizeiliche Erlaubniß (Concession) erhalten, die in den Instituten engagirten Personen aber mit einer Legitimationskarte versehen werden, welche einmal ihre Persönlichkeit feststellt, und sodann dem Publikum die Garantie gewährt, daß das betreffende Individuum im Allgemeinen als zuverlässig anzusehen sei.

Der vorentwickelten Ansicht ist auch das Kgl. Ministerium

des Innern in dem nachstehend angeführten Rescript vom 15. Januar 1862 beigetreten:

Was zunächst die Ressortfrage im Allgemeinen betrifft, so habe ich mich schon in der Verfügung vom 10. v. Mts. (II 13, 441) darüber ausgesprochen, daß nach dießseitigem und des Herrn Handelsministers Einverständnisse, welches durch das obige Schreiben von Neuem bekräftigt wird, hinsichtlich des gedachten Gewerbebetriebes lediglich der Geschäftsbereich des Ministerii des Innern eintritt.

Was sodann die Handhabung der Concessionspflichtigkeit des Dienstmannsgewerbes im Einzelnen anlangt, so erachte ich das bisherige Verfahren des Königl. Polizei-Präsidii im Wesentlichen für gerechtfertigt und zweckmäßig und trete auch der neuesten Auffassung desselben bis auf einen Punkt bei.

Es ist zunächst nicht zweifelhaft, daß diejenigen Dienstmänner, welche das öffentliche Anbieten ihrer eigenen Dienste „für eigene Rechnung und Verantwortlichkeit“ (§. 16 A. G.-O.) ausüben, als selbstständige Gewerbetreibende der im §. 49 der A. G.-O. vorgeschriebenen polizeilichen Erlaubniß bedürfen.

Es kann ebensowenig zweifelhaft sein, daß, wenn solche Personen sich veranlaßt finden sollten, für den Betrieb ihres Gewerbes Gehülfen zu halten, sie hierzu ebenso befugt sein würden, wie jeder andere selbstständige Gewerbetreibende (§. 125 A. G.-O.) Diese Gehülfen, weil sie eben nicht „für eigene Rechnung und unter eigener Verantwortlichkeit“ betreiben, (§. 16 a. a. O.) unterliegen dann auch nicht der gewerbepolizeilichen Erlaubniß des §. 49.

In dieser rechtlichen Lage der Sache kann dadurch Nichts geändert werden, wenn Personen, welche als Unternehmer des Gewerbes öffentlicher Anbieten von Diensten auftreten, diese Dienste nicht unmittelbar selbst mit ihren körperlichen Arbeiten verrichten, sondern durch die von ihnen dazu angenommenen Leute „für ihre Rechnung und unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit“ verrichten lassen. Sie selbst bedürfen für ihre selbstständigen Gewerbe: Ausübung der polizeilichen Erlaubniß auf Grund des §. 49 A. G.-O., dagegen sind die in ihrem Geschäft unter ihrer Verantwortlichkeit arbeitenden Dienstmänner nur als ihre Gehülfen anzusehen und daher nicht der ebengedachten Gesetzesvorschrift unterworfen.

Daraus folgt aber nicht, daß die Auswahl dieser Gehülfen, der unselbstständigen Dienstmänner, jeder polizeilichen Ueberwachung entzogen ist.

Im Gegentheil hat die Allg. Gew.-Ordnung in den Bestimmungen

über die Ausübung der Gewerbebefugnisse Tit. III §. 59*) für das Anbieten von Diensten auf Straßen oder an anderen öffentlichen Orten noch eine besondere polizeiliche Erlaubniß, neben der im §. 49 vorgesehenen gewerbepolizeilichen Genehmigung vorbehalten.

Das Gesetz überweist diese, aus dem §. 59 hervorgehende Kontrolle nicht einfach denjenigen Behörden, welche im §. 49 genannt sind, sondern erklärt sie für ein Attribut der Ortspolizeibehörde und setzt diese dadurch in die Lage, alle Rücksichten, welche die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung erheischen, bei dem gewerblichen Verkehre auf den Straßen zur Geltung zu bringen.

Hierdurch ist denn auch die gesetzliche Befugniß gegeben, den Unternehmern der Dienstmanns-Institute die Einholung einer polizeilichen Legitimation für die von ihnen öffentlich aufzustellenden, dienst anbietenden Personen vorzuschreiben. Ist dies aber gesetzlich gerechtfertigt, so erscheint es nicht minder zweckmäßig, von einer solchen Maßregel Gebrauch zu machen, um dem Publikum jeden zulässigen Schutz gegen gefährliche und unzuverlässige Personen zu gewähren. Deshalb kann ich es nicht für gerathen erachten, nach dem Vorschlage des Königl. Polizei-Präsidii in Zukunft von dem Vorbehalte einer polizeilichen Erlaubniß für die unselfständigen Dienstmänner abzusehen.

Nach diesen Grundsätzen wolle das Königl. Polizei-Präsidium verfahren.

§. 24.

Unternehmern von Tanz- und Fechtschulen, Bade- oder Turn-Anstalten ist die nach §. 14 (§. 40 A. G.-D.) zu a. erforderliche Genehmigung erst dann zu ertheilen, wenn sie sich über ihre Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit ausgewiesen haben. (§. 50 A. G.-D.)

Der Begriff „Unbescholtenheit“ hat zu mehrfachen Mißdeutungen Veranlassung gegeben und die nachfolgende ministerielle Interpretation veranlaßt.

Der p. p. scheint davon auszugehen, daß, falls Jemand einmal seine Unbescholtenheit eingebüßt hat, er diese Eigenschaft auch im läng-

*) §. 59 d. A. G.-D. lautet:

Zum Feilhalten und Anbieten der gewerblichen Erzeugnisse oder Dienste auf Straßen oder an anderen öffentlichen Orten außer der gewöhnlichen Marktzeit oder außerhalb der zum Marktvorkehr bestimmten Plätze bedarf es der besonderen Erlaubniß der Ortspolizei-Obriegkeit.

sten Verlauf der Zeit und durch eine völlig vorwurfsfreie Führung nicht wieder gewinnen könne. Dieser Ansicht vermag ich nicht beizutreten. Wenn Jemand wegen kleinen Diebstahls zu dreiwöchentlichem Gefängniß verurtheilt worden ist, und darauf während des langen Zeitraums von 20 Jahren sich in jeder Beziehung untadelhaft geführt hat, auch bereits vor 18 Jahren rehabilitirt ist, so darf mit Grund angenommen werden, daß derselbe seine dauernde und vollständige Besserung erwiesen, und jenes Vergehen auch vor dem Richterstuhl der öffentlichen Moral gesühnt, dadurch aber seine Unbescholtenheit wieder hergestellt hat.

(Bescheid d. Minist. d. Inn. v. 25. October 1860. M.-B. 226.)

In Betreff der Unternehmer von Tanzschulen ist noch zu bemerken, daß nach dem Circular-Rescript des Minist. des Innern, der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten vom 5. Juli 1841 (M.-B. 218) die Regierungen ermächtigt sind, auch auf die Tanzlehrer, welche in der Instruction vom 31. Dezember 1839 zur Ausführung der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 10. Juni 1834 (M.-B. 1840 S. 94), betreffend die Beaufsichtigung der Privatschulen, Privat-Erziehungs-Anstalten, Privatlehrer, Hauslehrer und Erzieherinnen, nicht ausdrücklich genannt sind, die Bestimmungen derselben anzuwenden, und solche demgemäß, falls sie nicht schon bei öffentlichen Schulen angestellt sind, anzuhalten, daß sie nach den §§. 14 und 15 (vergl. zu §. 17) den Erlaubnißschein zur Ertheilung von Privat-Unterricht nachsuchen.

Im Uebrigen vergl. in Betreff der im vorstehenden Paragraphen benannten Institute §. 14.

§. 25.

Die Geschäfte der Bau-Conducteure, Feldmesser, Nivelirer, Marktscheider, Auktionatoren, See- und Binnenlootsen, Makler, Dispocheurs und Gesinde-Vermiether dürfen nur von denjenigen Personen betrieben werden, welche als solche von den verfassungsmäßig dazu befugten Staats- oder Communal-Behörden oder Corporationen aufgestellt oder concessionirt sind. (§. 51 A. G.-D.)

§. 26.

Ein Gleiches gilt von denen, welche den Feingehalt edler Metalle oder die Beschaffenheit, Menge oder richtige Verpackung von Waaren irgend einer Art feststellen, von Güterbestätigern, Schaffnern, Wägern, Messern, Braukern, Schauern, Stauern u. s. w., sowie von denjenigen, welche ein Gewerbe daraus machen, Leichen zu reinigen und anzukleiden, oder die zur Bestattung von Leichen erforderlichen Geräthschaften und Wagen zu halten. (§. 52 N. G.-D.)

Die bisherigen Vorschriften über die Befähigung der vorbezeichneten Personen, über die Zahl, sowie den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen derselben bleiben ferner in Kraft. Jedoch wird den Ministerien vorbehalten, die nöthigen Abänderungen und Ergänzungen zu treffen.

Auch sind die Ministerien befugt, da, wo über die Anstellung und den Geschäftsbetrieb dieser Personen keine Vorschriften bestehen, solche zu erlassen. (§. 53 N. G.-D.)

An Stelle der Bau-Conducteure sind die für den Staatsdienst befähigten Baumeister (cf. §. 18) getreten. Die Prüfung der Feldmesser und Nivelirer erfolgt nach dem Reglement vom 8. Juli 1835 (v. R. Ann. Bd. XVII. S. 269). Das Befähigungszeugniß ist von der technischen Bau-Deputation zu erteilen (Allerhöchster Erlaß vom 14. Januar 1850, G.-S. 13). Die sonstigen Bestimmungen über ihren Gewerbebetrieb enthält das Reglement vom 1. December 1857 (M.-B. 1858 S. 81) und die Ausführung vom 6. Juni 1858 (M.-B. 220).

Ueber den Geschäftsbetrieb der außergerichtlichen Auktio-
natoren ist von dem Ministerium für Handel u. das Regle-
ment vom 15. August 1848 (M.-B. 305) erlassen; eine Nach-
tragsbestimmung ist unterm 21. December 1856 (M.-B. 1857
S. 29) erfolgt. Die hauptsächlichsten Vorschriften desselben
bestehen darin, daß die Auktionatoren unbescholten, streng recht-
lich und zum Geschäftsbetriebe befähigt sein. Sie haben eine
Caution zu bestellen, dürfen keine Handelsgeschäfte, namentlich

keine Schankwirthschaft oder Kleinhandel mit Getränken betreiben, erhalten einen bestimmten Geschäftsbezirk und eine besondere Erlaubniß der Regierung. Sie werden zuvor vorschriftsmäßig vereidigt, und bei Ordnungswidrigkeiten und Pflichtverletzungen darf die Ortspolizeibehörde wider sie Ordnungsstrafen bis zu dreißig Thalern verhängen, sofern nicht die Gewerbe-Ordnung höhere Strafen vorschreibt.

Ueber die Lootsen ist bereits zu §§. 19 und 20 gesprochen worden, in Betreff der Mäkler ist Nachstehendes zu bemerken:

Die ausschließliche Befugniß der öffentlichen und vereideten Mäkler in Betreff der Unterhandlung und Vermittlung von Geschäften beschränkt sich lediglich auf diejenigen Geschäfte, welche zwischen Kaufleuten unter einander verhandelt oder geschlossen werden, es wäre denn, daß gewisse Arten von Geschäften durch besondere Bestimmungen, ohne Rücksicht auf die Person der Betheiligten den Mäklern überwiesen wären oder überwiesen werden möchten.*) Soweit also durch dergleichen besondere Bestimmungen eine Ausnahme nicht begründet wird, können solche Geschäfte, bei denen nur ein oder gar kein Kaufmann betheiligt ist, auch von denjenigen unterhandelt und vermittelt werden, welche nach §. 23 (§. 49 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 und der A. G.=D.) ihr Gewerbe auf Grund polizeilicher Erlaubniß der Ortsobrigkeit oder des Kreislandraths betreiben (Commissionaire). (cf. Circular-Rescript des Minist. des Innern vom 31. Januar 1836 und Rescript des Minist. des Innern und der Finanzen vom 31. Juli 1846, M.=B. 143.)

Commissionen, Expeditionen, Factoreien für auswärtige Kaufleute darf kein Mäkler übernehmen (A. L.=N. Th. II.

*) In den vormals zum Großherzogthum Berg gehörig gewesenen Theilen der Rheinprovinz sind Mäkler auf vorgängige Autorisation des Handelsgerichts befugt, Waarenversteigerungen an der Börse vorzunehmen. (Allerh. Kab.=Ordre vom 6. December 1837, Ann. Bd. XXI, S. 1078.)

Tit. 8 §. 1325), auch darf keiner derselben unter der Bedingung der Uebernahme von Verpflichtungen zu Gunsten der abgetretenen Vorgänger angestellt werden. (Allerhöchster Erlass vom 11. August 1852 und Rescript des Minist. für Handel u. vom 23. August 1852, M.-B. 233.)

Die Ernennung der Mäkler in der Rheinprovinz steht dem Handelsministerio zu. (Allerhöchste Kabinetts-Ordnung vom 9. December 1822, G.-S. 1823 S. 2.)

In Betreff der Gesinde-Vermiether disponirt die Gesinde-Ordnung vom 8. November 1810:

Niemand darf mit Gesinde-Mäklern sich abgeben, der nicht dazu von der Obrigkeit des Ortes bestellt und verpflichtet worden ist. §. 13.

Vergleichen Gesinde-Mäkler müssen sich nach den Personen, die durch ihre Vermittelung in Dienste kommen wollen, sorgfältig erkundigen. §. 14.

Insonderheit müssen sie nachforschen, ob dieselben nach den gesetzlichen Vorschriften sich zu vermietthen berechtigt sind. §. 15.

Gesinde, welches schon in Diensten steht, müssen sie unter keinerlei Vorwand zu deren Verlassung und Annahme anderer Dienste anreizen. §. 16.

Thun sie dies dennoch, so müssen sie dafür das erstemal mit 5—10 Thlr. Geld- oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe angesehen, im Wiederholungsfalle aber noch außerdem von fernerer Treibung des Mäklergewerbes ausgeschlossen werden. §. 17.

Sie müssen den Herrschaften, die durch ihre Vermittelung Gesinde annehmen wollen, die Eigenschaften der vorgeschlagenen Personen getreulich und nach bestem Wissen anzeigen. §. 18.

Wenn sie untaugliches oder ungetreues Gesinde wider besseres Wissen als brauchbar oder zuverlässig empfehlen, so müssen sie für den dadurch verursachten Schaden haften. §. 19.

Außerdem verwirken sie dadurch, es mag Schaden geschehen sein oder nicht, für das erstemal 5—10 Thlr. Geld- oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe, und werden im Wiederholungsfalle von dem ferneren Betreiben des Mäklergewerbes ausgeschlossen. Diese Ausschließung findet selbst bei dem ersten Male statt, wenn sie den Schaden zu ersetzen unermögend sind. §. 20.

Polizei-Obrigkeiten, welche Gesindemäkler concessioniren, liegt zugleich ob, das Mäklerlohn nach den örtlichen Verhältnissen zu bestimmen und bekannt zu machen. §. 21.

Doehrl, Concessionärewesen.

Ferner ist hier noch zu bemerken die Instruction für Gefinde-Vermiethungs-Comtoire vom 22. März 1832, sowie das nachfolgende Rescript, das Gewerbe der Gefinde-Mäkler betreffend:

Nach den Vorschriften des Gew.-Polizei-Edictes vom 7. September 1811 scheint es zwar zweifelhaft, ob die Erlaubniß zum Betriebe des Gewerbes als Gefindemäkler auch aus anderen, als solchen Gründen versagt werden kann, welche die Persönlichkeit des Nachsuchenden betreffen. Entscheidend ist jedoch in dieser Hinsicht §. 13 der Gefinde-Ordnung vom 8. November 1810, welchem zufolge Niemand sich mit Gefindemäklern abgeben darf, der nicht dazu von der Ortsobrigkeit bestellt und verpflichtet worden. Denn hiernach sind die Gefindemäkler als öffentlich beglaubigte Personen, selbst als eine Art von Beamten zu betrachten, und sowohl hieraus, als aus dem Umstande, daß nach §. 21 der Gefinde-Ordnung die Polizeibehörden befugt und verpflichtet sind, das Mäklerlohn nach den örtlichen Verhältnissen, — wobei daher auch die Zahl der schon vorhandenen Gefindemäkler berücksichtigt werden kann, — zu bestimmen und bekannt zu machen, ergibt sich, daß das Gefindemäklern in keiner Art als ein ganz freies, oder auch nur von dem Nachweise persönlicher Fähigkeit allein abhängiges hat betrachtet werden sollen, sondern daß die Frage über die Zulässigkeit eines solchen Gewerbebetriebes ganz von dem Ermessen der Behörde abhängig gemacht werde.

Hierin hat das Gewerbe-Polizei-Edict nichts geändert, vielmehr nur die Bestimmung, daß die Gefindemäkler jährlich von Neuem ein Zeugniß über die Zulässigkeit des Fortbetriebes ihres Gewerbes beizubringen haben, hinzugefügt, und die Regel aufgestellt, daß denjenigen, welche das in Rede stehende Gewerbe schon betrieben, das Zeugniß nicht ohne besondere Gründe versagt werden darf, die Frage aber, aus welchen Gründen die Polizeibehörde die Erlaubniß zum Anfange des Gewerbes verweigern kann, ganz unberührt gelassen.

Unter diesen Umständen waltet daher um so weniger ein Bedenken ob, bei den Gesuchen derjenigen, welche das Gewerbe als Gefindemäkler erst beginnen wollen, außer den persönlichen Eigenschaften auch die Zahl der bereits vorhandenen Gefindemäkler zu berücksichtigen, als aus einer unbegrenzten Vermehrung dieser Art von Gewerbetreibenden allerdings manche erhebliche Nachtheile entstehen können.

(Circ.-Rescr. d. Min. d. Inn. v. 26. Mai 1824. v. R. Ann. Bd. XI. Nr. 140.)

Die ferner im §. 26 aufgeführten Gewerbe sind nicht von allgemeinem Interesse, insofern dieselben nur Bezug auf den Kaufmannsstand haben, auch die Personen, welche solche ausüben, speciell von der Corporation der Kaufmannschaft angestellt werden. Im Uebrigen siehe hierüber A. L.-R. Th. II. Tit. 8 §§. 1320 ff.

Abschnitt II.

Besondere Bestimmungen.

§. 27.

Außer der Approbation bedürfen Apotheker, welche sich nicht im Besitze eines Realprivilegiums befinden, einer Concession des Ober-Präsidenten, in welcher der Ort und das Grundstück, wo das Gewerbe betrieben werden soll, bestimmt sein muß. (§. 54 A. G.=D.)

Zur Anlegung neuer Apotheken bedarf es demnach einer doppelten Concession, einmal einer persönlichen, welche durch die §. 16 (§. 42 A. G.=D.) näher bestimmte Approbation ausgesprochen wird, sodann einer sächlichen, welche nach vorgängiger Prüfung der Betriebsstätte und deren Einrichtungen von dem Ober-Präsidenten der Provinz ertheilt wird. Diese Approbation kann auch ausgeübt werden auf Grund eines Real-Privilegiums, d. h. einer Gerechtigkeit, welche auf einem bestimmten Grundstück haftet und in dessen Grundbuch eingetragen ist. Im Falle eines solchen Privilegii bedarf es der Concession des Ober-Präsidenten nicht. Im Uebrigen sind die Bestimmungen über Errichtung von Apotheken enthalten in der Apotheker-Ordnung vom 24. October 1811 (G.=S. 359) und in der Cirk.=Verf. des Minist. der geistlichen u. Angelegenheiten vom 13. Juli 1840 (M.=B. 310).

Ferner ist hier noch zu bemerken die Cirk-Verf. des Min. der geistlichen u. Angelegenheiten vom 31. September 1845 (M.=B. 301), welche bestimmt:

Der Kgl. Reg. wird auf die Anfrage vom 30. Juli d. J. eröffnet, daß durch die Bestimmung des §. 54 der A. G.-O., wonach Apotheker, welche sich nicht im Besitze eines Real-Privilegiums befinden, zum Betriebe ihres Gewerbes der Concession des Oberpräsidenten bedürfen, etwas Neues nicht festgesetzt, vielmehr nur das bisherige Verfahren hat bestätigt werden sollen, wonach die Concessionen zur Anlegung neuer Apotheken von dem Oberpräsidenten, diejenigen zur Fortführung bereits bestehender Apotheken von der Regierung ertheilt werden.

Durch das Ministerial-Rescript vom 15. December 1833 ist übrigens die Eintheilung der Apotheker in zwei Klassen aufgehoben, und wird die Approbation nur solchen Pharmaceuten ertheilt, welche die für Apotheker I. Klasse vorgeschriebene Staatsprüfung abgelegt haben.

§. 28.

Hinsichtlich des Kleinhandels mit Getränken, sowie der Gastwirthschaft und Schankwirthschaft behält es bei den unterm 7. Februar 1835 (G.-S. 18) und unterm 21. Juni 1844 (G.-S. 214) ergangenen Bestimmungen mit der Maßgabe sein Bewenden, daß die Rücksicht auf bisherige ausschließliche Gewerbeberechtigung nicht weiter Statt findet, und daß an die Stelle der in jenen Bestimmungen angedrohten Strafen die des gegenwärtigen Gesetzes treten.

In der polizeilichen Genehmigung kann eine noch vor Ablauf des Kalenderjahres endende Frist bestimmt werden, innerhalb deren das Gewerbe bei Verlust der Befugniß zum Betriebe desselben begonnen werden muß. (§. 55 der A. G.-O.)

Das Edict vom 2. November 1810, welches eine allgemeine Gewerbefreiheit einführte, schrieb im §. 21 einschränkend vor, daß zu Gewerben, welche eine öffentliche Beglaubigung oder Unbescholtenheit erfordern, nur dann Gewerbebescheine ertheilt werden könnten, wenn die Nachsuchenden zuvor den Besitz der erforderlichen Eigenschaften auf die vorgeschriebene

Art nachgewiesen, und zählte unter Nr. 7 diesen Gewerbtreibenden bei:

Gast- und Schankwirths aller Art, einschließlich derer, die gewerbmäßig möblirte Zimmer halten, Schlafstellen vermietthen und sitzende Gäste haben.

Hiernach hing die Bewilligung der Erlaubniß zum Schank- und Gastwirthschaftsbetriebe lediglich von der persönlichen Qualifikation des Bewerbers ab, ohne daß auf die Zahl der entstehenden Schankstätten Rücksicht zu nehmen war.

Die Staats-Regierung erkannte indeß bald den nachtheiligen Einfluß, welchen die uneingeschränkte Zulassung solcher Stablissemments in mehrfacher Beziehung auf die Unterthanen haben müsse, und das Gesetz über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe schrieb daher im §. 55 vor:

Neue Schankstätten auf dem Lande können nur unter besonderer Genehmigung der Kreispolizei-Behörde angelegt werden. Diese Genehmigung wird nur insofern ertheilt, als sich die Polizei von der wirklichen Nützlichkeit einer solchen Anlage überzeugen kann; auf den bloßen Vortheil des Unternehmers kommt es dabei nicht an. Wer jedoch das Recht zum Brauen oder Brennen hat oder erhält, hat auch das Recht, das fabricirte Getränk innerhalb der Grenzen seines Hofraums im Detail zu verkaufen, nur darf er, wenn er nicht sonst das Recht hat, keine Gäste setzen.

Wie es in Absicht ländlicher Gasthofs-Anlagen*) und

*) Das unterscheidende Merkmal der Gastwirthschaft ist die Bestimmung und Einrichtung einer Anstalt zur Beherbergung Fremder und zur Verpflegung eintretender Gäste. (Allg. Land-Recht Th. II. Tit. 8 §§. 434, 436.) Wer die Erlaubniß zur Gastwirthschaft erhalten, hat auch die Befugniß, Getränke an sitzende Gäste, wenn selbige auch nicht bei ihm logiren, auszuschenken. (Cirk.-Rescript des Min. des Innern vom 7. Januar 1823, v. R. Ann. S. 164.) Die Ausschließung des Branntwein-Debits in Concessionen zum Gastwirthschaftsbetriebe ist unzulässig. (Rescript des Min. des Innern vom 10. Februar 1859, M.-B. 98.)

rücksichtlich neuer Gast- und Schankwirthschaften in den Städten zu halten sei, darüber sprach sich die citirte Gesetzesstelle nicht aus. Da jedoch das Edict vom 7. September 1811 weiterhin folgende allgemeine Bestimmungen enthielt:

§. 131. Gast- und Schankwirths jeder Art müssen, sie mögen das Gewerbe bisher schon betrieben haben oder von Neuem beginnen, jedesmal bei Lösung des Gewerbescheines ein nicht über vier Wochen altes Zeugniß der öffentlichen Polizeibehörde beibringen, daß ihnen die Anstellung oder Fortsetzung ihres Gewerbes für das nächste Jahr gestattet sei.

§. 132. Dies Zeugniß soll jedoch denen nicht verjagt werden, welche ein solches Gewerbe bisher rechtlich betrieben und zu keinen begründeten Beschwerden Veranlassung gegeben haben.

§. 133. Die Ausfertigung dieses Zeugnisses für diejenigen, die ein solches Gewerbe von Neuem anfangen, bleibt dagegen gänzlich polizeilichem Ermessen anheimgestellt, und soll wegen dessen Verweigerung nur Refurs an die obere Polizeibehörde stattfinden.

so erklärte das Königl. Ministerium des Innern und der Polizei in einem Circular-Rescript vom 7. Januar 1823 (v. R. Ann. S. 164), daß die Ertheilung des vorschriftsmäßigen Polizei-Attestes zum Beginn eines der im §. 131 l. c. benannten Gewerbe auch in den Städten nicht bloß von der persönlichen Qualification des Impetranten, sondern zugleich auch davon abhängig sei, ob es überhaupt nach den jedesmaligen polizeilichen Verhältnissen und nach Maßgabe des polizeilichen Bedürfnisses zulässig und angemessen erscheine, die neue Anlage zu genehmigen.

Von da ab wurde die Vorschrift des §. 55 l. c. ohne Unterschied auf Gasthofs- und gewöhnliche Schank-Anlagen in Städten und auf dem Lande angewendet.

Durch Rescript vom 30. April 1833 autorisirte zwar das

Königl. Staats-Ministerium die Behörden in den Städten, fortan jedem persönlich qualificirten Bewerber ohne Rücksicht auf das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Bedürfnisses den Schankbetrieb zu erlauben, da §. 55 des Edicts vom 7. September 1811 nach seiner wörtlichen Disposition nur auf dem Lande die Genehmigung zu neuen Schank-Anlagen von deren Nützlichkeit abhängig mache; allein nachdem des Königs Majestät bei Gelegenheit eines Specialfalles sich dahin ausgesprochen hatten:

„daß bei jeder Nachsuchung der Concession zur Anlage einer Schankstätte durch die betreffende Polizeibehörde eine gründliche Prüfung, ob das dringende Bedürfniß einer solchen Anlage vorhanden sei, veranlaßt, und die Ertheilung der Concession in jedem vor kommenden Falle auf die Nachweisung dieses wirklichen Bedürfnisses und überhaupt soviel als möglich beschränkt werden solle,“

trat auch die allgemeine Geltung des §. 55 l. c. wieder ein.

Ueber die Anwendung und Ausführung dieser und der damit in Verbindung stehenden Gesetzesstellen ertheilte das vorerwähnte Cirkular-Rescript vom 7. Januar 1823 specielle Vorschriften, die durch vielfache nachfolgende Ministerial-Erlasse ergänzt und erläutert wurden.

In Absicht des Getränkehandels galt als Grundsatz, daß Schänker, Gastwirthe und Getränkefabrikanten in den Städten und auf dem Lande, desgleichen eigentliche Materialwaarenhändler in den Städten diesen Handel uneingeschränkt betreiben dürften. (Rescript vom 15. August 1828, v. R. Ann. S. 772.)

Dagegen verordnete die Kabinetts-Ordre vom 28. October 1827, G.-S. 1827 S. 174:

„daß vom 1. Juli 1828 an in allen Landestheilen, in welchen das Gewerbe-Polizei-Gesetz vom 7. September 1811 zur Anwendung komme, den Victualien-,

Kram- und Materialwaarenhändlern auf dem Lande, sie möchten sich daselbst schon angekehrt haben oder künftig ansetzen, der Handel mit Getränken nur auf Genehmigung der Kreispolizeibehörde (Landräthe) gestattet und diese Genehmigung nur unter denselben Bedingungen erteilt werden solle, unter welchen nach der Bestimmung in §. 55 l. c. die Einrichtung einer neuen Schankstätte zulässig sei."

Hierzu erging das Rescript des Königl. Minist. des Innern und der Finanzen vom 29. September 1829 (v. R. Ann. S. 613) wonach die Cabinets-Ordre vom 28. October 1827 unbedingt auf diejenigen ländlichen Victualien-, Kram- und Materialwaarenhändler Anwendung findet, welche sich in die Gewerbesteuerrolle als den Handel mit kaufmännischen Rechten betreibend, aufnehmen lassen, nicht nur weil die gedachte Cabinets-Ordre ganz allgemein gefaßt ist, sondern auch weil den Krämern in den Dörfern nach §. 486 Th. II. Tit. 8 des Allgemeinen Landrechts die Rechte von Kaufleuten nicht zustehen.

Bei der nicht durchgängigen Uebereinstimmung der von den höheren Behörden ausgesprochenen Ansichten, namentlich in Beziehung auf Ertheilung, Versagung und Zurücknahme der polizeilichen Erlaubniß zum Beginn der Gast- und Schankwirtschaft, sowie des Getränkehandels, und bei dem Mangel der für einzelne Bestimmungen nöthigen legislativen Sanction, fehlte es in mehrfacher Hinsicht an festen Grundsätzen. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes erging daher unterm 7. Februar 1835 die nachstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre, welche das in der Sache zu beobachtende Verfahren definitiv normirte, und in ihren Hauptgrundsätzen noch jetzt gesetzliche Kraft hat.

Zur Herstellung eines gleichmäßigen Verfahrens der Behörden in Betreff der Gestattung des Kleinhandels mit Getränken auf dem Lande und des Gast- und Schankwirtschaftsbetriebes will Ich für alle Theile der Monarchie hierdurch Folgendes festsetzen:

1. Wer auf dem Lande einen Kleinhandel mit Getränken, oder in den Städten wie auf dem Lande Gast- oder Schankwirtschaft

betreiben will, oder überhaupt zubereitete Speisen oder Getränke zum Genuß auf der Stelle gegen Bezahlung verabreichen will, bedarf dazu eines auf seine Person und auf ein bestimmtes Local lautenden polizeilichen Erlaubnißscheines*).

2. Dieser Erlaubnißschein ist in den Städten von der Orts-Polizeibehörde nach vernommenem Gutachten der Communalbehörde, sowie außerhalb der Städte und ihres Polizeibezirkes nach vernommenem Gutachten der Orts-Polizei- und Communalbehörde von dem Kreislandrathe stempel- und sportelfrei**) zu erteilen, und darf jederzeit nur für ein Kalenderjahr ausgestellt, kann aber von der ausstellenden Behörde von Jahr zu Jahr durch einen darauf zu setzenden Verlängerungsvermerk erneuert werden.
3. Die Erlaubniß zum Beginn der zu 1 gedachten Gewerbe soll in allen Fällen versagt werden, wenn
 - a. die Persönlichkeit, die Führung und die Vermögensverhältnisse des Nachsuchenden nach dem Urtheile der Ortspolizeibehörde

*) Zum Kochen und zum Verkauf zubereiteter Speisen über die Straße bedarf es einer polizeilichen Erlaubniß nicht.

(Rescr. des Königl. Min. für Handel u. vom 22. Juli 1849. IV. 8502. Ungebruckt.)

Die Anlegung von Conditoreien hängt von polizeilicher Genehmigung ab, wenn hiermit der gläserweise Ausschank von Getränken verbunden sein soll.

(Rescr. vom 13. August 1835 ad 7 und 8, v. R. Ann. S. 253.)

Ueber den Verkauf von Speisen und Getränken in nicht bestimmten Lokalen, z. B. bei Jahrmärkten, Schützenfesten, Truppenzusammenziehungen u. vergl. Rescr. des Minist. für Handel u. vom 23. Juni 1849. IV. 7262 — ungebruckt — Rescr. des Finanz-Min. vom 28. Juni 1856, M.-B. 215, Rescr. vom 28. Februar 1835, 17. September 1837 und 26. März 1839, v. R. Ann. S. 822 und 220, Rescr. des Finanz-Minist. vom 9. Juni 1845, M.-B. 182, und vom 11. April 1841, M.-B. 137.

**) Gesuche um Ertheilung von Schank-Concessionen u., sowie diese selbst und die auf die betreffenden Anträge ergehenden Bescheide sind für stempel-pflichtig nicht zu achten, dagegen aber Bescheide auf unbegründete Beschwerden über die Versagung solcher Concessionen nach Maßgabe der Tarifposition „Ausfertigungen zum Stempelgesetz vom 7. März“ 1822 auf Stempelpapier zu erteilen.

(Rescr. des Minist. für Handel u. vom 1. October 1850 IV. 12,948. — Ungebruckt.)

nicht genügende Bürgschaft eines ordnungsmäßigen Gewerbebetriebes gewähren, oder

- b. wenn das zum Betrieb des Gewerbes bestimmte Local wegen seiner Beschaffenheit und Lage dazu nicht geeignet erscheint.
4. Die Erlaubniß zum Beginn des Kleinhandels mit Getränken auf dem Lande oder zur Anlegung städtischer oder ländlicher Schankwirthschaften, mit denen die Beherbergung von Fremden nicht verbunden ist, soll nur in solchen Fällen gestattet werden, in denen sich die Behörde von der Nützlichkeit und dem Bedürfniß der Anlage überzeugt hat. Wenn die Communalbehörde in ihrem Gutachten die Nützlichkeit und das Bedürfniß der Anlage nicht anerkennt, die Polizeibehörde oder der Landrath aber das Bedenken nicht begründet finden, so hat die Regierung definitiv darüber zu entscheiden. Eben dieses soll stattfinden, wenn die Communalbehörde aus behauptetem Mangel hinreichender Schankanstalten die Ertheilung einer neuen Concession in Antrag bringt, oder bevormundet, und die Polizeibehörde oder der Landrath dies Bedürfniß nicht anerkennen.
5. Behufs der Fortsetzung der zu 1. gedachten, bei dem Erscheinen dieser Verordnung bereits in Betrieb stehenden Gewerbe in dem nämlichen Locale soll denjenigen, welche diese Gewerbe zwar ohne einen den Vorschriften zu 1. und 2. entsprechenden Erlaubnißschein, aber doch rechtmäßig betrieben, die Ausstellung eines solchen Scheines für das laufende Jahr und künftig denjenigen, welche den Erlaubnißschein auf den Grund des bisherigen Gewerbebetriebes oder der Bestimmungen zu 3. u. 4. einmal erlangt haben, die Verlängerung desselben von Jahr zu Jahr nicht versagt werden, sofern sie bis dahin bei ihrem Gewerbebetrieb zu begründeten Beschwerden keine Veranlassung gegeben haben. Hat die Communalbehörde Beschwerde erhoben, welche die Polizeibehörde nicht für begründet hält, so ist die Sache zur Entscheidung der Regierung zu befördern.
6. Die Erlaubniß beschränkt sich jederzeit auf die Person der in den Scheinen genannten Gewerbetreibenden. Die Erben derselben oder die Erwerber ihrer Localien genießen hinsichtlich der Bestimmungen zu 3. u. 4. keinen Vorzug vor Anderen, welche die gedachten Gewerbe in einem neuen Locale beginnen wollen.
7. Ueber die Gründe zur Versagung des Erlaubnißscheines oder des Verlängerungsvermerkes ist die Polizeibehörde, abgesehen von der Einwirkung der Communalbehörde nur ihrer vorgeordneten Instanz nähere Auskunft zu geben schuldig.

8. Wer ein Gewerbe, zu welchem ein polizeilicher Erlaubnißschein erforderlich ist, ohne einen solchen Schein oder vor dem Anfang des Jahres, auf welches derselbe lautet, oder in einem anderen, als dem darin bezeichneten Locale beginnt, oder nach dem Ablaufe des Kalenderjahres fortsetzt, ohne einen neuen Erlaubnißschein oder den Verlängerungsvermerk auf dem früher erteilten erwirkt zu haben, verfällt in eine Geldbuße von fünf bis fünfzig Thalern oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe.

9. In denjenigen Landestheilen, in welchen ausschließliche Berechtigungen vorkommen, oder Realberechtigungen nach §. 54 des Edicts vom 7. September 1811 oder nach §. 6 des Gesetzes wegen Aufhebung der Zwangs- und Bannrechte in der Provinz Posen vom 13. Mai 1833 begründete Ansprüche der Krugsverlagsberechtigten noch zu berücksichtigen sind, bleiben die bestehenden Gesetze zwar nach wie vor in Gültigkeit, jedoch nur in soweit, als ihre Anwendung mit der obigen Bestimmung in Widerspruch steht, insbesondere kann auch von den Bestimmungen ad 3 niemals eine Ausnahme zu Gunsten einer Realberechtigung gemacht werden.

In Betreff der Ausführung der vorstehenden Cabinets-Ordre wurde unterm 13. August 1835 vom dem Ministerium des Innern und der Polizei die nachstehende Circular-Verfügung erlassen:

Ueber die in der Allerh. Cabinets-Ordre vom 7. Februar d. J. in Betreff des Kleinhandels mit Getränken auf dem Lande und des Betriebes der Gastwirthschaft und Schankwirthschaft überhaupt enthaltenen Bestimmungen sind ungeachtet der Vollständigkeit derselben bereits so viele Anfragen eingegangen, und es hat sich daraus hinsichtlich mehrerer Punkte eine so wesentliche Verschiedenheit der Ansichten ergeben, daß die unterzeichneten Ministerien sich veranlaßt finden, zur näheren Erläuterung der gedachten gesetzlichen Vorschriften folgendes festzusetzen:

1. Darüber, ob ein Ort im Sinne der Allerh. Cabinets-Ordre als Stadt zu betrachten, oder zum Lande zu rechnen, entscheidet in denjenigen Provinzen, in welchen die Städte-Ordnung vom 19. November 1808, oder die revidirte Städte-Ordnung vom 17. März 1831 Gesetzeskraft hat, der Umstand, ob daselbst die Städte-Ordnung eingeführt ist, oder nicht; in den übrigen Provinzen aber der Umstand, in welchem Stande der Ort bei den Provinzial-Landtagen repräsentirt wird.

2. Als Kleinhandel mit Getränken ist der Handel (Kauf zu Wiederverkauf) mit Wein, Branntwein oder anderen geistigen Getränken anzusehen, sobald letztere anders als in hölzernen Gebinden verkauft werden. *)

3. Damit aus der Bestimmung, daß die Erlaubnißscheine für das Land von den Kreislandräthen erst nach vernommenem Gutachten der Ortspolizei- und Communal-Behörde erteilt werden sollen, keine unnöthige Weiterungen und Belästigungen der Behörde erwachsen, ist darauf zu halten, daß in jedem Kreise bestimmte Regeln über den bei Anbringung und Begutachtung der Gesuche, Ertheilung und Ausreichung der Erlaubnißscheine oder der abschlägigen Bescheidungen zc. zu beobachtenden, möglichst zu vereinfachenden Geschäftsgang aufgestellt und zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden. Ein Gleiches muß hinsichtlich der Städte geschehen, in denen die Communalbehörde nicht zugleich mit der Verwaltung der Lokal-Polizei beauftragt ist.

Unter der Communalbehörde ist übrigens in allen Fällen die Behörde zu verstehen, welche die Communal-Angelegenheiten verwaltet, und eine Concurrenz der Stadtverordneten, Communal-Repräsentanten, Gemeinderäthe zc. findet nicht statt.

4. Damit die Behörde zu allen Zeiten übersehen kann, wie viel Etablissements der in Rede stehenden Art in ihrem Verwaltungsbezirke wirklich vorhanden sind, welches namentlich bei Prüfung des Bedürfnisses einer neuen Anlage von Wichtigkeit ist, ist bei Ertheilung der Erlaubnißscheine zu neuen Anlagen eine angemessene Frist von drei, höchstens sechs Monaten zu bestimmen, binnen welcher die Anlage dem Publikum geöffnet

*) Nach dem Circular-Rescript vom 12. October 1837 (v. R. Ann. S. 1074) müssen diese Gebinde mindestens die Größe eines halben Anters haben.

Der Begriff des Kleinhandels ist hier als „Kauf und Wiederverkauf“ bestimmt. Diese Begriffsbestimmung ist jedoch durch das Circular-Rescript vom 7. Juni 1850 (M.-B. 193) wieder aufgehoben worden, wonach auch den Besitzern von Brennereien und Branereien der Verkauf selbstfabricirter Getränke im Kleinen nur nach Einholung besonderer polizeilicher Erlaubniß gestattet sein soll.

Kaufleuten, d. h. Materialwaarenhändlern, soll der Verkauf von Rum, Arrac, Wein zc. in versiegelten Flaschen stillschweigend gestattet werden. (Rescr. des Minist. des Innern v. 17. October 1856.)

sein muß, widrigenfalls die Erlaubniß ihre Kraft verliert, und der Inhaber einen anderweiten Erlaubnißschein nachsuchen muß, wenn er später seinen Voratz noch in Ausführung bringen will.

5. Da nach §. 3 a. die Erlaubniß zum Beginn der in Rede stehenden Gewerbe in allen Fällen versagt werden soll, wenn die Persönlichkeit, die Führung und die Vermögensverhältnisse des Nachsuchenden nicht die genügende Bürgschaft eines ordnungsmäßigen Gewerbebetriebes gewähren, so ist es nicht hinreichend, daß der Polizeibehörde nichts Nachtheiliges über den Nachsuchenden bekannt geworden, vielmehr muß dieselbe sich nähere Ueberzeugung darüber verschaffen, daß der Nachsuchende diejenigen Eigenschaften besitzt, welche einen ordnungsmäßigen Gewerbebetrieb verbürgen, und daß namentlich sein Vermögen mit seinem Unternehmen in angemessenem Verhältniß steht.

Hat der Nachsuchende sich in seinem früheren Leben grober, namentlich solcher Verbrechen schuldig gemacht, welche nach §. 19 der revidirten Städte-Ordnung*) die Versagung und den Verlust des Bürgerrechts nach sich ziehen, so ist ihm die Erlaubniß immer zu versagen, auch wenn ihm die National-Fokarde nicht abgesprochen, oder später wieder verliehen ist. Geringere Verbrechen sind nicht als ein unbedingtes Hinderniß zu betrachten, wenn seit der Abbüßung der Strafe mindestens 5 Jahre verflossen sind, und er während dieser Zeit überzeugende Proben der Besserung gegeben hat. Vor erlangter Großjährigkeit ist in der Regel Niemand zuzulassen, auch wenn er *veniam aetatis* erlangt hat; und ganz besondere Vorsicht ist bei den Anträgen unverheiratheter Frauenzimmer anzuwenden.

*) Der §. 19 der revidirten Städte-Ordnung vom 17. März 1831 lautet:

„Das Bürgerrecht soll demjenigen versagt, und wenn es schon ertheilt ist, wieder entzogen werden, welche wegen irgend eines Verbrechens auf zwei Jahre oder länger zum Zuchthause oder einer härteren Strafart, oder aber wegen Meineides, Diebstahls oder qualificirten Betruges rechtskräftig verurtheilt worden sind.

Eine anhängige Criminal-Untersuchung und ein öffentlicher Concurs macht die Ertheilung des Bürgerrechts vor Entscheidung der Sache unzulässig.“

Gegenwärtig kommt in Bezug hierauf der §. 20 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 (cf. Einleitung) in Betracht.

6. Wie das zum Betrieb des Gewerbes bestimmte Lokal belegen und beschaffen sein muß, um als geeignet angenommen zu werden, ist zwar in jedem einzelnen Falle nach Maßgabe der obwaltenden besonderen Umstände zu beurtheilen. Im Allgemeinen ist jedoch als Regel anzunehmen, daß der Betrieb der Schankwirthschaft in der unmittelbaren Nähe von Kirchen, Schulen und ähnlichen Anstalten oder in isolirten, schwer zu beaufsichtigenden Lokalen ebenfowenig zu gestatten ist, als eine zu große Anhäufung solcher Wirthschaften in einer und derselben Gegend des Ortes. Ob die Beschaffenheit und Einrichtung des Lokals dem angegebenen Zwecke entspricht, ist bei der Anlegung solcher Wirthschaften, deren angeblicher Hauptzweck die Beherbergung von Fremden ist, besonders sorgfältig zu prüfen, damit dieser Zweck nicht bloß vorgeschützt werde, um die Erörterung der Bedürfnisfrage zu umgehen; die dabei zu machenden Anforderungen sind zwar nach Maßgabe der Klasse von Reisenden, für welche die Anlage bestimmt ist, verschieden; jedenfalls sind jedoch außer dem allgemeinen Gastzimmer noch mehrere, gehörig eingerichtete, mit Möbeln und Betten versehene Logirzimmer erforderlich.

7. Der im §. 4 gebrauchte Ausdruck „Schankwirthschaften“ ist im weitesten Sinne zu verstehen, dergestalt, daß die Prüfung der Nützlichkeit und des Bedürfnisses lediglich bei solchen Anlagen wegfällt, bei denen entweder die Beherbergung von Reisenden Hauptzweck ist, oder in denen nur andere Gegenstände, mit ganzlichem Ausschluß geistiger Getränke irgend einer Art zum Genuß auf der Stelle feilgeboten werden; bei allen übrigen Anlagen dagegen ist jene Prüfung erforderlich, ohne Rücksicht darauf, welche Benennung dem Etablissement beigelegt werden soll, und ob der Ausschank geistiger Getränke als Hauptzweck oder Nebenzweck angegeben wird.

8. Ob die Anlage einer neuen Schankwirthschaft, Tabagie, Restauration, Conditorei, eines neuen Kaffeehauses und ähnlicher Etablissements dieser Art als nützlich oder gar als ein Bedürfnis für das Publikum zu betrachten, läßt sich nicht nach allgemeinen Grundsätzen, sondern nur nach den in jedem einzelnen Falle obwaltenden besonderen Umständen beurtheilen. Es muß daher dem verständigen Ermessen der Behörde überlassen werden, auf welche Weise sie sich in zweifelhaften Fällen die Ueberzeugung von der Nützlichkeit und dem Bedürfnis verschaffen will. Zu bemerken ist jedoch, daß bei der Prüfung, außer der Zahl und

den Verhältnissen der Bewohner des Ortes, hauptsächlich die Lage des letzteren und deren Einfluß auf den Verkehr und den Besuch von Reisenden zc. zu berücksichtigen, und daher eine verhältnißmäßig größere Zahl von Etablissements der in Rede stehenden Art an solchen Orten zu gestatten ist, in denen sich fortwährend oder periodisch wiederkehrend viele Personen aufhalten, die keine eigene Wirthschaft führen, in denen häufig und besuchte Messen, Märkte zc. stattfinden, die an frequenten Land- oder Wasserstraßen oder in der Nähe von großen Städten liegen, desgleichen in Badeorten zc.

9. Wenn Mehrere sich um die Erlaubniß zum Betriebe einer Schankwirthschaft bewerben, und die Prüfung der Bedürfnisfrage ergiebt, daß nur Einem die Concession ertheilt werden kann, mithin eine Auswahl getroffen werden muß, so ist dabei vorzugsweise die Beschaffenheit und Lage des Lokals und die davon abhängige Bequemlichkeit des Publikums zu berücksichtigen. Ein Gleiches muß geschehen, wenn ein solcher Collisionssfall dadurch eintritt, daß Jemand, der die Erlaubniß bereits für ein bestimmtes Lokal gehabt, das Gewerbe in einem anderen Lokal betreiben will, ein Anderer aber die Erlaubniß zum Betriebe in dem ersteren Lokal nachsucht.

10. Zu den Beschwerden, wegen deren nach §. 5 die Erneuerung bereits ertheilter Erlaubnißscheine zu versagen ist, gehören besonders diejenigen, welche sich auf einen wirklichen Mißbrauch des Gewerbes zu unerlaubten Zwecken, oder zur Beförderung der unerlaubten Handlungen Anderer, z. B. auf die Duldung unerlaubter Zusammenkünfte, verbotener Spiele und anderer Excesse, Beförderung der Unsittheit und Völlerei, Aufnahme verdächtiger Personen zc. beziehen. Auch geringere Vergehungen gegen die das Gewerbe betreffenden polizeilichen Bestimmungen, z. B. wegen des Meldens der Fremden, der Zeit des Schlußes, des Haltens von Tanzmusik zc. sind bei öfterer Wiederholung genügend, um die Verlängerung zu versagen.

Dasselbe gilt von Verbrechen und groben Vergehungen, auch wenn sie mit dem Gewerbebetrieb in keiner näheren Verbindung stehen, namentlich von solchen, welche nach §. 14 der revidirten Städte-Ordnung den Verlust des Bürgerrechts nach sich ziehen.

Bei notorisch gänzlichem Verfall des Vermögens und namentlich beim Ausbruch des förmlichen Concursses ist ebenfalls die Verlängerung zu versagen.

11. Da die Erlaubniß sich auf die Person des in dem Scheine benannten Gewerbetreibenden beschränkt, so würde zwar eigentlich mit dem Tode desselben der Gewerbebetrieb sofort aufhören müssen; da dieß indeß fast niemals ohne die wesentlichsten Nachtheile für die Erben und selbst für das Publikum möglich ist, so ist in der Regel den Erben die Fortsetzung der Wirthschaft bis zum Schluß des Jahres, für welches der Erlaubnißschein ertheilt ist, zu gestatten, ohne daß es deswegen einer besonderen Anfrage oder Erlaubniß bedarf. Dem Ermessen der Behörde, von welchem die Ertheilung der Erlaubnißscheine ressortirt, bleibt es jedoch überlassen, nach den Umständen die frühere oder die sofortige Schließung der Wirthschaft anzuordnen, oder auch, besonders wenn der Todesfall sich kurz vor dem Jahreschluß ereignet hat, deren Fortsetzung noch auf einige Zeit über diesen Zeitpunkt hinaus zu erlauben.

Dieselben Grundsätze sind auch dann zur Anwendung zu bringen, wenn der Inhaber des Erlaubnißscheines in Wahn- oder Blödsinn verfällt, auf längere Zeit seiner Freiheit beraubt oder sonst außer Stand gesetzt wird, das Gewerbe persönlich zu betreiben oder doch zu beaufsichtigen.

12. Die Behörden, von welchen die Ertheilung der Erlaubniß ressortirt, sind zwar, wenn sie dasselbe versagen, zur Angabe der Gründe nicht verbunden; sofern jedoch gegen deren Mittheilung kein besonderes Bedenken obwaltet, sind die Gründe kurz anzugeben, weil dadurch die vorgesetzte Behörde oft in den Stand gesetzt wird, auf etwaige Beschwerden ohne vorgängige Einforderung eines Berichtes zu entscheiden.
13. Diejenigen, welche die Gast- oder Schankwirthschaft vermöge einer nach §. 9 noch gültigen Realberechtigung (durch die A. G.-D. aufgehoben) entweder persönlich oder doch unter ihrer persönlichen Aufsicht und Verantwortlichkeit durch Hausoffizianten oder Diensthoten betreiben, können von der jährlichen Erneuerung der Erlaubnißscheine entbunden werden, und sogleich bei dem Beginn des Gewerbes einen für die ganze Besitzzeit gültigen Erlaubnißschein erhalten, in welchem jedoch die Zurücknahme für den Fall vorbehalten sein muß, daß gegen den Inhaber gegründete Beschwerden erhoben werden, die bei Anderen die Versagung der Erneuerung ihres Erlaubnißscheines rechtfertigen würden. Wollen oder können aber die Realberechtigten das Gewerbe weder selbst betreiben, noch für ihre Rechnung und zugleich unter ihrer persönlichen Aufsicht durch Andere be-

treiben lassen, so sind diejenigen, welchen sie ihre Rechte übertragen, sie mögen Pächter oder Administratoren sein, auch in Beziehung auf die jährliche Erneuerung der Erlaubnißscheine den allgemeinen Vorschriften unterworfen.

Die Königl. Regierung hat sich nach vorstehenden Bestimmungen nicht nur selbst zu achten, sondern auch darauf zu halten, daß solches von den ihr untergeordneten Behörden, denen sie zu diesem Behuf die nöthigen Eröffnungen zu machen und deren Verfahren sie mit besonderer Sorgfalt zu controlliren hat, geschehe. Ob und welche besondere Maßregeln sie zu diesem letzteren Zwecke etwa anordnen will, bleibt ihrem Ermessen überlassen.

(Cirk.-Mefcr. d. Min. d. Inn. und für Gewerbe-Ängel. v. 13. August 1835. Nr. 4593.)

Im Wesentlichen wurde hierdurch vorgeschrieben:

- a. daß die Erlaubniß zum Betriebe des Kleinhandels mit Getränken auf dem Lande und die Anlegung städtischer und ländlicher Schankwirthschaften von der Nützlichkeit und dem Bedürfniß der Anlage abhängig,
- b. dagegen der Kleinhandel in den Städten überhaupt nicht an eine besondere Erlaubniß, und die Anlegung von Fremdenherbergen (Gasthöfen) nirgend an das Requisit des Bedürfnißes geknüpft sein solle.

Die praktische Geltendmachung dieser für Städte und ländliche Ortschaften verschiedenen Normen stellte bald Inconsequenzen heraus, welche die Erreichung des Hauptzweckes, dem übermäßigen Branntweingenuß entgegen zu wirken, durchaus in Frage stellten. Daher unterwarf die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 21. Juni 1844 den Kleinhandel mit Getränken auch in den Städten, und die Zulassung neuer Gasthofs-Anlagen vorerst in allen zur vierten Gewerbesteuer-Abtheilung gehörigen Ortschaften ebenfalls der Bedürfnißfrage.

Zur mehreren Sicherung der Erfolge, welche beim Erlaß der Ordre vom 7. Februar 1835 in Betreff des Kleinhandels mit Getränken und des Gast- und Schankwirthschaftsbetriebes beabsichtigt worden sind, be-

stimme ich hierdurch auf den Bericht des Staatsministeriums, für sämtliche Provinzen der Monarchie, was folgt:

1. Der Kleinhandel mit Getränken soll nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten den Bestimmungen der Ordre vom 7. Februar 1835 unterworfen sein.
2. In allen zur vierten Gewerbe-Abtheilung gehörigen Ortschaften sollen die Vorschriften jener Ordre wegen des Schankwirthschaftsbetriebes auch auf den Betrieb der Gastwirthschaft Anwendung finden.
3. In den unter 2 bezeichneten Ortschaften hat fortan nicht die Ortspolizeibehörde, sondern der Kreislandrath die Erlaubniß zum Betriebe derjenigen Gewerbe zu ertheilen, welche den durch die Ordre vom 7. Februar 1835 und die gegenwärtige vorgeschriebenen Beschränkungen unterliegen.

(Allerh. Cab.-Ordre vom 21. Juni 1844. G.-S. 214.)

Es bedarf keiner Auseinandersetzung, daß die vorstehend angeführten Cabinets-Ordres, welche sich auf die Feststellung der Hauptprincipien beschränken mußten, auch in Verbindung mit ihren Ergänzungen und Declarationen nicht für jeden vorkommenden speziellen Fall passende Vorschriften geben konnten, und es unterliegt also keinem Zweifel, daß in Fällen dieser Art die älteren Verordnungen, soweit sie mit neueren nicht im Widerspruch stehen, als gültige Entscheidungsquellen anzusehen sind. Ueberhaupt ist wohl kein Theil der Gesetzgebung so verschiedenartigen Auffassungen unterworfen worden, und hat in Folge dessen zu so vielfachen Beschwerden Veranlassung gegeben, als die Schankgesetzgebung. Hiervon geben die unendlich vielen ministeriellen Interpretationen und Verfügungen Zeugniß, welche über einzelne Punkte der vorerwähnten Cabinets-Ordres ergangen sind, so daß es nöthig wurde, um die Anwendung der richtigen Grundsätze einigermaßen zu erleichtern, eine Zusammenstellung der gegenwärtig als maßgebend anerkannten Principien und Gesichtspunkte ergehen zu lassen. Dies ist geschehen in dem nachfolgenden Circular-Erlaß des Ministerii des Innern vom 26. August 1861 (M.-B. 167—170.)

Die Handhabung der gesetzlichen Vorschriften über die Concessio-

nirung zum Betriebe der Gast- und Schankwirthschaft sowie des Getränke-Kleinhandels hat außerordentlich viele bis in die Ministerial-In-
stanz gelangende Beschwerden im Gefolge.

Die große Mehrzahl dieser Beschwerden pflegt sich bei eingehender Prüfung als unbegründet zu erweisen, und im Gegentheil darzuthun, daß die Behörden es an einer ebenso sorgfältigen als umsichtigen Anwendung der bestehenden Gesetzgebung nicht fehlen lassen. Indessen bleibt doch die Zahl der Fälle nicht unbeträchtlich, wo über die Absicht und das Ziel des Gesetzes hinausgegangen, und dadurch zu gerechtfertigten Klagen Veranlassung gegeben wird.

Die Wahrnehmung bestimmt mich, die Königl. Regierung auf die leitenden Principien der betreffenden Gesetzgebung im Allgemeinen aufmerksam zu machen, diejenigen Punkte, gegen welche vorzugsweise verstoßen wird, besonders hervorzuheben, und das einschlägige Verfahren durch einige Bestimmungen näher zu regeln.

1. Die Hauptsache der Verordnung vom 7. Februar 1835 geht dahin,

der Völlerei in geistigen Getränken und zwar namentlich dem übermäßigen Genuße des Branntweins, besonders in den niederen Volksklassen, vorzubeugen.

Zur sicheren Erreichung dieses Zweckes hat der Gesetzgeber den Betrieb der Gast- und Schankwirthschaft, sowie des Kleinhandels mit geistigen Getränken von einer besonderen, auf die bestimmte Person und das bestimmte Lokal lautenden polizeilichen Erlaubniß abhängig gemacht. (§. 1 a. a. D.) Dagegen ist die obrigkeitliche Prüfung der Nützlichkeit und des Bedürfnisses der neuen Anlage nicht auf alle diese Gewerbeegattungen ausgedehnt, sondern nur für

- a. Gastwirthschaften in den Ortschaften der vierten Gewerbesteuer-Abtheilung,
 - b. solche Schankwirthschaften, in welchen geistige Getränke zum Genuß auf der Stelle feilgeboten werden sollen,
 - c. Kleinhandlungen mit geistigen Getränken,
- vorgeschrieben. (§. 4 l. c. §. 2 der Verordnung vom 21. Juni 1844. Cirk.-Verf. vom 13. August 1835.)

2. Es bleiben daher von der Erörterung der Bedürfnisfrage gänzlich ausgeschlossen:

bloße Speisewirthschaften;

Schankwirthschaften, in welchen nur andere als geistige Getränke, z. B. Kaffee, Milch, Chokolade, Mineralwasser u. aus-
geschänkt werden sollen; endlich die Gastwirthschaften in den Städten der 1., 2. und 3. Gewerbesteuer-Abtheilung.

3. Aus der vorangestellten Absicht des Gesetzes ergibt sich ferner, daß die Bedürfnisfrage, insoweit sie überhaupt in Betracht kommt, doch eine wesentlich verschiedene Auffassung und Entscheidung finden muß, je nachdem der Branntwein oder aber, mit ganzlichem Ausschluß destillirter Flüssigkeiten, andere geistige Getränke den Gegenstand des Ausschankes oder des Kleinhandels bilden sollen.

Durch die allgemeine Verfügung vom 17. November v. J. ist bereits ausdrücklich anerkannt, daß es sowohl gesetzlich zulässig, als auch zweckmäßig ist, für Schankstätten, wie für Getränke-Kleinhandlungen beschränkte Concessionen mit der Maßgabe zu erteilen, daß nur gewisse Getränke, mit Ausschluß von anderen, verabfolgt werden dürfen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um den Gegensatz von Wein und Bier einerseits, und Branntwein andererseits. Die Beschränkung der Branntwein-Verkaufs-Stätten jedes Ortes auf eine Zahl, welche nach dem Urtheil der Behörden dem öffentlichen Bedürfnis genügt, ist die wesentliche Aufgabe des Gesetzes, und ihr muß die Verwaltung mit möglichster Strenge entsprechen. Es kann zwar auch die Völlerei in Wein und Bier für die sittlichen und volkswirtschaftlichen Zustände ein Uebel werden, zu dessen Verhütung die Polizei die durch die Schank- u. Gesetzgebung gebotenen Mittel nicht unbenutzt lassen darf. Indessen schon der Preis dieser Getränke pflegt dem Mißbrauch Seitens der unbemittelten Klassen eine weit engere Grenze zu setzen. Selbst an Orten, wo ein Uebermaaß von Branntweinschenken beklagt wird, kann eine neue Bier- oder Weinstube nicht bloß unbedenklich, sondern selbst als Gegengewicht gegen den üblen Einfluß jener Schänken nur erwünscht sein. Insbesondere werden Kleinhandlungen mit Bier oder Wein wohl überall als nützliche Anlagen erachtet werden können, und ihrer Vermehrung wird nicht füglich mit dem Einwande des mangelnden Bedürfnisses entgegenzutreten sein, da es im allgemeinen Interesse liegt, das Publikum mit seinem Hausbedarf an diesen Getränken möglichst billig und gut versorgt zu sehen.

Wenngleich ich nicht verkenne, daß der allergrößte Theil der Concessionen nachsucher seine Anträge auf den Ausschank oder Kleinverkauf von Branntwein richtet, so zeigen doch die eingehenden Beschwerden, daß in nicht seltenen Fällen von den Antragstellern auf den Absatz des Branntweins verzichtet wird. Um so mehr empfehle ich der Königl. Regierung darauf hinzuwirken, daß solchen Gesuchen jede mit den gesetzlichen Vorschriften vereinbare Rücksicht gewährt, und dadurch den Beschwerden über drückende Hemmungen einer dem öffentlichen Wesen unschädlichen Betriebsamkeit vorgebeugt werde.

4. Wie bereits in verschiedenen Rescripten, namentlich dem vom

26. Mai 1838 (v. R. Ann. Bd. XXV. S. 198) hervorgehoben ist, unterliegt die Beurtheilung der Nützlichkeit und des Bedürfnisses auch hinsichtlich derjenigen Anlagen, welche den Absatz destillirter Getränke nicht auszuschließen beabsichtigen, einer umsichtigen Unterscheidung je nach der Sattung der einzelnen Schankwirthschaften. Es muß die Bedürfnisfrage von anderen Gesichtspunkten betrachtet werden, wenn es sich hauptsächlich um den Absatz von Branntwein an die niederen Volksklassen oder nur um den nebensächlichen Verkauf der Destillations-Fabrikate namentlich in einem für die höheren Stände bestimmten Lokale handelt. Es darf z. B. die wünschenswerthe Vermehrung der Speisewirthschaften, wenn für deren Bestehen der Absatz dieser Fabrikate nothwendig ist, nicht durch eine zu ängstliche Abwägung der Nützlichkeit dieses neben-gewerblichen Auschankes vereitelt werden.

5. Die Erörterungen, welche in Folge der durch das Rescript vom 16. August 1854 über den Kleinhandel mit geistigen Getränken erforderten Berichte gepflogen sind, haben zu dem Resultate geführt, daß in denjenigen Orten, wo den Kaufleuten bisher der Verkauf von Rum, Arrak, Wein und dergl. geistigen Getränken in vorrätzig gehaltenen versiegelten Flaschen auch ohne den besonderen Besitz einer Concession stillschweigend gestattet worden, ein solcher Verkauf bis auf Weiteres auch ferner nachzulassen ist, daß jedoch der Verkauf von gewöhnlichem Branntwein hiervon ausgeschlossen bleiben muß, dergestalt, daß der gewöhnliche Branntwein auch in versiegelten Flaschen von Kaufleuten nicht ohne ausdrückliche Concession verkauft werden darf.

Da dieser Grundsatz nur einem Theile der kgl. Regierungen mit-theilt Rescriptes vom 17. October 1856 eröffnet worden ist, so wird derselbe zur allgemeinen Nachricht bekannt gemacht und dessen allgemeine Anwendung ausdrücklich für zulässig erklärt.

6. Nach §. 7 der Verordnung vom 7. Februar 1835 sind zwar die Behörden über die Gründe zur Versagung des Erlaubnißscheines oder des Verlängerungsvermerkes nur ihrer vorgesetzten Instanz nähere Auskunft zu geben schuldig; indessen empfiehlt es sich, in den betr. Verfügungen, nicht bloß die maßgebenden Gesetzesvorschriften, sondern auch die in Betracht kommenden thatsächlichen Verhältnisse, insofern keine besonderen Bedenken entgegenstehn, auf geeignete Weise bemerklich zu machen, da es einerseits in der Billigkeit liegt, den Betheiligten die Gründe der Ablehnung nicht vorzuenthalten, andererseits, worauf auch in dem Circ.-Rescr. v. 13. August 1835 ad 7 (v. R. Ann. S. 251) bereits hingewiesen, eine solche Vervollständigung zur Abkürzung des Verfahrens im Falle der Beschwerde gereichen kann.

7. Die Verordnung vom 7. Februar 1835 §. 4 hat der Ge-

meindebehörde das Recht vorbehalten, über die Möglichkeit und das Bedürfnis einer neuen Gast- und Schankwirtschaft oder Getränke-Kleinhandlung sich gutachtlich zu äußern. Es muß derselben daher zu diesem Behufe jeder diesfällige Concessionsantrag mitgetheilt werden; findet sodann zwischen ihr und der Ortspolizeibehörde, resp. dem Landrath Meinungsverschiedenheit über die Bedürfnisfrage statt, so muß stets die Entscheidung der Regierung eingeholt werden. Es ist bemerkt worden, daß beide Vorschriften nicht selten von den landrätlichen Behörden unberücksichtigt bleiben. Es muß aber auf deren ausnahmslose Beachtung um so mehr gehalten werden, als dieses Zusammenwirken verschiedener Behörden eine Gewähr gegen die einseitige Beurtheilung der Bedürfnisfrage darbieten soll.

8. Die polizeilichen Erlaubnißscheine werden nur für ein Kalenderjahr ertheilt, jedoch soll die Verlängerung derselben von Jahr zu Jahr nicht versagt werden, sofern die Inhaber bis dahin bei ihrem Gewerbebetriebe zu begründeten Beschwerden keine Veranlassung gegeben haben. (§. 5.)

Bei der Handhabung dieser Vorschrift ist zunächst daran festzuhalten, daß es begründete Beschwerden sein müssen, beweislich festgestellte Handlungen und Unterlassungen. Der bloße Verdacht, eine mehr oder minder nahe Wahrscheinlichkeit, darf der Polizeibehörde nicht genügen, um die Verlängerung des Erlaubnißscheines zu versagen. Hat gleich ferner das Gesetz ein bestimmtes Verfahren für den Fall der Prolongationsversagung nicht vorgeschrieben, so ist diese Maßregel doch für das Vermögen, die Erwerbsfähigkeit und die ganze bürgerliche Stellung des davon Betroffenen von solchem Gewicht, daß es geboten erscheint, denselben die zur Feststellung des Sachverhalts und zu seiner Vertheidigung nothwendigen Formlichkeiten nach Möglichkeit zu sichern.

Zu diesem Behuf bestimme ich Folgendes zur künftigen genauen Nachachtung:

- a. Dem Gast-, Schank-, Speisewirth oder Getränke-Kleinhändler, welchem die Verlängerung seines Erlaubnißscheines versagt werden soll, sind die Gründe hierfür schriftlich oder zu Protocoll bekannt zu machen;
- b. demselben ist eine angemessene Frist zu seiner Vertheidigung zu gewähren;
- c. im Falle der Versagung ist ein mit vollständiger Angabe der Gründe versehenener Bescheid zu erlassen;
- d. dieses Verfahren ist, wenn thunlich, so zeitig einzuleiten und durchzuführen, daß der Betheiligte noch vor Ablauf des Jahres

nicht nur den Beschwerdeweg beschreiten, sondern auch die Entscheidung der vorgesetzten Behörde erlangen kann.

Die Kgl. Regierung wolle nach den vorstehend unter 1—8 bemerkten Gesichtspunkten und ertheilten Anweisungen die betreffenden Behörden mit näherer Instruction versehen, und auf deren genaue Befolgung achten, damit den hier in Rede stehenden Zweigen der Gewerthätigkeit diejenige freie Bewegung und Schonung zu Theil werde, welche innerhalb der richtig aufgefaßten Zwecke der Gesetze liegt.

(Circ.-Erlaß d. Min. d. Inn. v. 26. August 1861. M.-B. 167.)

In dem Vorhergehenden sind die allgemeinen Grundsätze entwickelt, welche bei Ertheilung der Concession zu dem qu. Gewerbebetriebe in Betracht kommen. Im Besonderen sind noch folgende besondere Bestimmungen zu bemerken:

Die Ertheilung von Schank-Concessionen unter Vorbehalt des sofortigen Widerrufs darf nicht stattfinden; (Rescript des Min. für Handel u. v. 20. November 1848 IV. 17,330.) ebenso wenig sind Zusicherungen für die künftige Gestattung einer Gast- und Schankwirthschaft zulässig. (Rescript des Min. des Inn. vom 28. Februar 1846, M.-B. 70.)

Ghesfrauen als solche sind von der Zulassung zum Gewerbebetriebe gesetzlich nicht ausgeschlossen. (Rescript des Min. des Innern vom 6. Juli 1859, M.-B. 176.)

Pensionirte Beamte sind hinsichtlich des Betriebes bürgerlicher Gewerbe keiner Beschränkung unterworfen. (Rescript des Finanz-Min. vom 26. September 1849 IV. 11,080. — Ungebrudt.)

In Reihe und Glied stehende Militairpersonen, sowie alle unmittelbare Staatsbeamte, auch die, welche ihr Amt unentgeltlich verwalten, bedürfen zum Gewerbebetrieb der Erlaubniß ihrer vorgesetzten Dienstbehörde. (N. G.-D. S. 19.)

Postamts-Vorsteher und Post-Expediture, denen von der Postbehörde die Haltung von Passagierstuben zur Pflicht gemacht ist, sind befugt, ohne daß sie im Besiß einer polizeilichen Concession sein müssen, den Postreisenden Speisen und Ge-

tränke gegen Bezahlung zu verabreichen, nicht jedoch anderen Personen. (Rescript vom 31. März 1859, M.=B. 131.)

Dekonomen von Privatgesellschaften (Ressourcen) müssen im Besiz einer Concession nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen sein. (Circular-Rescript vom 27. Februar 1854, M.=B. 115.)

Die Ausübung des Schankgewerbes und des Kleinhandels mit Getränken ist nicht zu gestatten:

- a. Bürgermeistern. (Städte=Ordnung vom 30. Mai 1853 §. 5, G.=S. 261, und vom 19. März und 15. Mai 1856 [Westphalen und Rheinprovinz] §. 30 und §. 29, G.=S. 237 und 406.)
- b. Dorfschulzen. (Rescript des Min. des Innern vom 10. März 1847, M.=B. 64, und vom 27. Mai 1859, M.=B. 150.)
- c. Gemeinde = Vorstehern. (Lengemeinde=Ordnung vom 19. März 1856 §. 39, G.=S. 265.)
- d. Gutsherren. (Rescript des Min. des Innern vom 6. Mai 1842, M.=B. 147.)
- e. Königl. Forst=Beamten. (Rescript des Min. für Handel ic. und der Finanzen vom 24. Mai 1850 — ungedruckt.)
- f. Chausseegeld=Erhebern. (Rescript des Min. für Handel ic. und der Finanzen vom 4. Februar 1853, v. R. Ann. S. 123.)
- g. Eisenbahn=Stations=Vorstehern. (Rescript des Min. für Handel ic. vom 10. Januar 1856, M.=B. 21.)
- h. Schullehrern. (Rescript des Min. der geistlichen Angelegenheiten vom 13. April 1841, M.=B. 171.)
- i. Fabrikbesizern und deren Beamten am Fabrikort und dessen einseitigem Umkreise. (Allerhöchste Cabinets=Ordre vom 16. November 1846, G.=S. 484.)
- k. Auctionatoren. (Reglement vom 15. August 1848 §. 5, M.=B. 305.)

1. Beamten. (Rescript des Min. des Innern vom 25. Mai 1842, M.-B. 229.)

In Betreff des Schankgewerbebetriebes der Apotheker disponirt das Rescript des Min. für geistliche Angelegenheiten vom 18. December 1838.

Der Betrieb des Schankgewerbes durch Stellvertreter ist nicht statthaft; bei nothwendiger Abwesenheit vom Orte muß die Genehmigung zur Stellvertretung von der Ortspolizei-Behörde bei Vermeidung einer Strafe von 1—5 Thalern eingeholt werden. (Rescript vom 18. Juli 1831, v. R. Ann. S. 602, und vom 6. Juni 1859, M.-B. 151.)

Gesetzgebung in Betreff der Hohenzollernschen Lande.

- I. Gesetz, betreffend den Kleinhandel mit Getränken und den Gast- und Schankwirthschaftsbetrieb.

§. 1. Wer einen Kleinhandel mit Getränken oder eine Gastwirthschaft betreiben, oder überhaupt zubereitete Speisen oder Getränke zum Genuß auf der Stelle gegen Bezahlung verabreichen will, bedarf dazu eines auf seine Person und auf ein bestimmtes Local lautenden polizeilichen Erlaubnißscheines, in welchem genau bezeichnet sein muß, welches von diesen Gewerben auf Grund des Erlaubnißscheines betrieben, und welche Getränke im Wege der Schankwirthschaft oder des Kleinhandels abgesetzt werden dürfen.

Als Kleinhandel wird der Verkauf von Wein, Obstwein, Obstmost und Bier in Mengen unter einem Eini (10 Maß) und von Branntwein, Liqueur und anderen Getränken in Mengen unter einem Maas angesehen.

§. 2. Der Erlaubnißschein wird nach vernommenem Gutachten der Ortsbehörde von dem Oberamtmanne portel-, tag- und stempelfrei ertheilt, und darf jederzeit nur für ein Kalenderjahr ausgestellt, kann aber von Jahr zu Jahr durch einen darauf zu setzenden Verlängerungsvermerk erneuert werden.

§. 3. In diesem Erlaubnißscheine kann eine noch vor Ablauf des Kalenderjahres endende Frist bestimmt werden, innerhalb deren das Gewerbe bei Verlust der Befugniß zum Betriebe desselben begonnen werden muß.

§. 4. Die Erlaubniß zum Beginne der im §. 1 gedachten Gewerbe darf nur erteilt werden, wenn

- a. die Persönlichkeit, die Führung und die Vermögensverhältnisse des Nachsuchenden die genügende Bürgschaft eines ordnungsmäßigen Gewerbebetriebes gewähren;
- b. das zum Betriebe des Gewerbes bestimmte Local wegen seiner Beschaffenheit und Lage dazu geeignet ist;
- c. die Behörde sich von der Nützlichkeit und dem Bedürfnis der Anlage überzeugt hat.

§. 5. Wenn die Ortsbehörde (§. 2) in ihrem Gutachten die Nützlichkeit und das Bedürfnis der Anlage nicht anerkennt, der Oberamtmann aber das Bedenken nicht begründet findet, so hat die Regierung schließlich darüber zu entscheiden.

Eben dies soll statthaben, wenn die Ortsbehörde aus behauptetem Mangel hinreichender Anstalten die Ertheilung einer neuen Concession in Antrag bringt oder befürwortet, und der Oberamtmann das Bedürfnis nicht anerkennt.

§. 6. Fabrikbesitzern, sowie den Familiengliedern, Bevollmächtigten oder Geschäftsführern, Werkmeistern, Factoren, Comptoir- und Fabrikgehilfen derselben und anderen von ihnen abhängigen Personen ist nach Ablauf des auf die Publication dieses Gesetzes folgenden nächsten Kalenderjahres der Betrieb der Schank- und Gastwirthschaft, ingleichen der Kleinhandel mit Getränken am Fabrikorte selbst und im Umkreise einer Meile nicht zu gestatten.

Eine Ausnahme hiervon kann nur nachgelassen werden, wenn nach dem übereinstimmenden Urtheile der Ortsbehörde, des Oberamtes und der Regierung dem in der isolirten Lage einer Fabrik gegründeten Bedürfnis auf andere Weise nicht abzuhelpen ist.

In solchen Fällen ist aber die Concession nur unter dem Vorbehalt des jederzeit zulässigen Widerrufs zu erteilen, und sofort zurückzunehmen, sobald dem Bedürfnis auf andere Weise genügt werden kann.

§. 7. Behufs der Fortsetzung der im §. 1 gedachten Gewerbe in dem nämlichen Locale soll denjenigen, welche diese Gewerbe bei dem Erscheinen dieses Gesetzes zwar ohne einen, den Vorschriften in §§. 1 und 2 entsprechenden Erlaubnißschein, aber doch rechtmäßig betrieben, die Ausstellung eines solchen Scheines für das laufende Jahr, und künftig denjenigen, welche den Erlaubnißschein auf Grund des bisherigen Gewerbebetriebes oder der Bestimmungen in §§. 4 und 5 einmal erlangt haben, die Verlängerung desselben von Jahr zu Jahr nicht versagt werden, sofern sie bis dahin keine Strafe erlitten haben, welche nach §. 16 den Verlust der Befugniß zum Betriebe der im §. 1 bezeichneten

Gewerbe nach sich zieht, auch bei ihrem Gewerbebetriebe zu begründeten Beschwerden keine Veranlassung gegeben haben.

Hat die Ortsbehörde Beschwerde erhoben, welche der Oberamtmann nicht für begründet hält, so tritt die Entscheidung der Regierung ein.

Denjenigen, welche die gedachten Gewerbe bisher in einem beschränkten Umfange betrieben haben, sind auch nur entsprechende Erlaubnißscheine zu erteilen, und in denselben die Befugnisse des Inhabers zu bezeichnen. Rücksichtlich jeder Erweiterung dieser Erlaubnißscheine finden die für die Ertheilung neuer Concessionen getroffenen Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

§. 8. Die ertheilte Erlaubniß beschränkt sich jederzeit auf die Person der in den Scheinen genannten Gewerbetreibenden.

Die Erben derselben oder die Erwerber ihrer Betriebslokalen genießen hinsichtlich der Bestimmungen in §§. 4 u. 5 keinen Vorzug vor Anderen, welche die gedachten Gewerbe in einem anderen Lokale beginnen wollen.

§. 9. Der Betrieb durch Stellvertreter ist bei den im §. 1 bezeichneten Gewerben nicht statthaft.

§. 10. Ueber die Gründe zur Verfassung des Erlaubnißscheines oder des Verlängerungsvermerkes ist die Behörde nur ihrer vorgeordneten Instanz nähere Auskunft zu geben schuldig.

§. 11. Bereits ertheilte Erlaubnißscheine können von der Behörde zurückgenommen werden, wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargethan wird, auf Grund deren solche ertheilt worden, oder wenn aus Handlungen oder Unterlassungen des Inhabers der Mangel der erforderlichen und bei Ertheilung des Erlaubnißscheines vorausgesetzten Eigenschaften klar erhellt.

12. Die Gründe der beabsichtigten Zurücknahme des Erlaubnißscheines sind dem Betheiligten bekannt zu machen, und vollständig zu erörtern, die Verhandlungen aber sodann mit der Vertheidigung desselben der Regierung zur Abfassung eines Collegial-Beschlusses vorzulegen.

§. 13. Fällt der Beschluß für die Zurücknahme aus, so ist der darnach mit Gründen auszufertigende Beschluß dem Betheiligten zu eröffnen. Gegen diesen Bescheid ist der Recurs an das Ministerium des Inneren zulässig; der Recurs muß jedoch bei Verlust desselben binnen zehn Tagen von der Eröffnung des Bescheides an gerechnet, angemeldet werden.

§. 14. Dem Ermessen der Regierung bleibt überlassen, in dringenden Fällen die Ausübung des Gewerbes entweder sogleich bei Einleitung des Verfahrens (§. 11) oder im Laufe desselben zu suspendiren.

§. 15. Wer eines der im §. 1 aufgeführten Gewerbe ohne den vorgeschriebenen polizeilichen Erlaubnißschein oder mit Ueberschreitung der in demselben ihm eingeräumten Befugnisse beginnt oder fortsetzt, hat Geldstrafe bis zu 350 Gulden oder Gefängnißstrafe bis zu drei Monaten verwirkt.

Enthält die Handlung zugleich ein Steuervergehen, so soll nicht außerdem noch eine Steuerstrafe erkannt werden, es ist aber darauf bei Zumessung der Strafe dergestalt Rücksicht zu nehmen, daß diese nicht hinter der Höhe der Steuerstrafe zurückbleibt.

§. 16. Die Verurtheilung zu Zuchthausstrafe, oder die Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit zieht den Verlust der Befugniß zum Gewerbebetriebe der im §. 1 bezeichneten Gewerbe von selbst nach sich. Wer nach Rechtskraft eines solchen Straferkenntnisses dennoch diese Gewerbe betreibt, soll mit Geldbuße bis zu 350 Gulden oder Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft werden. Dieselbe Strafe trifft den, wer der Befugniß zum Betriebe der im §. 1 bezeichneten Gewerbe für immer oder auf Zeit durch rechtskräftiges Erkenntniß oder durch den Beschluß der Verwaltungsbehörde (§. 13) verlustig erklärt worden, und diesem Erkenntnisse zuwider handelt.

§. 17. Die bestehenden Realberechtigungen zum Betriebe der im §. 1 bezeichneten Gewerbe dauern zwar unverändert fort, jedoch finden die Bestimmungen dieses Gesetzes mit Ausschluß der Bestimmung §. 4 c. auf diejenigen, welche ein solches Recht ausüben wollen, ebenfalls Anwendung; insbesondere kann auch von den im §. 4 a u. b enthaltenen Vorschriften niemals eine Ausnahme zu Gunsten eines Realberechtigten gemacht werden.

§. 18. Neue derartige Realberechtigungen sollen fortan nicht mehr begründet, auch nicht weiter durch Verjährung irgend einer Art erworben werden.

§. 19. Dieselben erlöschen, wenn sie während eines Zeitraums von 30 Jahren ununterbrochen nicht ausgeübt worden sind.

§. 20. Die zur Zeit noch bestehenden Realberechtigungen können auf eine andere gesetzlich qualifizierte Person (§. 4 a) in der Art übertragen werden, daß der Erwerber die Gewerbeberechtigung für eigene Rechnung ausüben darf.

§. 21. Die Uebertragung einer Realberechtigung von einem Grundstück auf ein anderes darf nur ausnahmsweise mit Genehmigung der Regierung nach erfolgter Einwilligung der Realgläubiger erfolgen, wenn die beabsichtigte Uebertragung im öffentlichen Interesse wünschenswerth ist.

§. 22. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Vorschriften treten außer Kraft.

§. 23. Die zur Ausführung des vorstehenden Gesetzes erforderlichen Anordnungen sind durch den Minister des Innern zu erlassen.
(Gesetz v. 17. Mai 1856. G.-S. 453.)

Die im vorstehenden §. 23 in Aussicht gestellte Ausführung des Gesetzes vom 17. Mai 1856 ist erfolgt und in der nachstehenden Instruction des Königl. Ministerii des Innern vom 6. October 1856 enthalten:

ad 1. Was als Kleinhandel mit Getränken anzusehen ist, wird durch §. 1 des Gesetzes genau bestimmt, und erübrigt hierzu nur noch zu bemerken, daß auch Conditoren, welche Liqueure, Obstwein, ausländische Weine u. im Kleinhandel, resp. zum Genuß auf der Stelle, verkaufen, hierzu des vorgeschriebenen polizeilichen Erlaubnißscheines bedürfen.

ad 2. Wegen Einführung eines bestimmten Formulars für die auszustellenden Erlaubnißscheine wird die Kgl. Regierung zu Siegmaringen das Erforderliche veranlassen.

Unter dem Ausdruck: „Ortsbehörde“ im §. 2 sowie in den späteren Paragraphen des Gesetzes ist der Gemeinderath des betreffenden Ortes zu verstehen.

ad 3. Die Frist, innerhalb welcher bei Vermeidung des Erlöschens eines ertheilten Erlaubnißscheines von demselben Gebrauch gemacht, resp. das betreffende Gewerbe begonnen werden muß, darf höchstens sechs Monat betragen, unbeschadet der Befugniß der Kgl. Oberämter, je nach Maßgabe des einzelnen Falles, eine kürzere Frist anzusetzen. Die anbebaute Frist ist jedesmal in dem auszustellenden Erlaubnißscheine anzugeben. Ist die Frist verstrichen, ohne daß von dem ertheilten Erlaubnißschein Gebrauch gemacht worden ist, so muß zum Beginne des betreffenden Gewerbes ein neuer Erlaubnißschein beantragt werden.

ad 4. Rücksichtlich der nach §. 4 a zum Beginne der in Rede stehenden Gewerbe erforderlichen persönlichen Eigenschaften genügt es nicht, daß der Polizeibehörde nichts Nachtheiliges über den Nachsuchenden bekannt geworden; vielmehr muß dieselbe sich nähere Ueberzeugung davon verschaffen, daß der Nachsuchende diejenigen Eigenschaften besitzt, welche einen ordnungsmäßigen Gewerbebetrieb verbürgen, und daß namentlich auch sein Vermögen mit dem Unternehmen in angemessenem Verhältniß steht.

Individuen, welche früher zu Zuchthausstrafe verurtheilt gewesen, oder gegen welche auf Unterfagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit erkannt worden ist (§. 16 d. Ges.), soll die Er-

laubniß zum Betriebe der betreffenden Gewerbe niemals erteilt werden. Die Verurtheilung wegen geringerer strafbarer Handlungen ist nicht als ein unbedingtes Hinderniß zu betrachten, wenn seit Abbüßung der Strafe mindestens 5 Jahre verstrichen, und während dieser Zeit überzeugende Proben von der Besserung gegeben sind.

Vor erlangter Großjährigkeit ist zu dem Kleinhandel mit Getränken sowie zum Gast- und Schankwirthschaftsbetriebe in der Regel Niemand zuzulassen, wenn er auch Altersdispensation erlangt hat.

Wie das zum Betriebe des Gewerbes bestimmte Lokal belegen und beschaffen sein muß (§. 4 b.), um als geeignet angenommen zu werden, ist zwar in jedem einzelnen Falle nach Maßgabe der obwaltenden besonderen Umstände zu beurtheilen; im Allgemeinen ist jedoch als Regel festzusetzen, daß der Betrieb der Schankwirthschaft in der unmittelbaren Nähe von Kirchen, Schulen und ähnlichen Anstalten oder in isolirten, schwer zu beaufsichtigenden Lokalen eben so wenig zu gestatten ist, als eine zu große Anhäufung solcher Wirthschaften in einer und derselben Gegend des Ortes.

Bei der beabsichtigten Anlegung von Gastwirthschaften ist besonders auch zu prüfen, ob das Lokal zur Aufnahme von Fremden geeignet ist, resp. ob der die Erlaubniß Nachsuchende dasselbe mit den hierzu erforderlichen Einrichtungen zu versehen im Stande ist.

Ob die Anlage einer neuen Gast- und Schankwirthschaft, einer mit dem Ausschank geistiger Getränke verbundenen Conditorei und anderer Etablissements dieser Art als nützlich oder gar als ein Bedürfniß zu betrachten (§. 4 c.), läßt sich nicht nach allgemeinen Grundsätzen, sondern nur nach den in jedem einzelnen Falle obwaltenden besonderen Umständen beurtheilen. Es muß daher dem verständigen Ermessen der Behörden überlassen werden, auf welche Weise sie sich im zweifelhaften Falle die Ueberzeugung von der Nützlichkeit und dem Bedürfniß der in Rede stehenden speciellen Anlagen verschaffen wollen. Zu bemerken ist jedoch, daß bei der Prüfung außer der Zahl und den Verhältnissen der Bewohner des Ortes, hauptsächlich auch der Umstand in Betracht gezogen werden muß, ob der Ort wegen seiner Lage und Verkehrsverhältnisse (z. B. häufiger Märkte) von Auswärtigen viel besucht zu werden pflegt, oder nicht.

Im Allgemeinen wird mit Rücksicht darauf, daß in den Hohenzollernschen Landen eine mehr als genügende Anzahl von Wirthschaften besteht, die Bedürfnisfrage eher verneint als bejaht werden müssen.

Mit besonderer Strenge ist bei Prüfung der Gesuche um Ertheilung von Erlaubnißscheinen zum Betriebe des Ausschanks von Branntwein die Bedürfnisfrage zu erörtern.

Melden sich gleichzeitig Mehrere um die Erlaubniß zum Betriebe einer Wirthschaft, und die Prüfung der Bedürfnisfrage ergibt, daß nur Einem die Concession erteilt werden kann, mithin eine Auswahl getroffen werden muß, so ist dabei insbesondere auch die Beschaffenheit und Lage des Lokals und die davon abhängige größere Bequemlichkeit des Publikums zu berücksichtigen.

ad 5. Für diejenigen, welche eines der im §. 1 gedachten Gewerbe zur Zeit rechtmäßig betreiben, sind die nachzuforschenden Erlaubnißscheine wegen des bevorstehenden Jahreschlusses zunächst nicht bloß für das laufende Jahr, sondern sogleich auch für das folgende Kalenderjahr auszustellen.

Die Bestimmung des Termines sowie des Verfahrens für die Nachsichtung der in Rede stehenden Erlaubnißscheine, sowie der künftigen Verlängerung derselben wird der Königl. Regierung überlassen.

Zu den Beschwerden, wegen deren die Ertheilung der Erlaubnißscheine an die zeitigen Inhaber von Wirthschaften zc. sowie künftig die Erneuerung der Scheine zu versagen ist, gehören besonders diejenigen, welche sich auf einen wirklichen Mißbrauch des Gewerbes zu unerlaubten Zwecken oder zur Beförderung von unerlaubten Handlungen Anderer, z. B. auf die Duldung verbotener Zusammenkünfte, verbotener Spiele und anderer Excesse, Beförderung der Unzucht und Bällerei, Verderb der Jugend, Aufnahme verdächtiger Personen etc. beziehen. Auch geringere Vergehungen gegen die das Gewerbe betreffenden polizeilichen Bestimmungen, z. B. des Meldens der Fremden, der Zeit des Schlusses, des vorschriftsmäßigen Haltens von Tanzmusik zc. sind bei öfterer Wiederholung genügend, um die Ertheilung der Erlaubnißscheine resp. deren Verlängerung versagen. Dasselbe hat bei notorischem gänzlichen Verfall des Vermögens und namentlich bei dem Ausbruch des förmlichen Concurseß stattzufinden.

ad 6. Da die erteilte Erlaubniß sich auf die Person des in dem Scheine benannten Gewerbetreibenden beschränkt, so würde zwar eigentlich mit dem Tode derselben der Gewerbebetrieb sofort aufhören müssen; da dies indeß nie ohne die empfindlichsten Nachteile für die Erben und unter Umständen sogar für das Publikum möglich sein würde, so ist in der Regel den Erben die Fortsetzung der Wirthschaft bis zum Schluß des Kalenderjahres, für welches der Erlaubnißschein erteilt ist, zu gestatten, ohne daß es deswegen einer besonderen Anfrage bedarf. Dem Ermessen der Oberämter bleibt es jedoch überlassen, nach den Umständen auch die frühere oder die sofortige Schließung der Wirthschaft anzuordnen, oder auch, besonders wenn der Todesfall sich kurz

vor dem Jahresluß ereignet hat, deren Fortsetzung noch auf einige Monate über diesen Zeitpunkt hinaus zu erlauben.

Dieselben Grundsätze sind auch zur Anwendung zu bringen, wenn der Inhaber des Erlaubnißscheines in Wahn- oder Blödsinn verfällt, auf längere Zeit seiner Freiheit beraubt, oder sonst außer Stand gesetzt wird, das Gewerbe persönlich zu betreiben oder zu beaufsichtigen.

ad 7. Kommt es der Verwaltungsbehörde darauf an, zu documentiren, ob einem behaupteten Realrechte die reale Eigenschaft wirklich zukommt, so hat, falls dafür ein ausdrücklicher Titel oder ein Anerkennniß der Regierung nicht beigebracht wird, das betreffende Oberamt mit dem Prätendenten über die Beweismittel eine Verhandlung aufzunehmen, und, wenn auf die Aussage von Zeugen provocirt wird, solche informativ zu vernehmen, und demnächst der Königl. Regierung die Verhandlung einzureichen. Findet dieselbe die letztere nicht hinreichend, um in Folge derselben das Realrecht anzuerkennen, so ist es dem Prätendenten überlassen, binnen einer zu setzenden Frist Zeugen für seinen Anspruch vor Gericht vernehmen zu lassen, und demnächst eine definitive Entscheidung bei der Regierung zu beantragen.

ad 8. Wenn von der dem Inhaber einer Realberechtigung nach §. 20 vorbehaltenen Befugniß, seine Berechtigung durch einen Anderen ausüben zu lassen, Gebrauch gemacht werden soll, so versteht es sich von selbst, daß die Ausübung des Rechtes nur in dem berechtigten Gebäude geschehen darf; auch hat der Ausübende selbstredend einen Erlaubnißschein für sich einzuholen.

(Minist.-Instruction vom 6. October 1856. M.-B. 283.)

II. Gesetz, betreffend die anderweite Regelung der Wirthschaftsabgaben für den Schank von Wein und Branntwein und den Kleinhandel mit diesen Getränken, vom 21. Mai 1856, G.-G. 457.

§. 1. Vom 1. Januar 1857 ab wird in den Hohenzollernschen Landen eine gleichmäßige Wirthschafts-Abgabe

1. für den Schank von Wein, Obstwein und Obstmost, sowie für den Kleinhandel mit diesen Getränken mit jährlich zehn vom Hundert;
2. für den Schank von Branntwein und Liqueur sowie für den Kleinhandel hiermit mit jährlich fünfzehn vom Hundert

der muthmaßlichen jährlichen Einnahme jeder Gewerbsstätte erhoben.

Als Kleinhandel wird der Verkauf der zu 1 gedachten Getränke

Doehl, Concessionswesen.

in Mengen unter einem Tmi (10 Maß) und der zu 2 genannten in Mengen unter einem Maß angesehen.

§. 2. Die Abgabe wird für jede Gewerbsstätte jährlich im Voraus mit Rücksicht auf den Gewerbsumfang in dem vorhergehenden Jahre, nach vorangegangener Abschätzung durch das Oberamt, Seitens der Regierung in Pauschbeträgen festgesetzt, deren geringster Satz für die §. 1 ad 1 bezeichneten Gewerbe 6 Gulden, für die ad 2 gedachten 2 Gulden jährlich beträgt.

Die Sätze steigen nach dem Gewerbsumfange für die ad 1 bezeichneten Gewerbe von 6 zu 6 Gulden, für die ad 2 gedachten von 2 zu 2 Gulden.

Der Finanzminister ist berechtigt, einen längeren als einjährigen Zeitabschnitt für die Festsetzung der Pauschbeträge zu bestimmen.

§. 3. Von Gewerbsstätten, welche im Laufe des Zeitabschnittes, für den die Festsetzung erfolgt ist, entstehen, ist die Abgabe bis zur nächsten Festsetzung nach einem Mittelsatze zu entrichten, welcher für die §. 1 ad 1 gedachten Gewerbe 36 Gulden, für die ad 2 genannten 6 Gulden jährlich beträgt.

Der für eine Gewerbsstätte festgesetzte Abgabensatz erleidet wegen eines Wechsels in der Person des Besitzers oder wegen zeitweiser Unterbrechung des Betriebes keine Veränderung.

§. 4. Reclamationen gegen die festgesetzte Abgabe müssen, ohne Unterschied, ob sie auf Ermäßigung oder gänzliche Befreiung gerichtet sind, binnen drei Monaten vom Tage der Bekanntmachung der durch die Regierung festgesetzten Heberolle (§. 2), oder, wenn die Abgabe im Laufe des Jahres aufgelegt worden, binnen 3 Monaten nach erfolgter Benachrichtigung von deren Betrage bei dem Oberamte angebracht werden.

Wird diese Frist versäumt, so erlischt der Anspruch auf Abgabenermäßigung oder Befreiung, sowie auf Rückerstattung für den Zeitabschnitt, auf den die Festsetzung erfolgt ist.

Ist die Reclamation vor Ablauf der Frist angebracht, und wird solche begründet gefunden, so erfolgt die Ermäßigung oder gänzliche Befreiung für den laufenden Zeitabschnitt, auf den die Festsetzung der Abgabe sich bezieht. Für verfloßene Jahre wird keine Rückzahlung gewährt.

Die Entscheidung über die Reclamation erfolgt durch die Regierung nach vorgängiger Anhörung der Ortsbehörde des Reclamanten.

§. 5. Wird eine Reclamation ganz oder theilweise zurückgewiesen, so ist dagegen der Recurs an das Finanzministerium binnen einer

Präklusivfrist von sechs Wochen vom Tage der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, zulässig.

§. 6. Durch die Anbringung einer Reclamation wird die Verpflichtung zur einstweiligen Fortzahlung der festgesetzten Abgabe nicht aufgehoben.

§. 7. Eine Veränderung im Abgabensatz während des laufenden Zeitabschnittes, für den die Festsetzung erfolgt ist, wird dadurch, daß ein Gewerbe derart zunimmt, daß ein höherer Abgabensatz anwendbar wäre oder umgekehrt, nicht veranlaßt.

Ausnahmsweise kann jedoch, sofern für die Festsetzung der Abgabe eine längere, als ein einjähriger Zeitabschnitt (§. 2), bestimmt worden, von der Regierung eine Ermäßigung gewährt werden, wenn in Folge außerordentlicher Ereignisse der Umfang eines Gewerbes sich nachweislich um mehr als die Hälfte vermindert hat.

§. 8. Die Abgabe muß monatlich in den ersten acht Tagen jedes Monats an die Bezirkssteuerkasse bei Vermeidung der Execution vorausbezahlt werden. Dem Abgabenschuldigen steht jedoch auch frei, dieselbe auf mehrere Monate voraus zu berichtigen.

§. 9. Ist die Execution wegen eines Abgaben-Rückstandes fruchtlos vollstreckt, so kann der Schuldner an dem ferneren Betriebe des abgabenschuldigen Gewerbes durch Schließung der Räumlichkeiten, in denen dasselbe betrieben wird, bis zur vollständigen Berichtigung des Rückstandes, verhindert werden.

§. 10. Wer eines der im §. 1 bezeichneten Gewerbe betreiben will, muß vor dessen Beginn davon erst der Ortsbehörde Anzeige machen.

Zur Anzeige an diese Behörde ist auch derjenige verbunden, welcher den Betrieb eines bisher ausgeübten Gewerbes dieser Art am Ort einstellen will.

§. 11. Wer den Anfang des Gewerbebetriebes nicht anzeigt, erlegt, neben der rückständigen Abgabe nach dem Mittelsatz (§. 3), für die Unterlassung der Anzeige eine Strafe, welche je nach dem Umfange des Gewerbebetriebes, mindestens auf den vierfachen Betrag des geringsten, für das betreffende Gewerbe anwendbaren Jahressatzes (§. 8) und höchstens auf den vierfachen Betrag des bezüglichen Mittelsatzes (§. 3) zu bestimmen ist.

Wer wider die Vorschrift im zweiten Absätze des §. 10 das Aufhören des Gewerbebetriebes nicht anzeigt, entrichtet die Abgabe fort bis zum Ablauf desjenigen Monats, in welchem die Abmeldung erfolgt.

§. 12. Mit dem 1. Januar 1857 fällt die Erhebung des sogenannten Maßpfennigs im vormaligen Fürstenthum Hohenzollern-Neuchâtel.

gen fort, insbesondere auch beim Verkauf der in §. 1 gedachten Getränke in größeren Mengen, als der daselbst bezeichneten.

Gleichzeitig treten alle zur Zeit bestehenden, den Bestimmungen dieses Gesetzes zuwiderlaufenden Gesetze und Vorschriften außer Kraft.

§. 13. Unser Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes und dem Erlasse der dazu erforderlichen Anordnungen beauftragt. (Gesetz vom 21. Mai 1856. G.-S. 457.)

Bestimmungen über Tanzlustbarkeiten.

Ohne ausdrückliche Erlaubniß der Ortspolizeibehörde darf keine öffentliche Lustbarkeit irgend einer Art (Ball, Concert, Tanzmusik, Maskerade, Redoute, Theater) veranstaltet werden. Ausgenommen ist die Veranstaltung ähnlicher Vergnügung durch geschlossene Gesellschaften, d. h. solchen, zu denen nicht Jeder Zutritt hat. Nicht zu gestatten sind Bälle und ähnliche Lustbarkeiten an den Vorabenden der drei großen Feste, Weihnachten, Ostern und Pfingsten, des Charfreitags, des allgemeinen Buß- und Bettages, des Todtenfestes, sowie an den Abenden der drei letzten Tage. Die Allerh. Cabinets-Ordre vom 26. Februar 1837 (v. R. Ann. S. 83) dehnte diese Bestimmung auf die ganze Charwoche und den Aschermittwoch aus.

Da das Gewerbe-Polizei-Edict vom 7. September 1811 §. 131 ausdrücklich Gast- und Schankwirth von solchen Personen unterscheidet, welche Tanzboden halten, so folgt daraus, daß die Befugniß zum Betriebe der Gast- und Schankwirthschaft an sich das Recht zur Haltung eines Tanzbodens noch nicht in sich schließt, und wenn auch jener Unterschied in Rücksicht der Gewerbesteuer jetzt wegfällt, so kann doch dies auf die rein polizeiliche Frage, ob dem Gast- und Schankwirth als solchem die Befugniß zur Haltung von Tanzmusik zustehen, keinen Einfluß haben, und findet in den Vorschriften des §. 18 des Gewerbesteuer-Edicts vom 2. November 1810 und des §. 58 des Gewerbe-Polizei-Edicts vom 7. September 1811 vollständige Begründung.

Concessionen zum Tanzmusik-Halten überhaupt sind nicht mehr zu erteilen, vielmehr ist zur Veranstaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten besondere polizeiliche Genehmigung einzuholen. Einzelnen Wirthen kann diese Erlaubniß ein für alle Mal auf bestimmte Tage erteilt werden, es muß dies aber durch besondere Verfügung geschehen, und es darf nicht etwa die Concession zum Betriebe der Wirthschaft auf die Veranstaltung von Tanzlustbarkeiten ausgedehnt werden. (cfr. Rescr. v. 10. Juli 1829, v. R. Ann. XIII. S. 580 u. Rescr. d. Min. f. Handel u. v. 24. Juni 1850. M.=B. 261.)

§. 29.

Die Kehrbezirke der Schornsteinfeger können nach dem Ermessen der Regierung nicht nur da, wo sie bisher bestanden, beibehalten, sondern auch da, wo sie bisher nicht bestanden, eingeführt, andererseits aber auch aufgehoben und verändert werden, ohne daß deshalb den Bezirkschornsteinfegern ein Widerspruchsrecht oder ein Anspruch auf Entschädigung zusteht. Nur da, wo Zwangsrechte bestehen, ist eine Aufhebung oder Beschränkung der diesen Rechten unterworfenen Kehrbezirke erst nach vorgängiger Ablösung der Zwangsrechte (§. 59 G.=D.) zulässig. (§. 56 der N. G.=D.)

Ueber die Behandlung des Schornsteinfegerwesens ist im Allgemeinen Folgendes zu bemerken:

Zuvörderst ist es nothwendig, daß darüber kein Zweifel obwalte, ob in den einzelnen Orten oder Districten Kehrbezirke vorhanden sind, oder nicht. Es bestehen häufig Verträge zwischen Corporationen (z. B. Feuersocietäten und Gemeinden) und Schornsteinfegermeistern, wodurch den Letzteren das Kehren in gewissen Orten oder Districten übertragen wird. Wenn dergleichen Verträge Kehrbezirke im Sinne des Gesetzes begründen sollen, so genügt ein stillschweigendes Anerkennniß nicht, sondern es ist erforderlich, daß dies Seitens der Regierung ausdrücklich ausgesprochen und in geeigneter Art bekannt gemacht wird. Denn wenn dies unterbleibt und die Haus-

besitzer aus Veranlassung vortheilhafter Anerbietungen Seitens neu sich niederlassender Meister mit diesen Verträge abschließen, so sind prozessualische Weiterungen unausbleiblich, wodurch der eine oder der andere Theil gefährdet wird. Erkennt der Richter zu Gunsten der Gemeinden, indem er annimmt, daß durch die von ihnen abgeschlossenen Contracte Kehrbezirke im Sinne des vorstehenden Paragraphen gebildet seien, so verfallen die Hausbesitzer, welche anderweitige Verträge eingegangen sind, einer doppelten Zahlungsverpflichtung, im umgekehrten Falle sind die Gemeinden den von ihnen angenommenen Meistern gegenüber einer Gewährleistung für die Ausfälle ausgesetzt, welche durch den Abgang eines Theiles der Hausbesitzer entstehen. Bei der Errichtung von Kehrbezirken dürfen überhaupt die zwischen Gemeinden, Hausbesitzern und Schornsteinfegern bereits bestehenden Verträge nicht unberücksichtigt bleiben, sei es dadurch, daß die Errichtung bis zum Ablauf der bestehenden Verträge ausgesetzt wird, oder daß die Kehrbezirke mit Ausnahme solcher vertragsmäßigen Einrichtungen errichtet werden. In beiden Fällen wird den Betheiligten zugleich der Abschluß anderweitiger Verträge zu untersagen sein. Wenngleich die Regierungen bei Ausführung des §. 56 der A. G.-D. an den Wortlaut des Gesetzes nicht gebunden sind*), die Vorschläge der Gemeinden zu berücksichtigen, so können deren Wünsche dennoch Beachtung finden, theils durch sorgfältige Erwägung der den Anträgen zu Grunde liegenden Umstände und Erfahrungen, theils bei vorhandenen Kehrbezirken in Berücksichtigung der von den Betheiligten bezeichneten Meister wie in Abgrenzung der Bezirke.

Bei den Kehrbezirken ist dahin zu sehen, daß deren Um-

*) Durch die Circular-Verfügung vom 20. September 1845 sind die Regierungen veranlaßt worden, bevor sie eine Entscheidung auf Grund der Vorschriften des §. 56 der A. G.-D. treffen, die Ortspolizei- und Communalbehörden mit ihren gutachtlichen Äußerungen zu vernehmen und den Anträgen derselben möglichst stattzugeben.

fang einerseits den anzusehenden Meistern einen zu ihrem Bestehen genügenden Ertrag sichert, andererseits die Zahl der im Bezirke befindlichen Rauchfänge es den Meistern nicht unmöglich macht, die Reinigung unmittelbar zu beaufsichtigen, da diese für alle Vernachlässigungen persönlich verantwortlich sind.

Die Behauptung, auf welche neu anzusehende Meister ihre Anträge auf Abzweigung neuer Bezirke zu gründen pflegen, daß der Ertrag des Gewerbes in den vorhandenen Bezirken übermäßig sei, statt einen Meister deren mehrere zu ernähren, darf bei der Prüfung über das Bedürfniß einer Abänderung nicht allein maßgebend sein, vielmehr wird es vorzugsweise darauf ankommen, ob die Ausdehnung des Bezirkes den angesetzten Meistern die prompte Ausführung der obliegenden Arbeiten gestattet.

Da die Einrichtung der Kehrbezirke eine Feststellung ihrer Grenzen bedingt, ist es nicht räthlich, den Meistern zu gestatten, ihr Gewerbe auch noch außerhalb des Bezirkes zu betreiben, denn, da der Umfang der Kehrbezirke danach zu bemessen ist, daß der Meister die Reinigung der vorhandenen Rauchfänge selbst zu überwachen vermag, so geht dieser Maßstab verloren, wenn dem Bezirks-Schornsteinseger jede beliebige Ausdehnung seines Gewerbebetriebes freisteht.

Für Durchführung der Kehrbezirke ist im Allgemeinen geltend gemacht worden:

1. Es werde dadurch die pünktliche und regelmäßige Reinigung gesichert, indem der für einen gewissen Bezirk angesetzte Meister nach einer gewissen Ordnung gleichmäßig verfahren könne.
2. Bei Brandschäden, welche durch ungenügende Reinigung oder unterlassene Anzeige feuergefährlicher baulicher Einrichtungen entstehen, treffe die Verantwortlichkeit den angesetzten Meister unbedingt, da derselbe innerhalb des Bezirkes für alle derartigen Mängel allein verhaftet sei.

3. Nur der für einen bestimmten Bezirk bestellte Meister könne diejenige genaue Kenntniß des Ganges der einzelnen Schornsteine und der Röhren besitzen, welche bei ausbrechendem Feuer, namentlich in den Städten, für dessen wirksame Dämpfung von Werth sei.
4. Die Anzeige über Schadhastigkeit der Schornsteine oder vorschriftswidrige und gefährliche Feuerungs-Anlagen sei nur dann pünktlich und unnachlässiglich zu erwarten, wenn der Meister nicht Gefahr laufe, in Folge solcher Anzeigen von dem Besitzer aus dem Contract entlassen zu werden.
5. Bei der aus unzeitiger Sparsamkeit der Hausbesitzer nicht selten vorhandenen Abneigung gegen die regelmäßige Reinigung ihrer Schornsteine sei in Ermangelung einer Bezirkseinteilung die polizeiliche Controlle schwer durchzuführen.

Für die völlige Freiegebung des Schornsteinfegergewerbes dagegen ist anzuführen, daß die Hausbesitzer schon im eigenen Interesse für eine genügende Reinigung der Rauchfänge sorgen; daß nur freie Concurrenz billige und gute Bedienung zu bewirken vermöge, während die Bezirksmeister, durch die feste Kundschaft gesichert, ihren Dienst zu vernachlässigen pflegen und sich zu häufigen Beschwerden führende Vernachlässigung ihrer Kunden zur Gewohnheit werden lassen, gegen welche polizeiliche Mahregeln sich als unzureichend erweisen; es können die Hausbesitzer nur in der den Meistern drohenden Aussicht des Wechsels hinreichenden Schutz finden.

Schließlich ist noch der mitunter bestehenden Einrichtung zu gedenken, wonach ohne Festsetzung gewisser geschlossener Kehrbezirke nur eine bestimmte Anzahl von Schornsteinfegermeistern in einem Kreise zugelassen wird, dergestalt, daß den Kreiseinsassen die Wahl bleibt, mit welchem Meister sie contrahiren wollen, während anderen Meistern der Gewerbebetrieb im Kreise versagt wird. Ob derartige Einrichtungen, wodurch einerseits die

Freiheit des Gewerbes beschränkt wird, ohne andererseits Kehrbezirke in der hergebrachten Bedeutung einzuführen, im Falle vorkommender Uebertretungen diese Anordnungen durch einzelne Meister vom Richter für Kehrbezirke angesehen werden würden, erscheint mindestens zweifelhaft. (cfr. Cirk.-Rescr. d. Min. f. Handel u. vom 13. November 1849, M.-B. 280.)

Mit Rücksicht auf die vorerörterten Gesichtspunkte ist unterm 9. März 1853 das nachstehende Cirkular-Rescript des Königl. Minist. für Handel u. (M.-B. 83) ergangen:

Der Inhalt der zufolge Erlass vom 13. November 1849 von den Königl. Regierungen erstatteten Berichte über den zeitherigen Zustand des Schornsteinfegergewerbes und über die bei dem Betrieb desselben gemachten Erfahrungen giebt keine genügende Veranlassung zum Erlass neuer gesetzlicher Bestimmungen.

Nach dem angezeigten Ergebnisse der Erfolge, welche durch die in den einzelnen Regierungsbezirken getroffenen Einrichtungen erzielt worden sind, ist nicht zu bezweifeln, daß sowohl vermittelt errichteter Kehrbezirke, als bei verstatteter freier Concurrenz des Schornsteinfegergewerbes in Bezug auf die Feuersicherheit ein befriedigender Zustand zu erreichen ist, sofern eine genügende polizeiliche Aufsicht dabei gehandhabt wird.

In überwiegender Mehrzahl erkennen die Behörden die dermaligen Einrichtungen als genügend an. Soweit einzelne Königl. Regierungen mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse oder Erfahrungen innerhalb der ihnen durch die A. G.-D. beilegelegten Befugniß für eine Abänderung des bestehenden Zustandes sich ausgesprochen haben, bleibt die diesfällige Beschlußnahme ihrem pflichtgemäßen Ermessen überlassen. Nur über die Bedeutung und Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen geben die in mehreren Berichten enthaltenen Aeußerungen zu folgenden Bemerkungen Veranlassung:

1. Die Einrichtung eines Kehrbezirkes nach §. 56 der A. G.-D. hat die Folge, daß außer dem dafür angesehenen Schornsteinfeger kein Anderer zum Betriebe des Schornsteinfegergewerbes innerhalb des Bezirks zugelassen ist. Hierüber ist von den Verwaltungsbehörden zu wachen, und es ist demgemäß gegen diejenigen einzuschreiten, welche außer Jenem sich innerhalb des Kehrbezirkes mit diesem Gewerbe betheiligen.

Die Einrichtung eines Kehrbezirkes begründet aber für den Gewerbetreibenden selbst weder eine Exclusiv-Berechtigung, noch auch — so-

fern nicht aus früheren Zeiten her noch Zwangs- oder Bannrechte bestehen — ein Zwangsrecht gegen die Eingekessenen. Deshalb ist der mehrfach gebrauchte Ausdruck: „Zwangsrecht“, welcher auf vorhandene Zwangs- und Bannrechte im Sinne des Tit. 23 Th. I. des Allg. Land-Rechts hindeutet, zu vermeiden.

2. Die Ausschließung anderer Gewerbetreibenden innerhalb eines gewissen Bezirkes und das polizeiliche Einschreiten gegen Eingriffe derselben setzt voraus, daß der Kehrbezirk von der betreffenden Regierung unmittelbar oder durch die damit beauftragte Behörde, wirklich eingerichtet oder ausdrücklich anerkannt worden ist.

Nach Inhalt einiger Berichte hat es an manchen Orten, ohne daß auf diese Weise der Inhalt der Sache bestimmt geordnet wäre, sich so gestaltet, daß factisch die in Rede stehenden gewerblichen Verrichtungen nur von einem Schornsteinfeger besorgt werden, indem Seitens der Gemeinden mit Einem contrahirt und dadurch der Gewerbebetrieb anderer thatsächlich ausgeschlossen wird, oder indem man die Niederlassung eines zum selbstständigen Gewerbebetriebes befähigten Schornsteinfegers zu verhindern gewußt hat. Dergleichen nicht klar gestellte Verhältnisse, bei denen es an einer Entscheidung der competenten Behörde darüber mangelt, ob ein Kehrbezirk im Sinne des §. 56 l. c. bestehe oder nicht, bringen erfahrungsmäßig später Weiterungen mit sich, denn wenn ein zweiter Schornsteinfeger seine Niederlassung nach den hierüber bestehenden allgemeinen Vorschriften am Orte erwirkt hat, so steht in Ermangelung eines von der Königl. Regierung ausdrücklich eingerichteten oder anerkannten Kehrbezirkes dem Beginn des Gewerbebetriebes Nichts entgegen. Schreitet die Behörde erst dann ein, um im Anerkenntniß eines bestehenden Kehrbezirkes den einen Gewerbetreibenden zu schüßen, so wird der andere zum Verlassen des Ortes ohne sein Verschulden genöthigt, oder auch wohl aus Billigkeitsgründen die Bildung zweier Bezirke beschlossen, und damit öfters das Auskommen beider Gewerbsgenossen gefährdet. Es ist daher, wenn dergleichen Fälle bei der Kgl. Regierung zur Sprache kommen zu einer näheren Erörterung der Sache Veranlassung zu nehmen, und demnächst durch ein ausdrückliches Anerkenntniß das Bestehen von Kehrbezirken in der gesetzlichen Bedeutung außer Zweifel zu stellen, es sei denn, daß nach den obwaltenden Verhältnissen der Freiegebung des Gewerbes der Vorzug gegeben werden müsse, welche alsdann auszusprechen ist. Auch ist dafür Sorge zu tragen, daß die Einrichtung resp. das Anerkenntniß von Kehrbezirken Seitens der Königl. Regierung, sowie spätere Abänderungen durch die für Veröffentlichung amtlicher Erlasse bestimmten Lokalblätter, bei Theil-

gung mehrerer Gemeinden durch die Kreisblätter, zur allgemeinen Kenntniß gelange.

3. Die Kehrbezirke bedingen zugleich eine Regelung der Kehrlöhne. Da ein anderer, als der für den Bezirk bestimmte Schornsteinfeger die Reinigung nicht ausführen darf, und sonach die Eingefessenen, auch wenn sie mit dem Bezirkschornsteinfeger über den Kehrlohn sich nicht einigen können, dennoch genöthigt sind, sich seiner zu bedienen, so würde in solchen streitigen Fällen in Ermangelung einer Lage die Sache von der Polizeibehörde jedesmal besonders zu reguliren resp. im Rechtswege zum Austrag zu bringen sein. Wo daher Kehrbezirke eingeführt oder als bestehend anerkannt werden, dergestalt, daß einem Schornsteinfeger ein bestimmter Bezirk überwiesen wird, ist zugleich mit Festsetzung der Lage in Gemäßheit des §. 92 der A. G.-D. vorzugehen, wobei jedesmal eine besondere Prüfung vorhergehen, und eine Abänderung im Falle des Bedürfnisses vorbehalten bleiben muß. Entstehen deshalb Beschwerden, so haben die Ortspolizei-Obrigkeiten, resp. die Landräthe, diese pflichtgemäß zu erörtern, und nach Befinden zu erledigen, ev. die Kgl. Regierung die sachgemäße Entscheidung zu treffen. Bei den diesfälligen Anordnungen werden die von den Gemeinden mit den Schornsteinfegern geschlossenen Verträge über die Kehrlöhne zu berücksichtigen sein, wie es denn auch den Eingefessenen nicht zu verschränken ist, mit den Schornsteinfegern über niedrigere Sätze, als diejenigen der Lage, sich zu einigen.

4. Die mitunter, namentlich in größeren Städten vorkommende Einrichtung, wonach ein großer Kehrbezirk gebildet wird, für welchen eine gewisse Anzahl Schornsteinfeger ohne Ueberweisung gesonderter Bezirke bestellt werden, dergestalt, daß den Einwohnern unter diesen die Wahl freigelassen ist, erscheint mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht in Widerspruch, und es ist daher keine Veranlassung, einer solchen Anordnung, wo die Gemeinden sie wünschen, entgegenzutreten.

5. In einzelnen Reg.-Bezirken besteht eine, durch die Verhältnisse nicht immer gerechtfertigte große Verschiedenheit in dem Umfange der Kehrbezirke, welche, soweit nicht innere Gründe für die Beibehaltung bestehen, einer Ausgleichung bedarf, worauf auch nach Anzeige mehrerer Regierungen bereits Bedacht genommen ist. Wo eine angemessene Abgrenzung in Erwartung etwaiger neuer gesetzlicher Bestimmungen bisher noch Anstand gefunden, ist damit unter Berücksichtigung der in dem Erlasse vom 13. November 1849 angedeuteten Gesichtspunkte und unter thunlicher Berücksichtigung bestehender Verhältnisse nach und nach vorzugehen; namentlich wird der Abgang der in bestehenden Kehrbezirken vorhandenen Schornsteinfeger hierzu eine geeignete Gelegenheit bieten.

6. Die mitunter vorkommende Vereidigung der Schornsteinfeger entspricht selbst da, wo Kehrbezirke bestehen, ihrer gewerblichen Stellung nicht, da nach dem Gesetz jederzeit Abänderungen vorbehalten bleiben. Soweit daher nicht etwa Schornsteinfeger als Communalbeamte mit allen diesen zukommenden Rechten und Pflichten angestellt werden, empfiehlt es sich, von einer Vereidigung abzustehen, welche geeignet ist, den Gewerbetreibenden zu einer irrigen Auffassung seiner Verhältnisse zu verleiten.

7. Ebenso wenig entspricht es der nach dem Ermessen der Regierung veränderlichen Lage eines solchen Gewerbetreibenden, daß denselben dauernde Verpflichtungen gegen seine Vorgänger oder dessen Hinterbliebene aufgelegt werden, oder daß seine Wahl von der Uebernahme derartiger Verbindlichkeiten abhängig gemacht wird, weshalb dahin zu sehen ist, daß derartige Verpflichtungen künftig nicht mehr vorbedungen werden.

8. Sowohl in Bezug auf die Frage: ob Kehrbezirke beizubehalten, resp. einzuführen sind, als auch in Betreff auf die Abzweigung oder Abänderung solcher Bezirke, sind die betreffenden Gemeinden zu hören, und deren Wünsche, soweit ihnen nicht überwiegende Gründe entgegenstehen, möglichst zu berücksichtigen. Insbesondere ist, wenn Seitens der Gemeinden oder Kreisstände die Einführung von Kehrbezirken beantragt wird, die Genehmigung dazu nicht aus allgemeinen theoretischen Gründen oder bloß deshalb zu versagen, weil bisher grundsätzlich der Freigebung des Schornsteinfegergewerbes in dem betr. Reg.-Bezirk der Vorzug gegeben worden ist. Vielmehr werden derartige Anträge in Ermangelung entgegenstehender Erfahrungen in Betreff der qu. Ortschaften um so mehr in der Regel zu berücksichtigen sein, als die Regelung dieses Gewerbebetriebes die Eingeseffenen nahe berührt, und deren geordnete Vertreter zur Wahrnehmung ihrer Interessen zunächst berufen sind.

Auch bei der Wahl für den Kehrbezirk anzusehender Schornsteinfegermeister ist, wenn nicht den beteiligten Gemeinden die Auswahl unter den geprüften Personen, mit Vorbehalt der polizeilichen Genehmigung des Gewählten, ganz überlassen bleibt, wie sich dies namentlich in größeren Städten empfiehlt, den Anträgen der Gemeindevorstände zu entsprechen, sofern nicht entschiedene Bedenken dagegen obwalten.

9. Als ein mit der Freigebung des Schornsteinfegergewerbes verbundener Uebelstand wird von den Gewerbetreibenden vielfach hervorgehoben, daß durch gewissenhafte Anzeige vorgefundener Mängel die Reinigung von den Hausbesitzern solchen Meistern zugewendet werde, welche sich hierin eine pflichtwidrige Nachsicht zur Gewohnheit hätten werden lassen. Wenn schon die Einrichtung von Kehrbezirken eine pol-

zeitliche Ueberwachung des Gewerbebetriebes der Schornsteinfeger erhelft, so tritt diese Anforderung in verstärktem Maße in den Kreisen und Ortschaften hervor, in denen der Gewerbebetrieb ganz oder doch die Wahl unter einer bestimmten Anzahl von Meistern freigegeben ist. In diesen Fällen steht ein günstiger Erfolg für die Feuersicherheit nur durch sorgfältige Controlle sowohl des Gewerbebetriebes der Schornsteinfeger, als der Hausbesitzer zu erreichen, und namentlich bedarf es hier regelmäßiger strenger Revisionen der Feuerstellen und Rauchfänge, damit die bestehenden Mängel alsbald entdeckt und gegen die Gewerbetreibenden, welche dieselben aus unzeitiger oder eigennütziger Nachsicht nicht zur Anzeige gebracht, gerügt werden können.

Wo in den bestehenden Feuer-Polizei-Ordnungen in Betreff der Revisionen das Nöthige angeordnet ist, haben die Landrätthe mit Sorgfalt danach zu verfahren. In dieser Beziehung geschieht nicht überall, was geschehen soll, und es ist Pflicht der Rgl. Regierungen, diesen Theil der Geschäftsführung zu überwachen, und Vernachlässigungen zu rügen. Wenn dieser Theil der Polizeiverwaltung sorgfältiger gehandhabt würde, würde die Beschwerde, daß der pflichtwidrige nachsichtige Schornsteinfeger dem gewissenhaften die Kunden entzieht, weniger als jezt vernommen werden.

(Cirk.-Rescr. d. Min. f. Handel u. v. 9. März 1853. M.-B. 85.)

Ueber die Prüfung der Schornsteinfeger ist bereits zu S. 20 gesprochen worden; es kommt hier ferner noch in Betracht:

Das Cirkular-Rescript des Minist. des Inn. vom 30. Juni 1845 (M.-B. 222), betreffend das Ausbrennen der nicht besteigbaren Röhren, und der Cirkular-Erlaß des Min. f. Handel u. v. 22. December 1851 (M.-B. 297), denselben Gegenstand betreffend.

Für Berlin geschieht die Prüfung der Schornsteinfeger nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 8. Mai 1850 (Int.-Blatt Nr. 121).

Abchnitt III.

Erlöschen und Verlust der Concessionen.

Capitel I.

Als Wirkung verschiedener Umstände.

§. 30.

Die auf Grund der in den §§. 1—13 ertheilte Concession zu einer gewerblichen Anlage wird wirkungslos, wenn ein Dritter vermöge eines ihm zustehenden Privatrechtes gegen den Unternehmer ein, diesem die Errichtung der Anlage untersagendes, richterliches Erkenntniß erstreitet.

Die polizeiliche Genehmigung einer gewerblichen Anlage enthält in der That nur eine negative Erklärung, und besagt daher nichts anderes, als daß im landespolizeilichen Interesse kein Bedenken gegen dieselbe obwaltet. Führt die von der Regierung angestellte Erörterung zu dem Resultat, daß im landespolizeilichen Interesse kein Bedenken gegen die Ausführung des Projectes obwaltet, und wird dies durch ihre Genehmigung ausgesprochen, so bleibt das Rechtsverhältniß zwischen dem Provocanten und dem Widersprechenden völlig unberührt. Beide können und mögen ihre gegenseitigen Ansprüche im Wege Rechts verfolgen, und der für den Provocanten nachtheilige Ausgang eines desfalligen Processes würde nur feststellen, daß dem Widersprechenden ein begründetes Unterfangungs-Recht gegen die Errichtung der gewerblichen Anlage zusteht.

Auf diese Weise kann nun allerdings der Fall eintreten, daß eine von der Landespolizeibehörde ertheilte Concession in der Folge wirkungs-

los wird. Dieser Erfolg ist aber nicht zu vermeiden, sobald man die richterlichen Functionen unangetastet lassen muß, und daß der Gesetzgeber letzteres gewollt, geht aus der Vorschrift des §. 31 der Gew.-Ordnung, nach welcher Einwendungen privatrechtlicher Natur zur Entscheidung des Richters überwiesen werden sollen, deutlich hervor. Es ist daher Sache des Provocanten, sich vor Ausführung der Anlage darüber Gewißheit zu verschaffen, daß die erlangte landespolizeiliche Concession durch das Geltendmachen privatrechtlicher Untersagungsrechte vor dem Richter nicht wirkungslos werde. Thut er dies nicht, so hat er sich die Nachtheile davon lediglich selbst zuzumessen.

(Mejer. d. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Finanz. v. 16. Februar 1847. M.-B. 1849. S. 229.)

Wer jedoch unter der Herrschaft des Edicts wegen der Mühlengerechtigkeit zc. vom 28. October 1810 resp. des Edicts für Ostpreußen, Litthauen, Ermeland und den Marienwerderschen landrätthlichen Kreis vom 29. März 1808 die Mühlengerechtigkeit zc. betreffend gegen die Ausführung des beabsichtigten Baues einer Wassermühle oder der dazu gehörigen Gräben, Schleusen und Wehre auf die in vorgeschriebener Art erfolgte öffentliche Bekanntmachung innerhalb der gesetzlichen Präklusivfrist keinen Widerspruch erhoben hat, ist, nachdem von der Landespolizei-Behörde die Genehmigung erteilt worden, nicht mehr berechtigt, einen solchen Widerspruch zu dem Zwecke geltend zu machen, um die Fortschaffung der ausgeführten Bauanlage zu verlangen. Auch hat der in die Genehmigungs-Urkunde aufgenommene Vorbehalt: „unbeschadet der Rechte eines Dritten“ nicht die Wirkung, daß das vorgedachte Widerspruchsrecht gegen den Bau selbst erhalten wird, sondern es bezieht sich dasselbe nur auf etwaige Entschädigungs-Ansprüche,

Der §. 7 des Edicts vom 28. October 1810 bestimmte:

„Ein Jeder, der durch die beabsichtigte Mühlenanlage eine Gefährdung seiner Rechte befürchte, muß den Widerspruch binnen 8 Wochen präklusivischer Frist vom Tage der Bekanntmachung an, sowohl bei der Landespolizei-Behörde als beim Bauherrn einlegen,“

und der §. 8:

„Gegen die Entscheidung kann der Weg Rechts nicht ergriffen werden.“

Hieraus ergibt sich schon, daß die Landespolizei-Behörde die Zulässigkeit des Mühlenbaues nicht bloß mit Rücksicht auf das Landespolizeiliche Interesse, sondern auch aus dem Gesichtspunkt des Privat-Interesses dritter betheiligter Personen zu prüfen hatte. Der Concession der Landespolizei-Behörde war daher die Wirkung beigelegt, den Bauherrn gegen die Fortschaffung des nach der Concession ausgeführten Mühlenbaues selbst dann zu sichern, wenn durch den letzteren ein Dritter gefährdet wird. War von dem Betheiligten die rechtzeitige Einlegung seines Widerspruches verabsäumt worden, so hatte er sein Widerspruchsrecht gegen den Bau selbst verloren, und es blieb ihm nur der Anspruch auf Entschädigung. Nur auf etwaigen Schadenersatz kann sich daher auch der in der Concession aufgenommene Vorbehalt: „unbeschadet der Rechte eines Dritten“ beziehen.

Noch unzweifelhaftere Bestimmungen, als das Edict vom 28. October 1810, enthielt das Edict für Ostpreußen v. 29. März 1808, welches unstreitig die Quelle des ersteren war. Nach §. 3 desselben sollte die Landespolizei-Behörde zur Wahrnehmung etwa entgegenstehender Privatrechte von Amtswegen weder befugt noch verpflichtet sein; nach §. 5. war ein Widerspruchsrecht Jedem eingeräumt, der durch die beabsichtigte Mühlenanlage eine Gefährdung bei der Benutzung seines Privateigenthums befürchtete, und nach §. 6 sollte, wenn die Landespolizei-Behörde einen solchen Widerspruch nicht erheblich befunden, oder der Widerspruch nicht binnen der präclusivischen Frist angemeldet worden, bei den Gerichten keine Klage auf Unterlassung oder Einstellung des Baues angenommen, vielmehr allenfalls daselbst nur ein Anspruch auf Schadenersatz geltend gemacht werden können.

Es hat kein Bedenken, daß das Edict vom 28. October 1810 aus dem Edicte vom 29. März 1808, seiner Quelle, erklärt werde, da es an jedem Grunde fehlt, woraus die Berücksichtigung eines besonderen provinziellen Interesses bei letzterem zu folgern wäre.

Zweifelsfrei begreift aber die Concession zur Anlage einer Wassermühle zugleich die Concession zu den erforderlichen Wasserbauten in sich. Denn es liegt in der Natur der Sache, daß eine Wassermühle ohne diejenigen Vorrichtungen, welche zur Anschaffung des zum Betriebe derselben erforderlichen Wassers nöthig sind, namentlich Schleusen und Wehre, Mühlengräben v. nicht angelegt werden kann.

(Plenar-Beschluß des Ober-Tribunals v. 24. Juni 1844. Simon, Entscheidungen des O.-T. Bd. 7. S. 188.)

§. 31.

Bei Ertheilung der Concession zu einer der in den §§. 1, 11 und 12 bezeichneten gewerblichen Anlagen, ingleichen zur Anlegung von Apotheken, Privat-Kranken- und Privat-Irren-Anstalten, sowie zu Schauspiel-Unternehmungen kann von der genehmigenden Behörde nach Umständen eine Frist festgesetzt werden, binnen welcher die Anlage oder das Unternehmen bei Vermeidung des Erlöschens der Genehmigung begonnen und ausgeführt, und der Gewerbebetrieb angefangen werden muß. Ist eine solche Frist nicht bestimmt, so erlischt die ertheilte Genehmigung, wenn der Inhaber nach Empfang derselben ein ganzes Jahr verstreichen läßt, ohne davon Gebrauch zu machen.

Eine Verlängerung der Frist kann von der Behörde bewilligt werden, sobald erhebliche Gründe nicht entgegenstehen.

Hat der Inhaber einer solchen Genehmigung seinen Gewerbebetrieb während eines Zeitraumes von drei Jahren eingestellt, so erlischt dieselbe. Auf die Inhaber der bereits vor Erscheinen der Allg. Gew.-Ordnung ertheilten Concessionen finden diese Fristen ebenfalls Anwendung. (§§. 66—68 der A. G.-O.)

§. 32.

Wegen überwiegender Nachtheile und Gefahren für das Gemeinwohl kann die fernere Benutzung einer jeden gewerblichen Anlage zu jeder Zeit untersagt werden. Doch muß dem Besitzer alsdann für den erweislichen wirklichen Schaden Ersatz geleistet werden.

Diese Bestimmung findet auch auf die zur Zeit der Verkündigung der Allg. Gew.-Ordnung bereits vorhandenen gewerblichen Anlagen Anwendung; doch entspringt aus der Untersagung der ferneren Benutzung kein Anspruch auf Entschädigung, wenn diese früher ausdrücklich oder stillschweigend ertheilte Concession nach den bis zum Erscheinen der Allg. Gewerbe-Ordnung gültigen Gesetzen ohne Entschädigung hätte widerrufen werden können. (§§. 69 und 70 der A. G.-O.)

§. 33.

Die in den §§. 16, 17, 21, 22 und 23 erwähnten Concessionen, Approbationen und Bestellungen, sowie die Approba-

Doehl, Concessionswesen.

13

tionen der Hebammen (§. 19) können von der Verwaltungsbehörde zurückgenommen werden, wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargethan wird, auf deren Grund solche ertheilt worden, oder wenn aus Handlungen oder Unterlassungen des Inhabers der Mangel der erforderlichen und bei Ertheilung der Concession u. s. w. vorausgesetzten Eigenschaften klar erhellt. Inwiefern durch die Handhabung oder Unterlassung eine Strafe verwirkt wird, bleibt der richterlichen Beurtheilung überlassen.

In der Voruntersuchung wird der Angeschuldigte unter Mittheilung der Anschuldigungspunkte vorgeladen, und, wenn er erscheint, gehört; es werden die Zeugen eidlich vernommen, und die zur sonstigen Aufklärung der Sache dienenden Beweise herbeigeschafft.

Die Einrichtungen der Staatsanwaltschaft werden durch einen von der Regierung ernannten Beamten wahrgenommen.

Bei der Vernehmung des Angeschuldigten und dem Verhör der Zeugen ist ein vereideter Protokollführer zuzuziehen. (§. 71 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 und §. 71 der A. G.-D. *)

Die Bestimmungen der §§. 71 ff. der Gew.-Ordnung in Betreff der Befugniß der Provinzialbehörden zur Zurücknahme der in den §§. 16, 17, 21, 22 u. 23 erwähnten Concessionen, Approbationen und Bestellungen sind durch Art. I. §. 71 ff. des Gesetzes vom 22. Juni 1861 dahin abgeändert, daß fernerhin:

- a. von der Verwaltungsbehörde nur die in den §§. 42, 43, 47, 50, 51 u. 52 der Gew.-Ordnung bezeichneten Concessionen
- ic. die Approbationen der Hebammen, die Concessionen inländischer Unternehmer von Versicherungs-

*) §. 71 der A. G.-D. lautet:

Die in den §§. 42—52 und §. 55 erwähnten Concessionen, Approbationen und Bestellungen können von der Verwaltungsbehörde zurückgenommen werden, sobald die Unrichtigkeit der Nachweise dargethan wird, auf Grund deren solche ertheilt worden, oder wenn aus Handlungen und Unterlassungen des Inhabers der Mangel der erforderlichen und bei Ertheilung der Concession u. s. w. vorausgesetzten Eigenschaften klar erhellt. Inwiefern durch die Handlungen oder Unterlassungen eine Strafe verwirkt ist, bleibt der richterlichen Beurtheilung überlassen.

Anstalten und die nach Inhalt des Gesetzes betreffend die Beförderung von Auswanderern, vom 7. Mai 1853 (G.-S. 729) ertheilten Concessionen nach Maßgabe der neuen Bestimmungen zurückgenommen werden dürfen, dagegen:

- b. den Gewerbtreibenden, welche in den §§. 18, 19 u. 25 so wie 21 bezeichnet sind, mit Ausnahme der Hebammen, die Befugniß zum Gewerbebetriebe nur durch den zuständigen Richter aberkannt werden kann.

Mit der Beschränkung des Administrativ-Verfahrens auf die Zurücknahme der vorstehend zu a. erwähnten Concessionen, Approbationen und Bestellungen stehen die Strafbestimmungen des Art. I, §. 173 d. Ges. v. 22. Juni 1861 insofern im Zusammenhange, als sie neben den Strafbestimmungen der §§. 172 und 174 l. c. auch rücksichtlich der dem administrativen Verfahren nicht mehr unterworfenen Gewerbetreibenden den nöthigen Anhalt darbieten, um das Publikum gegen die Nachtheile eines gewissenlosen oder ungeschickten Betriebes der betreffenden Gewerbe zu schützen. Denn dieser tritt hauptsächlich in der Uebertretung der bau-, sicherheits- oder gesundheitspolizeilichen Vorschriften hervor, welche in den Bereich des §. 173 l. c. fallen, und da die der Staats-Anwaltschaft als Organ für die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen bei der Erhebung und Verfolgung der gerichtlichen Anklagen wegen strafbarer Handlungen und Unterlassungen gegeben ist, so haben die Verwaltungsbehörden in den Fällen zu b. auf die Ausschließung unfähiger oder unzuverlässiger Personen von dem ihnen gestatteten Gewerbebetriebe dadurch hinzuwirken, daß sie die ermittelten Contraventionen derselben rechtzeitig zur Kenntniß der Staats-Anwaltschaft bringen, und Letzterer die Stellung geeigneter Anträge bei den Gerichten durch die Beschaffung der erforderlichen Beweismittel erleichtern.

§. 34.

Ueber die Zurücknahme der Concessionen u. s. w. entscheidet die Regierung durch Plenarbeschluß. Der Entscheidung

muß eine schriftliche Voruntersuchung und eine mündliche Verhandlung nach den folgenden näheren Bestimmungen vorhergehen.

§. 35.

Die Regierung verfügt die Einleitung des Untersuchungsverfahrens und ernennt den Untersuchungs-Commissar. Sie ist befugt, in dringenden Fällen die Ausübung des Gewerbes entweder sogleich, oder im Laufe des Verfahrens zu suspendiren.

§. 36.

Nach Abschluß der Voruntersuchung überreicht der Beamte der Staatsanwaltschaft der Regierung die Aufschuldigungschrift. Der Angeschuldigte wird unter abschriftlicher Mittheilung derselben zu einer vom Regierungs-Präsidenten zu bestimmenden Plenar-Sitzung zur mündlichen Verhandlung vorgeladen. Bei dieser Verhandlung, welche in nicht öffentlicher Sitzung stattfindet, sowie bei der Entscheidung der Sache wird nach Vorschrift der §§. 35 bis 39 und 31 des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten vom 21. Juli 1852 (G.-S. 465)*) verfahren. Die Entschei-

*) Die allegirten Paragraphen lauten:

Bei den Provinzialbehörden werden die Disciplinarfachen in besouderen Plenarsitzungen erledigt, an welchen mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder theilnehmen müssen. In diesen Plenarsitzungen steht bei den Regierungen den Mitgliedern derselben nur dasjenige Stimmrecht zu, welches ihnen durch die allgemeinen Vorschriften für Verhandlungen im Plenum beigelegt ist. Bei den übrigen Provinzialbehörden nehmen an den zur Erledigung der Disciplinarfachen bestimmten Plenarsitzungen nur die etatsmäßigen Mitglieder und diejenigen Theil, welche eine etatsmäßige Stelle versehen. Bei den Eisenbahn-Commissariaten tritt zur Erledigung der Disciplinarfachen der ein- für allemal hierzu bestellte Commissarius der Regierung, in deren Bezirk das Eisenbahn-Commissariat seinen Sitz hat, in Berlin der Insizarius des Polizei-Präsidii, ein. Alle in dieser Weise zur Theilnahme Berufenen haben ein volles Stimmrecht, auch wenn die Behörde sonst keine kollegialische Einrichtung hat. (§. 31.)

Bei der mündlichen Verhandlung, welche in nicht öffentlicher Sitzung stattfindet, giebt zuerst ein von dem Vorsitzenden ernannter Referent eine Darstellung der Sache, wie sie aus den bisherigen Verhandlungen hervorgeht,

dung kann jedoch nur auf Zurückweisung der Anklage oder auf Zurücknahme der Concession u. s. w. lauten, so weit nicht der Regierung die Befugniß zur Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen den Angeschuldigten zusteht.

Gegen die Entscheidung der Regierung steht dem Angeschuldigten der Recurs an das competente Ministerium offen; der Recurs muß jedoch bei Verlust desselben binnen zehn Tagen, von der Verkündigung der Entscheidung an gerechnet, angemeldet werden; das in den §§. 34—36 bezeichnete Verfahren findet für Berlin und den Polizeibezirk von Charlottenburg

Der Angeschuldigte wird vernommen.

Es wird darauf der Beamte der Staatsanwaltschaft mit seinen Vor- und Anträgen, und der Angeschuldigte mit seiner Vertheidigung gehört. Dem Angeschuldigten steht das letzte Wort zu. (§. 35.)

Wenn die Behörde auf den Antrag des Angeschuldigten oder des Beamten der Staatsanwaltschaft, oder auch von Amtswegen die Vernehmung eines oder mehrerer Zeugen, sei es durch einen Commissar oder mündlich vor der Behörde selbst oder durch Herbeischaffung anderer Mittel zur Aufklärung der Sache für angemessen erachtet, so erläßt sie die erforderliche Verfügung und verlegt nöthigenfalls die Fortsetzung der Sache auf einen andern Tag, welcher dem Angeschuldigten bekannt zu machen ist. (§. 36.)

Der Angeschuldigte, welcher erscheint, kann sich des Beistandes eines Rechtsanwaltes als Vertheidiger bedienen. Der nicht erschienene Angeschuldigte kann sich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen. Der Disciplinarbehörde steht es jedoch jederzeit zu, das persönliche Erscheinen unter der Warnung anzuvordnen, daß bei seinem Ausbleiben ein Vertheidiger zu seiner Vertretung nicht werde zugelassen werden. (§. 37.)

Bei der Entscheidung hat die Disciplinarbehörde, ohne an positive Beweisregeln gebunden zu sein, nach ihrer freien, aus dem ganzen Inbegriffe der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu beurtheilen, inwieweit die Anschuldigung für begründet zu erachten.

Die Entscheidung kann auch auf eine bloße Ordnungsstrafe lauten.

Die Entscheidung, welche mit Gründen versehen sein muß, wird in einer der nächsten Sitzungen verkündigt und eine Ausfertigung derselben dem Angeschuldigten auf Verlangen ertheilt. (§. 38.)

Ueber die mündlichen Verhandlungen wird ein Protokoll aufgenommen, welches die Namen der Anwesenden und die wesentlichen Momente der Verhandlung enthalten muß. Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer unterzeichnet. (§. 39.)

bei der Regierung zu Potsdam statt. *) (§§. 72, 73 und 74 des Ges. vom 22. Juni 1861 und der A. G.-D. **)

Was die Zurücknahme einer Concession betrifft, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß nach den vorstehenden Bestimmungen zu verfahren und mithin die Zurücknahme von der Regierung auszusprechen ist. Es ist dessenungeachtet aber auch der Fall denkbar, daß der Richter nach der Vorschrift des §. 189 der A. G.-D., es mag nun die Concession von den Verwaltungsbehörden zurückgenommen sein oder nicht, auf Verlust des Gewerbes für immer oder auf Zeit erkennt, in welchem Falle die Verwaltungsbehörde sodann die Concession, insofern dies dem Erkenntnisse entgegensteht, nicht wieder verleihen darf. Hieraus, sowie aus der Vorschrift der §§. 171—174 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 folgt, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen der Zurücknahme der Concession und dem Verluste des Rechts zur Ausübung des Gewerbes besteht. Denn wenn auch die Zurücknahme der Concession unter Umständen ihrer Wirkung nach dem Verluste des Rechts gleich sein kann, so bleibt es doch in dem ersteren Falle der Verwaltungs-Behörde zu jeder Zeit unbenommen, die entzogene Erlaubniß wieder zu gewähren; dagegen kann, wenn der Rich-

*) Früher war für Berlin und den Polizeibezirk von Charlottenburg das Polizei-Präsidium zu Berlin Regierungs-Instanz.

**) Die §§. 72—74 der A. G.-D. lauten:

Die Gründe der beabsichtigten Zurücknahme einer Concession u. s. w. sind dem Betheiligten bekannt zu machen und vollständig zu erörtern, die Verhandlungen aber sodann mit der Vertheiligung desselben der Regierung zur Abfassung eines Plenarbeschlusses vorzulegen. §. 72.

Fällt der Beschluß für die Zurücknahme aus, so ist der danach mit Gründen auszufertigende Bescheid dem Betheiligten zu eröffnen. Gegen diesen Bescheid ist der Rekurs an das competente Ministerium zulässig; der Rekurs muß jedoch bei Verlust desselben binnen zehn Tagen von der Eröffnung des Bescheides an gerechnet, angemeldet werden. §. 73.

Dem Ermessen der Regierung bleibt es überlassen, in dringenden Fällen die Ausübung des Gewerbes entweder sogleich bei Einleitung des Verfahrens (§. 72) oder im Laufe desselben zu suspendiren. §. 74.

ter auf den Verlust der Befugniß zum Gewerbebetriebe erkennt, nur durch einen Akt der Königlichen Gnade der Wiederbeginn des Gewerbes überhaupt, oder in der Zeit, für welche es untersagt, gestattet werden. Die Richtigkeit vorstehender Ausführung geht übrigens nicht nur aus den angeführten Bestimmungen, sondern auch aus den Motiven zur Gewerbe-Ordnung hervor. (cf. Rescr. des Rgl. Min. des Inn. vom 14. August 1845. M.-B. 274.)

Ist bei Verkündung des Gesetzes ein Verfahren wegen Entziehung der in den §§. 16, 17, 21, 22 und 23 erwähnten Concessionen, Approbationen und Bestellungen bereits eingeleitet, so setzt die zuständige Behörde, ohne Betheiligung der Staatsanwaltschaft, die Instruction durch vollständige Erörterung der Gründe der beabsichtigten Entziehung fort, und legt die geschlossenen Verhandlungen mit der Vertheigung des Betheiligten der Regierung zur Abfassung des Plenarbeschlusses vor.

Fällt dieser Beschluß für die Zurücknahme aus, so ist der danach mit Gründen auszufertigende Bescheid dem Betheiligten zu eröffnen. Gegen diesen Bescheid ist der Recurs an das competente Ministerium zulässig; der Recurs muß jedoch bei Verlust desselben binnen zehn Tagen, von der Eröffnung des Bescheides an gerechnet, angemeldet werden.

Capitel II.

Als Strafe.

§. 37.

Die Entziehung der Befugniß zum selbstständigen Gewerbebetrieb als Strafe kann Statt finden für immer oder auf eine bestimmte Zeit; diese darf nicht unter drei Monaten und nicht über fünf Jahre betragen. (N. G.-D. §. 171.)

Hinsichtlich des Unterschiedes zwischen Entziehung der Concession und Verlust des Rechtes zur Ausübung eines Gewerbes vergl. zum vorigen Paragraphen.

§. 38.

Gegen jeden Gewerbtreibenden, der wegen eines vermitteltst Mißbrauch seines Gewerbes begangenen Verbrechens oder Vergehens verurtheilt wird, kann zugleich auf den Verlust der Befugniß zum selbstständigen Betriebe dieses Gewerbes für immer oder auf Zeit erkannt werden.

Es muß auf diesen Verlust erkannt werden, wenn der Gewerbtreibende wegen eines solchen Verbrechens schon einmal rechtskräftig verurtheilt worden ist. (§. 172 d. Gef. v. 22. Juni 1861 u. d. N. G.-D. *)

§. 39.

Gegen jeden Gewerbtreibenden, welcher wegen Verletzung der den Betrieb seines Gewerbes betreffenden Vorschriften

*) §. 172 der N. G.-D. lautet:

Gegen jeden Gewerbtreibenden, welcher wegen eines vermitteltst Mißbrauchs seines Gewerbes begangenen Verbrechens zu Zwangsarbeit oder Zuchthausstrafe verurtheilt wird, kann zugleich auf den Verlust der Befugniß zum selbstständigen Gewerbebetrieb für immer oder auf Zeit erkannt werden.

Es muß auf diesen Verlust erkannt werden, wenn der Gewerbtreibende schon früher wegen eines solchen Verbrechens zu Zwangsarbeit oder Zuchthausstrafe verurtheilt worden ist.

wiederholt rechtskräftig verurtheilt ist, kann auf den Verlust der Befugniß zum selbstständigen Betriebe seines Gewerbes für immer oder auf Zeit erkannt werden.

Es muß auf den Verlust jener Befugniß für immer erkannt werden, wenn er wegen einer solchen Verletzung mit Zuchthausstrafe bestraft wird. (§. 173 d. Ges. vom 22. Juni 1861 u. d. A. G.-D. *)

Es kommen hier noch folgende anderweite Strafbestimmungen in Betracht:

1. Gegen die im §. 1 dieses Gesetzes (§. 22 d. W.) genannten Gewerbetreibenden kann von dem zuständigen Richter auf den Verlust der Befugniß zum Gewerbebetriebe erkannt werden, wenn

- a. die zeitige Unterfagung der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen wird,
- b. wegen eines mittelst der Presse begangenen Verbrechens zum erstenmale — oder wegen eines solchen Verbrechens innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren zum zweitenmale eine Verurtheilung erfolgt;

es muß dagegen auf den Verlust der Befugniß zum Gewerbebetriebe erkannt werden, wenn

- a. der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen wird,
- b. innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren, wegen eines mittelst der Presse begangenen Verbrechens zum zweitenmale —

*) §. 173 der A. G.-D. lautet:

Gewerbetreibende, welche zum Betrieb ihres Gewerbes einer besonderen polizeilichen Genehmigung (Concession, Approbation, Bestallung) bedürfen, können der Befugniß zum Betriebe ihres Gewerbes für immer oder auf Zeit verlustig erklärt werden, wenn sie wegen eines ihre Berufspflichten verletzenden Verbrechens zu Zwangsarbeit oder Zuchthausstrafe verurtheilt werden; es muß auf diesen Verlust erkannt werden, wenn gegen sie wegen eines solchen Verbrechens schon früher auf Freiheitsstrafe erkannt worden ist.

Auch kann auf den Verlust jener Befugnisse für immer oder auf Zeit erkannt werden, wenn der Gewerbetreibende wegen eines Verbrechens, durch welches er seine Berufspflichten verletzt hat, zu einer minder schweren Freiheitsstrafe, als Zwangsarbeit oder Zuchthausstrafe, verurtheilt wird, wenn schon früher wegen eines solchen Verbrechens auf Freiheitsstrafe gegen ihn erkannt worden ist.

oder wegen eines solchen Vergehens oder Verbrechens zum drittenmale — eine Verurtheilung erfolgt. (S. 54 des Gesetzes über die Presse v. 12. Mai 1851. G.-S. 273.)

2. Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen herbeiführt, wird mit Gefängniß von zwei Monaten bis zu zwei Jahren bestraft.

Wenn der Thäter zu der Aufmerksamkeit und Vorsicht, welche er bei der fahrlässigen Tödtung aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war, so kann derselbe zugleich auf eine bestimmte Zeit, welche die Dauer von fünf Jahren nicht übersteigen darf, oder für immer zu einem solchen Amte für unfähig, oder der Befugniß zur selbstständigen Betreibung seiner Kunst oder seines Gewerbes verlustig erklärt werden.

(Str.-G.-B. v. 14. April 1851. §. 184.)

3. Wenn bei einer vorsätzlich verübten Körperverletzung der Thäter die ihm vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes obliegenden besonderen Pflichten übertreten hat, so soll derselbe zugleich auf eine bestimmte Zeit, welche die Dauer von fünf Jahren nicht übersteigen darf, oder für immer zu einem solchen Amt unfähig oder der Befugniß zur selbstständigen Ausübung seiner Kunst oder seines Gewerbes verlustig erklärt werden.

Auch bei fahrlässig verübten Körperverletzungen kann der Thäter wegen Vernachlässigung der besonderen Amts-, Berufs- oder Gewerbspflichten, wenn sich derselbe im Rückfalle befindet, zugleich auf eine bestimmte Zeit, welche die Dauer von fünf Jahren nicht übersteigen darf, oder für immer zu einem solchen Amt für unfähig, oder der Befugniß zur selbstständigen Betreibung seiner Kunst oder seines Gewerbes verlustig erklärt werden.

(Ebendasselbst §. 203.)

§. 40.

Die Befugniß zum Betriebe der in den §§. 18, 19, 21, 23 und 24 bezeichneten, sowie aller derjenigen Gewerbe und Geschäfte, zu deren Betreibung der Gewerbetreibende von der Obrigkeit besonders verpflichtet worden ist, erlischt, wenn der Gewerbetreibende die bürgerliche Ehre verloren hat, oder wenn ihm die Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit untersagt worden ist, und zwar mit dem Tage der Rechtskraft

des Straferkenntnisses. (§§. 174 des Ges. vom 22. Juni 1861 u. d. N. G.:D.)*)

§. 41.

Als Strafe kann der Verlust der Befugniß zum selbstständigen Gewerbebetriebe, für immer oder auf Zeit, nur vom Richter ausgesprochen werden, soweit es sich nicht um Steuervergehen handelt, in Ansehung deren es bei den bestehenden Vorschriften verbleibt.

In Ansehung der Competenz der Behörden zur Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen der Gewerbetreibenden bewendet es bei der bestehenden Verfassung; in der Rheinprovinz sind jedoch die Polizeigerichte befugt, auf Geldstrafe bis fünfzig Thaler und Gefängniß bis zu sechs Wochen zu erkennen. (§. 189 der N. G.:D.)

Von den im vorstehenden Paragraphen aufrecht erhaltenen Vorschriften der Steuergesetzgebung sind für den Zweck vorliegender Schrift nur diejenigen von Interesse, welche Schlächter und Mahlmüller betreffen.

Es sind dies folgende:

Bei Defraudationen treten die Strafen ein, welche die Steuer-Ordnung vom 8. Februar 1819, §. 60 ff. auf die Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften zur Gefährdung der Steuer angedroht hat. Ueberall, wo in diesen Vorschriften von Brennern und Brauern geredet wird, findet die Anordnung auf diejenigen Gewerbetreibenden Anwendung, welche die Mahl- und Schlachtsteuer zu entrichten verbunden sind.

(Gesetz v. 30. Mai 1820, §. 17. G.:S. 143.)

Brauer und Brenner verfallen in die Strafe der Defraudation,

*) §. 174 der N. G.:D. lautet:

Ist die polizeiliche Genehmigung zur Betreibung eines Gewerbes durch Zuverlässigkeit und Unbescholtenheit bedingt, oder der Gewerbetreibende zur Betreibung seines Geschäftes von der Obrigkeit besonders verpflichtet worden, so muß auf den Verlust der Befugniß zum selbstständigen Betriebe des Gewerbes für immer erkannt werden, wenn der Gewerbetreibende wegen eines von ehrloser Gesinnung zeugenden Verbrechens, insbesondere wegen Meineides, Raubes, Diebstahls oder Betruges verurtheilt wird.

wenn sie Gewerks-handlungen, von deren Ausübung in jedem einzelnen Falle oder in bestimmten Fällen dem Staate eine Abgabe zu entrichten ist, entweder gar nicht, oder unrichtig anzeigen.

(Steuer-Ordnung vom 8. Februar 1819. §. 60. G.-G. 102.)

Im dritten Falle der Uebertretung, nach vorhergegangener zweimaliger Bestrafung, darf der Schuldige das Gewerbe des Brennens oder Brauens nie und zu keinen Zeiten weder selbst ausüben, noch durch einen Anderen zu seinem Vortheil ausüben lassen.

(Ebendas. §. 63.)

Im Falle der Wiederholung, nach vorhergegangener Bestrafung, darf der Schuldige das Recht zu brennen oder zu brauen in einem Zeitraume von drei Monaten weder selbst ausüben, noch durch einen Anderen zu seinem Vortheile ausüben lassen.

(Ebendas. §. 62.)

Bäcker und Schlächter müssen, und zwar auch dann, wenn sie nicht in der Stadt, aber in nicht größerer Entfernung als einer halben Meile von dem steuerpflichtigen Stadtbezirke an einem der Klassensteuer unterworfenen Orte sich niedergelassen haben, Mehl, Graupen, Grütze, Gries, geschrotetes Getreide, geschrotete Hülsenfrüchte, Brod, Backwerk, Nudeln, Stärke, Puder, oder Fleisch und Fett von Rindvieh, Schaafen, Ziegen und Schweinen, desgleichen Waaren, die aus solchem Fleisch und Fett zubereitet sind, sobald diese Gegenstände in Quantitäten von $\frac{1}{16}$ Centner und darüber in steuerpflichtige Städte eingebracht werden, gleich bei der Ankunft dem Steueramt anzumelden und zu versteuern. Eine Unterlassung der Anzeige bei der Ankunft der Waaren in der Stadt, oder eine Abweichung von dem durch die Steuerbehörde vorgeschriebenem Wege wird als eine Defraudation angesehen und geahndet. Auch derjenige macht sich einer Defraudation schuldig, welcher dergleichen Waaren zum Handel in kleineren Quantitäten mittelst Wiederholung einbringt.

(Gesez v. 30. Mai 1820. §§. 14 u. 15. G.-G. 143.)

Die Befugniß der Verwaltungsbehörden, in Steuer-sachen Straf-Resolute zu erlassen, soll hinfort auf diejenigen Fälle

eingeschränkt sein, in welchen nach Vorschrift der Gesetze auf Geldstrafe oder Confiscation zu erkennen ist. Dagegen soll in allen Fällen, in welchen auf Gefängniß-, Zuchthaus- oder Festungs-Strafe unmittelbar nach Vorschrift der Gesetze zu erkennen ist, die Untersuchung und die Abfassung des Erkenntnisses sogleich den ordentlichen Gerichten überlassen werden.

(Declaration v. 20. Januar 1820. §. 2. G.=S. 33.)

Wenn bei wiederholten Steuervergehen, neben der anderen Strafe, auch die Untersagung des Gewerbes erfolgen muß, so wird diese jedesmal von derjenigen Behörde ausgesprochen, welcher nach §. 2 des gegenwärtigen Gesetzes die Festsetzung der anderen Strafe zusteht.

(Ebendasselbst §. 3.)

Was die Competenz der Behörden anbelangt, gilt nach der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung der Grundsatz, daß die Untersuchung und Entscheidung aller Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen durch den Richter erfolgen muß. Doch ist neben dem durch die Verordnung vom 3. Januar 1849 (G.=S. 14) eingeführten mündlichen und öffentlichen Verfahren in Strassachen, das bisherige administrative Strafverfahren in Steuer-, Zoll- und Defraudations-Sachen zc. fortbestehen geblieben. Schon das Justizministerial-Rescript vom 29. Juli 1849 (S.=M.=B. 347) sprach dies aus; demnächst verordnete das Gesetz vom 3. Mai 1852 (G.=S. 209) im Artikel 136 noch ausdrücklich:

Insoweit hinsichtlich der Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle, insbesondere der Steuern, Bölle zc. nach den bisherigen Gesetzen ein administratives Strafverfahren zulässig ist, behält es dabei sein Bewenden. Jedoch soll in allen Fällen dem Angeeschuldigten das Recht zustehen, während der Untersuchung oder während einer zehntägigen präclusivischen Frist auf rechtliches Gehör anzutragen. Die Frist beginnt mit dem Ablaufe des Tages, an dem die Bekanntmachung des in erster Verwaltungsinstanz ergangenen Strafbescheides erfolgt ist. Wenn der Angeeschuldigte von dieser Befugniß Gebrauch macht, so wird in dem Falle, wo ein Straf-

bescheid erlassen ist, das Hauptverfahren eingeleitet, ohne daß es der Einreichung einer Anklageschrift bedarf, und ohne daß über die Eröffnung der Untersuchung vom Gerichte Beschluß gefaßt wird.

Bis zum Beginn der Hauptverhandlung kann der Angeschuldigte, indem er sich bei dem ergangenen Strafbefehle beruhigt, den Antrag auf rechtliches Gehör zurücknehmen. Es fallen ihm jedoch alsdann auch die bis dahin erwachsenen Kosten der gerichtlichen Untersuchung zur Last.

Der Angeschuldigte, welcher zu einer Strafe gerichtlich verurtheilt wird, hat auch die durch das Verfahren im Verwaltungswege entstandenen Kosten zu tragen.

So lange noch kein Strafbefcheid erlassen ist, kann die Verwaltungsbehörde in allen Fällen, selbst wenn es nur auf eine Ordnungsstrafe ankommt, sich der Entscheidung enthalten, und wegen Einrichtung des gerichtlichen Verfahrens das Erforderliche veranlassen.

Ferner ist der Polizei-Verwaltung durch das Gesetz vom 14. Mai 1852 (G.-S. 245) ein beschränktes Strafrecht wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften wieder eingeräumt worden. Dasselbe bestimmt nämlich:

§. 1. Wer die Polizei-Verwaltung in einem bestimmten Bezirke auszuüben hat, ist befugt, wegen der in diesem Bezirke verübten, sein Ressort betreffenden Uebertretungen die Strafe vorläufig durch Verfügung festzusetzen. Wird Geldbuße festgesetzt, so ist zugleich die für den Fall des Unvermögens des Verurtheilten in Gemäßheit des §. 335 des Strafgesetzbuches an die Stelle der Geldbuße tretende Gefängnißstrafe zu bestimmen.

Die vorläufig festzusetzende Strafe darf fünf Thaler Geld oder dreitägiges Gefängniß nicht übersteigen. Erachtet der Polizei-Verwalter eine höhere Strafe für gerechtfertigt, so muß die Verfolgung dem Polizei-Anwalt überlassen werden.

§. 5. Gegen eine solche Strafverfügung findet die Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde nicht statt; es steht aber dem Angeschuldigten frei, innerhalb zehn Tagen vom Tage der Insinuation der Verfügung an, bei dem Polizei-Verwalter, dem Polizei-Richter oder dem Polizei-Anwalte auf gerichtliche Entscheidung anzutragen.

§. 6. Erfolgt ein solcher Antrag innerhalb der zehntägigen Frist, so tritt dadurch die Straffestsetzung außer Kraft.

§. 10. In Betreff der von Militärpersonen begangenen Uebertretungen behält es bei den Bestimmungen der §§. 3 und 269. Thl. II. des Militär-Strafgesetzbuches sein Bewenden.

§. 11. In soweit wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle, insbesondere der Steuern, Zölle, Postgefälle und Communicationsabgaben, ein administratives Strafverfahren vorgeschrieben ist, finden die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes auf dergleichen Zuwiderhandlungen keine Anwendung.

Zu dem obigen §. 10 enthält das von den Ministerien des Innern und der Justiz unterm 30. September 1852 erlassene Reglement, betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 14. Mai 1852 (M.-B. 259) im §. 28 folgende nähere Festsetzung:

Gegen active Militärpersonen, d. h. gegen alle nicht zum Beurlaubenstande gehörende Personen des Soldatenstandes, darf die vorläufige Straffestsetzung nur dann erfolgen, wenn die Uebertretung im Gesetze bloß mit Geldstrafe oder Confiscation bedroht ist.

Ist dagegen die Uebertretung im Gesetze mit Geld- oder Gefängnißstrafe, oder nur mit Gefängnißstrafe bedroht, oder trifft mit der Uebertretung ein Vergehen oder Verbrechen zusammen, so ist die Verurteilung bei dem betreffenden Militärgericht in Antrag zu bringen.

Abschnitt IV. Straf-Bestimmungen.

§. 42.

Inwiefern Vergehen der Gewerbtreibenden gegen ihre Berufspflichten außer den in diesem Gesetz erwähnten Fällen einer Strafe unterliegen, ist nach den darüber bestehenden Verordnungen zu beurtheilen. (§. 175 d. N. G.:D.)

§. 43.

Wer ohne vorgängige Anmeldung oder nach erfolgter Untersagung ein Gewerbe beginnt oder fortsetzt, oder die Anmeldung einer übernommenen Feuer-Versicherungs-Agentur unterläßt, hat, sofern nicht die strengeren Strafen §§. 44, 45 und 47 eintreten, eine Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder im Unvermögensfalle verhältnismäßige Gefängnißstrafe verwirkt.

Diese Strafe bleibt jedoch ausgeschlossen, wenn das Vergehen eine Steuer-Defraudations-Strafe nach sich zieht. (§. 176 des Ges. vom 22. Juni 1861 und der N. G.:D.)*)

*) §. 176 der N. G.:D. lautet:

Wer ohne vorgängige Anmeldung oder nach erfolgter Untersagung ein Gewerbe beginnt oder fortsetzt, hat, insofern nicht die strengeren Strafen der §§. 177, 178 und 180 eintreten, eine Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder im Unvermögensfalle verhältnismäßige Gefängnißstrafe verwirkt.

Die Strafe bleibt jedoch ausgeschlossen, wenn das Vergehen eine Steuer-Defraudations-Strafe nach sich zieht.

Zu den in §. 42 erwähnten sonstigen Verordnungen gehören:

§. 142, Nr. 3 des St.-G.-B., betreffend die Unzucht von Aerzten in Kranken-, Armen- und Gefangen-Anstalten.

§. 142, Nr. 1 u. 148, Nr. 2, Unzucht und Kuppelei der Hauslehrer betreffend.

§. 217, Nr. 5, Diebstahl eines Gastwirths an seinen Gästen.

§. 267, Dulden von Hazardspielen, und 342, Verletzung der Polizeistunde.

§. 246 u. 262, Untreue und Bankerutt der Mäkler 2c.

In Betreff der Competenz zur polizeilichen Untersuchung und Bestrafung der im vorstehenden Paragraphen bezeichneten Vergehen ist noch die Allerh. Cabinets-Ordre vom 24. Januar 1848 und das Rescript der Min. des Inn. und der Finanz. vom 17. April 1848 (G.-S. 73 u. M.-B. 127) zu erwähnen.

§. 44.

Wer den selbstständigen Betrieb eines Gewerbes, zu dessen Beginne eine besondere polizeiliche Genehmigung (Concession, Approbation, Bestallung) erforderlich ist, ohne die vorschriftsmäßige Genehmigung unternimmt oder fortsetzt, oder von den in der Genehmigung festgesetzten Bedingungen abweicht, hat Geldbuße bis zu zweihundert Thalern oder Gefängniß bis zu drei Monaten verwirkt.

Enthält die Handlung zugleich ein Steuervergehen, so soll nicht außerdem noch auf die Steuerstrafe erkannt werden, es ist aber darauf bei Bemessung der Strafe Rücksicht zu nehmen. (§. 177 der N. G.-O.)

Für die zu ahndende Gewerbe-Polizei-Contravention ist der Einzelrichter auch dann competent, wenn die Handlung des Contravenienten zugleich ein Steuervergehen enthält; auch ist in einem solchen Falle von dem Erkenntniß des Einzelrichters nur der Recurs und kein anderweites Rechtsmittel zulässig. (Präjudiz. des Ober-Tribunals, Senat f. Strafsachen,

Nr. 19 vom 11. Februar 1853, Entscheidungen Bd. XXIV. S. 457.)

Die Vereinnahmung der in solchen Fällen erkannten Strafen ist gleich den übrigen Polizeistrafen zu behandeln. (Bescheid des Min. des Inn. und der Fin. vom 28. Mai 1846. M.-B. 106.)

Wenn bei einer Uebertretung des §. 177 A. G.-D. eine Gewerbesteuer-Contravention mit einer Gewerbepolizei-Contravention concurrirt, so muß die zu erkennende Geldstrafe höher sein, als die durch das geringste Vergehen verwirkte Strafe. (Präjudiz des Ober-Tribunals vom 6. October 1854. Staats-Anz. Nr. 56.)

Wegen der sonstigen Strafen siehe Strafgesetzbuch §. 109: Ausübung der Heilkunde durch nicht approbirte Personen; Strafgesetzbuch §. 264: Unbefugter Betrieb des Pfandleih-Gewerbes; §. 345 zu 2: Unbefugter Handel mit Giften; ferner Gesetz vom 7. Mai 1853: betreffend die Abschließung von Verträgen zur Beförderung von Auswanderern §. 10 G.-S. 729 und Gesetz vom 17. Mai 1853, betreffend den Verkehr der Versicherungs-Anstalten §§. 1, 7 G.-S. 293.

§. 45.

Wer der Befugniß zum selbstständigen Betriebe eines Gewerbes für immer oder auf Zeit durch rechtskräftiges Erkenntniß, oder in den zulässigen Fällen durch Beschluß der Verwaltungsbehörde verlustig erklärt worden ist, und diesem Erkenntniße oder Beschlusse zuwider handelt, soll mit Geldbusse bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft werden (§. 178 der A. G.-D.)

§. 46.

Was in den §§. 43—45 hinsichtlich der selbstständigen Gewerbetreibenden bestimmt ist, gilt auch von denjenigen, welche die Stellvertretung eines selbstständigen Gewerbetreibenden übernehmen.

Sind polizeiliche Vorschriften von dem Stellvertreter eines

Gewerbetreibenden bei Ausübung des Gewerbes übertreten worden, so ist die Strafe zunächst gegen den Stellvertreter festzusetzen; ist die Uebertretung mit Vorwissen des Vertretenen begangen worden, so verfallen beide der gesetzlichen Strafe. Kann gegen den Stellvertreter die Geldstrafe nicht vollstreckt werden, so bleibt der Polizeibehörde überlassen, nach ihrem Ermessen die Geldstrafe von dem Vertretenen, welcher subsidia- risch verhaftet ist, einzuziehen, oder statt dessen und mit der Verzichtung hierauf die im Unvermögensfalle an die Stelle der Geldbusse tretende Freiheitsstrafe sogleich an dem Stellvertre- ter vollstrecken zu lassen.

Ist an eine solche Uebertretung der Verlust der Concession, Approbation oder Bestallung geknüpft, so findet derselbe auch als Folge der von dem Stellvertreter begangenen Uebertretung statt, wenn diese mit Vorwissen des Vertretenen begangen worden ist. Ist dies nicht der Fall, so ist der Vertretene bei Verlust der Concession, Approbation u. s. w. verpflichtet, den Stellvertreter zu entlassen. (§. 179 u. 188 d. A. G.-D.)

§. 47.

Die Strafbestimmung des §. 43 tritt auch gegen denjeni- gen ein, welcher eine gewerbliche Anlage, zu der mit Rücksicht auf die Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte oder des Lokals eine besondere polizeiliche Erlaubniß erforderlich ist, ohne diese Genehmigung errichtet, oder von den Bedingungen, unter welchen die Genehmigung ertheilt worden, eigenmächtig abweicht, insonderheit ohne neue Genehmigung eine Verände- rung der Betriebsstätte oder Verlegung des Lokals vor- nimmt.

Anßerdem ist derselbe zur Wegschaffung oder Abänderung der Anlage, den polizeilichen Bestimmungen gemäß, anzu- halten.

Kommt die ohne polizeiliche Genehmigung stattgehabte Errichtung einer gewerblichen Anlage erst unter der Besitzzeit eines die Anlage weiter benutzenden Nachfolgers zur Sprache, so ist mit der vorläufigen Sistirung des Gewerbebetriebes zu verfahren.

Nach den hierbei zurückerfolgenden Anlagen des Berichtes vom 22. November v. J. ist in gerichtlicher Untersuchung gegen einen Fabrik-

Besitzer, dessen Besitzvorgänger in der Fabrik gegen die Vorschriften der §§. 27, 177 und 180 der A. G.-D. ohne besondere polizeiliche Erlaubniß einen demnächst explodirten Dampfkessel aufgestellt hatte, ein freisprechendes Erkenntniß mit Rücksicht darauf ergangen, daß die in dem §. 177 l. c. enthaltenen Worte: „oder fortsezt“, im §. 180 l. c. nicht enthalten seien, hiernach also anzunehmen, daß nur derjenige, welcher die Anlage ohne vorgängige Einholung der erforderlichen Genehmigung errichtet, nicht aber auch der, welcher diese Anlage ohne Concession weiter im Gebrauch gehabt, und zu seinem Fabrikbetriebe weiter benützt habe, eine nach den Bestimmungen der A. G.-D. strafbare Contravention begangen habe.

Aus den Gründen des ergangenen ersten Erkenntnisses ergibt sich aber auch, daß die gewerbliche Anlage, wie sie der Angeschuldigte von seinem Vorbesitzer übernommen, lange Zeit bestanden hatte, und daß der Richter angenommen hat, der Angeschuldigte habe bei deren Uebnahme allen Grund gehabt, vorauszusetzen, daß bei deren Anlage alle gesetzlichen Formalitäten erfüllt worden seien, worin er nur durch die bisherige Connivenz der Polizeibehörde habe getäuscht werden können.

Damit den Besitzern solcher gewerblichen Anlagen, welche, obwohl der besonderen polizeilichen Genehmigung unterworfen, ohne solche oder mit Abweichung von den festgesetzten Bedingungen errichtet, und demnächst an Andere übertragen wurden, und von diesen betrieben werden, nicht auch in anderen Fällen solcher Einwand zu statten komme, weise ich die Kgl. Regierung an, die rücksichtlich solcher Anlagen, insbesondere derjenigen, welche §. 37 der A. G.-D. bezeichnet, bestehenden Verhältnisse sorgfältig zu prüfen, und zu veranlassen, daß geeigneten Falls sofort das Nöthige verfügt werde, hiernach auch die betreffenden Behörden mit Anweisung zu versehen.

Wo die Vorschrift des §. 180 der A. G.-D. unzweifelhaft Anwendung findet, ist der Bestimmung des zweiten Absatzes derselben gemäß mit Nachdruck darauf zu halten, daß die Anlage abgeschafft, oder, den polizeilichen Bestimmungen gemäß, abgeändert werde. Wo aber die von der Fassung des §. 177 abweichende Bestimmung des §. 180 zur Erwägung kommt, unterliegt die sofortige Sistirung des Gewerbebetriebes bis zur Erledigung der gegen den gewerblichen Betrieb der Anlage bestehenden, aus den Bestimmungen der Gew.-Ordnung hervorgehenden Anstände keinem Bedenken, und muß dieselbe zur Sicherstellung der durch die vorschriftswidrig eingerichtete oder betriebene Anlage bedrohten öffentlichen Interessen ohne Weiteres angeordnet werden.

(Rescr. d. Kgl. Min. f. Handel u. v. 5. Januar 1853. M.-B. 34.)

Abschnitt V.

Taren.

§. 48.

Polizeiliche Taren sollen, soweit nicht ein Anderes nachstehend angeordnet wird, künftig nicht vorgeschrieben werden. (§. 88 N. G.:D.)

§. 49.

Die Gastwirthe können durch die Ortspolizei-Obrigkeit angehalten werden, das Verzeichniß der von ihnen gestellten Preise einzureichen und in den Gastzimmern anzuschlagen.

Diese Preise dürfen zwar mit jedem Monat abgeändert werden, bleiben aber so lange in Kraft, bis die Abänderung der Polizei-Obrigkeit angezeigt und das abgeänderte Verzeichniß in den Gastzimmern angeschlagen ist. (§. 91 N. G.:D.)

Nach dem Publicandum vom 28. September 1829 (v. R. Ann. XIII. S. 574) kann der unterlassene Aushang dieser Selbsttaxen mit Strafe von 1—3 Thalern belegt werden.

Die Gastwirthe können zwar nicht gezwungen werden, in ihren Gastzimmern eine vergleichende Zusammenstellung der Tarpreise sämtlicher Gastwirthe ihres Ortes aufzuhängen, es bleibt aber den Rgl. Regierungen überlassen, durch die Ortsbehörden solche vergleichende Zusammenstellungen anfertigen, und öffentlich im Rathhause oder Polizei-Geschäftslokale aufhängen, auch durch die öffentlichen Blätter bekannt machen zu lassen, daß diese Einrichtung in dem Regierungs-Bezirk zur

Benutzung für Jedermann stattfinden. (Rescr. v. Kgl. Min. d. Inn. u. d. Polizei v. 24. December 1836, v. R. Ann. XX. S. 1012; conf. auch Cirk.-Rescr. desselb. Min. v. 10. Februar 1846. M.=B. 45.)

§. 50.

Für Schornsteinseger und Abdecker können innerhalb der angewiesenen Bezirke von der Ortspolizei-Obrigkeit, oder wenn der angewiesene Bezirk mehr als eine Ortschaft umfaßt, von dem Landrathe Taxen aufgestellt werden. Zugleich ist die Ortspolizei-Obrigkeit befugt zur Aufstellung von Taxen für Lohnbedienten und andere Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen ihre Dienste anbieten (§. 23, §. 49 der A. G.=D.), sowie für Benutzung von Wagen, Pferden, Säufen, Gondeln und anderen Transportmitteln, welche öffentlich zum Gebrauch aufgestellt sind. (§. 92 A. G.=D.)

§. 51.

Hinsichtlich der Taxen für Medizinal-Personen und Apotheker wird durch das gegenwärtige Gesetz Nichts geändert.

Ein Gleiches gilt in Ansehung der in den §§. 24 und 25 (51 und 52 A. G.=D.) bezeichneten Personen. Für diese sind die Ministerien befugt, auch da Taxen einzuführen, wo dergleichen bisher nicht bestanden. (§. 93 A. G.=D.)

Für Berlin sind die Taxen (Tarife) für das öffentliche Fuhrwesen in den resp. Fuhr-Reglements (cf. §. 23) enthalten. Die Taxe der Aerzte ist durch Verordnung vom 21. Juni 1815 (G.=S. 109) festgestellt; in Betreff der Arznei-Taxe für Apotheker ist das Rescript des Minist. der geistlichen u. Angelegenheiten vom 10. April 1838 (M.=B. 147) zu bemerken.

Polizei-Obrigkeiten, welche Gefinde-Mäkler concessioniren, liegt zugleich ob, das Mäklerlohn nach den örtlichen Verhältnissen zu bestimmen und bekannt zu machen. (§. 21 der Gefinde-Ordnung vom 8. November 1810.)

In Betreff der Taxen von außergerichtlichen Auktionatoren vergleiche das Reglement vom 15. August 1848, M.=B.

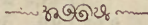
§. 505, nebst Nachtrag vom 21. December 1856, M.=B. 1857
S. 29.

Die Mäflergebühren betragen nach dem Börsen=Reglement vom 15. Juli 1805 bei Waarengeschäften 1 pCt., bei Darlehen und Versicherungen $\frac{1}{4}$ pCt., bei Geldwechselungen $\frac{1}{2}$ pro mille, bei Wechselgeschäften 1 pro mille. (cf. §. 1380 Tit. 8 Th. II. des A. L.=N.)

§. 52.

Gewerbtreibende, welche die von der Obrigkeit vorgeschriebenen oder genehmigten Tagen überschreiten, haben Geldbusse bis zu fünfzig Thalern oder im Unvermögensfalle verhältnißmäßige Gefängnißstrafe verwirkt.

Machen sie nach vorgängiger zweimaliger Verurtheilung wegen solcher Vergehen sich eines Vergehens dieser Art von Neuem schuldig, so kann zugleich auf den Verlust der Befugniß zur selbstständigen Betreibung ihres Gewerbes für immer oder auf Zeit erkannt werden. (§. 186 A. G.=D.)



Chronologisches Register.

	Seite		Seite
	1777.		1817.
28. August. Edict . . .	63	1. März. Cirk.-Rescript .	123
	1787.	13. " Cirk.-Rescript .	123
13. März. Reglement .	125		1819.
	1796.	8. Februar. Gesetz . .	204
5. April. Rescript . .	24	29. Juli. Rescript . .	205
	1800.		1820.
21. Januar. Rescript . .	25	30. Mai. Gesetz . .	79. 203
	1803.		1821.
3. April. Declaration .	125	4. Oktober. Allerh. Kab.-Ordre	40
	1804.		1822.
4. April. Declaration .	125	14. Januar. Instruction .	40
	1805.	7. März. Gesetz . .	55. 154
15. Juli. Reglement . .	215	29. Juli. Cirk.-Rescript .	123
	1808.	28. August. Cirk.-Rescript	88
29. März. Edict . . .	191	5. November. Kab.-Ordre	40
19. November. Gesetz . .	156	9. Dezember. Kab.-Ordre	145
	1810.		1823.
12. Juli. Edict . . .	83	7. Januar. Cirk.-Rescr.	150. 152
28. Oktober. Edict . .	191	10. April. Rescript . .	151
2. November. Edict . .	149	28. Oktober. Rescript . .	41
8. " Gesetz . . .	145		1824.
	1811.	26. Februar. Instruction .	89
7. September. Edict	151. 180	26. März. Cirk.-Rescript .	123
24. Oktober. Gesetz . .	148	28. April. Regulativ .	115. 116
15. November. Edict . .	83	26. Mai. Cirk.-Rescript .	146
" " Gesetz . . .	83	30. August. Reg.-Verfügung	116
	1812.		1825.
11. Juni. Instruction . .	40	1. Dezember. Reglemt.	81. 82. 114

	Seite		Seite
31. Dezember. Instruction	115	28. Februar. Rescript	154
1826.		6. April. Rescript	39
15. Juni. Rescript	41	13. Juni. Rescript	39
28. " Kabinetts-Ordre	59	8. Juli. Reglement	143
23. Oktober. Kab.-Ordre	59	13. Aug. Rescr. 154. 156. 157-162	
1827.		1836.	
28. Oktober. Kab.-Ordre	152. 153	31. Januar. Rescript	144
1828.		2. August. Rescript	27
7. Juni. Rescript	75	24. Dezember. Rescript	214
15. August. Rescript	152	1837.	
10. September. Regul. 22. 40. 62 u.		26. Februar. Kabinetts-Ordre	180
1829.		28. März. Cirk.-Rescript	123
6. Juni. Cirk.-Rescript	22	8. Mai. Befehl	4. 132
10. Juli. Rescript	181	10. " Rescript	61
28. September. Publicandum	213	27. " Rescript	130
29. " Rescript	153	17. September. Rescript	154
1830.		27. " Kab.-Ordre	3. 5
12. März. Rescript	55	12. Oktober. Cirk.-Rescript	157
13. April. Gutachten	41	27. " Cirk.-Rescript	123
17. Mai. Bekanntmachung	40	6. Dezember. Kab.-Ordre	144
20. Juni. Verfügung	82	1838.	
1831.		10. April. Rescript	214
1. Januar. Kab.-Ordre	3. 5	29. Juli. Cirk.-Rescript	123
7. März. Befehl	156	1839.	
18. Juli. Rescript	170	20. März. Cirk.-Rescript	154
1832.		31. " Cirk.-Rescript	110
22. März. Instruction	146	31. Dezember. Instruction	142
24. September. Cirk.-Rescript	48	1840.	
1833.		20. Januar. Rescript	64
25. Oktober. Rescript	26	17. Februar. Regulativ	16
15. Dezember. Rescript	149	18. Mai. Cirk.-Rescript	84
1834.		29. Juni. Rescript	64
4. März. Kabinetts-Ordre	135	" " Verfügung	68
7. " Rescript	55	30. " Kabinetts-Ordre	134
31. Mai. Reglement	136	13. Juli. Cirk.-Verfügung	148
10. Juni. Rescript	39	6. August. Verfügung	132
10. " Kabinetts-Ordre	142	15. Oktober. Instruction	88. 115
18. Oktober. Rescript	40	16. Dezember. Publicd.	134
1835.		1841.	
7. Februar. Kab.-Ordre.	153 ff.	6. Januar. Cirk.-Verfügung	114

	Seite		Seite
19. Januar. Rescript . . .	24	14. August. Rescript . . .	22. 199
11. April. Rescript . . .	154	25. " Verfügung . . .	82
13. " Rescript . . .	169	15. September. Verordnung . . .	16
5. Juli. Rescript . . .	142	20. " Cirk.-Verf. . .	182
30. Dezember. Regulativ . . .	16	31. " Cirk.-Verf. . .	141
1842.			
12. April. Cirk.-Rescript . . .	85	3. Oktober. Rescript . . .	64
6. Mai. Rescript . . .	169	16. " Rescript . . .	25
25. " Rescript . . .	170	24. " Rescript . . .	88
6. Juni. Kabinetts-Ordre . . .	78	31. Dezember. Verfügung . . .	88
15. " Reglement . . .	82	1846.	
27. " Verfügung . . .	82	10. Februar. Rescript . . .	214
6. September. Verfügung . . .	88	28. " Rescript . . .	168
14. Oktober. Cirk.-Verfügung . . .	16	10. April. Rescript . . .	21
12. Dezember. Cirk.-Verf. . .	19	18. " Rescript . . .	23
1843.			
28. Februar. Gesetz . . .	25. 62	21. " Rescript . . .	80
31. März. Cirk.-Rescript . . .	19	8. Mai. Cirk.-Rescript . . .	81
19. April. Verfügung . . .	82	16. " Cirk.-Rescr. 45. 48. 53	
4. Mai. Kabinetts-Ordre . . .	27	19. " Cirk.-Rescript . . .	78
11. Juli. Kabinetts-Ordre . . .	82	12. Juni. Cirk.-Rescript . . .	36
13. Juli. Reglement . . .	135	4. Juli. Cirk.-Rescript . . .	54
10. August. Rescript . . .	16	6. " Cirk.-Rescript . . .	52
29. Oktober. Verfügung . . .	18	31. " Cirk.-Rescript . . .	144
31. Dezember. Verfügung . . .	88	" " Verfügung . . .	86
1844.			
15. Januar. Verfügung . . .	88	4. August. Rescript . . .	122
8. Februar. Verfügung . . .	23	14. September. Cirk.-Rescript . . .	10
7. Juni. Rescript . . .	75	27. " Regulativ . . .	24
21. " Kab.-Ordre 162. 163		28. " Rescript . . .	58
24. " Plen.-Beschluss . . .	192	29. " Reglement . . .	113
23. September. Cirk.-Rescr. . .	82	27. Oktober. Cirk.-Verfügung . . .	125
23. November. " . . .	23	6. November. Kab.-Ordre . . .	17
1845.			
17. Januar. Gesetz . . .	88	16. " Kab.-Ordre 169	
19. Mai. Rescript . . .	118	1847.	
9. " Rescript . . .	154	19. Januar. Rescript . . .	56
13. " Rescript . . .	23	9. Februar. Rescript . . .	43
21. " Rescript . . .	29. 39	16. " Rescript 38. 42. 191	
30. " Rescript . . .	189	20. " Reglement . . .	115
		21. " Rescript . . .	78
		28. " Cirk.-Rescript . . .	114
		8. März. Publicandum . . .	133
		9. " Cirk.-Rescript 35. 36	

	Seite		Seite
10. März. Rescript . . .	169	30. Septemb. Cirk.-Rescript	87
15. " Rescript . . .	46	9. Oktober. Cirk.-Rescript	61
21. " Rescript . . .	35. 55	5. November. Cirk.-Rescript	114
22. " Kabinetts-Ordre	82	13. " Instruction	110
19. April. Instruct. 17. 111. 115		13. " Rescript . .	168
12. Mai. Rescript . . .	126	21. " Bescheid . .	22
" " Cirk.-Verfügung	116	26. " Rescript . .	185
11. Juni. Kabinetts-Ordre	118		1850.
14. " Cirk.-Verfügung	63	11. Jannar. Erlaß . .	143
24. " Cirk.-Verfügung	46	14. " Erlaß . . .	86
3. Juli. Rescript . . .	82	8. März. Bekanntmachung	189
31. " Verordnung . .	135	11. " Gesetz 75. 127. 135	
14. Sept. Rescr. 23. 47. 51. 79. 118		24. Mai. Rescript . .	169
4. Oktober. Verfügung .	130	7. Juni. Rescript . . .	154
11. " Verfügung . .	47	24. " Rescript . . .	181
22. " Cirk.-Rescript	36	1. August. Publicandum	136
4. Dezember. Cirk.-Rescr.	40	1. Oktober. Rescript .	154
	1848.	14. Dezember. Rescript .	60
24. Januar. Kabinetts-Ordre	209	28. " Verordnung	136
20. März. Rescript . .	40		1851.
29. " Rescript . . .	19	14. April. Strafgesetz	113 2c.
14. April. Rescript . . .	26	22. " Verordnung . .	135
17. " Rescript . . .	209	12. Mai. Gesetz 117. 202 2c.	
" " Kabinetts-Ordre	51	28. Juli. Cirk.-Rescript .	124
10. Juli. Cirk.-Rescript .	76	10. August. Instruction .	117
11. " Cirk.-Rescript . .	124	13. Oktober. Rescript . .	114
15. August. Reglemt. 143. 214. 224		17. November. Rescript .	40
6. September. Regulativ 4. 47		22. Dezember. Rescript .	189
	1849.		1852.
1. Januar. Bekanntmachung	87	20. März. Bekanntmachung	87
6. Februar. Cirk.-Rescript	118	12. April. Reglement . . .	16
7. " Cirk.-Rescript	62	23. " Cirk.-Rescript . .	126
" " Bescheid . . .	62	8. Mai. Erlaß . . .	117
9. " Verordnung 3. 87		13. " Reglement . . .	136
5. April. Verordnung . .	127	14. " Gesetz . . 206—207	
23. Juni. Rescript . . .	154	2. Juni. Rescript . . .	24
22. Juli. Rescript . . .	154	7. " Beschluß . . .	49
1. August. Instruction . .	87	24. " Rescript . . .	53
17. " Cirk.-Rescript	87	5. Juli. Gesetz . . .	4
18. September. Bekanntmchg.	87	21. " Gesetz . . .	196

	Seite		Seite
31. Juli. Gesetz . . .	16	15. Mai. Gesetz . . .	169
11. August. Erlaß . .	145	24. Juni. Cirk.-Erlaß 89—110	
23. " Rescript . .	145	28. " Cirk.-Erlaß . .	154
19. September. " . .	24	6. Oktober. Instruct. 174—177	
8. Oktober. Reglement 81. 82		17. " Rescript . .	157
1853.		21. Dezember. Reglement	215
26. Januar. Rescript . .	26	21. " Instruction	143
4. Februar. Rescript . .	169	1857.	
11. " Entscheidung	210	22. Januar. Instruction .	87
28. " Erlaß . .	117	24. Februar. Bescheid .	16
28. Februar. Verordnung	16	24. Juni. Cirk.-Erlaß .	111
7. März. Gesetz . . .	133	30. September. Cirk.-Erlaß	31
9. " Cirk.-Rescr. 183—189		29. Oktober. Cirk.-Erlaß	19
17. Mai. Gesetz . . . 4. 210		1. Dezember. Reglement	143
30. " Gesetz . . .	169	1858.	
17. Juni. Cirk.-Rescript .	47	5. März. Erlaß . . .	130
1. Oktober. Verordnung	41	26. " Rescript . .	118
15. Dezember. Cirk.-Verf.	82	6. Juni. Instruction .	143
1854.		31. Mai. Gesetz . . .	27
5. Januar. Reglement .	135	27. November. Cirk.-Erlaß	118
27. Februar. Cirk. Rescript	169	1859.	
1855.		10. Februar. Rescript .	150
18. Januar. Cirk.-Rescript	52	31. März. Rescript . .	169
19. " Regulativ .	68	27. Mai. Rescript . .	169
26. Februar. Reglement .	127	6. Juni. Rescript . .	170
7. März. Cirk.-Rescript .	48	6. Juli. Rescript . .	168
18. " Cirk.-Rescript .	52	1860.	
1. Mai. Rescript . .	31	25. Oktober. Bescheid .	142
23. September. Rescript .	24	1861.	
1856.		10. Juni. Gesetz . . .	30
10. Januar. Rescript . .	169	22. " Gesetz . . .	30
4. März. Reg.-Verfügung	123	1. Juli. Gesetz . . .	30
10. " Reg.-Verfügung	21	21. August. Cirk.-Erlaß 163. 168	
19. " Gesetz . . .	169	31. " Regulativ 163. 168	
26. " Verordnung .	21	31. " Instruction 163. 168	
14. April. Verordnung .	17	18. November. Cirk.-Erlaß	127
17. Mai. Gesetz . . 170—174		1862.	
21. " Gesetz . . 177—180		3. Januar. Erlaß . .	134
31. " Cirk.-Rescript .	14	15. " Cirk.-Rescript	140

Sach-Register.

- Abdecker, Prüfung ders. S. 88. Tagen ders. S. 215.
Abdeckereien S. 8. 27. 28.
Abfälle, von Garn, Seide 2c. S. 4. 118.
Abfassen von Schriftsätzen S. 129—132.
Aenderung von Betriebsstätten S. 56—58.
Ärzte S. 81. 82. Tagen ders. S. 215.
Agenten S. 119. 132. Auswanderungs- S. 133.
Amtsblatt, als Publications-Organ S. 35.
Animalische Substanzen S. 24. 29.
Anlagen, neue S. 29.
Antiquare S. 116.
Apotheker, Prüfung ders. S. 82. Real-Privilegien ders. S. 148.
Tage ders. S. 215.
Apretir-Anstalten S. 28.
Arzneien, Selbstdispensiren von S. 81.
Auctionatoren S. 142.
Aufbereitungs-Anstalten S. 31.
Augenärzte S. 81.
Austdünstungen, schädliche S. 24.
Ausstellungen, wissenschaftliche S. 115. 116.
Backöfen S. 28.
Bade-Anstalten S. 77. 141.
Bäder S. 204.
Bandagisten S. 88. 114. 115.
Bau-Conducteure S. 142.
Bau-Deputation S. 86. 87.
Bauhandwerker S. 89 ff.
Baumeister S. 86. 87.
Baumwollen-Abfälle S. 119.

Bekanntmachung vide Publication.
Bergbehörden, Ressort ders. S. 30. 31.
Bergwerks-Konzessionen S. 30. 31.
Bescheide, Form ders. S. 48. 49.
Beschränkung der Betriebsstätten nach dem Steuergesetze S. 79—81.
Beschreibungen, Form ders. S. 32.
Betriebsstätten S. 77. Aenderung ders. S. 55—59. Wiederherstellung, unveränderter S. 58.; mit besonderem Geräusch verbundene S. 77—79.
Betten, gebrauchte, Handel mit S. 119.
Bettfedern-Reinigungs-Anstalten S. 28.
Bierbrauereien S. 9.
Bilder, Verkäufer ders. S. 117.
Bligableiter, Aufstellen ders. S. 88.
Braaker S. 143.
Brauereien und Brennereien S. 9.
Braunkohlentheer, Anstalten zur Bereitung S. 7. 21. 22.
Brennöfen S. 28.
Buchbinder, Handel ders. mit gebundenen Büchern S. 118.
Buchdrucker S. 117.
Buchhändler S. 117.

Cement-Ofen S. 28.
Chaussees, Entfernung der Anlagen von dens. S. 39.
Chemische Fabriken S. 8. 23. Präparate, Versendung ders. S. 24.
Chirurgie, kleine, Ausübung vide Heilgehülfen.
Chirurgische Instrumente, Fertigiger ders. S. 88. 114. 115.
Cichorien-Fabriken S. 9.
Concipienten S. 119. 129—132.
Commissionaire S. 130.
Conditoreien S. 154.
Im Uebrigen vide unter R.

Dachfilz- } Fabriken S. 8. 24.
Dachpappen- }
Dachstein-Fabriken S. 22.
Dampfkessel S. 8. 65—75.
Darmsaiten-Fabriken S. 8. 24.
Darren S. 28.
Destillir-Anstalten S. 28.

- Dienstleute } S. 136—141.
Dienstmanns-Institute }
Dispatcheurs S. 142.
Dispensiren von Arzneien S. 81.
Dräume, Handel mit S. 119.
Droschken-Fuhrwerk S. 136.
Druckereien S. 28.
Dungpulver-Fabriken S. 8.
Edictal-Verfahren S. 6. 29—65.
Einwendungen, Art, Form und Begründung ders. S. 34—41.
42—44., privatrechtlicher Natur S. 34—38. 41.
Eisenbahnen, Entfernung der Anlagen von S. 39. 40.
Enden, von Seide u., Handel mit S. 119.
Erlöschen der Konzessionen S. 190 ff.
Erziehungs-Anstalten S. 83. 84.
Essig-Fabriken S. 28.
Fachbäume, Bestimmungen über S. 63. 64.
Fähren S. 87. 88.
Fährmeister. S. 87.
Färbereien S. 23. Benutzung der Flüsse durch S. 28.
Fahence-Fabriken S. 8.
Fechtschulen S. 77. 141.
Feldbrände S. 22.
Feldmesser S. 142.
Feldziegeleien S. 22.
Festungen, Bauten bei S. 40., Anlage von Wassermühlen bei S. 61.
Feuerpolizei-Rücksichten S. 39.
Feuerungs-Anlagen S. 40. 41.
Feuerwerker S. 86. 87.
Feuerwerkerei-Anlagen S. 7.
Firnif-Siedereien S. 8.
Flechtöfen S. 22.
Flidarbeiten der Bauhandwerker S. 110.
Flüsse, öffentliche, Anlage von Wassermühlen bei S. 61.
Flugschriften, Verkäufer von S. 118.
Flusssiedereien S. 8.
Fuhrwesen, öffentliches S. 119. 135. 136.
Garnabfälle, Handel mit S. 4. 119.
Gasbereitungs-Anstalten S. 7. 20. 21.

- Gasfalk, Anwendung deß. S. 25.
Gasometer S. 20. 21.
Gastwirthschaften S. 149 ff.
Geburtshelfer S. 81. 82.
Gerbereien S. 8. 24. 25.
Geschäfte, Vermittlung ders. S. 129. 130.
Gesinde-Vermiether S. 142 vide Mäkler.
Gewinnungs-Ort, Begriff S. 21. 22.
Gifte, Verkauf ders. S. 122—124.
Giftfänge, Anbringung ders. S. 31.
Glashütten S. 8.
Glühöfen S. 29.
Gondeln, Aufstellen von S. 119. 136.
Güterbestätiger S. 143.
Gyps-Defen S. 8. 22.
- Haltekinder vide Pflegekinder.
Hammerwerke S. 8. 23. 31.
Handarbeiten, weibliche, Anstalten für S. 86.
Hebammen S. 88. 114.
Heil-Anstalten S. 81.
Heilgehülsen S. 114.
Holzessig-Fabriken S. 28.
Homöopathen, Selbstdispensiren ders. S. 81. 82.
Hühneraugen-Operateure S. 82.
- Instrumentenmacher, chirurgische S. 88. 114. 115.
Irren-Anstalten, Privat. S. 81.
- Nähne, Aufstellen ders. S. 136.
Kaffeebrennereien S. 29.
Kalköfen S. 7. 22.
Kammerjäger S. 124.
Kartoffelstärke-Fabriken S. 8. 9.
Kastrirer S. 86.
Kattundruckereien S. 28.
Kautschuk-Fabriken S. 28.
Kehrbezirke, der Schornsteinfeger S. 181 ff.
Kleider, gebrauchte, Handel mit S. 119 vide Trödler.
Kleinhandel mit Getränken S. 149 ff.
Knochen-Brennereien, Bleichen und Kochereien S. 8. 9. 26. 28.

- Koaks-Defen S. 7. 21. 22.
Konzessions-Entziehung S. 194 ff.
Korduan-Fabriken S. 24.
Kranken-Anstalten S. 81.
Kreisblatt als Publications-Organ S. 34.
Kunstleistungen von wissenschaftlichem Interesse S. 115. 116.
Laboratorien für Feuerwerkerei S. 17. 18., für physikalische Präparate S. 28.
Lackirfabriken S. 28.
Landrätthe, Kompetenz ders. S. 29—34. 54., bei Errichtung von Landsschulen u. S. 77.
Leihbibliothekare S. 118.
Leimsiedereien S. 8. 24.
Lesekabine S. 118.
Lichtziedereien S. 28.
Lohgerbereien S. 25. 26.
Lohnsakaien S. 120.
Lootsen, Gewerbebetrieb ders. S. 88. 142. Prüfung ders. S. 115.
Lustbarkeiten, öffentliche S. 180.
Lustfeuerwerker S. 86. 87. vide Feuerwerker.
Makler S. 145. vide Gesinde-Vermiether.
Malzdarren S. 8. 9.
Maurer vide Bauhandwerker.
Medizinal-Personen vide Aerzte.
Meisterbau vide Bauhandwerker.
Merkpfahl S. 63. 64.
Messer S. 143.
Metallbruch } Handel mit S. 119.
Metallgeräth, }
Metallgießereien S. 8. 23. 31.
Metallöfen S. 8.
Mineral-Wasser-Fabriken S. 24.
Mühlen-Anlagen S. 80 vide Wind- u. Wassermühlen u. Triebwerke.
Musikalienhändler S. 117.
Muthungs-Gesuche S. 30.
Muthungs-Permission vide Bergbehörden.
Nähanstalten, gewerbliche S. 86.
Nickelspeise, Röstten ders. S. 31.

Doehl, Concessionswesen.

Ribellement S. 33. 34.

Ribellirer S. 143.

Relkohereien S. 28.

Defen, Röst- und Hoch- S. 31.

Omnibus-Fuhrwerk S. 135.

Operateure S. 82.

Papierfabriken S. 28.

Pergamentfabriken S. 28.

Pfandleiher S. 119. 124.

Pflegelinder, Halten ders. S. 133—135.

Porzellan-Fabriken S. 8.

Poudretten-Fabriken S. 8.

Präclusiv-Frist S. 34. 35—38.

Privat-Flüsse, Benugung ders. durch Färbereien *ic.* S. 62.

Privat-Lehrer S. 83—86.

Privatrechtliche Einwendungen S. 36—38.

Privat-Schulen S. 83.

Privilegien, Real- der Apotheker S. 148.

Protestationen, Stempelpflichtigkeit ders. S. 55.

Prüfung der Medicinal-Personen, Bauhandwerker *ic.* *vide* diese.

Publication, Verfahren bei S. 34—38.

Publications-Organ, *vide* Amtsblatt, Kreisblatt *ic.*

Pulver-Fabriken und Magazine *vide* Schießpulver.

Quecksilber, knallsaures S. 18.

Räucherammern S. 28.

Real-Privilegien S. 148.

Refurs, Einlegung dess. S. 49. 54.

Röhren, russische S. 41.

Rostöfen S. 8. 31.

Ruuhütten S. 8.

Salmiak-Fabriken S. 24.

Sanitäts-Polizei, Einwirkung ders. bei Anlagen S. 41.

Schadenersatz, Verpflichtung zum S. 49.

Schaffner S. 143.

Schankwirthschaft S. 149 ff.

Scharwerker S. 110.

- Schauer S. 148.
Schauspiel-Gesellschaften, umherziehende S. 116.
Unternehmer S. 115, 117.
Schaustellungen S. 115, 116.
Schieferdecker vide Bauhandwerker.
Schießbaumwolle S. 17.
Schießpulver-Fabriken S. 7, 9, 17., Transport S. 16, 17.,
Handel mit S. 120.
Schiffer S. 88.
Schiffsmühlen S. 61.
Schiffszimmerleute S. 88.
Schlächter S. 204.
Schlachtthäuser S. 8, 26, 27.
Schlafstellen, gewerbśm. Vermietthen von S. 120.
Schlosser S. 120.
Schlossereien S. 28.
Schmiedeen S. 28.
Schnellbleichen S. 8.
Schornsteinfeger, Prüfung ders. S. 88., Lehrbezirke ders. S. 181 ff.
Schornsteinröhren S. 40, 41.
Schriftgießereien S. 29.
Schriftsätze, Abfassen ders. S. 129—132. vide Conzipienten.
Schwefelholz-Fabriken S. 28.
Schwefeltammern S. 28.
See-Schiffer und Steuerleute S. 87, 89.
See-Schiffsbaumeister S. 88, 89.
Seifensiedereien S. 8, 26.
Sengereien S. 28.
Sicherpfahl S. 63, 64.
Siegellack-Fabriken S. 28.
Situationspläne, Form ders. S. 32—34.
Speisen, Verkauf ders. S. 154.
Speisewirthschaften S. 149 ff.
Stärke-Fabriken S. 8.
Stauer S. 143.
Stearin-Fabriken S. 28.
Steinhauer vide Bauhandwerker.
Steinkohlentheer-Fabriken S. 7, 21, 22.
Stellvertretung bei Preßgewerben S. 118, 119., bei Schankwirth-
schaft S. 153.
Stempelpflichtigkeit der Gesuche, Bescheide und Proteste S. 55.

Streichfeuerzeuge und Streichschwamm S. 19. 28.
Steuerbehörde, Einwirkung ders. S. 204.
Steuergefeße, Beschränkung der Betriebsstätten durch dies. S. 79—81.
Schrupß-Kochereien S. 28.

Talgsmelzen S. 8.
Tanzlustbarkeiten S. 180.
Tanzschulen S. 77. 78. 141.
Tagen der Abdecker S. 214. Apotheker S. 214. Gastwirth S. 213.
214. Medizinal-Personen S. 214. Matler S. 215.
Schornsteinfeger S. 214. Ueberschreitung ders. S. 215.

Technische Bau-Deputation S. 86. 87.
Terpentin-Kochereien S. 28.
Theer-Kochereien S. 28.
Thongeschirr-Manufakturen S. 8.
Thorfuhrwerk, öffentliches S. 135.
Tiegelgießereien S. 8. 9.
Töpfereien S. 28.
Transport von Oefen und Pulver vide diese.
Triebwerke S. 8. 9. 59—65.
Trockenstuben S. 28.
Trödler S. 119. 124.
Turn-Anstalten S. 77. 78. 141.

Uebnahme von Aufträgen S. 129.
Ueberschreitung der Tagen S. 215.
Unbescholtenheit, Begriff S. 141, Erforderniß S. 3.
Unterrichts-Anstalten, Privat- S. 83. 84.

Ventile, Sicherheits- S. 72. 73.
Verfahren bei Ertheilung von Konzessionen S. 29 ff., bei Entziehung
ders. S. 193 ff.
Vergehen der Gewerbetreibenden S. 208.
Verlust der Konzessionen S. 190 ff.
Vermiether von Zimmern und Schlafstellen S. 120.
Vermiethungs-Komptoire S. 146.
Versendung von Bündwaaren S. 19., von Oefen und Schießpulver
vide diese.
Vieh-Pastirer S. 86. 113. 114.
Viehmästereien S. 29.

- Wachs-Schmelzereien S. 28.
Wachstuch-Fabriken S. 8.
Wäger S. 143.
Walfereien S. 25.
Wallrath-Schmelzereien S. 28.
Waschküchen S. 29.
Wasserheil-Anstalten S. 82.
Wassermühlen S. 8. 59—61. Anlage ders. an öffentlichen Flüssen
S. 61., in Festungsbezirken S. 61.
Wasserschöpfmühlen S. 60.
Wasserschöpfräder S. 60.
Weibliche Handarbeiten, Anstalten für S. 86.
Windmühlen S. 8. 9. 75. 76.
Wundärzte S. 81. 82.
- Bahnärzte S. 81. 82.
Bahnkünstler S. 82.
Zeichnungen, Erforderniß und Form ders. S. 32.
Siegelbedecker vide Bauhandwerker.
Siegelöfen S. 8. 22.
Zimmerleute vide Bauhandwerker.
Zimmer-Vermiether S. 120.

Abkürzungen.

- A. B.: Amts-Blatt für den Reg.-Bezirk Potsdam.
A. C. D.: Allerhöchste Cabinets-Ordre.
A. G. D.: Allgemeine Gewerbe-Ordnung v. 17. Januar 1845.
G. S. 41.
A. L. N.: Allgemeines Land-Recht.
Ann.: v. Kämpf, Annalen der inneren Preussischen Staats-
verwaltung.
G. D.: Gefinde-Ordnung vom 8. November 1810. G. S. 101.
G. S.: Gesetz-Sammlung f. d. Königl. Preussischen Staaten.
J. M. B.: Justiz-Ministerial-Blatt.
L. P. B.: Lokal-Polizei-Verordnung.
M. B.: Ministerial-Blatt für die gesammte innere Verwaltung.
M. E.: Ministerial-Erlaß.
M. R.: Ministerial-Rescript.
Cirk.-Erl.: Circular-Erlaß.
P. B.: Polizei-Verordnung.
R. B.: Regierungs-Verordnung.
St. G. B.: Straf-Gesetz-Buch vom 14. April 1851.
B.: Verordnung.
Verf.: Verfügung.

Druck von Eduard Weinberg in Berlin.

Bandagisten und Verfertign chirurgischer Instrumente.

Soweit in Betreff der Schiffer und Lootsen auf Strömen in Folge von Staatsverträgen besondere Anordnungen getroffen sind, behält es dabei sein Verwenden. (§. 45 der A. G. D.)

87—88

- §. 20. Wie die Prüfungen der in den §§. 44 und 45 A. G. D. bezeichneten Gewerbtreibenden vorzunehmen sind, und wie weit die unter ihrem Gewerbe begriffenen Verrichtungen auch von ungeprüften Personen ausgeübt werden dürfen, wird durch Anordnung der Ministerien bestimmt.

Diesem steht auch die Befugniß zu, Personen, deren Befähigung unzweifelhaft ist, ausnahmsweise von der vorgeschriebenen Prüfung zu entbinden. (§. 46 der A. G. D.)

88—115

Instruction zur Prüfung der Seeschiffer und

88

Seesteuerleute

Bestimmungen über die Inhaber öffentlicher

Fähren

Prüfungs-Instruction für Seeschiffsbaumeister

und Seebootbauer

Instruction zur Prüfung der Bauhandwerker

Klkarbeiten der Bauhandwerker (Scharwerker)

Prüfung der Schornsteinfeger

Bestimmungen über Aufstellen von Blikab-

leitern

Prüfungs-Instruction für Luftfeuerwerker

Prüfung der Abdecker und Vieh-Kastrirer

Prüfung der Hebammen und Heilgehilfen

Prüfung der Bandagisten und Verfertiger chi-

urgischer Instrumente

Befähigung und Prüfung der Lootsen

- §. 21. Schauspiel-Unternehmer bedürfen einer besonderen Erlaubniß des Ober-Präsidenten der Provinz, in welcher sie ihre Vorstellungen geben wollen. Diese Erlaubniß darf ihnen nur nach vorgängigem Nachweise gehöriger Zuverlässigkeit und Bildung ertheilt, kann jedoch auch dann, wenn sie dieser Bedingung entsprechen, nach dem Ermessen des Ober-Präsidenten versagt werden. (§. 47 der A. G. D.)

115—117

Kunstleistungen und Ausstellungen von wissen-

schaftlichem Interesse

Bestimmungen über umherziehende Schauspieler-

Gesellschaften

- §. 22. Zum Gewerbebetriebe eines Buch- oder Kunsthändler, Antiquars, Leihbibliothekars, Inhabers von Lesekabinetten, Verkäufers von Flugschriften und Bildern ist die Genehmigung der Bezirks-Regierung erforderlich.

Diese darf nicht versagt werden, wenn derjenige,

*

welcher das Gewerbe betreiben will, unbescholten ist; überdies müssen Buchhändler und Buchdrucker vor einer Prüfungs-Commission, die nach Anleitung der Allg. Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 und der Verordnung, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen etc. vom 9. Februar 1849 zu bilden ist, den Nachweis ihrer Befähigung führen. Die näheren Bestimmungen erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium für Handel und Gewerbe.

Der §. 48 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 wird aufgehoben. (§. 1 des Gesetzes vom 12. Mai 1851 über die Presse.)

Instruction über Prüfung der Buchhändler und Buchdrucker

Prüfungspflichtigkeit der Musikalienhändler

Bestimmungen über Leihbibliothekare

Handel der Buchbinder mit gebundenen Büchern

Stellvertretung bei den vorbenannten Gewerben

§. 23.

Denjenigen, welche Gifte feil halten, Kammerjägern, Pfandleihern, denjenigen, welche den Handel mit gebrauchten Kleidern, gebrauchten Betten oder gebrauchter Wäsche oder den Kleinhandel mit altem Metallgeräth oder Metallbruch betreiben (Trödlern) oder mit Garnabfällen, Enden oder Kräumen von Seide, Wolle oder Baumwolle und Leinen handeln wollen, und Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen ihre Dienste anbieten, oder auf solchen Straßen und Plätzen Wagen, Pferde, Sänften, Gondeln oder anderweite Transportmittel zu Jedermanns Gebrauch halten wollen, ist der Beginn des Gewerbebetriebes erst dann zu gestatten, wenn sich die Behörde von ihrer Zuverlässigkeit in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb überzeugt hat. Dasselbe gilt hinsichtlich derjenigen, welche aus der Vermittelung von Geschäften oder der Uebernahme von Aufträgen, namentlich aus der Abfassung von schriftlichen Aufträgen für Andere ein Gewerbe machen, wohin jedoch die Agenten und Unteragenten von Versicherungs-Anstalten nicht zu rechnen sind.

Diese Erlaubniß ist in den Städten bei der Polizeibehörde, auf dem Lande unter Vorzeigung eines Attestes der Polizeibehörde bei dem Landrath nachzusuchen. (§. 49 des Gesetzes v. 22. Juni 1861 und der A. G. D.)

Bestimmungen über den Handel mit Giften

Kammerjäger

Pfandleiher und Trödler

Vermittelung von Geschäften

Abfassung von Schriftsätzen

117—119

117

117

118

118

118—119

119—122

122—124

124

124—129

129—132

	Begriff und Umfang der Vermittelung kaufmännischer Geschäfte	132—133
	Bestimmungen über Agenten und Unteragenten von Versicherungs-Anstalten	133
741—841	Besondere lokalpolizeiliche Bestimmungen für Berlin	133
	Halten von Pflegekindern gegen Entgelt	134—135
	Öffentliches Fuhrwesen und Fahrzeuge (Condeln, Kähne)	135
	Dhorfuhrwerk (Kremser)	135
	Droschen-Fuhrwerk	135
	Omnibus-Fuhrwerk	135
	Dienstmanns-Institute und Dienstleute	136—141
§. 24.	Unternehmern von Tanz- und Fechtschulen, Bade- oder Turnanstalten ist die nach §. 14 zu a. (§. 40 A. G. D.) erforderliche Genehmigung erst dann zu erteilen, wenn sie sich über ihre Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit ausgewiesen haben. (§. 50 der A. G. D.)	141—142
841—841	Begriff des Ausdrucks: „Zuverlässigkeit“	142
	Auf Tanzlehrer finden die Bestimmungen über Privatlehrer Anwendung	142
§. 25.	Die Geschäfte der Bau-Conducteurs, Feldmesser, Nivelirer, Markscheider, Auctionatoren, See- und Binnenlootsen, Mäkler, Dispacheurs und Gesinde-Vermiether dürfen nur von denjenigen Personen betrieben werden, welche als solche von der versaffungsmäßig dazu befugten Staats- und Communal-Behörde oder Corporationen angestellt oder concessionirt sind. (§. 51 der A. G. D.)	142
871—841	Prüfung der Feldmesser und Nivelirer	143
141—841	Geschäftsbetrieb der außergerichtlichen Auctionatoren	143
841—141	Bestimmungen über Prüfung der Lootsen	144
841—141	Gesinde-Vermiether und	
841—141	Vermiethungs-Comtoire	145
841—141	Unterschied zwischen Mäklern u. Commissionären	145
§. 26.	Ein Gleiches gilt von denen, welche den Feingehalt edler Metalle oder die Beschaffenheit, Menge oder richtige Verpackung von Waaren irgend einer Art feststellen; von Güterbestätigern, Schaffnern, Wägern, Messern, Waagern, Schauern, Stauern u. s. w. sowie von denjenigen, welche ein Gewerbe daraus machen, Leichen zu reinigen und anzukleiden, sowie die zur Bestattung von Leichen erforderlichen Geräthschaften und Wagen zu halten.	
841—141	Die bisherigen Vorschriften über die Befähigung der vorbezeichneten Personen, über die Zahl sowie den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen derselben bleiben ferner in Kraft. Jedoch	

wird den Ministerien vorbehalten, die nöthigen Er-
änzungen und Abänderungen zu treffen.

Auch sind die Ministerien befugt, da, wo über
die Anstellung und den Geschäftsbetrieb dieser Per-
sonen keine Vorschriften bestehen, solche zu erlassen.
(§. 52 und 53 der A. G.-D.)

145—147

Abschnitt II.

Besondere Bestimmungen.

§. 27. Außer der Approbation bedürfen Apotheker, welche
sich nicht im Besitze eines Realprivilegiums befin-
den, einer Concession des Ober-Präsidenten, in
welcher der Ort und das Grundstück, wo das Ge-
werbe betrieben werden soll, bestimmt sein muß.

148—149

§. 28. Hinsichtlich des Kleinhandels mit Getränken sowie
der Gast- und Schankwirtschaft behält es bei den
unterm 7. Februar 1835 (G.-S. 18) und unterm
21. Juni 1844 (G.-S. 214) ergangenen Bestimmun-
gen mit der Maßgabe sein Beibehalten, daß die Rück-
sicht auf bisherige ausschließliche Gewerbeberechti-
gung nicht weiter Statt findet, und daß an Stelle
der in jenen Bestimmungen angedrohten Strafen
die des gegenwärtigen Gesetzes treten.

In der polizeilichen Genehmigung kann eine
noch vor Ablauf des Kalenderjahres endende Frist
bestimmt werden, innerhalb deren das Gewerbe bei
Verlust der Befugniß zum Betriebe desselben be-
gonnen werden muß. (§. 55 der A. G.-D.) . . .

149—179

Allgemeine Uebersicht der Bestimmungen in Be-
treff des Schankwesens

149—151

Allerh. Cabinets-Ordre vom 7. Februar 1835

Begriff des Kleinhandels

151—154

Declaration vom 13. August 1835

154—160

Allerh. Cabinets-Ordre vom 21. Juni 1844

160—161

Cirkular-Erlaß vom 26. August 1861

161—166

Ertheilung von Concessionen unter Vorbehalt
des Widerrufs ist unstatthaft

166

Ausübung des Schankgewerbes durch Postamts-
Vorsteher und Post-Expediture

166

Ausübung des Schankgewerbes durch Decono-
men von Privatgesellschaften

167

Die Concession ist nicht zu ertheilen an:
Bürgermeister, Dorfschulzen, Gemeinde-Vorsteher,
Gutsherren, Königl. Forstbeamte, Chauffee-
geld-Einnehmer, Eisenbahnstations-Vorsteher,
Schullehrer, Fabrikbesitzer und deren Beamte,
Auctionatoren und Beamte

167—168

Stellvertretung beim Gewerbebetrieb

168

Gesetzgebung der Hohenzollernschen Lande:

- I. Gesetz vom 17. Mai 1856, betreffend den Kleinhandel mit Getränken und die Ausübung der Gast- und Schankwirtschaft . . . 168—172
 Declaration vom 6. October 1856 . . . 172—175
- II. Gesetz vom 21. Mai 1856, betreffend die Regelung der Wirtschaftsabgaben für den Schank von Wein und Brannwein und den Kleinhandel mit diesen Getränken . . . 175—178
 Bestimmungen über öffentliche Lustbarkeiten . . . 178
 Tanzlustbarkeiten insbesondere . . . 179
- §. 29. Die Kehrbezirke der Schornsteinfeger können nach dem Ermessen der Regierung nicht nur da, wo sie bisher bestanden haben, beibehalten, sondern auch da, wo sie bisher nicht bestanden, eingeführt, andererseits aber auch aufgehoben und verändert werden, ohne daß deshalb den Bezirkschornsteinfegern ein Widerspruchsrecht oder ein Anspruch auf Entschädigung zusteht. Nur da, wo Zwangsrechte bestehen, ist eine Aufhebung oder Beschränkung der diesen Rechten unterworfenen Kehrbezirke erst nach vorgängiger Ablösung der Zwangsrechte (§. 59 der A. G. D.) zulässig (§. 56 der A. G. D.) . . . 179—187
 Behandlung des Schornsteinfegerwesens im Allgemeinen . . . 179—183
 Bestimmungen über Ausübung des Schornsteinfegergewerbes . . . 183—187

Abschnitt III.

Erlöschen und Verlust der Concessionen.

Capitel I.

Als Wirkung verschiedener Umstände.

- §. 30. Die auf Grund der §§. 1—13 ertheilte Concession zu einer gewerblichen Anlage wird wirkungslos, wenn ein Dritter vermöge eines ihm zustehenden Privatrechtes gegen den Unternehmer ein diesem die Errichtung der Anlage untersagendes richterliches Erkenntniß erstreitet.
 Wirkung auf Grund von Privatrechten erstrit-
 tener Erkenntnisse . . . 188—189
 In Bezug auf Mülhengerechtigkeiten . . . 189—190
- §. 31. Bei Ertheilung der Concession zu einer der in §§. 1, 11 und 12 bezeichneten gewerblichen Anlagen, in-
 gleichen zur Anlegung von Apotheken, Privat-Kran-
 ken- und Privat-Irren-Anstalten, sowie zu Schau-

spiel-Unternehmungen kann von der genehmigenden Behörde nach Umständen eine Frist festgesetzt werden, binnen welcher die Anlage oder das Unternehmen bei Vermeidung des Erlöschens der Genehmigung begonnen und ausgeführt, und der Gewerbebetrieb angefangen werden muß. Ist eine solche Frist nicht bestimmt, so erlischt die ertheilte Genehmigung, wenn der Inhaber nach Empfang derselben ein ganzes Jahr verstreichen läßt, ohne davon Gebrauch zu machen.

Eine Verlängerung der Frist kann von der Behörde bewilligt werden, sobald erhebliche Gründe nicht entgegenstehen.

Hat der Inhaber einer solchen Genehmigung seinen Gewerbebetrieb während eines Zeitraumes von drei Jahren eingestellt, so erlischt dieselbe. Auf die Inhaber der bereits vor Erscheinen der Allg. Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 ertheilten Concessionen finden diese Fristen ebenfalls Anwendung. (§§. 66—68 der A. G. O.)

§. 32. Wegen überwiegender Nachtheile und Gefahren für das Gemeinwohl kann die fernere Benützung einer jeden gewerblichen Anlage zu jeder Zeit untersagt werden; doch muß dem Besitzer alsdann für den erweislichen Schaden Ersatz geleistet werden.

Diese Bestimmung findet auch auf die zur Zeit der Verkündigung der Allg. Gewerbe-Ordnung bereits vorhandenen gewerblichen Anlagen Anwendung; doch entspringt aus der Untersagung der ferneren Benützung kein Anspruch auf Entschädigung, wenn die früher ausdrücklich oder stillschweigend ertheilte Concession nach den bis zum Erscheinen der Allg. Gewerbe-Ordnung gültig gewesenen Gesetzen ohne Entschädigung hätte widerrufen werden können. (§§. 69 und 70 der A. G. O.)

§. 33. Die in den §§. 16, 17, 21, 22 und 23 erwähnten Concessionen, Approbationen und Bestellungen, sowie die Approbationen der Hebammen (§. 19), können von der Verwaltungsbehörde zurückgenommen werden, wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargethan wird, auf deren Grund solche ertheilt worden, oder wenn aus Handlungen und Unterlassungen des Inhabers der Mangel der erforderlichen und bei Ertheilung der Concession vorausgesetzten Eigenschaften klar erhellt. Inwiefern durch die Handhabung oder Unterlassung eine Strafe verwirkt ist, bleibt der richterlichen Beurtheilung überlassen.

In der Voruntersuchung wird der Angeklagte unter Mittheilung der Anschuldigung vorgeladen, und wenn er erscheint, gehört; es werden die Zeu-

191

191

gen eidlich vernommen, und die zur sonstigen Aufklärung der Sache dienenden Beweise herbeigeschafft.

Die Verrichtungen der Staatsanwaltschaft werden durch einen von der Regierung ernannten Beamten wahrgenommen.

Bei der Vernehmung des Angeeschuldigten und dem Verhör der Zeugen ist ein vereideter Protokollführer zuzuziehen. (§. 71 des Gesetzes v. 22. Juni 1861, §. 71 der A. G. D.)

Nähere Bestimmung der Concessionen, welche von der Verwaltungsbehörde und derer, welche durch richterliches Erkenntniß zurückgenommen werden

191—193

§. 34. Ueber die Zurücknahme der Concessionen entscheidet die Regierung durch Plenarbeschluß. Der Entscheidung muß eine schriftliche Voruntersuchung und eine mündliche Verhandlung nach den folgenden näheren Bestimmungen vorhergehen.

192—193

§. 35. Die Regierung verfügt die Einleitung des Untersuchungs-Verfahrens und ernennt den Untersuchungs-Commissar. Sie ist befugt, in dringenden Fällen die Ausübung des Gewerbes entweder sogleich, oder im Laufe des Verfahrens zu suspendiren.

194

§. 36. Nach Abschluß der Voruntersuchung überreicht der Beamte der Staatsanwaltschaft der Regierung die Anschuldigungsschrift. Der Angeeschuldigte wird unter abschriftlicher Mittheilung derselben zu einer vom Regierungs-Präsidenten zu bestimmenden Plenarsitzung zur mündlichen Verhandlung vorgeladen. Bei dieser Verhandlung, welche in nicht öffentlicher Sitzung stattfindet, sowie bei der Entscheidung der Sache wird nach Vorschrift der §§. 35—39 und 31 des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten vom 21. Juni 1852 (G.-S. 465) verfahren. Die Entscheidung kann jedoch nur auf Zurückweisung der Anklage oder Zurücknahme der Concession u. s. w. lauten, soweit nicht der Regierung die Befugniß zur Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen den Angeeschuldigten sonst zusteht.

194

Gegen die Entscheidung der Regierung steht dem Angeeschuldigten der Recurs an das competente Ministerium offen; der Recurs muß jedoch bei Verlust desselben binnen zehn Tagen von der Verkündigung der Entscheidung an gerechnet, angemeldet werden. Das in den §§. 34—36 bezeichnete Verfahren findet für Berlin und den Polizeibezirk von Charlottenburg bei der Regierung zu Potsdam statt. (§§. 72, 73 und 74 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 und der A. G. D.)

194—197

Unterschied zwischen Zurücknahme der Concession

und Verlust des Rechtes zur Ausübung derselben
Verfahren bei Concessions-Entziehungen, welche bereits vor Verkündung des Gesetzes vom 22. Juni 1861 eingeleitet, aber noch nicht entschieden waren

196

197

Capitel II.

Als Strafe.

§. 37. Die Entziehung der Befugniß zum selbstständigen Betriebe eines Gewerbes als Strafe kann stattfinden für immer oder auf bestimmte Zeit; diese darf nicht unter drei Monaten und über fünf Jahre betragen. (§. 181 der A. G. D.)

198

§. 38. Gegen jeden Gewerbtreibenden, der wegen eines vermittelst Mißbrauch seines Gewerbes begangenen Verbrechens oder Vergehens verurtheilt wird, kann zugleich auf den Verlust der Befugniß zum selbstständigen Betriebe dieses Gewerbes für immer oder auf Zeit erkannt werden.

Es muß auf diesen Verlust erkannt werden, wenn der Gewerbtreibende wegen eines solchen Verbrechens schon einmal rechtskräftig verurtheilt worden ist. (§. 172 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 und der A. G. D.)

198

§. 39. Gegen jeden Gewerbtreibenden, welcher wegen Verletzung der den Betrieb seines Gewerbes betreffenden Vorschriften wiederholt rechtskräftig verurtheilt ist, kann auf den Verlust der Befugniß zum selbstständigen Betriebe seines Gewerbes für immer oder auf Zeit erkannt werden.

Es muß auf den Verlust jener Befugniß für immer erkannt werden, wenn er wegen einer solchen Verletzung mit Zuchthausstrafe bestraft wird. (§. 173 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 und der A. G. D.)

198—200

Bestimmungen des Preßgesetzes, in Betreff der §. 22 genannten Gewerbe

199

Bestimmungen des Strafgesetzbuches vom 14. April 1851

200

§. 40. Die Befugniß zum Betriebe der in den §§. 18, 19, 21, 23 und 24 bezeichneten, sowie aller derjenigen Gewerbe und Geschäfte, zu deren Betreibung der Gewerbtreibende von der Obrigkeit besonders verpflichtet worden ist, erlischt, wenn der Gewerbtreibende die bürgerliche Ehre verloren hat, oder wenn ihm die Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit untersagt worden ist, und zwar mit dem Tage der Rechtskraft des Straf Erkenntnisses. (§. 174 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 und der A. G. D.)

200

- §. 41. Als Strafe kann der Verlust der Befugniß zum selbstständigen Gewerbebetriebe nur vom Richter ausgesprochen werden, soweit es sich nicht um Steuervergehen handelt, in Ansehung deren es bei den bestehenden Vorschriften verbleibt.

In Ansehung der Competenz der Behörden zur Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen bewendet es bei der bestehenden Verfassung; in der Rheinprovinz sind jedoch die Polizeigerichte befugt, auf Geldstrafe bis zu fünfzig Thalern und Gefängniß bis zu sechs Wochen zu erkennen. (§. 189 der A. G. O.)

Einschlägige Bestimmungen der Steuergesetzgebung (Schlächter, Müller)

Befugniß der Verwaltungsbehörden zum Erlass von Strafresoluten in Steuerfachen

Befugniß der Polizeibehörden zum Erlass von Strafmandaten

Besondere Bestimmungen hinsichtlich der Militärpersonen

201—205

201—202

202—203

203—205

205

Abschnitt IV.

Straf-Bestimmungen.

- §. 42. Inwiefern Vergehen der Gewerbetreibenden gegen Berufspflichten außer den in diesem Gesetz erwähnten Fällen einer Strafe unterliegen, ist nach den darüber bestehenden Verordnungen zu beurtheilen. (§. 175 der A. G. O.)

206

- §. 43. Wer ohne vorgängige Anmeldung oder nach erfolgter Unterjagung ein Gewerbe beginnt oder fortsetzt, oder die An- und Abmeldung einer übernommenen Feuerversicherungs-Agentur unterläßt, hat, sofern nicht die strengeren Strafen der §§. 44, 45 und 47 eintreten, eine Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder im Unvermögensfalle verhältnißmäßige Gefängnißstrafe verwirkt.

Diese Strafe bleibt jedoch ausgeschlossen, wenn das Vergehen eine Steuerdefraudationsstrafe nach sich zieht. (§. 176 des Gesetzes vom 22. Juni 1861 und der A. G. O.)

206—207

Bestimmungen des Strafgesetz-Buches vom 14. April 1851

207

Competenz zur polizeilichen Untersuchung und Bestrafung der vorerwähnten Vergehen

207

- §. 44. Wer den selbstständigen Betrieb eines Gewerbes, zu dessen Beginn eine besondere polizeiliche Genehmigung (Concession, Approbation, Bestallung) erforderlich ist, ohne die vorschriftsmäßige Genehmigung unternimmt, fortsetzt, oder von den in der

Genehmigung festgesetzten Bedingungen abweicht, hat Geldbuße bis zu zweihundert Thalern oder Gefängniß bis zu drei Monaten verwirkt.

Enthält die Handlung zugleich ein Steuervergehen, so soll nicht außerdem noch auf Strafe erkannt werden, es ist aber darauf bei Zumessung der Strafe Rücksicht zu nehmen. (§. 177 der A. G. D.)

Competenz des Einzelrichters, bei Gewerbe-Polizei-Contraventionen, welche Steuervergehen enthalten

207—208

Vereinnahmung der hierbei erkannten Strafen Bestimmungen des Strafgesetzbuches vom 14. April 1851

207

208

208

§. 45. Wer der Befugniß zum selbstständigen Betriebe eines Gewerbes für immer oder auf Zeit durch rechtskräftiges Erkenntniß, oder in den zulässigen Fällen durch Beschluß der Verwaltungsbehörde verlustig erklärt worden ist, und diesem Erkenntniße oder Beschlusse zuwider handelt, soll mit Geldbuße bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft werden. (§. 178 der A. G. D.)

208

§. 46. Was in den §§. 43—45 hinsichtlich der selbstständigen Gewerbetreibenden bestimmt ist, gilt auch von denjenigen, welche die Stellvertretung eines selbstständigen Gewerbetreibenden übernehmen.

Sind polizeiliche Vorschriften von dem Stellvertreter eines Gewerbetreibenden bei Ausübung des Gewerbes übertreten worden, so ist die Strafe zunächst gegen den Stellvertreter festzusetzen; ist die Uebertretung mit Vorwissen des Vertretenen begangen worden, so verfallen beide der gesetzlichen Strafe. Kann gegen den Stellvertreter die Geldstrafe nicht vollstreckt werden, so bleibt der Polizeibehörde überlassen, nach ihrem Ermessen die Geldstrafe von dem Vertretenen, welcher dafür subsidia- risch verhaftet ist, einzuziehen, oder statt dessen und mit Verzichtung hierauf die im Unvermögensfalle an die Stelle der Geldbuße tretende Gefängnißstrafe sogleich an dem Stellvertreter vollstrecken zu lassen.

Ist an eine solche Uebertretung der Verlust der Concession, Approbation oder Bestallung geknüpft, so findet derselbe auch als Folge der von dem Stellvertreter begangenen Uebertretung statt, wenn diese mit Vorwissen des Vertretenen begangen worden ist. Ist dies nicht der Fall, so ist der Vertretene bei Verlust der Concession, Approbation u. s. w. verpflichtet, den Stellvertreter zu entlassen. (§§. 179 und 188 der A. G. D.)

208—209

- §. 47. Die Strafbestimmungen des §. 43 treten auch gegen diejenigen ein, welcher eine gewerbliche Anlage, zu der mit Rücksicht auf die Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte oder des Lokals eine besondere polizeiliche Erlaubniß erforderlich ist, ohne diese Genehmigung errichtet, oder von den Bedingungen, unter welchen die Genehmigung erteilt worden, eigenmächtig abweicht, insonderheit ohne neue Genehmigung eine Veränderung der Betriebsstätte oder des Lokals vornimmt.

Außerdem ist derselbe zur Wegschaffung oder Abänderung der Anlage den polizeilichen Bestimmungen gemäß anzuhalten.

Verfahren, wenn die Contravention erst unter der Besitzzeit des Nachfolgers zur Sprache kommt.

209—210

210

Abschnitt V.

Steuern.

- §. 48. Polizeiliche Steuern sollen, soweit nicht ein Anderes nachstehend angeordnet wird, künftig nicht vorgeschrieben werden. (§. 88 A. G. D.).

211

- §. 49. Die Gastwirthe können durch die Orts-Polizei-Obrigkeit angehalten werden, das Verzeichniß der von ihnen gestellten Preise einzureichen und in den Gastzimmern anzuschlagen.

Die Preise dürfen zwar mit jedem Monat verändert werden, bleiben aber so lange in Kraft bis die Abänderung der Polizei-Obrigkeit angezeigt und das abgeänderte Verzeichniß in den Gastzimmern angeschlagen ist. (§. 91 A. G. D.).

211—212

Besondere Bestimmungen hinsichtlich der Gasthofs-
Steuern.

211—212

- §. 50. Für Schornsteinfeger und Abdecker können innerhalb der angewiesenen Bezirke von der Orts-Polizei-Obrigkeit, oder wenn der angewiesene Bezirk mehr als eine Ortschaft umfaßt, von dem Landrathe Steuern aufgestellt werden. Ingleichen ist die Orts-Polizei-Obrigkeit befugt, zur Aufstellung von Steuern für Lohnbediente und andere Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen ihre Dienste anbieten (§. 23; §. 49 A. G. D.), sowie für Benutzung von Wagen, Pferden, Sänften und anderen Transportmitteln, welche öffentlich zum Gebrauch aufgestellt sind. (§. 92 A. G. D.).

212

- §. 51. Hinsichtlich der Steuern der Medizinalpersonen und Apotheker wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.

Ein Gleiches gilt in Ansehung der in den §§. 24

